

PROTOKOLL

Begrüßung

Herzog

Lieber Herr von Weizsäcker, meine Damen und Herren, Sie werden mir sicher zutrauen, daß ich zu dem Thema dieses Gesprächskreises ohne Schwierigkeit anderthalb Stunden reden könnte, was ich aber tunlichst unterlassen möchte. Ich will mich aufs Zuhören beschränken, wobei ich uns allen ein inhaltsreiches Gespräch wünsche. Da ich bei so vielen Anlässen selbst reden muß, genieße ich es besonders, wenn ich einmal zuhören darf. Davon profitiert der Mensch, wie Sie wissen, in ungeahntem Maße. Dafür sage ich herzlichen Dank.

von Weizsäcker

Ich möchte zunächst Ihnen, Herr Bundespräsident, unseren aufrichtigen Dank sagen, daß Sie die Freundlichkeit hatten, uns ins Schloß Bellevue einzuladen. Kurt Körber hatte mit seinen wegweisenden Initiativen und Ideen des öfteren Zugang zu diesem Ort gefunden. Deshalb möchte ich zu Beginn dieses Bergedorfer Gesprächskreises dankbar seiner gedenken. Was er mit dem Bergedorfer Gesprächskreis angestrebt hat, ist etwas, was gerade in dieser Zeit dringend benötigt wird, daß nämlich aus der Gesellschaft selbst Anstöße, Überlegungen und Vorschläge kommen, die den politisch Verantwortlichen helfen können, mit den Herausforderungen und Problemen besser fertig zu werden.

Was wir heute erörtern wollen, läßt sich auch als Fortsetzung Ihrer Rede, Herr Bundespräsident, verstehen, die Sie im April im Hotel Adlon gehalten haben. Und wie es so schön heißt, wer A sagt, muß auch B sagen. Deshalb sind wir jetzt im Bellevue. Dabei sollten wir inhaltlich das aufzunehmen versuchen, was Sie angeregt haben, und uns bewußt sein, daß wir es sowohl mit einem Erkenntnis- als auch mit einem Umsetzungsproblem zu tun haben, was ja Hand in Hand geht.

Lord Dahrendorf möchte ich danken, daß er freundlicherweise - wie schon so oft - wieder einmal die Diskussionsführung übernommen hat.

The Lord Dahrendorf

Wir könnten dieses Gespräch auch als Fortsetzung des "Festes der Ideen" begreifen, das vor einer Woche auf Initiative des Herrn Bundespräsidenten an eben diesem Ort stattgefunden hat. Doch zunächst möchte ich unseren beiden Referenten, Herrn Minister Rüttgers und Herrn Leysen, Gelegenheit geben, uns in die anstehende Thematik einzuführen.

Rüttgers

Ich freue mich, gleichsam als regierungsamtlicher Pfadfinder, mich an der Suche nach Wegen aus einer blockierten Gesellschaft, wie es im Thema heißt, zu beteiligen, und will mir, was jeder vernünftige Pfadfinder als erstes tun sollte, zunächst die Landkarte anschauen, bevor wir uns mit Kompaß und Buschmesser in die Büsche schlagen.

Das Feld der Veränderungen ist ja ideengeschichtlich durchaus vielfältig kartiert. Karl Jaspers beispielsweise hat gesagt: "Der Mensch ist ein zeitliches Wesen, das nur lebt, indem es die Welt um sich verändert." Sind wir also, wenn wir von einer blockierten Gesellschaft sprechen, schon so gut wie tot? Robert Jungk behauptet, Veränderung fange immer mit Außenseitern an. Aber wer will schon Außenseiter sein, und was können diese bewirken? Und Georg Christoph Lichtenberg hat so unübertrefflich formuliert: "Man kann nicht sagen, daß es besser wird, wenn es anders wird; aber es muß anders werden, wenn es gut werden soll." Worin hätte Lichtenberg je geirrt?

Um gleich zu Beginn jeden Eindruck von Parteilichkeit zu zerstreuen, will ich auch Willy Brandt zitieren: "Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muß verändern, was der Erneuerung bedarf." Diese Äußerung dürfte der Grundstimmung unserer Gesprächsrunde vermutlich recht nahekommen. Als Rheinländer liegt es nahe, dazu Karl Marx zu zitieren mit dem allseits bekannten Satz: "Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern." Ich füge allerdings hinzu: Rückblickend wäre es für die Welt wahrscheinlich besser gewesen, Karl Marx' Philosophie wäre bei der Interpretation geblieben und uns wäre das Experiment der Veränderungen erspart geblieben. Schließlich noch ein Zitat von Paul Claudel: "Bevor man die Welt verändert, wäre es vielleicht wichtiger, sie nicht zugrunde zu richten." Das mag recht konservativ klingen, aber wie die historische Erfahrung zeigt, hat es zu allen Zeiten mehr Weltveränderer als Weltverbesserer gegeben.

Vielleicht sollte es uns eben darum gehen, aus der gegenwärtig besonders unübersichtlichen Menge möglicher Veränderungen auf demokratischem Wege möglichst diejenigen herauszufiltern, die der Verbesserung der Gesellschaft dienen. Sehen Sie es mir aber bitte nach, wenn ich hier keine letzten Wahrheiten verkünde zwischen sichtbaren Blockierungen und notwendigen Veränderungen, sondern lediglich sechs Thesen zur Diskussion stelle.

Erste These: Die Diagnose von der blockierten Gesellschaft ist ebenso richtig wie einseitig.

Es ist unstrittig, daß in unserem Land vieles viel zu lange dauert oder erst gar nicht in Angriff genommen wird. Genauso richtig ist aber, daß sich in unserer Gesellschaft eine Menge bewegt, und

dies nicht erst seit der Wiedervereinigung. Ich nenne als Beispiele nur das immer noch hohe Tempo, mit dem sich unsere Sozial Strukturen ändern, oder die Rekordzahlen beim Export und die Fieberkurven des DAX. Diese Fakten sind Ausdruck von Veränderungen; denn dahinter stecken Entwicklungen und Bewegungen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet zum Beispiel vor, daß in keinem anderen Land der Strukturwandel in Richtung Dienstleistungsgesellschaft so schnell verläuft wie in Deutschland. Eine erstaunliche Feststellung, wenn man sie mit der öffentlichen Wahrnehmung vergleicht.

Oder: Die Zahl der neu gegründeten Biotec-Firmen hat sich in Deutschland von 1995 auf 1996 verdoppelt und wird sich von 1996 auf 1997 noch einmal verdoppeln. In keinem anderen Land der Welt gibt es in diesem Bereich eine vergleichbare Dynamik.

Oder denken Sie an die Veränderungen in der Arbeitswelt, an den Wandel der beruflichen Anforderungen - was besonders bei der Debatte um die Lehrstellen deutlich wird. Die Deutschen sind auch weltweit die Eifrigsten bei der Weiterbildung - wo wir doch angeblich beim lebenslangen Lernen so große Defizite haben.

Nun will ich hier nicht so tun, als hätten wir keinen Grund zur Aufregung. Es gibt genügend Achillesferse in unserer Gesellschaft, und an erster Stelle ist da sicherlich der Arbeitsmarkt zu nennen. Wenn jedoch nach den "Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft" gefragt wird, dann sollten wir festhalten, daß in unserem Land weder Notstand noch Stillstand herrscht. Wir sind keine Gesellschaft im Schlafrock. Der Standort lebt, und ich meine, es gibt viele Anzeichen des Aufbruchs. Aber wir stehen mitten in einem Fluß schneller und tiefgreifender Veränderungen, und deshalb ist es nicht ungewöhnlich, wenn viele Zeitgenossen Ängste haben und zur Verweigerung neigen.

Auf der anderen Seite laufen wir Gefahr, mit dem Bild der "Betongesellschaft", das allenthalben im Schwange ist, gerade denjenigen ein Alibi zu liefern, die sich als Anwälte des Status quo profilieren. Die Klage von der Unbeweglichkeit droht selbst zu einem erstarrten Ritual zu werden. Warum soll man sich noch engagieren, wenn sich sowieso nichts bewegt? So entstehen aus vermeintlichen Blockaden, die beschworen werden, Selbstblockaden.

Nun wird es Sie sicher nicht verwundern, wenn ich hier eine Lanze für meine eigene Spezies, also für die Politik, brechen möchte. Natürlich wünsche ich, daß wir in mancher Hinsicht schneller vorankommen, etwa bei der Steuerreform, bei der Rentenreform oder bei der Reform der öffentlichen Verwaltung - um nur drei Beispiele zu nennen. Und daß Politik ein zähflüssiges Geschäft ist, dem werde ich nicht widersprechen - das ist im übrigen keine so neue Erfahrung.

Lord Dahrendorf hat kürzlich in der Zeitschrift "Merkur" die deutsche Behäbigkeit angeprangert und in dem Zusammenhang - "New Labour" gleichsam vor Augen - wieder einmal das Mehrheitswahlrecht empfohlen. Ich bin da aber mehr als skeptisch und fürchte, damit würden wir nur wieder auf einen der Nebenkriegsschauplätze ausweichen. Ich sehe schon all die Grundsatzdiskussionen, die dann losbrechen und die damit enden, daß wir eine Kommission einsetzen, die das Thema als unendliche Geschichte weiter verhandelt. Damit will ich nicht leugnen, daß auch im politischen System Reformbedarf besteht. Ich möchte nur dem pauschalen Urteil entgegentreten, die Politik sei generell reformunfähig. Wenn etwa der Bundespräsident Bildung als das Megathema bezeichnet hat, dann finde ich, ist es keine Kleinigkeit, wenn Bund und Länder sich jetzt über eine weitreichende Reform unserer Hochschulen verständigt haben.

Zwei Richtungsentscheidungen sind dabei aus meiner Sicht von besonderer Bedeutung: Zum einen müssen wir Ernst machen mit der Entstaatlichung. Das geht übrigens vielen schon zu weit, die behaupten, damit werden wir etwas, was wir mühsam erkämpft haben, wieder aufgeben. Ich meine jedoch, mit einer Deregulierung im Hochschulbereich würden wir echten Wettbewerb wieder möglich und Unterschiede sichtbar machen. Das setzt eigenständige Hochschulen voraus. Ich füge indes gleich hinzu - um jeglichem Mißverständnis vorzubeugen: Das jetzt verabschiedete Hochschulrahmengesetz ersetzt nicht die Hochschulreform, sondern macht sie allenfalls erst möglich.

Eine zweite Richtungsentscheidung im Hochschulbereich betrifft die Änderung der Finanzierung in Richtung einer leistungsorientierten Mittelvergabe. Wer besser als andere ist, der soll auch mehr bekommen.

Wir haben etwa zwei Jahre gebraucht - wenn ich die langjährige Vordiskussion einmal vernachlässige;- , um 200 Jahre Humboldt hinter uns zu lassen.

Richtungsentscheidungen dieser Art gibt es auch in anderen Bereichen staatlichen Handelns. Das heißt, Leistung statt Stellen zu finanzieren und Eigeninitiative und Kundenorientierung zu belohnen mit Hilfe von Qualitätskontrollen. Dies durchzusetzen, ist nicht einfach und geht sicherlich auch nicht auf

einen Schlag. Aber eine Vielzahl von Beispielen belegt, was hier möglich ist. Ich erwähne nur die Privatisierung von Post, Bahn, Lufthansa, die Liberalisierung der Kommunikationsmärkte, Änderungen im Verwaltungsverfahrenrecht und anderes mehr.

Reformen sind somit nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Das sage ich nicht leichtfertig, um die Politik zu verteidigen. Die Wahrnehmung von Reformchancen wird auch von anderen gesehen. Mein Ministerium führt gerade eine Delphiuntersuchung durch, deren erste Zwischenergebnisse zeigen, daß die Mehrheit der deutschen Wissenschaftler mit einer recht optimistischen Grundstimmung in die Zukunft blickt. Da frage ich mich dann, warum in unserer Gesellschaft der Eindruck so weit verbreitet ist, wir würden im Spiel um die Zukunft gewissermaßen den Einsatz verpassen.

Zweite These: Die bleierne Schwere hängt vielfach nicht an den Verhältnissen, sondern eher an denen, die sich darüber äußern.

Das mögen Sie nun wieder als die übliche Intellektuellenschelte bezeichnen. Auffällig ist jedoch, daß die meisten von denen, die sich öffentlich zu Wort melden, von Krise reden, teilweise sogar den Untergang beschwören. Für viele heißt intellektuell zu sein offensichtlich, vornehmlich Befürchtungen zu äußern und zunächst einmal gegen jede Veränderung zu sein. Ob es sich dabei um eine typisch deutsche Erscheinung handelt, sei dahingestellt; modisch ist sie auf jeden Fall. Und was die mentale Selbstfesselung angeht, freue ich mich natürlich, daß selbst die "taz" bescheinigt, die Modernisierungsverweigerer stünden dieses Mal eher links von der Mitte, unwillig, ihren langen Marsch durch die Irrtümer der Vergangenheit zu beenden.

An manchem Pharisäertum ärgert mich auch, mit welcher Leichtfertigkeit dahergeredet wird, wenn etwa im Zusammenhang mit der Entwicklung der modernen Informations und Kommunikationstechnologien per se von Informationsflut, von Wirklichkeitsverlust und dergleichen mehr gesprochen wird - so, als sei dies alles nur bedrohlich und ein Angriff auf Mensch, Kultur und Natur. Ich erwähne in dem Zusammenhang lediglich, daß die Speicherung von Informationen in molekularen Strukturen, die wir in der Natur vorfinden, um den Faktor viertausendmal dichter ist als im höchstentwickelten Mikrochip, der uns heute zur Verfügung steht. Das heißt, evolutionsgeschichtlich befindet sich eine unserer modernsten Technologien gleichsam noch vor dem Zeitalter des Homo erectus. Ich will damit keineswegs unsere technologische Leistungsfähigkeit geringschätzen - wie käme ich dazu als für Forschung zuständiger Minister. Aber wir sollten uns vor jeder Selbstüberschätzung hüten, die wir überall antreffen. Ich meine, wir sind noch lange nicht am Ende aller Möglichkeiten angelangt.

Wir streiten uns in Deutschland meist viel zu sehr über die richtige Problembeschreibung und vernachlässigen, uns Gedanken über die richtige Problemlösung zu machen. Ich wünschte mir jedenfalls in dieser Hinsicht mehr Courage, übrigens auch eine couragiertere Wissenschaft. Wie schwierig ist es häufig, Wissenschaftler zu veranlassen, sich öffentlich zu Wort zu melden, wenn es um Sachverhalte geht, die auch nur ein wenig außerhalb ihres eigenen Fachbereiches liegen. Dabei ist es doch der Wissenschaft inhärent, nicht bei dem zu verharren, was bereits allgemein bekannt ist. Statt den Feuilletons und Fernsehtalkshows die Debatte über die Perspektiven unserer Gesellschaft, über Chancen und Risiken - und auch über verpaßte Gelegenheiten - zu überlassen, sollte sich die Wissenschaft vielmehr selbst kompetent einmischen. Ich merke dies durchaus kritisch an und werbe für eine Wissenschaft, die sich einmischt, gerade wenn es um Zukunftsfragen geht - und nicht nur beim Historikerstreit.

Dritte These: Ein Grund für die Veränderungsscheu liegt im Individualisierungsprozeß unserer Gesellschaft;

Gegenwärtig habe ich den Eindruck, daß wir bei einem halbierten Individualismus - man könnte es auch Schönwetter-Individualismus nennen - stehenbleiben. Ich teile die Ansicht, daß sich der Gewinn an Freiheit vor allem in einer Zunahme von Selbstverwirklichungsansprüchen niedergeschlagen hat. Allmählich spüren immer mehr Menschen, daß Handlungsfreiheit auch Entscheidungszwang bedeutet. Das heißt, der einzelne muß zwischen verschiedenen Handlungsmöglichkeiten, die sich ihm auftun, entscheiden, zumal die Großorganisationen für ihn immer weniger die Kohlen aus dem Feuer holen können. Verantwortung kann also nicht mehr beliebig delegiert werden. Ulrich Beck mahnt die "Rinder der Freiheit", erwachsen zu werden. Recht hat er.

Zu erkennen, daß Entscheidung und Verantwortung zusammengehören, gehört meines Erachtens zu den wichtigen Aufgaben, die der deutschen Gesellschaft gestellt sind. In der Wirtschaft wird nach dieser Einsicht bereits gehandelt; der öffentliche Bereich weist da einen erheblichen Nachholbedarf auf, und die Politik hinkt weit hinterher. Hier sehe ich das größte Antriebspotential für Veränderungen.

Wir müssen den Menschen mehr zutrauen und ihnen mehr Gestaltungsräume öffnen. Dies ist für mich mit dem Begriff Bürgergesellschaft gemeint. Dabei geht es um die Neuvermessung der Verantwortungsbereiche zwischen Bürger und Staat. Hier muß die Politik entschlossener neue Wege beschreiten.

Vierte These: Eine Verbesserung des Zustandes setzt klare Zuständigkeiten voraus.

Ich will das einmal etwas ironisch formulieren: Die Tatsache, daß wir die Rechtschreibung zu einer Frage der Rechtsprechung gemacht haben, sagt nicht nur etwas über den Zustand unseres Gemeinwesens, sondern auch über die Verwirrung der Zuständigkeiten aus.

Gerade der Bildungsbereich liefert dafür eindrucksvolle Beispiele. Dies ist übrigens keine Frage des Föderalismus, der nach wie vor zu den kostbarsten Gütern gehört, die es zu verteidigen lohnt. Was uns vielmehr zu schaffen macht, sind nicht die Folgen geteilter, sondern verwischter Aufgaben- und Verantwortungsbereiche.

Die sogenannte Rechtschreibreform ist ja kein Einzelfall. Zu viele Themen wandern aus den Parlamenten aus und tauchen ab in Expertenkommissionen, Beamtenzirkel, BundLänder-Gremien und ähnliche Einrichtungen. Deshalb fordere ich hier eine Flurbereinigung, das heißt weniger Gremien und klare Verantwortlichkeiten. Ich plädiere beispielsweise für eine Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern und für eine Verringerung der gemeinsamen Regelungsbereiche und Finanzierungsaufgaben. Dafür lassen sich übrigens ganz pragmatische Wege finden, beispielsweise den, in ein Bundesgesetz keine Verwaltungsregelungen aufzunehmen. Das ist ohne weiteres möglich; ich wundere mich nur, daß wir es nicht machen.

Ich habe es selbst bei zwei Gesetzen ohne vorherige Debatte probiert. Das erste betraf das sogenannte Meister-Bafög, wo wir uns im Grunde über alles einigen konnten, nur nicht über die Verwaltungsverfahren und die daraus entstehenden Kosten. Als wir all die Verwaltungsregelungen herausgestrichen hatten und das Gesetz zustimmungsfrei war, konnte es ohne weiteres durchgesetzt werden. Die Novelle zum Hochschulrahmengesetz wurde genauso entworfen, was natürlich schon wieder zu Irritationen geführt hat, aber an der Richtigkeit, so vorzugehen, nichts ändert.

Ich plädiere also dafür, den Föderalismus wieder mehr im Sinne von Eigenständigkeit zu begreifen, die mehr Wettbewerb, auch mehr Unterschiedlichkeit zwischen den Bundesländern zuläßt. Ich bin zum Beispiel nicht der Meinung, daß jedes bildungspolitische Reförmchen in der Abstimmung mit sechzehn Bundesländern auf den kleinsten gemeinsamen Nenner runtergeschliffen werden muß. Ob das Abitur in zwölf oder dreizehn Jahren abgelegt wird, ob die Einschulung mit fünf oder sechs Jahren erfolgt, das alles sind wahrscheinlich keine Fragen, die an die Substanz der föderalen Grundordnung gehen. Soviel Vielfalt sollten wir ertragen können.

Leysen

Ich bin froh, hier in Berlin zu sein; vieles verbindet mich mit dieser Stadt. Ich habe die letzten neun Kriegsmonate in Berlin verbracht, es war keine ruhige Zeit, und der Geräuschpegel lag höher, als die Grünen heute erlauben würden. Ich bin vor einigen Jahren an die achtzigmal nach Berlin gereist, um meine Arbeit im Rahmen der Treuhand wahrzunehmen.

Eines der Paradigmen des französischen Paläontologen Teilhard de Chardin war, daß in der Natur Mutationen in ihrer Anfangsphase nicht erkannt werden. Dasselbe gilt wohl für große gesellschaftliche Veränderungen.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns auch, daß meistens Kriege oder Revolutionen notwendig waren, um neuen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Das Diktum "Der Krieg als Vater aller Dinge" könnte wohl noch lange seine Gültigkeit behalten, wenn wir nicht fähig werden, konsensfähige Systeme zu entwickeln, um gesellschaftliche Veränderungen friedlich zu bewältigen.

Fragen, die uns beschäftigen sollen, sind daher:

- Befinden wir uns wirklich in einer blockierten Gesellschaft, oder empfinden wir das nur so?
- Sind vielleicht unterschwellig schon Kräfte am Werk, die große Veränderungen zuwege bringen werden, die wir im jetzigen Stadium aber noch nicht erkennen?
- Wie können wir nach einer 50jährigen Friedensperiode, deren Anfangsphase durch Erneuerungen und deren Endphase durch eine zunehmende Erstarrung gekennzeichnet ist, wieder grundlegende gesellschaftliche Neuerungen auf evolutionärer Basis durchsetzen?
- Wie bewerkstelligen wir Evolution ohne Revolution, und wie begleiten wir den schwierigen Prozeß?

Um bei unserem Bestreben überhaupt Erfolg haben zu können, sind zunächst zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Wir müssen der Jugend, die die Veränderungen verwirklichen soll, mehr zutrauen, und wir müssen uns des heute überall grassierenden Pessimismus entledigen. Nur allzuleicht gehen wir davon aus, daß der jungen Generation der Wille fehlt, umwälzende Veränderungen zustande zu bringen. Und Pessimismus heißt, sich mit etwas abzufinden - um anschließend in Passivität zu verharren, während Optimismus Aktion und Engagement verlangt.

Nun haben die Deutschen da offensichtlich ein Handikap. Denn schon Tacitus stellte fest: Die Nachrichten aus Deutschland sind wieder schlecht. Das ist besonders prekär in einem Lande, in dem alle Nachrichten geglaubt werden, vorausgesetzt, es sind schlechte. Deutschland neigt im Augenblick, genauso wie die anderen westeuropäischen Länder, zur Erstarrung und somit zur Blockierung. Vielleicht noch mehr als die anderen Länder; denn hierzulande gibt die Vielfalt der Vorschriften dem Bürger zwar Rückhalt, aber dabei droht die Lust am Reglementieren die Lust zum Fabulieren und zum kreativen Schaffen zum Erliegen zu bringen.

Was bedroht denn mehr den Erfolg des deutschen Systems, das im Rahmen einer freiheitlichen Rechtsordnung auf den Ausgleich von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Effizienz abzielt? Die Beantwortung dieser Frage ist wichtig. Denn wie Ralf Dahrendorf sagt, werden Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt und politische Freiheit das Spannungsfeld sein, in welchem die inneren Konflikte der Industriegesellschaften der Zukunft ausgetragen werden.

Ich möchte hier auf einige Aspekte hinweisen, die dieses Spannungsverhältnis nachteilig beeinflussen könnten.

Deutschland hat mehr als 50 Jahre des Aufbaus und des sich anschließenden Wohlstands hinter sich und eine Periode von Anpassungen vor sich. Die Kräfte der Erneuerung ringen mit denen der Erstarrung, konnten sich aber bis jetzt nicht durchsetzen.

Worauf beruhte unter anderem der Erfolg des "deutschen Modells"?

- Durch die 5-Prozent-Klausel und die in der Verfassung festgelegte Handhabung des konstruktiven Mißtrauensvotums hat es lange Zeit die mit dem Verhältniswahlssystem verbundenen Schwächen mildern können.
- Durch seine föderale Struktur hat das Land seine regionalen Gegensätze gut ausgleichen können.
- Die soziale Marktwirtschaft hat bis vor einigen Jahren ihre steigenden Ausgaben durch Wachstum finanzieren können.
- Nach Kriegsende war die Bevölkerung von einem bewundernswerten Aufbauwillen beseelt, was aus Deutschland den Wunderknaben Europas machte.

Die Voraussetzungen haben sich für die vier Faktoren seit einigen Jahren entscheidend geändert. Aus dem Deutschland von "Wir Wunderkinder" ist anscheinend ein Deutschland von "Wir Sorgenkinder" geworden.

Was hat sich geändert?

- Die zunehmende Zahl der kleinen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, führt zu einer geringeren Beschlußfähigkeit. Die unterschiedlichen Mehrheiten in Bundesrat und Bundestag machen diese noch schwieriger.
- Die Wiedervereinigung, deren Probleme Deutschland unter schwierigen Umständen vorzüglich gelöst hat, aber deren Kosten wir alle unterschätzt haben, hat das Land finanziell geschwächt. Darüber hinaus ist es seitdem mit einem Ost-West-Problem konfrontiert, so daß es außer den ideologischen Gegensätzen auch den unterschiedlichen Empfindlichkeiten der Einwohner der alten BRD und der Ex-DDR Rechnung zu tragen hat.
- Das Wachstum hat sich in Europa verlangsamt, und die Wirtschaft hat sich emanzipiert. Ihr Wirkungskreis ist mondial, grenzenlos, während der Einfluß des Staates an der Grenze aufhört. Daraus entsteht ein Vakuum, und wir wissen noch nicht, wie wir es bewältigen sollen.

Und schließlich:

- Nach einer längeren Wohlstandsperiode ist der Leistungswille zugunsten des Anspruchsdenkens zurückgegangen.

Wo liegen die Schwierigkeiten?

Wir Belgier haben früher wie Sie gegen alle möglichen vernünftigen Grundsätze gesündigt, so daß wir in dieser Hinsicht über mehr Erfahrung verfügen, wie man damit umgeht.

Wenn man sich in einer solchen Lage befindet, ist die Konsensfähigkeit, die dringend benötigt wird, um die Dinge zu ändern, gerade dann am schwierigsten zu bewerkstelligen.

Nur allzuleicht wird aus dem Konsensgedanken ein Streben, "Kompromisse um jeden Preis" zu erzielen. Kompromisse, bei denen alle Beteiligten das Gesicht wahren, die aber in der Regel nichts mehr mit der Lösung des Problems zu tun haben.

Logischerweise bekommen die negativen Kräfte in einer solchen Situation mehr Macht; denn wer blockiert, bestimmt das Geschehen. Im Parlament ist derjenige, der die Arbeit dieser Institution blockieren will, derjenige, der Verlauf und Ablauf der Dinge bestimmt. Die Macht derer, die sie rechtens ausüben sollen, zerrinnt in deren Händen.

The Lord Dahrendorf

Beide Referenten haben auf ihre Weise einen Zukunftsoptimismus vertreten und weniger über Wege in der blockierten Gesellschaft als aus der blockierten Gesellschaft gesprochen. Das geht ein wenig gegen den Zeitgeist, zumindest in Deutschland, und dürfte eine günstige Voraussetzung für unsere Diskussion sein.

Ich schlage vor, daß wir das Thema zunächst sehr offen angehen und die unterschiedlichen Aspekte, die Sie damit verbinden, verdeutlichen.

Pfeiffer

Mich hat erstaunt, daß beide Referenten eine Gruppierung überhaupt nicht erwähnt haben, die lange Zeit für Zukunftsentwürfe in unserer Gesellschaft zuständig schien, nämlich die Parteien. Vielleicht ist es symptomatisch, daß wir diejenigen, von denen wir früher meinten, sie könnten uns sagen, wie es weitergehen soll, wenn wir festgefahren sind, gar nicht mehr so richtig auf der Rechnung haben.

Ich habe kürzlich gelesen, das Durchschnittsalter der CDU-Mitglieder liege bei 55 Jahren bei SPD und FDP dürfte dies nicht anders sein. Jedenfalls ist mein Eindruck, daß auf Parteitag und Parteiversammlungen - und ich hatte in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit, bei verschiedenen Parteien zu sprechen - vornehmlich die "Zeitreichen" sitzen, also Personen, die in ihrem Beruf nicht so hart gefordert werden und die es sich deshalb leisten können, pro Woche mehrere Parteitertine wahrzunehmen - und eben gerade nicht die Funktionseliten unserer Gesellschaft. Die Zeitreichen sind in der Regel auch die Älteren, die angesichts der ungeheuer schnellen Veränderungen in unserer Gesellschaft häufig mental und in der Sache überfordert sind, die richtigen Antworten zu entwickeln. Die Funktionseliten dagegen - Unternehmer, Spitzenmanager, Freiberufler auch engagierte Hochschullehrer - haben schlicht die Zeit nicht, sich an solchen Debatten zu beteiligen; allenfalls verfolgen sie nach außen noch, was in den Parteien vor sich geht, sind aber meist frustriert über das, was sie dort wahrnehmen.

Ich denke, dies ist ein ernstes Problem. Denn wer sonst, wenn nicht die Parteien, sollte Zukunftsentwürfe entwickeln und Personen auswählen, die dann im Bundestag oder in den Landtagen solche Entwürfe umsetzen. Vielleicht wäre das Mehrheitswahlrecht in der Tat ein Weg, um aus der Krise herauszufinden. Zumindest würde damit die Chance größer werden, Persönlichkeiten mit einem breiteren beruflichen Erfahrungshintergrund in die Parlamente zu bekommen, statt jener Politikerkarrieren, die ganz und gar von ihrer Partei abhängig werden, weil sie beruflich keine andere Alternative haben.

Beide Referenten haben belegt, daß die Bürger sich immer mehr ihren individuellen Interessen verpflichtet fühlen und dem Staat die Schuld für alle Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft in die Schuhe schieben. Doch es gibt auch Ansätze für eine Gegenbewegung. In Hannover ist vor kurzem eine Bürgerstiftung gegründet worden. Die circa 40 Personen, die bei der Gründungsversammlung anwesend waren, haben durchaus betont, wie sehr sie über das frustriert sind, was sich in den Parteien derzeit tut. Worum es ihnen geht, ist, an Gemeinschaftsprojekten zielorientiert zu arbeiten.

In dem Zusammenhang mache ich aufmerksam auf die wachsende Diskrepanz von öffentlicher Armut und privatem Reichtum. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Erbfolge konzentrieren sich erhebliche Finanzmittel auf einen kleinen Personenkreis. Die Bürgerstiftung strebt an, die großen finanziellen Möglichkeiten dieses Personenkreises zusammenzuführen mit dem beachtlichen Ideenpotential, das außerhalb der Parteien auf kommunaler Ebene zur Verfügung steht. Ziel ist es, auf diese Weise für die Bereiche Jugend, Kultur und Soziales

ein neues Innovationspotential zu schaffen, also eine aktive Bürgerkultur, die sich selber um die Lösung sozialer Probleme kümmert.

Ansätze, dem Community-Foundation-Modell der USA nachzueifern und solche Innovationszentren zu schaffen, gibt es bei uns abgesehen von Hannover auch zum Beispiel mit der Stadtstiftung Gütersloh, die Herr Mohn ins Leben gerufen hat, oder auch in Ulm mit der dortigen Bürgerstiftung. Sie hat nur den Nachteil, daß sie durch den Oberbürgermeister und die im Stadtrat vertretenen Fraktionen gegründet wurde und zu eng mit der öffentlichen Verwaltung verkoppelt ist.

Worum es mir geht, ist, daß hier ein Feld eröffnet wird, wo sich die Bürgerkultur tatsächlich entfalten kann. Dort wird nicht mehr länger lamentiert. Die Bürger ergreifen vielmehr selbst die Initiative, um der wachsenden Verwahrlosung unserer Städte aktiv zu begegnen.

So etwas finde ich sehr ermutigend und meine, dies sollte auch durch den Staat unterstützt werden, indem er beispielsweise die steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für solche Stiftungen positiver gestaltet.

Teltschik

Wenn man die derzeitigen Entwicklungen national und global analysiert, sind vier grundlegende Veränderungen zu konstatieren, die ich schlagwortartig nennen will. Erstens: Die gesamte internationale Ordnung verändert sich von der früheren Bipolarität über das jetzt bestehende Machtmonopol einer Weltmacht hin zu einer Multipolarität. Hier muß eine neue Ordnung geschaffen werden. Zweitens: Globalisierung der Wirtschaft. Drittens: digitale Revolution, und viertens: gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Individualisierung, Fragmentierung und so weiter. Als fünften Faktor könnte man die Zeit hinzufügen. Das heißt, die Veränderungen vollziehen sich mit einer immer höheren Geschwindigkeit.

Vor diesem Hintergrund ist unbestritten, daß es keinen Bereich gibt, der sich nicht anpassen müßte. Herr Rüttgers meinte, es gäbe keine Blockade in unserer Gesellschaft, sondern durchaus vielfältige Veränderungen. Dem stimme ich zu. Das heißt, es gibt Bereiche, die sich in der Tat sehr rasch anpassen, und andere, die gelähmt wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen.

So ist insbesondere die Wirtschaft gezwungen, sich schnell auf Veränderungen einzustellen und strukturelle Reformen durchzuführen. Wenn Unternehmen dies versäumen, gehen sie pleite. Diese Anpassungsprozesse kommen auch der Gesellschaft zugute, indem sie Arbeitsplätze sichern. Das zentrale Problem heute sehe ich darin, daß es gerade der politische Bereich ist, der gegenwärtig von Lähmung erfaßt ist.

Es ist schon bezeichnend, wenn in der letzten Woche in der "FAZ" ein deutscher Bundesminister in einem großen Beitrag feststellt, es liege Mehltau über diesem Lande. Ich halte das von einem Vertreter der Bundesregierung für eine überaus befremdliche Aussage.

Herr Leysen hat zu Recht betont, daß die großen Unternehmen heute praktisch standortunabhängig geworden sind. Und die Politik bezieht sich auf einen Standort, der zu klein geworden ist, und hat sich dort gewissermaßen eingemauert, statt über joint implementation nachzudenken und diese dann auch entsprechend politisch umzusetzen.

Pohl

Was wir heute auf wirtschaftlichem Gebiet erleben, sind zwei durchaus widersprüchliche Rekorde: Während auf der einen Seite die Arbeitslosigkeit immer neue Größenordnungen erreicht, sehen wir auf der anderen Seite ständig steigende Einkommen und Vermögen.

Mein Eindruck ist, daß der wirtschaftliche Prozeß immer mehr zu einer Divergenz der individuellen Lebensbedingungen führt. Das heißt, die Spaltung in der Gesellschaft nimmt zu: zwischen den Menschen, die einen Job haben, und anderen, die keinen haben; zwischen Unternehmen, die im Globalisierungswettbewerb international positioniert sind, und anderen, die das nicht sind. Ich könnte weitere Beispiele anführen.

Diese Divergenzprozesse nun stehen im Widerspruch zu politischen Zielvorstellungen, die in unserem Land lange Zeit propagiert wurden, etwa "Wohlstand für alle" oder gerechtere Vermögensverteilung und was dergleichen Dinge mehr sind. Was hier vor sich geht, ist ein gesellschaftlicher Desintegrationsprozeß. Mit anderen Worten: Immer mehr Menschen fallen aus dem Wirtschaftsprozeß heraus, werden desintegriert. Wenn wir dies verhindern und statt dessen Integration befördern wollen, kommen wir um Reformen nicht herum.

Ich habe lange Zeit gemeint, solche Reformen folgten einer gewissen Rationalität nach dem Motto: Es gibt ein Problem, für das wir bestimmte Lösungsansätze haben, die es umzusetzen gilt. Statt dessen habe ich zunehmend den Eindruck, wir folgten eher einer Rationalität des Reformstaus, indem erklärt wird, daß es rational ist, gerade keine Reformen vorzunehmen. Einen Grund für solches Verhalten sehe ich darin, daß über die Reformziele keine Einigkeit besteht, sondern darüber sehr unterschiedliche Vorstellungen herrschen.

Die Arbeitslosigkeit ist dafür ein gutes Beispiel. Natürlich wollen alle einen Arbeitsplatz haben - aber an einem bestimmten Ort, in einem bestimmten Beruf, mit einer bestimmten Qualifikation, zu einem bestimmten Lohn. Das heißt, das Ziel ist gar nicht in erster Linie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als solche, sondern es geht vielmehr um die Erfüllung von Nebenbedingungen, die es dann schwermachen, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu realisieren.

Hinzu kommt, daß jede Reform Risiken und Nebenwirkungen hat. Das heißt, eine Reform kommt nicht nur bestimmten Gruppen zugute, sondern sie belastet gleichzeitig andere. Deshalb sehen einige Berufsgruppen, die hart arbeiten müssen und erfolgreich sind, überhaupt keine Veranlassung, sich anzupassen, weil sie optimal am Markt positioniert sind. Denen ist klar, daß irgendwelche Reformen nur zu ihren Lasten gehen.

Eine differenziertere Einkommensverteilung, Abbau von Schutzrechten, Arbeitszeitflexibilisierung und dergleichen wird von vielen - und zwar von einer Mehrheit in diesem Lande - als persönlicher Nachteil empfunden. Gott sei Dank ist es ja immer noch die Mehrheit, die mit den Verhältnissen so, wie sie sind, zufrieden ist. Wir dürfen, wenn wir Reformen propagieren, die Nebenwirkungen und Risiken und wer sie zu tragen hat, nicht verschweigen.

Es wird auch zunehmend darüber gestritten, was denn getan werden muß. Da besteht in vielen Fällen nur ein Scheinkonsens. Ob man die Löhne erhöhen soll, um die Kaufkraft zu steigern, oder ob man sie senken soll, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ist ja ein altbekannter Streit. Was ich aber wahrnehme, ist, daß immer zweifelhafter wird, ob die Instrumente, die angewendet werden, tatsächlich in gewünschter Weise wirken. Sie wissen ja, daß von dem 50-Punkte-Programm der Bundesregierung zur Wirtschaftsreform aus dem letzten Jahr ein Großteil realisiert worden ist. Das fängt beim Kündigungsschutz an. Aber die Erfolge sind ausgeblieben. Die Frage ist jetzt: Ist man auf halbem Weg stehengeblieben, wie die einen behaupten, oder waren die Maßnahmen unwirksam oder sogar kontraproduktiv, wie die anderen meinen?

Früher waren die Paradigmen relativ klar; ich denke nur an Karl Schillers Globalsteuerung. Ein weiteres Paradigma war die Angebotspolitik. Heute haben wir so eine Art Mischmasch, wo keiner mehr klar sagen kann, worum es denn nun gehen soll. Da ist es kein Wunder, wenn endlos über die Wirksamkeit oder Untauglichkeit von Maßnahmen gestritten wird.

Was wir meiner Ansicht nach intellektuell zu leisten hätten, wäre zum einen, daß wir uns wieder auf Paradigmen einigen, die wir in der Analyse der Wirtschaft zugrunde legen. Denn nur daraus lassen sich überzeugende Konzepte ableiten. Zum anderen müssen wir den Menschen in unserer Gesellschaft deutlich machen, daß auch diejenigen, die heute nicht zu den Betroffenen zählen - beispielsweise durch Arbeitslosigkeit;-, potentiell jederzeit selbst betroffen sein können und deshalb gut daran tun, Reformen nicht zu verweigern - um Risiken und Nebenwirkungen zu vermeiden. Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, wenn die Blockierung von Reformen die Rationalität des Handelns bestimmt.

Riedmüller

Stimmt eigentlich die Diagnose von der blockierten Gesellschaft? Ohne eine zutreffende Diagnose dürfte es schwer sein, geeignete Therapieansätze zu machen. Ich bin mir nicht sicher, ob der Begriff richtig gewählt ist. Auch Herr Rüttgers kann sich ja offenkundig nicht recht entscheiden, ob die Gesellschaft insgesamt blockiert ist oder nur einzelne Bereiche. Ich würde deshalb den Prozeß, den wir gegenwärtig erleben, eher mit den Begriffen Differenzierung und Segmentierung beschreiben. Diejenigen, die von Blockade sprechen, befinden sich meist selbst in relativ abgeschlossenen Segmenten, also in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden et cetera.

Was das Parteiensystem angeht, zeigen alle Analysen, daß da kaum mehr ein Austausch mit anderen Bereichen der Gesellschaft stattfindet. Es hat sich gleichsam hermetisch abgeriegelt. Ähnlich verhält es sich mit nahezu allen Großorganisationen. Die Frage, die sich mir als Sozialwissenschaftlerin hier stellt, ist: Auf welche Weise können diese Organisationen wieder lernfähig werden? Müssen sie erst richtig in die Krise geraten und zusammenbrechen? Oder gelingt es, sie durch Anstöße von außen

reformfähig zu machen? Dafür gibt es in der Geschichte allerdings nicht eben viele Beispiele; ich wäre da eher pessimistisch.

Wer ist in Deutschland eigentlich Träger der Reformdebatte? Sicher nicht die Parteien und die anderen Großorganisationen. Vielmehr ist es die Wirtschaft, der es immerhin gelungen ist, eine Standortdebatte zu entfachen, der dann die Medien, die Wissenschaft, die Parteien gefolgt sind. Auch wenn die Diskussion um die Lohnnebenkosten und andere Dinge wissenschaftlich höchst kontrovers behandelt wird, ist es der Wirtschaft gelungen, hier in Führung zu gehen und sich als Reformträger auszuweisen.

Gibt es andere Gruppierungen, die sich ähnlich auszeichnen? Herr Rüttgers hat die Wissenschaft angesprochen, für die das gewiß nicht gilt, trotz aller Analysen und Diagnosen über die Entwicklung der Gesellschaft. In Deutschland - im Gegensatz zu anderen Ländern - ist jedenfalls festzustellen, daß die Wissenschaft in der Reformdebatte kaum Anstöße gibt und Gehör findet.

Ich untersuche gerade die Debatte über die Reform des Sozialstaates in England, Frankreich und Deutschland. Da ist schon auffällig, daß man bei uns geradezu von einer Blockade zwischen Wissenschaft und Politik sprechen kann. Über die Krise der Arbeitsgesellschaft, den Umbau des Sozialstaates oder die Bevölkerungsentwicklung, also den demographischen Wandel, liegen die wissenschaftlichen Expertisen seit zwanzig Jahren auf dem Tisch. Über Themen wie Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Integration wird seit zehn, fünfzehn Jahren diskutiert, ohne daß wir irgendwie weiterkommen.

Ich frage mich also, wie diese fehlende Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik zu erklären ist. Sieht man sich an, welche Rolle die Eliten im Reformprozeß spielen, ist für Deutschland typisch, daß die bürgerliche Mittelschicht und die Aufsteiger der jüngeren Generation ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Sie merken gar nicht, daß sie gefragt sind. Der gegenwärtig stattfindende Prozeß läuft geradezu hinter dem Rücken der Beteiligten ab; zumindest ist das der Eindruck, den mir die meisten meiner Kollegen vermitteln: Wir haben mit diesem ganzen Prozeß überhaupt nichts zu tun. Enquetekommissionen, Expertengremien - ich bin an einigen selbst beteiligt gewesen - bestätigen diese Blockade von Wissenschaft und Politik, und die Wissenschaftler haben weitgehend resigniert.

Steinkühler

Wenn mich meine geschichtlichen Kenntnisse und persönlichen Erfahrungen nicht trügen, sind wir alles andere als eine blockierte Gesellschaft. Ich kann mich überhaupt an keine Zeit erinnern, in der so schnell, so komprimiert, so grundlegend politische und ökonomische Veränderungen stattgefunden haben wie im Augenblick. Natürlich gibt es in dieser Gesellschaft erhebliche Blockaden, besonders bei denen, die immer nur klagen und an alten Rezepten festhalten wollen. Aber viele wollen den Prozeß, der da abläuft, nicht als naturhaft hinnehmen, sondern sehen durchaus Alternativen, wie man ihn anders steuern könnte.

Herr Leysen hat von Mutationen gesprochen, die man in der Anfangsphase nicht erkennt, obwohl sie bereits wirksam sind. Ich denke, wir befinden uns in einer großen Transformationsphase, und die Triebkräfte, da würde ich Frau Riedmüller zustimmen, sind zur Zeit eher in der Ökonomie zu finden. Aber waren die Triebkräfte bei großen politischen Veränderungen nicht immer ökonomischer Natur? Als unter Bismarck die Zollgrenzen fielen, hat damals die Wirtschaft nicht den entscheidenden Impuls gegeben, weil diese Zollgrenzen mit den Produktionsmöglichkeiten nicht mehr übereinstimmten?

Wo ich heute die eigentlichen Blockaden sehe, ist bei denen, die durch Gottes Zorn und der Menschen Unzulänglichkeit zur Führung berufen worden sind. Damit meine ich nicht nur die Politiker, sondern in einer pluralistischen Gesellschaft, wie ich sie verstehe, gehören die großen Verbände genauso dazu. Entweder erkennen sie es nicht oder haben nicht den Mut einzugestehen, daß sie die alten Positionen nicht mehr halten können, weil ihnen die dafür notwendigen Instrumente größtenteils aus der Hand geschlagen wurden. Jede Bundesregierung, egal wie sie zusammengesetzt ist, mußte heute zugeben, daß wir auf dem Weg in die EG viele nationale Instrumente aufgegeben haben, die wir brauchten, um dem Grundgesetz in wichtigen Fragen noch Genüge tun zu können. Ich denke nur an die Finanzpolitik, die national kaum noch sehr wirkungsvoll gehandhabt werden kann.

Was ich der Politik vorwerfe, ist, daß sie nicht den Mut hat, die Menschen mitzunehmen. Ich glaube nicht, daß die Bürger nur jammern, sich auf sich selbst zurückziehen, ständig Ansprüche stellen und nach denen rufen, die Verantwortung tragen sollen. Mein Eindruck ist vielmehr, daß die Politiker deshalb an Glaubwürdigkeit verlieren, weil sie nicht den Mut haben, den Menschen deutlich zu sagen, wie die Dinge stehen in dieser Republik.

Wenn heute über den Euro abgestimmt würde, wäre sehr wahrscheinlich eine Mehrheit dagegen - nicht, weil die Leute gegen Europa oder engstirnige Nationalisten sind, sondern weil sie schlicht nicht wissen, wo der Weg hinführt. Jedem, der ernsthaft danach fragt, wird das Totschlagargument entgegengehalten: Ohne den Euro wird alles noch viel schlimmer. Viel schlimmer, als es jetzt ist, oder was ist damit gemeint? Darüber wird der Dialog verweigert.

Die Politiker versuchen gar nicht erst, die Leute mitzunehmen, sondern tragen vielmehr zur politischen Entmündigung der Bürger bei - wobei ich jetzt gar nicht von den unsäglichen Wahlkämpfen rede. Die Folge ist jedoch, daß die Führungsfähigkeit der Politik und damit ihre Gestaltungsmöglichkeiten abnehmen.

Um es bildhaft auszudrücken: Viele Politiker kommen mir so vor, als seien sie mit ihrem Kajak plötzlich in Wildwasser geraten. Sie reagieren zutiefst erschrocken und blockiert und verstehen nicht, daß man im Wildwasser nur steuern kann, wenn man ganz schnell paddelt und sich bemüht, schneller als das fließende Wasser zu sein. Wer im Wildwasser blockiert ist, der zerschellt am nächsten Felsen. Wer die Richtung bestimmen will, der muß eben paddeln. Das heißt, sich Veränderungen in den Weg zu stellen, hilft in der Regel nichts. Die entscheidende Frage ist aber: In welche Richtung wollen wir uns eigentlich bewegen, und wieviel Kraft muß aufgewendet werden, um dort hinzukommen? Hier sehe ich die eigentlichen Blockaden in unserer Gesellschaft.

Miegel

Ich möchte für unsere Lage ein anderes Bild wählen. Ich sehe uns in der Situation einer Gruppe von Menschen, die geführt von Bergführern eine lange anstrengende Wanderung hinter sich hat und sich jetzt - nach vielleicht 100 Jahren - auf einem besonders angenehmen Hochplateau befindet.

90 Prozent unserer Bevölkerung leben nach eigenem Bekunden gut oder sehr gut. Sie wohnen in schönen Wohnungen, verfügen über Automobile, deren Durchschnittsalter bei dreieinhalb Jahren liegt, und haben in ihren Haushalten alles an Technik, was sie nur handhaben können. Sie verbringen ihre langen Urlaube so anregend wie nie zuvor. Und selbst die Ärmsten unter uns, die Sozialhilfeempfänger, verfügen über eine Kaufkraft, die deutlich höher ist als die Kaufkraft von rund einem Fünftel der Beschäftigten in den USA.

Doch jetzt wird diese Gruppe von den Bergführern aufgefordert weiterzugehen, weil sich der Wind gedreht hat, Wolken aufgezogen sind und ein Unwetter droht. Auf die Frage, in welche Richtung denn gegangen werden solle, wissen die Bergführer jedoch keine rechte Antwort. Die einen sagen: Wir müssen zurück. Andere: Wir müssen voran, oder nach links oder rechts. Angesichts dieser widersprüchlichen Aussagen beschließt die Gruppe, ganz einfach sitzen zu bleiben; denn sie fühlt sich ja noch immer wohl.

Dies sind meine Erfahrungen aus der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, wo an ähnlichen Tischen wie diesem viel Sachverstand versammelt war und immer wieder deutlich wurde: Schon in der Lageanalyse bestand erheblicher Dissens: Wo befinden wir uns überhaupt? Noch größer war der Dissens in bezug auf die Ursachen: Warum befinden wir uns, wo wir uns befinden? Am größten war der Dissens aber bei den Therapien: Wie soll es weitergehen?

Herr Pohl hat auf die Arbeitslosigkeit verwiesen. Die Kommission hat Therapien und Therapievorschläge analysiert und Politikern, Wissenschaftlern und Medienvertretern aufgezeigt, was geschehen kann und was geschehen muß, wenn der Wohlstand erhalten und die Beschäftigungslage verbessert werden soll. Die Reaktionen waren bezeichnend: Jeder suchte sich das aus den Vorschlägen heraus, was ihm besonders genehm war. Das aber geht nicht. Denn jede dieser Therapien wirkt wie ein Medikament, das Nebenwirkungen hat. Diese Nebenwirkungen sind unerwünscht, aber unvermeidlich. Das wollen die meisten nicht wahrhaben. Herr Pohl und ich stimmen sicherlich darin überein, daß sich die Arbeitslosigkeit relativ rasch beseitigen ließe, wenn die damit verbundenen Nebenwirkungen von der Gesellschaft akzeptiert würden. Da dies jedoch noch nicht der Fall ist, wird auch die Arbeitslosigkeit anhalten. Damit wächst die Gefahr, daß uns der Wetterumschlag früher oder später mit voller Wucht trifft.

Wenn hier über Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft gesprochen wird, dürfen nicht nur die Instrumente behandelt werden, die möglicherweise Veränderungen bewirken, sondern die Veränderungen selbst müssen deutlich werden. In welche Richtung sollen wir uns bewegen?

Um noch einmal auf mein Eingangsbild zurückzukommen: Die Gruppe, die sich vor 100 Jahren auf den Weg machte, hatte ein sehr klares Ziel vor Augen. Sie wollte ihren materiellen und immateriellen Wohlstand mehren und zugleich immer weniger arbeiten. Sie kämpfte für den freien Samstag, die

Verkürzung der Wochenarbeitszeit, ein langes, geruhames Alter und so weiter. Bei der Verfolgung dieser Ziele war sie außerordentlich erfolgreich.

Was hingegen wird heute an Zielen angeboten? Für viele: größere Anstrengungen bei stagnierendem oder gar abnehmendem Wohlstand. Hinzu kommt: mehr räumliche Mobilität und zeitliche Flexibilität. Daß dies die Mehrheit nicht begeistert, scheint mir verständlich. Herr Steinkühler hat auf das Dilemma hingewiesen. Dennoch wissen alle Kundigen, die Gesellschaft muß sich verändern, wenn sie das erreichte Niveau auch nur halten will. Was jedoch verändert werden muß, ist eine keineswegs einfach zu beantwortende Frage.

Herzog

Ich stimme Herrn Miegel und Herrn Steinkühler zu, daß wir bei all unseren Überlegungen die Menschen nicht vergessen dürfen. Die Veränderungen und Rezepte, die wir für notwendig halten, sind ja teilweise, wenn ich Herrn Rüttgers folge, schon auf den Weg gebracht worden. Aber wir sollten nicht übersehen, was wir unseren Mitmenschen damit alles zumuten. Daß die Volksabstimmung über den Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg gescheitert ist, hat aus meiner Sicht weniger damit zu tun, daß die meisten in der Sache wirklich dagegen waren, sondern vielmehr damit, daß die Veränderungen, die den Menschen in den letzten sieben, acht Jahren zugemutet worden sind, das Maß des Erträglichen einfach überschritten haben.

Sie sagen zu Recht, Herr Steinkühler, in einer Situation, die von Verunsicherung und Angst geprägt ist, seien die Politiker gefordert, die Bürger mitzunehmen. Dafür fehlt ihnen teilweise der Mut, teilweise die Einsicht.

Auf einen ganz wichtigen Sachverhalt, der uns im politischen Raum blockiert, will ich besonders hinweisen: Die Hälfte der Zustimmungsgesetze bei uns sind nur zustimmungspflichtig aufgrund der Verwaltungsvorschriften, die in sie aufgenommen werden. Schon Helmut Schmidt wollte das ändern, und ich habe mich damals in meiner Partei mißliebig gemacht, weil ich dies verfassungsrechtlich für unbedenklich erklärt habe. Bundeskanzler Schmidt hat sich seinerzeit mit seiner Forderung nicht durchgesetzt. Vielleicht kann man es jetzt erreichen.

Ich sehe also nicht das Verhältnis von Bundestag und Bundesrat oder die auch für meinen Geschmack zu große Zahl von Bundesländern als die eigentlichen Blockadeverursacher. Und im übrigen auch nicht unser Verhältniswahlssystem. Was uns natürlich zu schaffen macht, ist, daß sich auf Bundesebene zwei gleichstarke politische Blöcke gegenüberstehen, so daß schon eine geringe Zahl von Wechselwählern einen Regierungswechsel herbeiführen kann. Die Blöcke blockieren sich gegenseitig und das in einer Situation, in der die Bürger stark verunsichert sind, weil sie überhaupt nicht erkennen können, worauf die ganze Entwicklung hinauslaufen wird. Ich weiß da auch keine Patentlösung, und Sie sollten nicht den Eindruck mitnehmen, ich würde für eine große Koalition votieren. Aber ich würde mir schon wünschen, daß die Politik in der Sache mutiger und beherzter vorgeht.

Ich will noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Es fällt unseren Mitbürgern offenkundig immer schwerer, die Welt und das, was in ihrem Umfeld geschieht, zu verstehen. Daran wird sich vermutlich in Zukunft auch nichts ändern lassen. Die Menschen reagieren darauf in der Weise, daß sie auf Lebensbereiche ausweichen, die sie überschauen können. Darin sehe ich den eigentlichen Grund für die in den letzten Jahren verstärkt aufkommende Hinwendung zu Hobbys aller Art in Malerei, Musik, Sport und anderem mehr. Dort können die Menschen Erfolge und Mißerfolge unmittelbar erleben. Mit der Tendenz zur Privatisierung hat das nicht eigentlich etwas zu tun, sondern mit einem Rückzug auf Bereiche, in denen sich die Menschen noch auskennen.

Aus eben dem Grunde ist auch verständlich, daß die Leute sich nicht mehr in politischen Parteien engagieren wollen - ganz abgesehen davon, daß Sie als Politiker mit einer Sechzig-, Siebzigstundenwoche sich in der Öffentlichkeit und von jedem x-beliebigen Medium vorführen lassen müssen, was die Motivation auch nicht gerade fördert. Aber es ist nicht die abverlangte Leistung, die die Menschen abschreckt - ich denke nur an die Triathlon und Marathonlaufbewegungen mit ihren geradezu absurden Extremleistungen. Die Bereitschaft, über sich hinauszuwachsen zu wollen, ist durchaus vorhanden. Warum gelingt es uns nicht, diese Leistungsbereitschaft umzulenken auf Gebiete - es müssen ja nicht die politischen Parteien sein;- , wo für die Gesellschaft Extremes geleistet werden könnte und müßte?

von Weizsäcker

Ich schließe daran an: Ich meine, wir sind ein Land mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Wenn wir etwa auf Politik und Wirtschaft blicken, dann liegt die Dynamik heute eindeutig bei der Wirtschaft. Das ist sicher nicht neu und im Prinzip auch unvermeidlich. Insbesondere angesichts der offenen Grenzen versucht die Wirtschaft, die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen und mögliche Gefahren zu mindern. Im Bereich des demokratisch verfaßten Staates dagegen herrscht ein Status-quo-Denken vor, das man im Grunde niemandem vorwerfen kann, das aber die beklagte Unbeweglichkeit verursacht.

Herr Miegel sagt zu Recht, die Mehrheit fühlt sich auf dem erreichten Hochplateau ausgesprochen wohl und möchte dort am liebsten verharren. Das geht übrigens weit über die Parteigrenzen hinweg, und in diesem Punkt, Herr Bundespräsident, stehen sich in unserem Lande nicht eigentlich zwei Blöcke gegenüber. Aber Sie haben völlig recht, daß die Mehrheit sich vor Veränderungen fürchtet. Von daher hat es auch die Politik schwer, die an sich notwendige Dynamik gegenüber den Beharrungstendenzen durchzusetzen - ganz abgesehen von dem unserer Politik inhärenten Immobilismus.

Ein weiterer Aspekt hängt mit der Globalisierung zusammen, die auf lange Sicht vermutlich mehr positive als negative Folgen zeitigen wird. Insbesondere sollte man ihre friedensfördernde Funktion nicht unterschätzen. Die Welthandelsorganisation verfügt über äußerst wirksame Instrumente im Sinne friedlicher, zumindest gewaltfreier Sanktionsmöglichkeiten. Auf der anderen Seite verursacht die Globalisierung für die nationale Volkswirtschaft eine prekäre Spaltung: Während sich die Wirtschaft global orientiert, bleibt das Volk zurück, für das dann der demokratische Staat verantwortlich ist, was teilweise seinen Immobilismus erklärt.

Auf der einen Seite muß der Staat der herkömmlichen Industrieländer den global agierenden Unternehmen entgegenkommen - beispielsweise mit Steuererleichterungen; denn ihm muß an der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, von der er zu einem gut Teil lebt, im internationalen Maßstab gelegen sein. Auf der anderen Seite ist der Staat einem sozialen Härte-test unterworfen, der nicht leicht zu bewältigen ist.

Was ich vor allem für wichtig halte - das schließt an das an, was Herr Steinkühler mit dem Wort "mitnehmen" gesagt hat: Die Politik ist entscheidend auf Glaubwürdigkeit angewiesen, und es ist nicht wahr, daß die Glaubwürdigkeit dadurch leidet, daß man die Dinge beim Namen nennt. Im Gegenteil: Wenn man die Dinge nicht beim Namen nennt, geht die Glaubwürdigkeit verloren. Was mir allerdings schwerfällt zu verstehen, ist, warum die Wirtschaft, die doch in vielem besser Bescheid weiß, in dieser Hinsicht nicht mehr Unterstützung anbietet. Wissenschaft und Wirtschaft könnten und sollten der Politik in dieser Hinsicht zu ein wenig mehr Glaubwürdigkeit verhelfen, damit die Politik der Plateaugesellschaft auch unbequeme Dinge vermitteln kann, um deren Einsicht sie auf die Dauer ohnehin nicht herumkommen wird.

Frau Riedmüller sprach die Eliten an, die sich in den politischen Prozeß nicht einbringen. Die vielen guten Gedanken und Konzepte, die außerhalb des politischen Raumes anzutreffen sind, beispielsweise in der Wissenschaft, werden viel zu wenig wahrgenommen und ernsthaft diskutiert.

Hinzu kommt, daß die Medien in den letzten 15 Jahren eine geradezu gigantische Transformation erlebt haben, insbesondere unter der Führung der privaten elektronischen Medien. Deren Bestreben ist es nun, die Politik in Unterhaltung zu verwandeln, was aus ihrer Sicht durchaus rational ist; denn es verbessert ihren Erfolg als Wirtschaftsunternehmen. Auf der anderen Seite geht die Politik diesen Weg ganz bewußt mit, weil sie dadurch an einen größeren "Kundenkreis" herankommt. All diese Shows, Talk-Shows und ähnliche Spontaneitätswettbewerbe sind Ausdruck der in Unterhaltung verwandelten Politik. Nüchtere Analysen und abwägende Expertisen sind nun einmal nicht besonders unterhaltend, dafür aber um so wichtiger. Wer in der Medienöffentlichkeit schlagfertig zu antworten weiß, ist deshalb noch lange nicht ein guter Politiker. Ich meine, hier müßte eine grundsätzliche Rückbesinnung der Politik erfolgen, damit sie ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht wird.

Korte

Herr Leysen hat zu Recht gefordert, wir müßten der Jugend mehr zutrauen. Als jemand, der beruflich durchgehend mit 20- bis 30jährigen zu tun hat, möchte ich doch hinzufügen: Das Problem ist, daß die Jugendlichen uns Älteren nichts mehr zutrauen. Ich würde sie sicher nicht erheitern, wenn ich Ihnen erzählte, was diese Jugendlichen so über einen Kreis wie diesen denken.

Herr Miegel hat sehr schön die Bergwanderung beschrieben und wie wir dabei auf einem Hochplateau angekommen sind. Auf dem Weg nach oben haben wir allerdings überall Karabinerhaken eingeschlagen, um uns so weit wie möglich abzusichern. Das haben wir alle, die wir daran beteiligt

waren, auch sehr bewußt wahrgenommen - und weitgehend "inkorporiert", wie wir Soziologen sagen. Das gilt beispielsweise für die Regelungsdichte, die wir in Staat und Gesellschaft heute antreffen. Wir haben es total verinnerlicht - in unserem Denken und Gefühl;- , daß alles bei uns gut geregelt ist. Alles hat seine Ordnung. Und jetzt wird uns gesagt, wir müßten zu neuen Ufern aufbrechen, wo ganz unklar ist, ob die alten Regeln in Zukunft noch gelten werden. Das fällt allen Beteiligten außerordentlich schwer. Das ist keine Frage irgendwelchen schuldhaften Verhaltens, sondern die Konsequenz einer langen Erfolgsgeschichte, die von der Einübung bestimmter Verhaltensweisen und Erwartungen begleitet war.

Was die Lage zusätzlich erschwert, ist, daß die Regelungsdichte einem Protektionismus Vorschub leistet, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Das gilt für Kammern, Verbände, Honorarordnungen und vieles mehr, mit deren Hilfe versucht wird, sich lästige Konkurrenz und Wettbewerb vom Hals zu halten, sowohl national als auch europaweit und zunehmend global. Gewiß hat Herr Teltschik recht, daß uns dies auf die Dauer nicht helfen wird, aber wir verlieren kostbare Zeit, um uns der veränderten Situation adäquat anzupassen.

Ich erlebe das gerade hautnah mit einer kleinen Stiftung, die ich mit Freunden - ganz im Sinne von Herrn Pfeiffer - gegründet habe und mit deren Hilfe es uns gelungen ist, in den letzten zwei Jahren über eine halbe Million D-Mark einzuwerben mit der Zwecksetzung, vor allem gegen die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit konkrete Hilfen anzubieten. Ich will aus unseren Erfahrungen dabei nur soviel sagen: Wer einmal in das Gestrüpp von Kammern, Verbänden und ähnlichen Einrichtungen geraten ist, der kann jeden Handwerksmeister verstehen, der in seinem Betrieb nicht mehr ausbilden will.

Mit anderen Worten: Wir haben uns ein sehr erfolgreiches System aufgebaut, das wir so ohne weiteres nicht wieder loswerden. Wir haben uns inzwischen selbst blockiert. Damit überhaupt noch etwas geschieht, helfen wir uns durch immer weiter gehende Ausdifferenzierungen. Statt also die Kräfte zu bündeln, wie es notwendig wäre, findet eine weitere Differenzierung statt, so daß eine Reform im derzeitigen System so gut wie überhaupt nicht durchsetzbar ist. Das gilt besonders auf der mittleren Ebene. Hier sehe ich eine der bedrohlichen Blockaden in unserer Gesellschaft. Und dies führt dazu, daß es für die Wirtschaft allemal ökonomisch sinnvoller ist, gegen die Erhaltung von Arbeitsplätzen zu investieren, statt neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im übrigen gelingt es im Dienstleistungsbereich insbesondere auf der mittleren Ebene immer noch recht gut, sich den Wettbewerb vom Hals zu halten und Veränderungen zu blockieren, die aber gerade hier besonders notwendig wären, damit sich in der Gesellschaft etwas bewegt und neue Initiativen aufbrechen können. Der Bundespräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, wieviel Engagement, Tatkraft und auch Leistungsbereitschaft bei den Bürgern vorhanden ist. Das gilt nicht nur für sportliche, künstlerische und handwerkliche Betätigungen, sondern vor allem im sozialen Bereich. Um solche Initiativen aber auf eine höhere Ebene zu bringen, dies behindert eine dicke Betonschicht, die wir in unserer Gesellschaft in den Jahrzehnten einer erfolgreichen Wanderung eingebaut haben.

Groebel

Ich möchte meinem Beitrag das Motto geben: "Die Information entläßt ihre Künder" und würde bei aller Zustimmung zu dem, was Herr Rüttgers gesagt hat, zu bedenken geben, daß die Aufklärung möglicherweise doch ihren Höhepunkt erreicht hat. Vieles an der Informationsfülle ist mittlerweile entzaubert worden. Sicher, wir benötigen zum Handeln immer mehr an Informationen; aber gelegentlich wird der Eindruck vermittelt, als sei Information gleichbedeutend mit Handeln, und das ist sicherlich nicht so. Das Dilemma, das ich sehe, ist, daß wir einerseits immer mehr Information benötigen, um entscheiden zu können, und gleichzeitig die Möglichkeit abnimmt, dieser Information Strukturen zu geben.

Nun ist die Informationsgesellschaft ja auch eine "Gefühlsgesellschaft". Das heißt, es gibt nicht nur sehr viel Information über Sachliches, sondern auch über Gefühle. Das gilt nicht zuletzt für Kinder, denen über Fernsehen und Videos heute jede Menge an extremen Gefühlen angeboten wird - weit mehr als jemals zuvor.

In dieser Hinsicht befindet sich besonders die Politik in einem deutlichen Dilemma. Der Bürger erwartet von der Politik immer schneller Antworten auf Fragen, die ihn bedrängen. Die Politiker sehen sich geradezu einer "visuellen Inquisition" ausgesetzt und können sich überhaupt nicht mehr Zeit nehmen, um in Ruhe nachzudenken und Konzepte zu entwickeln. Sie müssen sich unmittelbar vor der Kamera rechtfertigen. Dabei gelingt ihnen aber - trotz aller Medienberater - nur sehr unvollkommen eine auch persönlich überzeugende Darstellung. Was die Bürger wahrnehmen, ist ein ritualisiertes und letztlich unauthentisch wirkendes Verhalten. Das heißt, es fehlt hier sowohl das durchdachte

Konzept als auch die überzeugende Verpackung - Diana hat sich da weit besser vermarktet. Das ist jetzt keine Schelte von Politikern und auch nicht von Journalisten. Tatsache ist jedoch, daß wir einerseits über alles ständig informiert werden wollen und auch glauben, dies finde angemessen statt, andererseits aber durch den Informationszwang gar nicht mehr tiefreichend informiert werden.

Natürlich ist durch die Globalisierung und durch die sich ständig ausweitende Information, die uns zur Verfügung steht, auch der Bezugsrahmen für Handeln und Entscheiden immer unübersichtlicher geworden. Das heißt, wo wird überhaupt noch ein Bezugsrahmen hergestellt? Gestern erzählte mir Andrew Graham, ein Kollege aus Oxford, daß in einer Untersuchung in England Kinder gefragt wurden, wie die Notrufnummer in England lautet. Statt 999, wie es richtig gewesen wäre, haben fast alle 911 genannt, weil sie nahezu ausschließlich amerikanische Serien sehen. Das heißt, die Bezugsrahmen ändern sich.

An der Universität Utrecht haben wir gerade eine Untersuchung für die UNESCO gemacht, bei der weltweit 5000 Kinder, alle 12 Jahre alt, über ihr Medienverhalten und ihre Vorbilder befragt wurden. Die Ergebnisse sind im Grunde erschreckend. In Europa nennen fast alle Kinder entweder einen Popstar oder einen Actionhelden als größtes Vorbild. Immerhin zehn Prozent finden noch einen Fernsehmoderator toll. Aber nur ein Prozent sagen, daß sie in einem Politiker ein Vorbild sehen. In Afrika dagegen nennen siebenmal so viele Kinder Politiker als ihre Vorbilder. Bei aller Skepsis gegenüber der hiesigen Politik: Ich würde mir immer noch eher einen europäischen als einen afrikanischen Politiker wünschen. Vielleicht ist die westeuropäische Politik gerade durch die - eigentlich wünschenswerte - Transparenz demontiert worden.

Gansel

Es ist sicher nicht verwunderlich, Herr Groebel, wenn Fernsehmoderatoren für die Jugendlichen als Vorbilder vor den Politikern rangieren. Sie sehen meist nicht nur besser aus - besonders die weiblichen Sprecherinnen;- , haben einen gut einstudierten Text und entsprechen somit den Erwartungen ihres Publikums. Der Politiker dagegen, auf dem Weg vom Vermittlungsausschuß zur Toilette, findet sich unvermittelt vor einem Pulk von Mikrofonen und soll druckreif Antworten geben, was ihm natürlich nicht gelingt. Er hat eben nicht die Chance, Herr Steinkühler, schneller im Wildwasser zu paddeln. Er kann sich kaum mit den anderen Bergführern beraten, in welche Richtung man sinnvollerweise gehen könnte, und über Vor- und Nachteile dieses oder jenes Weges eingehend nachdenken. Er wird immerfort mit Fragen konfrontiert, auf die eine schlüssige, überzeugende Antwort erwartet wird. Dieses Ausgeliefertsein an die Medien - und das Sich-selbst-Ausliefern - ist ein großes Problem. Es bleibt keine Zeit zum Nachdenken, schon gar keine Möglichkeit, laut zu denken. Jedes Problem wird dramatisiert; Übereinstimmungen zählen nicht, berichtenswert sind nur die Differenzen.

Nun ist die Presse so, wie sie ist; die Politiker leider auch. Auf jeden Fall müßten die Politiker es lernen, Antworten unter Mediendruck zu verweigern. Insofern empfinde ich meinen Umzug von Bonn nach Kiel als eine große Wohltat, weil ich es jetzt nur noch mit einer einzigen Zeitung zu tun habe - auch wenn ich der dann voll ausgeliefert bin.

Was das Thema Wahlrechtsänderung angeht, kann ich davor nur nachdrücklich warnen. Sicher, als wir in Bonn noch an der Regierung waren, habe ich mich auch immer über die FDP geärgert und mir das Mehrheitswahlrecht gewünscht, um klare Verhältnisse im Bundestag zu schaffen. Ich meine auch, daß Wahlkreisabgeordnete der Bevölkerung näher sind beim Erkennen und Lösen von Problemen. Worüber aber bei diesem Thema zu wenig gesprochen wird, ist das, was man Wahlkreislobbyismus nennen könnte. "Egal ob eine Ausgabe sinnvoll ist oder nicht, die Hauptsache ist, sie landet in meinem Wahlkreis." Dieser Wahlkreislobbyismus ist sowohl auf Bundesebene - vor allem, wenn es um Mitglieder des Haushaltsausschusses geht;- , aber auch auf Landesebene ein erhebliches Problem, das durch das Mehrheitswahlrecht noch verstärkt würde. Unterm Strich, meine ich, ist unser gemischtes Wahlrecht mit der Fünfprozentklausel bisher sehr erfolgreich gewesen. Ich würde vorschlagen, diesen Punkt hier außen vor zu lassen, zumal sich angesichts der bestehenden Machtverhältnisse in Bonn in der Hinsicht ohnehin nichts bewegen läßt.

Herr Rüttgers hat die Verwischung von Zuständigkeiten beklagt. Als Willy Brandt forderte, mehr Demokratie zu wagen, meinte er eben auch, daß damit Risiken verbunden seien, die man im Auge behalten und prüfen sollte, wo ein solches Wagnis vielleicht gefährlich ist. Jedenfalls war mit "Demokratie wagen" nicht gemeint, daß alle über alle Themen überall mitentscheiden sollten, sondern in seinem konkreten Zuständigkeitsbereich sollte der ein/eine mehr mitentscheiden können.

Ich habe in meiner kommunalen Praxis inzwischen festgestellt, daß allein nach der Hauptsatzung der Stadt Kiel an die 50 Ausschüsse und Beiräte bestehen. Dazu kommen ein gutes Dutzend

Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften - nicht zu vergessen der Gesamtpersonalrat und die Frauenbeauftragte, deren beider Einfluß nicht zu unterschätzen ist. In diesem Dickicht von Ausschüssen und so weiter zu entscheiden, ist schon schwierig genug und dauert lange - gut, Demokratie dauert immer ein bißchen länger.

Eine Folge hat aber Herr Pfeiffer mit den "Zeitreichen" angesprochen: In der vorzugsweise ehrenamtlichen kommunalpolitischen Arbeit können sich nur noch bestimmte Personengruppen beteiligen: Angehörige des öffentlichen Dienstes, Hausfrauen und Hausmänner, Arbeitslose. Das macht diesen Bereich nicht gerade innovationsfähiger. Während ich in Bonn konfrontiert war mit dem Problem der Nebenbeschäftigung von Leuten, die hauptamtlich tätig sind und dafür auch entsprechend bezahlt werden, ist es auf der kommunalen Ebene genau umgekehrt: Ehrenamtliche Tätigkeit wird immer mehr zur Volltagsbeschäftigung von Menschen, die dafür Zeit haben, die aber nicht immer hinreichend qualifiziert sind. Hier könnte die Schärfung von Zuständigkeiten, verbunden mit politischer Führungsfähigkeit durchaus hilfreich sein. Insofern würde ich Herrn Rüttgers beipflichten.

Ein weiterer Punkt auf kommunaler Ebene sind natürlich die Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten. Wenn beispielsweise ein Projekt, für das ich eine Million DM zur Verfügung habe, von Bund und Land mit, sagen wir, 75 Prozent bezuschußt wird und ich auf diese Weise aus einer vier Millionen DM machen kann, bin ich sicher dafür, insbesondere wenn davon örtliche Unternehmen, vor allem in der Baubranche, profitieren und Arbeitsplätze gesichert werden können. An sich würde ich, wenn ich über vier Millionen DM frei verfügen könnte, bestimmt etwas anderes machen, was mir wichtiger und sinnvoller erschiene.

Herr Leysen fragte: Ist uns eigentlich bewußt, was fünfzig Jahre Frieden tatsächlich bedeuten? Früher galt der Krieg meist als Vater aller Dinge aufgrund der revolutionären Veränderungen, die er bewirkte - häufig eher bei den Verlierern als bei den Siegern. So ist Deutschland nach der totalen Niederlage 1945 zu einer weitgehend egalitären Gesellschaft auf zunächst niedrigem Niveau geworden. Die Phase des Wiederaufbaus hat meine Generation in der Jugendzeit sehr geprägt. Als wir älter wurden, haben wir "auf dem Hochplateau" versucht, aus dem Pflichtenkodex der Alten auszubrechen und stärker auf Selbstverwirklichung in der "Überfluß-Gesellschaft" zu setzen. Und jetzt sind wir mit einer jungen Generation konfrontiert, die sich damit auseinandersetzen muß, daß sich wieder Klassendenken und Klassenunterschiede entwickeln und eine neue Spaltung der Gesellschaft droht.

Auf der einen Seite etwa die unverheiratete Mutter mit zwei Kindern, Sozialhilfeempfängerin, die in eine von der Stadt bezuschußte Keramikgruppe geht, oder der 19jährige Sozialhilfeempfänger am Daddelautomaten in der Spielhalle und auf der anderen Seite der Yuppie, typisiert durch das Fernsehbild des 25jährigen Börsenmaklers mit dem Handy in der Hand und dem hoch erhobenen Arm, der gerade einen schönen Abschluß gemacht hat. Alle drei produzieren eigentlich keine Werte.

Was bedeutet diese Entwicklung für eine westdeutsche Großstadt? Eine Stadt wie Kiel mit 240.000 Einwohnern hat über 20.000 Arbeitslose - über 15 Prozent;-, 18.000 Sozialhilfeempfänger, über 1000 Drogenabhängige und über 1000 Jugendliche, die sofort nach der Schule in die Sozialhilfe gehen. Das ist für eine westdeutsche Großstadt keine untypische Situation; in ostdeutschen Städten ist es teilweise noch schlimmer. Hier entsteht also fast so etwas wie eine Klasse, ein Subproletariat. Der Ausdruck Marginalisierung trifft es gar nicht mehr. Von den finanziellen Möglichkeiten, die mir in dieser Situation zur Verfügung stehen, kann ich die Mittel entweder zur wirtschaftlichen Gesundung oder zur sozialen Befriedung einsetzen. Beides gleichzeitig geht nicht, und ein Mittelweg ist höchst ineffizient. Ich weiß dafür keine Lösung und meine, darüber dürfen wir in dieser Diskussion nicht einfach hinweggehen.

Dennoch will ich es nicht bei dieser pessimistischen Einschätzung belassen. Denn gerade bei vielen jungen Leuten stelle ich eine enorme Aufgeschlossenheit, sehr viel Mobilität und Risikobereitschaft fest. Auf der anderen Seite gibt es aber eine immer größer werdende Gruppe, die ausgeschlossen wird und sich selbst isoliert. Hier hat sich gegenüber den 60-er, 70-er Jahren eine erhebliche Veränderung vollzogen, die wir nicht übersehen dürfen.

Leysen

Um das aufzugreifen, was Herr Gansel, aber auch Frau Riedmüller und Herr Steinkühler gesagt haben: Ich meine, es finden bereits in Ansätzen Veränderungen in der Gesellschaft statt, auch wenn wir diese heute noch nicht erkennen. Zum Beispiel Österreich vor 1914 Sie kennen Robert Musils "Der Mann ohne Eigenschaften" - war eine völlig erstarrte Gesellschaft. Und doch war schon alles in Bewegung geraten - in der Kunst, in der Musik, auch in der Politik. Hitler machte seine Erfahrungen in

Wien; Tito war bereits aktiv. Aber diese ansatzweisen Veränderungen erlebten ihren Durchbruch im Ersten Weltkrieg und in der Zeit danach.

Ich stelle mir nun die Frage, wie wir die zunehmende Erstarrung unserer Gesellschaft nach fünfzig Jahren Frieden wieder aufbrechen können, und zwar ohne Krieg. Ich weiß die Antwort nicht. Wie Herr Gansel sagte: Meist haben die Kriegsverlierer hinterher den ökonomischen Kampf gewonnen. Deutschland und Japan sind dafür eindrucksvolle Beispiele. Denn eine Niederlage setzt ganz neue Kräfte frei, indem sie die erstarrten Strukturen, Schichten und Klassen aufbricht. Wie das in unseren Gesellschaften heute geschehen kann, dafür sehe ich keine Lösung.

The Lord Dahrendorf

Mancur Olson hat in seinem Buch "Aufstieg und Fall der Nationen" Jefferson zitiert und gesagt: Die verharzten, erstarrten Gesellschaften, die so lange Frieden hatten, werden sich nicht erneuern. Hin und wieder muß das Land mit dem Blut der Patrioten gedüngt werden, sonst wird sich nichts bewegen. Ich stimme dem zwar nicht zu, aber dies ist ein interessantes Thema.

Escher

Die These, die Politik sei anders als die Wirtschaft, ist recht banal und wohl auch nicht sonderlich hilfreich. Wichtiger wäre die Frage, worin denn der Unterschied besteht und wie man die Politik zwingen kann, sich zu verändern. Dazu vielleicht einige Gesichtspunkte.

Während Karrieren in der Politik in vorgezeichneten Laufbahnen ablaufen, entwickeln sie sich in der Wirtschaft mehr unter Kompetenzgesichtspunkten. Während die Politik nach wie vor einem Ressortdenken verhaftet ist, verhält sich die Wirtschaft eher "produktorientiert", also lösungsbezogen. Die Politik beschäftigt sich offenbar mehr mit Demoskopie als mit Fakten. Die Kommunikation spielt bei ihr eine größere Rolle als das Handeln.

Die Lebenseinstellung der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, die Herr Korte ansprach - ich bin gerade ein Jahr darüber - ist vielleicht mit dem Werbespruch der Firma Nike am treffendsten zu charakterisieren: "Just do it", also eine starke Bereitschaft zum Handeln. Mit anderen Worten: Die Politik auf Kommunikation zu reduzieren, würde bedeuten, daß sie nur Sandkastenspiele durchführt. Aber diese Sandkastenspiele finden heute mehr denn je auf einer Wanderdüne ständiger Veränderung statt.

Um von dieser blockierten Grundeinstellung wegzukommen, schiene mir wichtig, alles aufzubrechen, was selbstreferentiell ist. Das gilt für die Gesellschaft ebenso wie für die Wirtschaft. Es gilt aber insbesondere für die Politik, wenn sie sich primär etatistisch statt problemorientiert verhält. So gibt es beispielsweise keine mit ministeriellen Befugnissen und einer gewissen Souveränität ausgestatteten Projektgruppen, die ressortübergreifend agieren. Warum gibt es beispielsweise keinen Minister ohne Geschäftsbereich, der etwa für Privatisierungen zuständig wäre, statt diese jeweils in den engen Ressortgrenzen vorzunehmen?

Der Bundespräsident hat in seiner Rede im Adlon Hotel besonders betont - das wäre für mich die entscheidende und zugleich ermutigende Aussage;- , daß dem Grundwert der Freiheit eine überragende Bedeutung zukommt. Anthony Giddens hat in diesem Zusammenhang von der "Politik der Lebensführung" gesprochen. Nur wenn die Freiheit Vorrang vor den anderen Grundwerten erhält, wird die Innovations- und Verbesserungsfähigkeit von Systemen und ihre Lernfähigkeit erhöht. Das wird heute politisch kaum so wahrgenommen, zumindest ist der Freiheitsgrundwert in Deutschland stark unterentwickelt, überdeckt von Laufbahndenken, also Sicherheit, und vor allem durch die Übertragung von Kompetenzen auf Regulierungseinheiten. Ich meine, wir müßten uns weit mehr an diesem herausragenden Freiheitsgrundwert orientieren.

Ein weiterer Punkt wäre ein offener Umgang mit Fakten. Sicher, die meisten Menschen erschrecken oder weichen aus, wenn man sie mit harten Tatsachen konfrontiert. Aber wenn Herr Leysen das Beispiel der Kohlesubventionierung erwähnt, könnte man zugespitzt fragen: Wie sollte denn wohl ein Krisenszenario aussehen, das Kohlenfeuerung empfiehlt, wenn niemand mehr über einen Kohleofen verfügt? Hier sind wir alle schon etwas nostalgisch veranlagt.

Herr Gansel sagt: Der Yuppie mit dem Handy produziere keine Werte. Ist das nicht ein sehr fragliches Verständnis von Erwerbsarbeit, auch eingedenk der Tatsache, daß diese heute nur noch acht Prozent der gesamten Lebenszeit ausmacht? Von daher meine ich, daß wir die Wertschöpfung wohl anders definieren müßten.

Gansel

Aber ohne die acht Prozent geht es nicht.

Escher

Das will ich nicht bestreiten. Aber Wertschöpfung kann sich nicht auf das Herstellen von Produkten beschränken, sondern müßte auch andere Tätigkeiten mit einbeziehen.

Schließlich möchte ich noch auf einen Widerspruch aufmerksam machen. Seitens der Politik wird immer wieder Risikobereitschaft eingefordert, beispielsweise bei der Wirtschaft. Sie selbst sieht sich aber eher auf ein Konsensprinzip verpflichtet. Damit lassen sich aber die Innovations- und Lernfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sicher nicht erhöhen. Warum überlassen wir es nicht dem einzelnen auf dem Hochplateau, ob er dort verharren oder andere Wege ausprobieren, also weiter aufsteigen oder ein Stück zurückgehen will?

Picht

Das Ressortdenken und die Frage der Zuständigkeiten, die Herr Gansel und Herr Escher angesprochen haben, sind in der Tat ein großes Problem. Solange wir in diesen Kästen denken, unterliegen wir nicht nur optischen Täuschungen, sondern handeln auch falsch. Die Politik folgt der Arbeitsteilung der Verwaltung und deren Finanzgebahren, und eben dies verstärkt den Eindruck der Blockierung. Natürlich ist auch jedermann bewußt, daß man damit weder neue Arbeitsplätze schaffen noch soziale Integration oder gesellschaftliche Kohäsion gewährleisten kann. Die Aktivierung von Bürgern und auch mehr Beschäftigung und soziale Integration sind letztlich nur auf lokaler Ebene möglich unter Ausnutzung von Synergieeffekten aus ganz anderen Konstellationen.

Zusammen mit dem European Foundation Center untersuchen wir zur Zeit europaweit, was Drittsektorenunternehmen und Stiftungen tun können, damit vor Ort solche Dinge in Bewegung kommen. Das Bild, was sich dort bietet, ist sehr viel weniger pessimistisch, als es in unserer Diskussion hier den Anschein hat. In Antwerpen etwa haben Stiftungen ganz erstaunliche Dinge auf dem Ausbildungssektor bewirkt, um gefährdeten jungen Leuten bestimmte Qualifikationen zu vermitteln, indem sie ihnen wirtschaftliche Erfahrungen und Persönlichkeitsentwicklung auf eine Weise ermöglichen, die in unserem erstarrten dualen System so gar nicht denkbar wären.

Derartige Ansätze gibt es auch bereits in Deutschland. Ich habe mir gestern bei der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung angesehen, welche Programme dort für die neuen Bundesländer laufen. Ich war dann bei der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerarbeit, wo Jugendliche motiviert werden, gegen Rechtsradikalismus vorzugehen. In einer anderen Initiative mit Namen "Zukunftsbau" lernen Jugendliche, wie man Häuser baut, und machen dabei lebenspraktische Erfahrungen, die ihnen keine Lehrlingsausbildung verschaffen kann. All dies sind Beispiele einer höchst aktiven und nicht einer blockierten Gesellschaft.

Herr Pfeiffer hat die Community Foundations in den USA erwähnt. Ähnliches läßt sich aus Frankreich oder Spanien berichten. Interessanterweise zeigen sich solche Aktivitäten gerade in Bereichen, die besonders bedroht und wo Menschen sozial ausgeschlossen sind. Diese positiven Beispiele sollten viel mehr bekannt gemacht und unterstützt werden.

Dabei sollte man sich allerdings vor jeder Romantisierung hüten. Es geht nicht um "Barfußdoktoren aufs Land". Ob es gelingt, neue Möglichkeiten zu öffnen, hängt weitgehend davon ab, wie die einzelnen Kommunen mit solchen Fragen umgehen. Wo Jugend-, Bildungs-, Sozialarbeit und Wirtschaftsförderung in ihren Zuständigkeiten stark getrennt sind, funktioniert es nicht. Worauf es ankäme, wäre, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit solche ganzheitlich verknüpften Aktivitäten entstehen können.

Je mehr Europa zusammenwächst, um so mehr ist auch die Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaften eine europäische Frage. Das heißt, über Ziele und allgemeine Rahmenbedingungen müßten wir uns auf europäischer Ebene verständigen und dies keineswegs nur zwischen Regierungen und Administrationen. Hier geht es vor allem um die europäische Dimension der Zivilgesellschaft. Blockierungen gibt es in allen europäischen Ländern. Deshalb sollten wir in einem internationalen Diskurs auch die Erfahrungen der anderen nutzen.

Strasser

Mir wird immer ein wenig unbehaglich, wenn ein steiles Freiheitspathos bemüht wird, wo Menschen sich an Prozesse anpassen sollen, die sie selbst überhaupt nicht steuern können, etwa im Rahmen der Globalisierung. Natürlich ist es wünschenswert, Blockierungen zu lockern und Wandel zu ermöglichen. Aber in welche Richtung soll denn eine wünschenswerte Entwicklung gehen?

Herr Miegel fragt zu Recht: Was können wir den Menschen eigentlich anbieten? Daß die Botschaft: "Mehr arbeiten, weniger verdienen" nicht gerade motiviert, ist doch wohl verständlich. Wenn das die einzige Perspektive ist, die wir in Aussicht stellen, dürfen wir uns nicht wundern, daß die Leute sich nicht bewegen. Auch wenn Sie sich dagegen gewehrt haben, Herr Rüttgers: Ich meine, wir brauchen eine Vision, ohne die wir eine wirkliche Reformpolitik sicher nicht auf den Weg bringen werden.

Zweifellos haben die Menschen heute sehr viel mehr zu verlieren als ihre Ketten. Die große Mehrheit fühlt sich, wie Herr Miegel sagte, auf dem Hochplateau recht wohl, und man muß schon überzeugende Gründe haben, um sie zum Aufbruch zu veranlassen. Dabei geben solche Bilder die tatsächliche Situation nur unvollkommen wieder. So wenige sind es gar nicht, die sich gerade noch an einem kleinen Felsvorsprung festklammern. Wenn wir denen im Sinne der Deregulierer sagen: "Laßt doch einfach los!", werden sie uns wohl kaum folgen.

Mit anderen Worten: Ohne attraktive Alternativen - und die müssen vor allem auch politisch formuliert werden - sind die Menschen kaum in Bewegung zu bringen. Daß viele Menschen eher skeptisch sind und sich abwartend verhalten, ist doch so unverständlich nicht. Denn manches, was uns, etwa von der Wirtschaft, als Fortschritt angedient wird, ist durchaus zwiespältig und führt sicher nicht zur Beglückung der Leute.

Ich meine, wir müßten uns in zwei Richtungen eingehendere Gedanken machen. Zum einen: Worauf gründen wir in Zukunft unseren Wohlstand? Das heißt, auf welcher ökonomischen Grundlage können wir eine Kultur der Freiheit aufbauen? Das bisherige Wachstumsdenken, das immer noch bemüht wird, trägt nicht mehr. Wir werden unseren zukünftigen Wohlstand im wesentlichen dadurch schaffen müssen, daß wir Ressourcen effizienter nutzen und organisatorische Intelligenz mobilisieren, um Schäden zu vermeiden. Des weiteren müssen wir Wohlstand auch in Kategorien frei verfügbarer Zeit begreifen lernen. Auf einer solchen Basis würden wir die Freiheitsspielräume erheblich erweitern können. Daß auch Verteilungsgerechtigkeit dazu gehört, will ich nur am Rande erwähnen.

Wir haben also durchaus sehr viel zu gewinnen und haben es gar nicht nötig, die Menschen mit der Parole zu erschrecken: Ihr müßt mehr arbeiten, und trotzdem wird es euch schlechter gehen!

Die andere Richtung, um die es mir geht, betrifft den Sozialstaat. Wenn man den Freiheitsbegriff der Moderne ernst nimmt, dann kann er nur als universeller Anspruch begriffen werden. Freiheit ist mit anderen Worten kein Privileg, sondern gilt für alle. Das setzt allerdings voraus, für alle die kulturellen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen, damit sie von ihrer Freiheit entsprechenden Gebrauch machen können. Die überkommenen sozialstaatlichen Modelle setzen zu sehr auf Gleichbehandlung und zu wenig auf Gleichstellung. Das heißt, wir brauchen in Zukunft eine Politik, die den einzelnen sehr viel mehr in seinen subjektiven Bemühungen aktiviert, aber auf der Basis des Gleichheitsanspruches. Ich hielte es für eine große Torheit zu meinen, wir könnten der Freiheit mehr Raum geben, wenn wir zugleich den Gleichheitsgrundsatz - der historisch immer mit der Freiheit gekoppelt war - vernachlässigen.

Ohne diese beiden Ansätze stärker zu beachten, dürfte es wenig fruchten, an die Menschen zu appellieren, sie sollten sich nicht so hängenlassen, sondern mit Optimismus und voller Tatendrang in die Zukunft blicken. Hier muß die Politik eine Vision entwickeln, die tatsächlich als lohnende Herausforderung verstanden werden kann.

Rüttgers

Hier ist so viel von Hochplateau die Rede, daß ich einmal nachfragen muß. Offenbar blicken wir von unserem Plateau aus nicht über eine weite Ebene, die uns die richtige Richtung erkennen läßt, in die wir gehen müßten, sondern um uns herum stehen hohe Berge, die uns die Aussicht versperren, und wie es dahinter aussieht, wissen wir nicht. Das läßt viele Menschen unsicher werden und erklärt auch, warum die Bergführer keine genauen Angaben über die Richtung machen können. Ich wehre mich nicht gegen den Begriff "Vision", Herr Strasser. Ich habe nur etwas dagegen, daß Politiker Visionen formulieren über Plateaus, die hinter den Bergen liegen und die sie gar nicht kennen, und dann versuchen, alle Menschen zu verpflichten, dahin zu marschieren. Solche Führer hat es in diesem Jahrhundert genügend gegeben. Darauf sollten wir verzichten,

Dennoch frage ich: Warum müssen wir eigentlich unser Plateau verlassen? Und mit welchem Ziel? Um andere zu verdrängen, die sich auf anderen Plateaus eingerichtet haben? Das heißt, wie soll die Vision denn aussehen? Was wir bei uns in einer historisch einmaligen Weise realisiert haben, sind Frieden seit nunmehr fünfzig Jahren, ein unerhörtes Wohlstandsniveau für die meisten, Freiheit in einem früher ungeahnten Ausmaß, Chancengleichheit wie nie zuvor - wollen wir das alles ändern? Das kann doch wohl im Ernst nicht unser Bestreben sein, nur weil jetzt einige Wolken aufgezogen

sind, die uns bedenklich zum Himmel blicken lassen. Ich meine, es wäre schon viel gewonnen, wenn wir ein Stück zufriedener mit dem Erreichten wären und dabei gleichzeitig die Probleme tatkräftig anpacken würden, die sich uns stellen.

Wenn Sie sagen, Herr von Weizsäcker, die Wirtschaft und die Wissenschaft wüßten meist besser, was zu tun ist, als die Politiker, dann melde ich erhebliche Zweifel an.

von Weizsäcker

Ich denke etwa an die Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Rüttgers

Ich bestreite entschieden, daß die Wirtschaft es besser weiß, wie wir dieses Problem bewältigen können. Das betrifft zum einen das Thema "Globalisierung" - wobei meist unklar bleibt, was dieser Begriff eigentlich beinhaltet. Zum anderen habe ich daraufhingewiesen, daß die Industriegesellschaft mehr und mehr durch die Wissenschaftsgesellschaft abgelöst wird, was ja auch ökonomische Konsequenzen hat.

Welche Ratschläge bekommen wir etwa von den Ökonomen? Wie Herr Pohl sagte, die einen vertreten angebotsorientierte und die anderen nachfrageorientierte Konzepte. Darüber debattieren wir dann auch im Deutschen Bundestag. Da erklären uns Wirtschaftswissenschaftler in aufwendigen Gutachten, ab einem Wachstum von 1,7 Prozent werde sich dies positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken und die Arbeitslosigkeit verringern. Dann werden neue Gutachten erstellt, die aussagen, daß arbeitsmarktpolitische Effekte erst bei einem Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent eintreten. Warum das jetzt auf einmal sehr viel höher liegt, weiß niemand so recht zu erklären.

Wenn man von solchen Zahlen ausgeht, heißt das, in Deutschland müßte das Wachstum über mehrere Jahre über drei Prozent liegen, wenn wir die Arbeitslosenquote deutlich senken wollen. Dies ist jedoch weder politisch noch ökonomisch zu gewährleisten. Mit anderen Worten, wir müßten uns auf Dauer mit vier Millionen Arbeitslosen in unserem Land abfinden - und eben das kann ich politisch nicht akzeptieren.

Warum führt mehr Wachstum nicht automatisch zu weniger Arbeitslosigkeit? Nun, mir leuchtet ein, wenn mehr Produkte bei uns gekauft werden, die wir aus anderen Ländern importieren, dann kurbeln wir damit sicher nicht unsere eigene, sondern die ausländische Wirtschaft an. Und wenn unsere Automobilhersteller nicht mehr in Deutschland, sondern anderswo produzieren, fördert das auch nicht gerade die deutsche Wirtschaft. Vielleicht, so frage ich als Nichtökonom, haben wir es bei uns weniger mit einem Konjunktur-, denn mit einem Strukturproblem zu tun. Dafür brauchten wir dann aber andere Lösungskonzepte.

Was mir jedenfalls einleuchtet, ist, daß wir mit dem Argument: die Kosten müssen gesenkt werden, kaum erfolgreich sein können; denn ein Hochkostenland wie die Bundesrepublik Deutschland kann in dieser Hinsicht mit Ländern, die mit viel geringeren Kosten produzieren, nicht konkurrieren. Also kann Kostenminimierung allein das Rezept nicht sein. Die Lösung muß in der Richtung liegen, daß wir die besseren Produkte haben, für die wir höhere Preise verlangen können, mit denen wir unsere hohen Kosten decken.

Was unsere Produkte angeht, können wir uns bisher nach wie vor auf den internationalen Märkten behaupten. In einigen Bereichen sind wir sogar Weltspitze. Das gilt aber nicht in der Breite. Da die anderen Länder immer stärker aufholen, müssen wir uns weiter verbessern, und das ist nicht zuletzt eine strukturelle Herausforderung. Ich frage mich allerdings, ob die Wirtschaft bei uns mit ihren jetzigen Strategien: Maximierung der Aktiengewinne, Shareholdervalue, Lean Management und Lean Production die richtigen Antworten gibt. Das möchte ich doch bezweifeln.

Natürlich müssen die Unternehmen Gewinne erzielen. Aber entscheidend ist, die langfristige Rentabilität zu sichern. Wenn das nicht beachtet wird - eine Reihe weiterer Faktoren kommt hinzu;- , leidet die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß viele Unternehmen wenig darüber nachdenken, wie sie in fünf oder zehn Jahren dastehen. Von daher weiß ich auch nicht, Herr von Weizsäcker, ob die Wirtschaft wirklich berechtigt ist, der Politik vorzuwerfen, sie sei nicht innovativ genug.

Ihre These, Herr Escher, das Konsensprinzip verhindere Innovation, ist mir auch zu einfach. Denn auch da ist die Frage, in welche Richtung wir denn innovativ werden sollen. Bewegung und Erneuerung sind keine Werte an sich. Ich denke schon, daß es im wesentlichen darauf ankommt, das Plateau, auf dem wir uns befinden, abzusichern, und auch denen, die gegenwärtig davon nicht

profitieren, eine Chance zu geben. So wichtig zweifellos Veränderungen sind, wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, daß die Gesellschaft nicht auseinanderfällt in Gewinner und Verlierer. Deshalb bin ich auch davon überzeugt, daß, wer die Wahlen gewinnen will, auf beide Fragen eine Antwort geben muß. Auf jeden Fall müssen wir verhindern, daß das Plateau vor lauter Veränderung für viele Menschen unbewohnbar wird.

Daxner

Ich habe nicht nur in dieser Diskussion das Gefühl, daß "Der Schneider von Panama" - das neue Buch von John le Carré - die Dinge richtig beim Namen nennt, insbesondere wenn die Wirtschaft nach dem Motto verfährt: "Wege entstehen beim Gehen." Da bin ich aus mehreren Gründen mißtrauisch. Dafür möchte ich einige Beispiele anführen, die auch das aufnehmen, was Herr Rüttgers eben gesagt hat.

Es ist kein Geheimnis, daß die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften einen gewaltigen Modernisierungsbedarf aufweist. Das heißt, daß man die Ratschläge, die die Wirtschaft an Politik und Gesellschaft erteilt, scheut, selbst zu beherzigen. Seit vielen Jahren wird in der Standortdiskussion die Implementationslücke beklagt. Aber gerade die großen Konzerne - vielleicht mit Ausnahme der Chemie - haben kaum etwas getan, um diese Lücke zu schließen. Ich kann auch nicht nachvollziehen, wenn es heißt, Wirtschaft und Politik stünden in einem polaren Verhältnis zueinander. Mein Eindruck ist da ein ganz anderer.

Was das Verhältnis von Wissenschaft und Politik angeht - dabei sind die Wirtschaftswissenschaften nicht die einzigen, die die Politik beraten;- , wäre es, frei nach Robert Musil, sicher nicht schlecht, ein "Ministerium für Genauigkeit und Moral" einzurichten.

Herr Rüttgers sagt mit Recht, wir befinden uns heute in einer Situation, deren Problemkomplexität verbunden mit spezifischen Kenntnissen über die Natur der Probleme kaum noch zu überbieten ist. Was fehlt, sind geeignete Lösungsansätze. Und da meine ich, sollte man nicht ständig die sogenannte Expertenkultur gegen den Laienverstand des Volkes ausspielen, sondern sich ernsthaft um einen Brückenschlag bemühen. Herr Rüttgers spricht von Wissensgesellschaft. Schön und gut. Aber wie wird das Wissen für die breite Mehrheit der Bevölkerung gesichert? Angesichts der Informationsfülle, die auch Herr Gansel beklagt und die niemand mehr im Detail zu überprüfen vermag - auf welches Wissen können wir uns eigentlich verlassen, wenn wir in der Politik und anderswo handeln wollen?

Herr von Weizsäcker weist darauf hin, die Globalisierung der Wirtschaft gefährde die Volkssouveränität, weil wir in bestimmten Lebensbereichen gar nicht mehr souverän entscheiden können. Wird dieses Wissen damit nicht zugleich wieder entwertet? Die Entscheidungen sind gewissermaßen über die Landesgrenzen ausgewandert. Das läßt sich auch nicht mit kulturalistischen Kompensationstheorien wieder rückgängig machen.

Fünfzig Jahre Frieden haben diesem Land - für viele überraschend - eine recht stabile Demokratie beschert. Aber ein republikanischer Grundkonsens, der bei uns ohnehin nie entwickelt war, ist in diesen fünfzig Jahren keineswegs mitgewachsen. Die res publica ist doch immer beides: eine Angelegenheit der politischen Öffentlichkeit und ein politisches System von Regeln und Institutionen. Daß nach der deutschen Vereinigung nicht einmal eine öffentliche Diskussion über die Verfassung unserer Gesellschaft stattgefunden hat, halte ich für ein unverzeihliches Versäumnis. Die Bürger jedenfalls haben in dem ganzen Vereinigungsprozeß kaum eine Rolle gespielt. Das ist aus meiner Sicht eine Ursache für die Art von Selbstblockade, mit der wir es zu tun haben.

Herr Leysen sprach zu Recht den Generationenvertrag an. Ohne einen solchen macht es wenig Sinn, auf die jungen Leute zu hoffen. Aber wo finden die, sagen wir, 16- bis 22jährigen ihren Platz in der Gesellschaft? Die von den Älteren beklagte "Patchworkidentität" der Jüngeren hat doch ihre Ursache eben darin, daß wir den Jungen in der Hinsicht viel zu wenig anbieten.

Deshalb reklamiere ich auch eindeutig den Primat der Politik vor der Ökonomie. Ich meine, wir müssen ökonomische Verwerfungen in Kauf nehmen, wenn es uns gelingen soll, den gesellschaftlichen Konsens zu erhalten beziehungsweise wieder herzustellen. Dazu gehört eben auch, andere Prioritäten zu setzen, was insofern nicht leicht ist, weil sich die Menschen vor Veränderungen angesichts der Problemvielfalt fürchten. Vor allem, wer soll darüber entscheiden, welche Prioritäten zu setzen sind?

In dem Zusammenhang spielt sicher eine Rolle, daß hier zwei Demokratieprinzipien gleichwertig gegeneinanderstehen. Wir sagen auf der einen Seite, Demokratie heiße, daß die Mehrheit sich gegenüber der Minderheit durchsetzt - was wir im übrigen durch die Vielzahl von Beiräten und anderen Einrichtungen, die Herr Gansel genannt hat, wieder unterlaufen. Auf der anderen Seite billigen wir jeder Minderheitsposition gewissermaßen ein ethnopluralistisches Eigenleben zu. Wir

privilegieren sozusagen marginale Randgruppen, die jede parlamentarische Mehrheitsentscheidung blockieren können. Dies führt dazu, daß wir in unserer Gesellschaft kaum noch entscheidungsfähig sind. Da wir aber den Carl Schmittschen Ausnahmezustand nicht akzeptieren, führt die allseitige Blockade dazu, lieber alles treiben zu lassen.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma kann auch ich nicht erkennen, es sei denn, wir nehmen das Risiko des Scheiterns in bestimmten Situationen einfach in Kauf, soweit wir auf einen weitgehenden Konsens bauen können. Wenn es etwa in § 58 des Hochschulrahmengesetzes heißen wird, daß Wissenschaft keine staatliche Veranstaltung mehr sein muß, dann hält unser System es sicher aus, wenn einige Bundesländer dennoch daran festhalten wollen. Konsens ist in der Tat kein Wert an sich, zumal überwiegend diejenigen ihre Zustimmung geben, die nichts zu verlieren haben. Zu einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft gehört also auch, daß man Konflikte bis zur Schmerzgrenze vorantreibt, weil es anders keinen Ausweg gibt.

Stephan

Die Bundesbürger haben in den letzten sieben Jahren in der Tat sehr viel lernen müssen, und ich finde es erstaunlich - positiv gemeint;- , was wir uns da zugemutet haben. Es gibt auch keinen Grund anzunehmen, dieses Lernvermögen habe sich bereits erschöpft. Etwas anderes ist - und das ist viel schwieriger, wie wir aus der psychoanalytischen Praxis wissen;- , daß wir auch etwas verlernen müßten. Mein Vater war Landgerichtsrat und hat uns Kindern vermittelt, wir müßten unbedingt Beamte werden - wir haben uns Gott sei Dank nicht daran gehalten. Das war seine Erfahrung nach 1945; denn was blieb, waren die Pensions- und Rentenansprüche.

Strasser

Und die Aktien.

Stephan

Auch die Aktien. Aber alles andere war zerbröselnd und zerronnen. Wenn eine solche Erinnerung von bestimmten politischen Signalen gestützt wird, ist es sehr schwer, das wieder zu verlernen.

Das gilt im besonderen Maße für unser Thema. Wir leben ja gar nicht in einer Arbeitsgesellschaft, sondern in einer Arbeitsplatzgesellschaft - in einer Gesellschaft, in der alle sozialen Sicherungssysteme von einer bestimmten Form der Arbeit abhängig sind. Das ist, wie Sie wissen, die männliche Erwerbsarbeitsbiographie, die sogenannte Normalarbeitsbiographie. Diese Form der Arbeit aber ist inzwischen historisch weitgehend überholt und dürfte kein Leitbild mehr für die Zukunft sein. Was ich aber feststelle - auch an diesem Tisch;- , ist, daß wir noch immer "Arbeitsplatz" meinen, wenn wir über Arbeit reden.

Das andere sind dann die Selbständigen - ich schätze mich froh, dazuzugehören;- , und die gelten allenfalls als privilegiert. Oder, negativ ausgedrückt, sprechen wir da von "ungesicherten Arbeitsverhältnissen", die möglichst schnell in ordentliche Arbeitsplätze umgewandelt werden sollten - von der Wiege bis zur Bahre.

Die meisten Frauen haben immer schon ganz anders gelebt. Ich meine jetzt nicht die Teilzeitarbeit, die ja nur möglich ist, wenn noch irgendein anderes Einkommen verfügbar ist, weil es beispielsweise noch Ehen in diesem Lande gibt. Aber Frauen sind deshalb ein gutes Beispiel; denn sie mußten das muddling through immer schon lernen, weil sie, angesichts der Wechselfälle des Lebens, die gradlinige Arbeitsbiographie der Männer selten geteilt haben - mit der Folge niedrigerer Rentenansprüche.

Nun bin ich nicht immer selbständig gewesen - die Stelle, die ich wollte, habe ich nicht bekommen, und arbeitslos sein konnte ich mir nicht leisten. Darüber bin ich heute froh; denn dadurch war ich gezwungen, ungeheuer viel zu lernen. Das ist offensichtlich auch etwas, was die Leute heute reizt, daß sie nicht einen festen Arbeitsplatz von vornherein zugewiesen bekommen, sondern sich zunächst einmal durchbeißen müssen, bevor sie wenn überhaupt - eine sichere Arbeit finden. In dieser Form der Unsicherheit liegt auch eine Chance für junge Leute, denen es nicht nur darum geht, so schnell wie möglich auf den Vorruhestand hinzuarbeiten.

In Deutschland scheuen die meisten Menschen vor einem Risiko zurück. Nicht ohne Grund ist der Aktienbesitz bei uns - verglichen mit anderen Ländern - noch sehr unterentwickelt, obwohl sich da allmählich etwas ändert.

Was wir vor allem brauchen, ist ein Markt für Risikokapital und eine größere Offenheit gegenüber anderen Arbeitsformen jenseits der festen Arbeitsplätze fürs Leben. Das würde auch neue Formen, sich das Leben anzueignen, einschließen - und damit läßt sich im übrigen durchaus Geld verdienen, mitunter gar nicht so wenig. Vielleicht gelingt es dann, auch die Art von Selbstblockaden aufzuheben, die ich bei uns als so bedrückend erlebe. Doch die anderen Formen von Arbeit werden bisher nicht wirklich ernst genommen, werden eher für ein Privileg gehalten, oder ihnen haftet ein Hautgout an, im Vergleich zur herkömmlichen männlichen Erwerbsarbeitsbiographie, die aber, wie gesagt, historisch mehr und mehr überholt ist.

Thoben

Ich war über elf Jahre wissenschaftlich tätig, und zwar in der Ökonomie. Ich habe in einer der verkrusteten Institutionen gearbeitet, die Herr Korte erwähnte. Ich war Abgeordnete, und jetzt gehöre ich dieser Bundesregierung an. Wenn ich mich frage, welche Erfahrungen ich in den verschiedenen Bereichen mit der Bereitschaft, etwas zu verändern und zu erneuern, gemacht habe, dann habe ich eigentlich so große Unterschiede gar nicht feststellen können. Ich denke etwa daran, wie die Wissenschaft - gerade im Zusammenhang mit der deutschen Einheit - eher hilflos reagiert hat und ihre Empfehlungen an die Politik ganz überwiegend an den herkömmlichen Argumentationsketten orientiert waren. Gewiß, bei der nächsten Revolution werden wir das besser machen.

Es gibt also in allen Bereichen bestimmte Wahrnehmungen und auch Denkgewohnheiten, die neuen Situationen kaum adäquat sind. Wie kommt unsere Gesellschaft aus dieser Ecke heraus, angesichts der neuen, zum Teil globalen Herausforderungen? Nun hat Herr Pohl zu Recht gesagt, wir wissen ja bereits sehr viel mehr, als wir öffentlich zugeben. Herr Miegel meinte, wir wüßten noch nicht, wohin die Reise geht. Was wir jedoch sicher wissen, ist, daß sich unser Wohlstandsniveau in der Breite nicht halten läßt, wenn wir uns gegen Veränderungen sperren. Denn um uns herum hat sich in vielen Ländern sehr viel verändert und drängt mit viel Biß und größerer Motivation auf unseren Markt. Das zumindest müssen wir den Arbeitnehmern bei uns deutlich sagen, auch wenn uns klar ist, daß wir dafür nur schwer die Zustimmung der Betroffenen finden werden. Beispielsweise sind die Leute bei uns sehr viel weniger bereit, als etwa in den USA, mehr Lohnspreizung hinzunehmen.

Strasser

Gott sei Dank.

Thoben

Ich kritisiere das gar nicht, sondern will nur sagen: Über dieses Thema muß offen gesprochen werden. Denn das ist ein ganz zentraler Punkt: Wie schaffen wir es, mehr Menschen für Tätigkeiten zu interessieren, von denen wir meinen, daß diese viele neue Möglichkeiten eröffnen würden? Natürlich hat alles Risiken und Nebenwirkungen; aber der Status quo eben auch.

Die Wirtschaft hat diese Herausforderung als erste gespürt und angenommen. Die Konsequenzen daraus gehen der Politik teilweise auf den Nerv, und sie beklagt, die Wirtschaft lasse sie mit den unbequemen Ergebnissen allein. Dann fordern wir sie doch auf, ihren Beitrag zu leisten, damit wir mit den Folgen besser fertig werden. Nicht alle Unternehmen sind ausschließlich um ihren eigenen Erfolg besorgt, sondern viele lassen sich durchaus für eine bestimmte Gemeinwohlorientierung gewinnen.

Es macht auch wenig Sinn, wenn es aus Kreisen der Wirtschaft oder der Wissenschaft heißt, die Politiker seien alle ziemlich klägliche Figuren. Ich stimme zu, wenn man die Politiker anhält, mutiger zu sagen, was sie eh längst wissen, und nicht immer so defensiv zu argumentieren.

Beim Thema Arbeitsmarkt wird das besonders deutlich, Herr Steinkühler. Auch die Gewerkschaften und deren Vertreter in den Parlamenten sagen nicht, was sie wissen. Nehmen Sie als Beispiel - was mich in meinem Ressort besonders umtreibt - die Bauwirtschaft in den neuen Bundesländern. Da wird mit unsäglichen Gesetzen verzweifelt versucht, die deutschen Bauarbeiter in der Illusion zu belassen, wir könnten ihnen die Konkurrenz von Leuten, die bereit sind, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, vom Halse halten. Das werden wir nie schaffen. 80 Prozent der Bauunternehmen in den neuen Bundesländern arbeiten mit Unternehmenstarifverträgen, von der IG Bau unterschrieben, die den gesetzlichen Mindestlohn unterschreiten. Sollen wir die jetzt alle rausschmeißen oder ihnen die Zollämter oder die Arbeitsverwaltung auf den Hals schicken? Da können Sie jede Baustelle in Berlin abschreiten und werden diesen Tatbestand überall feststellen. Damit sind nicht die illegal Beschäftigten gemeint; die gibt es auch, aber die sind gar nicht das eigentliche Problem. Was ich viel bedenklicher finde, ist, daß etwas, über das alle Bescheid wissen, im Parlament nicht diskutiert wird,

sondern wir uns lieber darüber streiten, ob wir ein Gesetz, das nie funktioniert hat, weiter verlängern sollen oder nicht.

In einigen Nachbarländern ist man mit der Überwindung solcher Blockierungen schon sehr viel weiter als bei uns. Ich denke beispielsweise an die Niederlande. Sicher ist ein kleines Land im Vorteil, weil sich weniger Leute miteinander verständigen müssen. Das Wichtigste dort war jedoch, Führung zu demonstrieren bei der Frage: Was müssen wir tun? Dafür ist es gelungen, auch die Gewerkschaftsseite mit in die Pflicht zu nehmen, was den zuständigen Gewerkschaftsführern bestimmt nicht leicht gefallen ist, weil dieser Prozeß tief in ihre Organisation hineinwirkt. Aber Ruud Lubbers hat gesagt: Was die Menschen am wenigsten vertragen, ist eine sogenannte Nonsense-Politik, wenn mit Aktivitäten, Beschlüssen, Gesetzen nur so getan wird, als würde etwas geschehen, wovon die Menschen aber genau wissen, daß dies gar nicht klappen kann.

Es stimmt auch nicht, daß ich vor jeder Kamera in 30 Sekunden die richtige Antwort geben muß. Ich brauche mich doch auf dieses Spiel nur nicht einzulassen, sondern kann sehr wohl sagen: Ich weiß die Antwort auch nicht! Wenn jemand an der Thematik wirklich interessiert ist, muß er sich eben mehr Zeit nehmen. Das sind doch größtenteils selbstverschuldete Blockaden, in die sich Politiker hineinbegeben und sich dann wundern, daß sie dabei eine schlechte Figur machen.

Wir müssen uns in der Politik über Ziele und Instrumente streiten, keine Frage; aber wenn diese Debatte nicht offen geführt wird, ist dies für die Gesellschaft zum Schaden. Ich meine, dafür lohnt es sich auch, das Risiko in Kauf zu nehmen, möglicherweise nicht wiedergewählt zu werden, wenn man in dieser Hinsicht die Initiative ergreift und den Menschen unbequeme Wahrheiten zumutet.

Riehle

In unserem Thema ist von Blockierung die Rede. Da ich aus der Autobranche komme, werden Sie mir nachsehen, wenn ich Wirtschaft und Gesellschaft einmal mit einem Automobil vergleiche und frage: Hat die Blockierung ihre Ursache im Motor, im Antrieb, im Getriebe oder auf den Achsen und den Reifen? Meine These ist: Das Problem liegt vornehmlich im Getriebe. Der Motor läuft, wie Herr Rüttgers sagte, eigentlich recht zufriedenstellend; darin stecken auch noch einige Energiereserven, die mobilisiert werden könnten. Was uns größere Schwierigkeiten bereitet, ist, wie wir die Motorleistung auf die Straße bringen.

Für unsere Fragestellung hier heißt das: Wie gelingt es uns, wirtschaftliches Wachstum zu sichern und unseren Anspruch an unsere eigene Wohlstandsentwicklung in den internationalen Kontext einzupassen? Unsere Wohlstandsbasis resultiert in erheblichem Maße aus der engen Einbindung unserer Industrien und Dienstleistungsgewerbe in den internationalen weltwirtschaftlichen Wettbewerb. Mit seiner enormen arbeitsteiligen Struktur früher zunächst mehr bezogen auf Handel beziehungsweise Export/Import, heute verstärkt über Direkt-Investitionen und hochflexiblen Kapitaltransfer vernetzt und integriert - setzt dieser Weltmarkt unser wirtschaftliches Entscheiden und Handeln neuen Meßkriterien und auch Maßstäben aus. Ein weit größerer Teil unserer wirtschaftlichen Situation wird von unserer Position im internationalen Wettbewerb bestimmt als im Vergleich zu früher - und diese "internationale" Perspektive geht selbstverständlich über Europa hinaus.

So müssen wir uns fragen, ob und wieweit wir die Maschine unserer Industrien und Gewerbe auf hohe Leistung bringen können und auch wollen. Wie offen wir uns solchen Fragen aber stellen, ja, sie sogar in aller Öffentlichkeit mit all ihren Hintergründen und Nebenbedingungen gesamtheitlich umreißen, ist sicher noch stark verbesserungsfähig. Worin sind diese Hemmnisse ursächlich begründet? Von daher ist weiter zu fragen: Sind es vorwiegend die Prozesse, die uns die Probleme bescheren, oder tragen nicht genauso die Strukturen und Institutionen dazu bei, daß unsere Gesellschaft so blockiert ist?

Ich will das einmal an der Diskussion um den Euro verdeutlichen. Bei diesem Thema wird kritisiert, daß bestehende institutionelle Regelungen umgangen worden seien, die bei uns im Grundgesetz und in den politischen Rahmenrichtlinien festgelegt sind. Nun wurde die Fragestellung einer europaeinheitlichen Währung jedoch nicht seitens der gesellschaftlichen Interessengruppen - Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, soziale Gruppierungen - initiiert, sondern gewissermaßen "top-down" angestoßen und in eine langfristige Perspektive gestellt.

Die Konsequenzen werden zunächst sein - und um es gleich vorzuschicken: es sind wünschenswerte Konsequenzen;-, daß die Unternehmen unmittelbar einer völligen Transparenz der Preise und damit einem veränderten druckvollen Verhalten der Verbraucher und Kunden ausgesetzt sind. Mit rein operativen Einsparprogrammen wird dem zum großen Teil nicht zu begegnen sein; grundlegende Verschiebungen und Bündelungen in und über Industrien werden folgen müssen.

Damit löst die Einführung einer europäeinheitlichen Währung eine Welle von Veränderungen aus, die ohne diesen Anstoß wohl erst nach schmerzlichen und langandauernden Kompromiß- und Abschottungsversuchen der Interessengruppen zustande gekommen wäre. Die internationalen Investoren beobachten diese Entwicklungen mit Sorge - vor der Stärkung der europäischen Wirtschaft und ihren Industrien mit allen Konsequenzen nicht zuletzt für die Kapitalmärkte!

Wenn auch vielleicht nicht in dem vollen Bewußtsein über diese sehr langfristigen positiven Beiträge aus der Einführung einer einheitlichen europäischen Währung hat die Politik in diesem Falle "Führung" ausgeübt. In ähnlicher Form könnte sie auch bei anderen Themen eine aktivere Rolle übernehmen und die gesellschaftlichen Interessengruppen stärker initiativ und pro-aktiv einbinden.

Die Rückwirkungen seitens der Regeln des europäischen Währungssystems auf ebenjene am Prozeß bisher beteiligten verantwortlichen Funktionen und Institutionen werden gravierend sein. Im Fall der nationalen Finanzpolitik beispielsweise erfolgt eine weitgehende Abkopplung von freier Entscheidungsautorität angesichts der reglementierenden Grenzen für eine öffentliche Verschuldung.

Das Thema "Euro" wirkt damit im europäischen Rahmen auf die bestehenden Strukturen und umgeht - man könnte sagen: unterläuft - die Einwirkungsmöglichkeiten nationaler Institutionen in erheblichem Maße.

Steinkühler

Und zwar heimlich.

Riehle

Völlig richtig. Deshalb hätten Politik und Medien die besondere Verpflichtung, was da vorgeht, transparent zu machen und entsprechend öffentlich zu diskutieren, um Akzeptanz dafür zu erreichen.

Ich meine jedenfalls, daß die Politik in diesem Prozeß eine wesentlich aktivere, innovativere und vorausdenkendere Rolle spielen müßte, um die Wähler, wie Herr Steinkühler so schön gesagt hat, mitzunehmen. Ob die Politik dafür in ihren Strukturen und Qualifikationen ausreichend gerüstet ist, mag allerdings dahingestellt sein.

Eisenbart

In diesem Kreise gehörte ich einer unpopulären Minderheit an: der Minderheit der viel getadelten "Bedenkenträger". Zu dieser Rolle bekenne ich mich offen. Ich neige dazu, gegenüber allzu griffigen Formeln und allzu eindimensionalen Lösungen im öffentlichen Diskurs Bedenken zu artikulieren. Nicht, weil ich Komplexität wundervoll finde, sondern weil ich überzeugt bin, daß nur eine den Sachverhalten adäquate Diagnose auch eine angemessene Therapie vorbereiten kann.

Herr Teltschik und Herr Riehle haben auf die Akzeleration der wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen, und Herr von Weizsäcker sagte zu Recht, wir seien ein Land mit verschiedenen Geschwindigkeiten. Das heißt aber doch, daß die Zeitskalen, nach denen sich die natürlichen, die wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen, die politischen und die geistigen Prozesse abspielen, mit denen wir gleichzeitig konfrontiert sind, in ganz verschiedener Schnelligkeit verlaufen. Die Interferenz dieser Prozesse ist sehr komplex; das macht es uns so schwer, adäquat zu reagieren.

Nur ein Beispiel: Herr Rüttgers verkündet heute, im Jahre 1997, als große Errungenschaften der Bildungs- und der Wissenschaftspolitik, was Georg Picht und andere bildungspolitische Experten bereits in den sechziger Jahren mit Nachdruck gefordert haben. Diese Forderungen wurden damals breit in der Gesellschaft diskutiert, aber nicht in die Tat umgesetzt. Dieses eine Beispiel mag illustrieren, wie langfristig die Zeiträume sind, mit denen Bildungspolitik, die doch ein besonders wichtiger Teil der Infrastrukturpolitik jeder modernen Gesellschaft ist, heute rechnen muß.

In diesem Kreis besteht Einigkeit darüber, daß wir dringend schul- und hochschulpolitische Reformen brauchen. Aber gerade die Implementation neuer Bildungsstrukturen erfordert sehr frühzeitige Entscheidungen - auch wenn diese durchaus nicht populär sind;- , weil ihre Umsetzung so außerordentlich lange Zeit in Anspruch nimmt. Wenn wir also eine natur- und damit letztlich auch menschenfeindliche Wachstumsgesellschaft in eine überlebensfähige Gesellschaft umwandeln wollen, dann brauchen wir sehr schnell eine entschiedene Reform des Wissenschafts- und Bildungswesens. Sie kann an Überlegungen anknüpfen, die seit dreißig Jahren vorliegen.

Dahn

Ich sehe in dieser Diskussion bisher zwei gegenläufige Tendenzen. Auf der einen Seite die von Herrn Steinkühler beschriebene Gesellschaft, in der alles unglaublich in Bewegung ist, was im übrigen noch stärker auf Ostdeutschland zutrifft. Und auf der anderen Seite gewisse Blockierungen. Um bei den etwas fragwürdigen Naturbildern zu bleiben, könnte man sich Felsbrocken in einer Stromschnelle vorstellen, die das Wasser in eine unvorhersehbare Richtung ablenken.

Daraus würde ich im wesentlichen drei paradoxe Tatbestände ableiten. Zum einen das Paradox, daß einerseits die Arbeitsproduktivität und damit das Bruttosozialprodukt ständig steigen, während andererseits der Wohlstand der Mehrheit sinkt. Mit anderen Worten: Es werden immer mehr Werte erarbeitet, und dennoch müssen sich immer mehr Menschen einschränken. Über dieser sozialen Polarisierung liegt auch kein Mehltau, wie es hier hieß, der die klare Erkenntnis verdeckt, sondern dieses Phänomen ist überaus deutlich auszumachen und müßte viel eindringlicher wahrgenommen werden, als dies meist geschieht.

Was mich zweitens immer wieder überrascht, ist, wie kontrovers sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung die Ergebnisse dieses Prozesses eingeschätzt werden. Herr Leysen hat gesagt, die Wiedervereinigung sei vorzüglich gelöst ...

Leysen

Verwirklicht.

Dahn

Also noch besser: verwirklicht. Das mag sich vielleicht aus der Sicht der Treuhand so ausnehmen; der Mehrheit der Menschen in Ost- und Westdeutschland dürfte eine solche Äußerung völlig unverständlich sein. Wie Umfragen zeigen, fühlen sich heute gerade neun Prozent der Ostdeutschen als vollwertige Bundesbürger; ich selbst zähle mich übrigens dazu.

Auf der Abschlußveranstaltung des Kirchentages in Leipzig wurde gesagt, die Spaltung sei nie so tief gewesen, wie sie im Augenblick ist.

Leysen

Die geistige Spaltung.

Dahn

Nicht nur die geistige Spaltung. Das ist auch meine Empfindung. Ich würde sogar sagen, selbst meine Generation - von der älteren ganz zu schweigen - wird die innere Einheit nicht mehr erreichen. Das betrifft aber eben nicht nur die geistige, sondern genauso die ökonomische Situation. Meine These ist, daß die politische Vereinigung, die ökonomische Spaltung vertieft hat. Die neuen Bundesländer sind heute viel bankrotter und höher verschuldet, als es die DDR jemals war. Sie sind weniger denn je in der Lage, sich selbst zu versorgen.

Das mögen Sie bestreiten, wie ich Ihrem Kopfschütteln entnehme. Dann will ich nur eine Zahl nennen: Das Handelsdefizit zwischen Ost- und Westdeutschland beträgt zur Zeit 220 Milliarden DM pro Jahr, eine unvorstellbare Summe, die bedeutet, daß der Osten täglich 600 Millionen DM vom Westen anfordert, die er nicht durch eigene Wirtschaftskraft decken kann. Dagegen waren die 30 Milliarden Auslandsschulden, die die DDR in 40 Jahren angesammelt hatte, eine zu vernachlässigende Größe.

Selbstverständlich hat es all die sehr erfreulichen Normalisierungen, etwa im Bereich der Infrastruktur, gegeben. Aber die Menschen bei uns können sich mitunter des Eindrucks nicht erwehren, daß all diese vorzüglichen Straßen, Telefon- und Faxleitungen im wesentlichen dazu dienen, die westlichen Waren reibungsloser ins Beitrittsgebiet zu bringen, eine Art "Märkte schaffen ohne Waffen".

Die dritte paradoxe Wahrnehmung ist, daß bei dem Schreckgespenst "Globalisierung" viel zu wenig gesehen wird, daß damit erstmals auch die Chance besteht, die materielle Basis für weltweite soziale und kulturelle Emanzipation zu schaffen. Wenn man diesen Prozeß allerdings ausschließlich den Marktkräften überläßt, ist es so überraschend nicht, daß kaum Gestaltungsmöglichkeiten für die Politik bleiben, weil sie sich gewissermaßen dem Markt ausliefert und auf eigene Denkansätze verzichtet. Was ich jedenfalls feststelle, ist so etwas wie eine globale Bewußtlosigkeit gegenüber den sozialen Problemen, die auf uns zukommen. Nirgendwo wird auch nur der Versuch gemacht, über eine Konzeption nachzudenken, mit der es gelingen könnte, marktwirtschaftliche Effizienz mit sozialem Ausgleich zu verbinden.

Amerikanischen Prognosen zufolge, werden in Zukunft 20 Prozent der Arbeitsbevölkerung für die Wertschöpfung ausreichen, während 80 Prozent schlicht überflüssig werden. Unter solchen Aussichten stellt sich dann aber die Frage nach dem Sinn der ganzen Veranstaltung. Existieren wir nur noch für einen höchst rentablen Wirtschaftsstandort, an dem einzig das Gesetz der Stärkeren herrscht, oder wollen wir eine Gesellschaft, in der es sich für alle zu leben lohnt?

Herr Herzog hatte in seiner Adlon-Rede als wichtigste Kraftquelle für Veränderungen die Freiheit genannt. Herr Rüttgers hat es vorhin ähnlich formuliert, indem er sagte: Der Gewinn an Freiheit kann nur ein Gewinn an Selbstverwirklichungsmöglichkeiten sein. Aber wie paßt dies mit einer Entwicklung zusammen, die immer mehr Menschen von dieser Selbstverwirklichung ausschließt? In dem gemeinsamen Kirchenpapier heißt es: "Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde." Dieser Satz steht für mich total im Widerspruch zum Selbstverständnis dieser Gesellschaft, in der etwas, was als unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde bezeichnet wird - Artikel 1 des Grundgesetzes;- , weithin abgetan wird mit der Bemerkung: Verbindlich ist das natürlich nicht und einklagbar schon gar nicht. Deshalb denke ich, ist es an der Zeit, ernsthafter darüber nachzudenken, wie sich auch die sozialen Menschenrechte verbindlicher gestalten lassen.

Nun heißt es immer wieder, der sogenannte Realsozialismus sei nicht zuletzt an der subventionierten Vollbeschäftigung gescheitert. Ich bin zwar keine Expertin, aber ich denke, nicht das war der eigentliche Grund für sein Scheitern, sondern das Fehlen von Demokratie. So war jegliche Kreativität in der Gesellschaft blockiert mit der Folge, daß die falsche Arbeit subventioniert wurde. Sie sollten aber nicht unterschätzen, daß die Millionen von Menschen, die in der DDR gelebt haben, eben die Erfahrung der Vollbeschäftigung gehabt haben, und die war prägend für ihr Leben, so daß sie Äußerungen wie: Das ist unverbindlich, nicht einklagbar und sowieso nie mehr zu erreichen, mit äußerstem Befremden hören.

Wir brauchen wieder Visionen, fordert Herr Strasser. Eine solche Vision könnte ich relativ einfach formulieren: Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der das Menschenrecht auf Arbeit, das in dem Kirchenpapier uneingeschränkt mit der Menschenwürde verbunden ist, genauso ernst genommen wird wie die freiheitlichen Menschenrechte. Das eine ohne das andere entwertet sich gegenseitig. Ich würde beides als gleichwertig ansehen. Worüber ich mich verwundere, ist die Phantasielosigkeit, mit der behauptet wird, Vollbeschäftigung werde es nie mehr geben.

Wenn man es schaffen würde, durch internationale Vereinbarungen weltweit die Arbeitszeit zu halbieren, gäbe es sofort Vollbeschäftigung. Das mag jetzt romantisch und naiv klingen - diesen Vorwurf bin ich gewohnt. Aber wenn das, was heute unrealistisch scheint, der einzige Ausweg ist, dann hat er eine realistische Chance.

The Lord Dahrendorf

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur bisherigen Diskussion machen. Erstens scheint es mir wichtig, die Erfahrungen anderer Länder in Europa anzusehen. Ich bin immer überrascht, wenn ich das deutsche Stöhnen über den Kapitalismus höre, den es in Deutschland so gar nicht gibt, geschweige denn den "Kapitalismus pur" mit all seinen Nebenwirkungen. Die sind mir schon vertrauter aus Großbritannien und noch mehr aus den Vereinigten Staaten.

Ich meine, daß es sehr unterschiedliche Weisen gibt - auch in einer globalisierten Wirtschaft;- , wie Länder mit der dreifachen Aufgabe: wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt und politische Freiheit, fertig werden. Die Unterschiede werden sich vielleicht hier und da ein bißchen abschleifen, aber sie werden bleiben. Ich bin zum Beispiel ziemlich sicher, daß Deutschland von den Textbüchern der Ökonomie, die an der Universität Chicago gelehrt werden, sehr weit entfernt bleiben wird. Und wenn wir über die Flexibilität von Ländern reden, sollten wir Italien nicht vergessen, ein erstaunlich flexibles Erfolgsland. Ganz zu Unrecht blickt in Deutschland so mancher kritisch in die italienische Richtung. Italien ist bisher mit der Globalisierung, den Arbeitsmarktproblemen und mit einer Reihe anderer Dinge viel besser fertig geworden, als das bislang in Deutschland der Fall ist. Das wird sich im übrigen auch zeigen, wenn es um die tieferen Voraussetzungen einer gemeinsamen europäischen Währung geht.

Eine weitere Bemerkung zielt auf die verschiedenen Beiträge zum Thema Arbeit und Arbeitsmarkt. Was ich in Deutschland immer wieder feststelle, ist, daß der politische Diskurs über die Arbeitslosigkeit übergeht, was die Menschen tatsächlich tun. Dabei will ich Frau Dann zugestehen: Auch ich bin der Meinung, daß dies in den neuen Bundesländern anders aussieht als in den alten.

Ich lebe zeitweise in einer 5000-Seelen- Gemeinde bei Konstanz und habe mir kürzlich überlegt, daß es sehr reizvoll sein müßte, einmal eine Ethnographie der Einkommensquellen und der Tätigkeiten dieses Ortes zu schreiben. Dabei macht man ganz erstaunliche Feststellungen. Jedenfalls steht da nicht mehr das, was Frau Stephan die männliche Erwerbsbiographie genannt hat, im Vordergrund, sondern es gibt eine Fülle von sehr merkwürdigen Portefeuilles, die sich die Leute zusammengebastelt haben, um ihren Lebensstandard einigermaßen aufrechterhalten zu können. Das heißt, zu diesen Erwerbsbiographien gehören Dinge - das halte ich für unser ganzes Thema für sehr wichtig;- , die am Rande oder jenseits der Legalität liegen.

Die Leute helfen sich da, wo sie leben, auf ihre Weise, die sich geltenden Regeln nicht unbedingt anpaßt. Fest steht jedenfalls, daß die Arbeitslosigkeit in manchen Gemeinden sehr viel höher wäre, wenn alle Menschen dort sämtliche Regeln befolgen würden. Das ist fast eine italienische Mischung von formell und informell, die aber recht gut funktioniert. Mit den klassischen Kategorien der Arbeitslosigkeit kommt diese Situation nicht einmal in den Blick.

Wenn man die Entstehung der Arbeitslosigkeit im historischen Kontext untersucht, dann zeigt sich, daß sie dort zum Problem wird, wo konjunkturelle und strukturelle Veränderungen zusammenkommen mit Alternativlosigkeit, die, wenn Sie so wollen, zur Entwurzelung führt. Es gibt eine vorzügliche amerikanische Studie über die Entstehung der Arbeitslosigkeit in den 1880er Jahren in Massachusetts, die sehr deutlich zeigt, daß nicht die damaligen Textilarbeiterinnen oder die Lohnarbeiter Arbeitslosigkeit als bedrohlich empfanden. Wenn es für sie in den Fabriken keine Arbeit gab, kehrten sie einfach zu ihrer Familie, auf ihre Farm oder in ihre Handwerksbetriebe zurück. Ganz anders war die Situation der irischen Einwanderer, die keine solche Alternative hatten. Wenn die ihren Job verloren, standen sie vor dem Nichts. Dieser Befund gilt mutatis mutandis auch für andere Länder.

Was wir heute feststellen, ist, daß sich viele Menschen inzwischen Alternativen geschaffen haben und auch schaffen mußten, wenn sie ihren Lebensstandard einigermaßen halten wollen. Das heißt, die gegenwärtige Situation ist mit dem Tatbestand der Massenarbeitslosigkeit nur sehr unvollkommen beschrieben, und die Zahlen werden den tatsächlichen Lebens-, Einkommens- und Tätigkeitsverhältnissen der Menschen nur sehr bedingt gerecht.

Hier besteht nun offensichtlich ein Widerspruch zwischen dem, was Leute tatsächlich tun, und der Art und Weise, wie der öffentliche Diskurs geführt wird. Ich halte diesen Widerspruch deshalb für gefährlich, weil er unter anderem dazu führt, daß die Leute ermutigt werden, schwarz zu arbeiten, Steuern zu hinterziehen, Regeln zu übertreten. Die Folge ist eine Art Korrosion der Moral des Gemeinwesens, an der niemand interessiert sein kann. Hier sehe ich für die öffentlichen Instanzen eine dringliche Aufgabe, das Grundvertrauen in die Regeln, die Steuergesetzgebung und so weiter wiederherzustellen.

Was ich für die weitere Diskussion vorschlage, ist, daß wir zunächst einmal prüfen sollten, ob das Miegelsche Bild vom Hochplateau eigentlich stimmt. Herr Strasser meint, es sei ganz gemütlich da oben. Machen wir daraus eine Festung und sorgen dafür, daß die Leute, die sich nach dem langen Marsch dort oben angesiedelt haben, so weiterleben können wie bisher. Ich könnte mir denken, daß der eine oder andere unter uns dem entgegenhält: So einfach ist das nicht. Unter dem Hochplateau grummelt es. Vielleicht ist das Gelände vulkanischer, als wir bisher angenommen haben. Ich will das Bild jetzt nicht weiter strapazieren. Vielleicht brauchen wir eine ganz andere Beschreibung für unsere gegenwärtige Lage.

Und dann stellt sich natürlich die Frage nach den alternativen Visionen. So schrecklich waren doch die britischen Erfahrungen von 1890 bis 1979 nicht. Es gab einen mehr oder weniger sanften Niedergang, der auch über 50, 60 Jahre ganz erträglich war. Das wäre immerhin eine mögliche Alternative, auch wenn der Bundespräsident dies mit seiner Rede sicher nicht gemeint hat.

Die andere Alternative sieht weniger günstig aus. Da gibt es neben Gewinnern eben auch entschiedene Verlierer, die vor allem deshalb Beachtung verdienen, weil sie in den kommenden Jahrzehnten politisch ein äußerst virulentes Element sein können. Die brisante Frage ist: Wer organisiert die Verlierer und zu welchen Zwecken? Die Zwecke sind im Zweifel nicht demokratisch und sicher nicht liberal.

Warum also brauchen wir überhaupt Veränderung? Sind die Leute nicht vielleicht im Recht, wenn sie diesen nervösen Bergführern, die sie veranlassen wollen, das Hochplateau zu verlassen, sehr mißtrauen? Mit anderen Worten: Könnte der Status quo mit gewissen Einschränkungen nicht doch eine Alternative sein? Auf der anderen Seite werden wir uns fragen müssen, wo denn neue Chancen liegen. Ist die gegenwärtige Lage für alle wirklich so befriedigend und angenehm? Ist also der gegenwärtige Zustand, insbesondere in Deutschland, vielleicht auch in Europa, tatsächlich so

erstrebenswert? Gibt es nicht vielleicht neue Chancen und Möglichkeiten, auch im Sinne neuer humaner Lebenschancen, die für viele Menschen mehr Anreiz als Bedrohung darstellen?

Steinkühler

Mir hat das Bild vom Plateau zunächst recht gut gefallen. Ich habe es aber anders verstanden, als hier deutlich wurde, nämlich als eine Zustandsbeschreibung, die den Niveauunterschied bezeichnet zwischen uns und beispielsweise Lateinamerika. Da wäre das Bild zutreffend. Wenn es jedoch benutzt wird, um zu beschreiben, was bei uns an Veränderungen geschehen müßte, wäre mir diese Art der Betrachtung viel zu statisch. Da würde ich ein anderes Bild für zutreffender halten: Diejenigen, die Angst haben, den Boden unter den Füßen zu verlieren, werden nie den Mut aufbringen, zu neuen Ufern aufzubrechen. Angstklammern nennt man das wohl.

Im Gegensatz zu Frau Darin bin ich nicht der Meinung, daß es bei uns in der Bundesrepublik möglich sein wird, die alte Vollbeschäftigung je wieder herzustellen. Und schon gar nicht glaube ich, daß die weltweite Halbierung der Arbeitszeit ein wirksames Rezept dafür sein könnte. Zum einen denke ich, haben wir nicht so lange Zeit, bis eine solche Utopie verwirklicht werden würde. Denn daß dies nicht von heute auf morgen zu erreichen ist, wird wohl niemand annehmen - falls es überhaupt geht. Zum anderen würden wir aber all jenen, die in weniger entwickelten Ländern leben, jede Hoffnung nehmen, auch bei ihnen werde eines Tages eine Wohlstandsentwicklung stattfinden und sie aus ihrer Armut herauskommen. Das würde jedenfalls eine Halbierung der Arbeitszeit in diesen Ländern implizieren. Eine - für uns sicher fatale - Folge würde sein, daß sich noch sehr viel mehr Menschen in Lateinamerika und anderen Entwicklungsregionen auf den Weg in die Wohlstandsländer machen - eine Massenauswanderung, gegen die die früheren Völkerwanderungen wahrscheinlich ein Kinderspiel waren.

Ich denke also, ein solches Rezept wäre in jedem Fall völlig falsch. Ob eine Arbeitszeithalbierung bei uns die geeignete Medizin wäre - und nicht möglicherweise tödliche Nebenwirkungen hätte;-, wage ich ebenfalls sehr zu bezweifeln.

Dennoch ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei uns zweifellos ein Kardinalthema, und alle Lösungen, die uns dafür präsentiert werden, scheinen immer von der Zielvorstellung auszugehen, die Vollbeschäftigung lasse sich wiederherstellen. Und da sage ich unumwunden: Im Gegensatz zu denen, die in unserem Lande Führungsfunktionen ausüben, wissen die Arbeitnehmer sehr genau, daß dies nicht der Fall sein wird. Und deshalb glauben sie auch den Rezepten und denen, die sie verkünden, nicht.

Natürlich weiß niemand, der zu neuen Ufern aufbricht, was ihn erwartet, und es ist zweifellos eine große Zumutung zu verlangen, daß die Menschen sich auf den Weg machen, ohne Rückversicherungsmöglichkeit. Denn Garantien fürs gelobte Land gibt es nicht. Es ist doch durchaus verständlich, wenn die Menschen zunächst das verteidigen, was sie haben, wenn man ihnen nicht sagen kann, was sie sich dafür einhandeln. Das gilt im übrigen vor allem für die, die tatsächlich einiges zu verlieren haben.

Wenn Sie sagen, Herr Rüttgers, die Wirtschaft und die Wissenschaft wüßten es letztlich auch nicht besser, dann würde ich das so generell nicht gelten lassen. Auf ihren Tätigkeitsfeldern wissen sie in der Tat besser, was zu tun ist, als beispielsweise die Politik. Aber diese Art der Arbeitsteilung in der Gesellschaft - die uns bisher Produktivitätsfortschritt und Wohlstand beschert hat;-, ist nicht mehr das geeignete Mittel, um die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Worauf es heute ankäme, wäre, die unterschiedlichen Sichtweisen und Einsichten zusammenzubringen.

Der Wirtschaft etwa muß klargemacht werden, daß sie sich nicht nur für die betriebswirtschaftlichen, sondern auch für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns in die Pflicht nehmen lassen muß. Das gilt im übrigen auch, wenn sie sich im Zuge der Globalisierungsprozesse in anderen Ländern ansiedelt. Das heißt, es geht um Verantwortung und Verbindlichkeit, wo immer diese Unternehmen hinziehen.

Was können wir den Menschen, denen wir keine Vollzeitarbeit mehr garantieren können, als Alternativen vorstellen? Herr Strasser spricht von Freizeitwohlstand als lockendem Ziel. Für diejenigen, die eine 60-Stunden-Woche haben, mag das überzeugend klingen. Für die Arbeitslosen dürfte dies kaum eine reizvolle Perspektive sein. Viel Freizeit setzt eben einen gewissen Wohlstand voraus, um sie sich leisten zu können. Die Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft sind nun einmal so, daß die Menschen ihr Selbstwertgefühl über die Arbeit und nicht über die Freizeit definieren. Wer in dieser Gesellschaft nichts leistet, ist nichts wert und empfindet das auch selbst so. Der Wert der

Freizeit für den einzelnen ist abhängig von dem, was er an Leistung vollbringt. Und das setzt voraus, daß er überhaupt Arbeit hat.

Und eines füge ich abschließend hinzu: Wir müssen mit den Leuten über ihre Befindlichkeiten und Probleme und besonders über die möglichen Chancen reden. Das tun weder die Verbände - auch die Gewerkschaften immer unzulänglicher - noch die Parteien. Hier entwickelt sich Sprengstoff für die Demokratie, der dann vermutlich eines Tages an Stellen hochgeht, an denen wir gar nicht damit rechnen.

Riedmüller

Ich denke, das Bild des Plateaus entspricht nicht dem gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft. Das stimmt nur, wenn man längere historische Zeiträume als Vergleich heranzieht und etwa die Nachkriegssituation zum Ausgangspunkt nimmt.

Wir leben heute in einer hochdifferenzierten, segmentierten Gesellschaft, in der sich die einzelnen Subsysteme so verhakelt haben, daß man da von einer Blockierung sprechen kann. Bei welchen dieser Subsysteme liegt eigentlich die Führung? Das scheint nach wie vor die Wirtschaft zu sein. Die Frage ist, ob die Politik weiterhin eine Führungsrolle spielen kann oder nicht. Wie steht es um das Verhältnis von Wirtschaft und Politik? Welche Rolle haben die Medien inne;? In all diesen Beziehungsfeldern hat sich sehr viel verändert.

Eine Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft zeigt, daß wir es mit einer Differenzierung in Milieus zu tun haben - was sich beispielsweise im Wahlverhalten ausdrückt;- und die ist in den letzten Jahren relativ stabil geblieben. Von daher ist das Bild von einer Gesellschaft, die auf einem Plateau versammelt ist, wo alle Menschen in etwa das gleiche denken und ähnlichen Ideen anhängen, sicherlich unzutreffend. Deshalb reicht es auch nicht aus, sich irgendwelche Zugpferde zu denken, die die Gesellschaft als Ganzes voranbringen könnten.

Wenn man die einzelnen Subsysteme analysiert, dann zeigt sich etwa im Bereich der Politik sehr deutlich, daß dort starke Erstarrungsmomente vorherrschen. Das sehen die in der Politik Tätigen übrigens genauso wie die Betrachter von außerhalb. Was dabei im Vergleich zu anderen Subsystemen besonders auffällig ist und den Führungsanspruch der Politik nachhaltig in Frage stellt, ist, daß sie vorzugsweise die alten sozialen Lagen vertritt, was sich deutlich in Wahlen zeigt und ja in der Vergangenheit auch nicht ganz erfolglos gewesen ist. Das gilt für die großen Volksparteien genauso wie für die PDS, die sich speziell der ostdeutschen Problemlagen annimmt - ein gutes Beispiel für die Differenzierungsprozesse;- wo es den anderen Parteien schwerfällt, Zugang zu gewinnen. Feststellen läßt sich also, daß den Parteien ihre Stammwähler davonlaufen und das System damit sehr viel offener geworden ist.

Bei der Wissenschaft als Subsystem fällt in Deutschland auf, daß sie tatsächlich über wenig Einfluß verfügt. Das hängt sicher nicht zuletzt damit zusammen, daß es im Wissenschaftsbereich für inopportun gilt, sich beispielsweise in die Politik einzumischen. Da heißt es unter den Kollegen schnell: Was mischt der sich in Dinge ein, von denen er selbst nicht genügend versteht! Das gilt übrigens nicht nur für die Sozialwissenschaften, sondern in hohem Maße auch für die Medizin. Denken Sie nur an die Krebsforschung, wo im Hinblick auf die jüngsten Überlegungen in Richtung Gentherapie sofort die ganze Zunft dagegen aufsteht. Die Wissenschaft spielt bei uns also sicher keine Führungsrolle, und daran wird sich auch in Zukunft nicht schnell etwas ändern. Wichtig wäre allerdings eine Stärkung der Autonomie von Wissenschaft, um ihr Freiräume zu sichern.

Was die deutsche Einheit angeht, läßt sich zumindest eines sehr deutlich feststellen, daß wie es ein Kollege aus dem Max-Planck-Institut formuliert hat - das Ende des Modells Deutschland damit einherging, also jenes eher korporatistische Modell und kein Kapitalismus pur. Dieses Modell ist bei bestimmten Transformationsprozessen an die Grenzen seiner Funktionsfähigkeit gekommen, ohne daß daraus bereits die notwendigen Konsequenzen gezogen wurden. So hat man zum Beispiel versäumt, beim Umbau des Sozialstaats bestimmte Lerneffekte einzubauen.

Was war eigentlich historisch der Motor der Entwicklung? Es hieß hier: Früher waren es Kriege und Revolutionen. In der Nachkriegsgeschichte spielten sicher zum einen Bildung und Mobilität, zum anderen Freiheit und Gleichheit und drittens Sicherheit die entscheidende Rolle. Bei allen drei Dimensionen ging es um Interessenlagen und Konflikte. Das heißt, wenn wir über Blockierung sprechen, kommen wir nicht darum herum, Interessen und Konflikte zu thematisieren. Da stellt sich heraus, daß die alten Interessenlagen keinen Bestand mehr haben und neue erst im Entstehen begriffen sind.

Welche Gruppen repräsentieren die neuen Interessenlagen? Ich meine, da kann man schon jetzt zwischen Gewinnern und Verlierern unterscheiden, ohne daß dies bereits den Tatbestand der Spaltung der Gesellschaft erfüllt. Mit den Gewinnern und Verlierern ist aber eine neue soziale Lage entstanden, die bisher nicht zureichend thematisiert wird. Die einen blenden diese neue Erscheinung ganz aus, und die anderen sehen die große Katastrophe voraus. Beides wird diesem Tatbestand nicht gerecht. Ein Leitbild, was sich mir aus meiner Beschäftigung mit Fragen sozialer Sicherung im europäischen Vergleich anbietet, heißt "Existenzsicherung", die aber nicht mehr an die Erwerbsarbeit gebunden ist. Diese Mischung aus Existenzsicherung bei gleichzeitiger Zunahme von Freiheit innerhalb der Arbeitsgesellschaft - etwa durch andere Arbeitsformen während des Erwerbslebens;-, müßte von der Politik unterstützt werden. Hier hätte die Politik eine Gestaltungsaufgabe, um solche Freiheit zu stärken und nicht dadurch zu schwächen, daß sie an den alten Existenzsicherungsmodellen festhält.

Detting

Lord Dahrendorf stellte die Frage: "Warum brauchen wir überhaupt Veränderungen? Können wir nicht einfach auf dem Hochplateau bleiben?" Man kann es sich natürlich in jeder bukolischen Landschaft bequem machen, solange keine Gewitter aufziehen, keine Wetterwechsel drohen und nicht Blitz und Donner über uns kommen.

Dazu eine kleine Geschichte. Ein Mensch kommt nachts mehr oder weniger trunken von einer wundervollen Party nach Hause. Als er seine Haustür aufschließen will, merkt er, daß er den Schlüssel verloren hat. Daraufhin fängt er an, denselben intensiv zu suchen, und zwar unter der nächsten Laterne. Kommt ein Passant vorbei und fragt: Wonach suchen Sie da eigentlich? Ich suche meinen Schlüssel. Und warum gerade unter der Laterne? Dumme Frage - weil ich hier etwas sehen kann.

Was ich mich immer wieder frage, ist: Sind Politik und Gesellschaft nicht in der gleichen Lage, daß sie Lösungsschlüssel unter den Laternen suchen, die in der Vergangenheit immer so ein schön helles Licht verbreiteten? Das waren Erwerbsarbeit, Vollbeschäftigung, Industriegesellschaft, die großen Verbände und Organisationen, Regeln des Sozialstaates und so weiter. Könnte es sein, daß wir heute die Lösungen unter den falschen Laternen suchen? Daß die Politik Großziele formuliert, die gar nicht mehr plausibel sind: Halbierung der Arbeitslosigkeit oder sogar Vollbeschäftigung; Sicherheit der Renten; der Staat als optimaler Produzent und Organisator von sozialen Gütern oder auch von Bildungsgütern? Wenn die Politik aber Ziele formuliert, die sie nicht erreichen kann, programmiert sie künftige Enttäuschungen und ihren Legitimationsverlust vor.

Die Frage, die sich von daher stellt, lautet: Wo sind andere Laternen, unter denen wir eher mit Erfolg suchen könnten? Meine Antwort ist: Wir müssen die Lage akzeptieren, wie sie ist, und sie dann neu gestalten. Mein Hochplateau gleicht eher einem Gletscher mit unsichtbaren gefährlichen Gletscherspalten.

Ich sehe weniger eine Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich oder zwischen denen, die Arbeit haben und den Arbeitslosen, sondern die entscheidende Spaltung findet meiner Ansicht nach zwischen einer globalisierten und einer lokalen Gesellschaft statt. Und wofür wir vor allem Sorge tragen müssen, ist, daß diejenigen, die aus der globalisierten Gesellschaft herausfallen, materiell und geistig nicht auch aus der lokalen Gesellschaft ausgegliedert werden. Die globalisierte Gesellschaft muß weiter rationalisieren, und sie soll auch Profit machen. Die Mobilen, Beweglichen, Intelligenten werden dabei erfolgreicher sein als die anderen, und sie sollen es. Aber die lokale Gesellschaft - die Städte und Gemeinden - dürfen nicht darauf beschränkt werden, nur die Modernisierungsverlierer gewissermaßen zu entsorgen. Vielmehr geht es darum, die lokale Gesellschaft so einzurichten, daß dort viele Möglichkeiten der Teilhabe entstehen an Aufgaben und auch an bezahlten Tätigkeiten.

Das mag recht romantisch klingen; es impliziert aber harte Veränderungen, die ich stichwortartig benennen will. Zum einen sind Veränderungen auf der staatlichen Ebene notwendig. Der Nationalstaat würde dabei im wesentlichen drei Aufgaben haben: Erstens Schutz der Grundrechte und der Menschenrechte. Zweitens die Finanzierung der Armenpolitik. Wenn diese nämlich den Städten und Gemeinden überlassen bleibt, werden wir eine Entwicklung wie im Mittelalter bekommen: Je sozialer eine Gemeinde ist, desto mehr Bettler werden davon angezogen, und auf diese Weise werden die Voraussetzungen der Mildtätigkeit untergraben. Armutspolitik und Verteilungsfragen sind somit eine nationale Finanzierungsaufgabe. Und drittens hat der Nationalstaat die Aufgabe, die Transformation auf die transnationalen Ebenen zu leisten.

Auf der anderen Seite muß der Nationalstaat viel stärker, als das heute überhaupt diskutiert wird, die Durchführung an die lokale Ebene abgeben. Das würde zum Beispiel bedeuten, sämtliche Mittel einer

aktiven Arbeitsmarktpolitik in die Städte und Gemeinden zu verlagern und dort eine geeignete Infrastruktur zu schaffen.

Die zweite große Veränderung, die wir diskutieren müssen, bezieht sich auf die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Müssen beispielsweise, Herr Rüttgers, Schulen und Hochschulen unbedingt in staatlicher Regie betrieben werden? Wie vieles könnte sich kreativer entwickeln, wenn wir statt beamteter und auf Lebenszeit angestellter Lehrer und Hochschullehrer solche auf Zeit beschäftigen, auf deren Auswahl Schulen und Hochschulen entsprechend ihrem Profil und Standard Einfluß nehmen könnten. Dazu gehört auch die Frage, ob Bildung bei uns wie bisher ein freies Gut bleiben sollte; ob es nicht viel sinnvoller wäre, Finanzierung und Produktion von Bildungsgütern zu trennen. Denjenigen, die aus sozialen Gründen für Bildung und für andere soziale Bedarfe finanziell gestärkt werden müssen, sollten die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

Einen weiteren Punkt möchte ich mit dem abstrakten Begriff einer Ordnungspolitik für den dritten Sektor umschreiben. Worum es dabei geht, ist, in der Gesellschaft Freiräume zu schaffen, die öffentlich, aber nicht staatlich, freiwillig, aber nicht privat sind. Dazu würde zum Beispiel gehören, die Diskriminierungen aufzuheben, wenn sich Leute auf dem gemeinnützigen Sektor engagieren wollen. Stichworte sind: Konkurrenzverbot, Zusätzlichkeitsgebot und ähnliche Dinge.

Aufweichen Wegen könnten wir den Übergang in eine andere Gesellschaft, in eine neue Form von Staatlichkeit schaffen? Eine wichtige Voraussetzung wäre, die lähmende Angst zu überwinden. Krisen fördern konservatives Verhalten. Die Devise: "Laßt alle Hoffnung fahren" setzt keine Energien frei, die wir aber dringend benötigen, wenn wir Veränderungen bewirken wollen. Dazu gehört auch die These: Erst krisenhafte Zuspitzung schafft die nötigen Voraussetzungen für Reformen. Warten wir also ab, bis die Krise wirklich da ist. Damit ist allerdings die große Gefahr verbunden, daß eine Gesellschaft, die diese krisenhafte Zuspitzung unvorbereitet trifft, eine harte Bruchlandung macht.

Meine Antwort und zugleich Hoffnung ist, daß die Veränderungen ohnehin vor sich gehen, und zwar hinter dem Rücken der Akteure. Ich singe das Hohelied der Globalisierung und des technologischen Fortschritts, weil dadurch verkrustete und modrige Strukturen zerbrechen und Entwicklungen eingeleitet werden, die ich auch aus anderen Gründen schon lange für wünschenswert halte. Die industrielle Arbeitsgesellschaft war schließlich nicht die beste aller Welten. Dazu gilt ein Zitat von Vergil aus der Äneis, der über Äneas sagt - eingedenk der Zerstörung Trojas und mit Blick auf die Zukunft des republikanischen Roms: Volentem ducunt fata, nolentem trahunt. "Die Einsichtigen führen die Geschicke; die Störrischen zerren sie hinter sich her." Ich glaube, das ist die Alternative, vor der wir gegenwärtig stehen. In der Frage "Veränderungen - ja oder nein?" sind wir nicht frei. Aber wir können unsere Gesellschaft so organisieren, daß möglichst wenige herausfallen und wir wirtschaftlichen Wohlstand und gesellschaftliche Wohlfahrt auf neue Weise optimieren. Dazu gehört allerdings, daß wir die Probleme der gesellschaftlichen Veränderungen aktiv angehen.

Teltschik

Mein Eindruck ist, daß wir in Deutschland keinen Mangel an Analyse haben, und wenn man sich die Aussagen der politischen Parteien, der Verbände der Wirtschaft und so weiter nüchtern ansieht, gibt es sogar eine erstaunliche Übereinstimmung in der Analyse und auch eine weitgehende Übereinstimmung, in welche Richtung die Lösungen gehen müßten. Was aber nicht zustande kommt - und da kann man durchaus von "Blockierung" sprechen;- sind auf der politischen Seite Entscheidungen, wie sie für den Anpassungsprozeß angesichts der strukturellen Veränderungen, die Warnfried Dettling eindrucksvoll geschildert hat, notwendig wären.

Sie sagen, Herr Rüttgers, wir sollten nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Ich meine, das gilt für beide Seiten. Sowohl in der Politik als in der Wirtschaft gibt es weiße und schwarze Schafe. Ich kenne jedenfalls viele Unternehmen, die sich gesellschaftlich verantwortlich fühlen, und andere, die sich nur um den Erfolg ihres eigenen Unternehmens kümmern und darüber hinaus kaum interessiert sind.

Was kann die Politik von der Wirtschaft lernen? Ich kenne ja beide Seiten. Lassen Sie mich einige praktische Hinweise geben. Was ich in der Wirtschaft im Vergleich zum öffentlichen Dienst sehr schnell gelernt habe, sind "Kostenbewußtsein und Kosteneffizienz" im Hinblick auf den Ressourceneinsatz. Dieses Thema ist im öffentlichen Dienst kaum präsent. Damit ist Herr Gansel jetzt als Oberbürgermeister voll konfrontiert. Wo gibt es in den Kommunalverwaltungen etwa eine Art "benchmarking"? Dabei muß man allerdings sehen, daß sich die Wirtschaft beim benchmarking an Maßstäben mißt, die bereits überholt sein können. Denn die Vergleichsunternehmen können sich inzwischen bereits weiterentwickelt haben. Dennoch wird auf diese Weise versucht, die Effizienz zu erhöhen.

Wo im öffentlichen Dienst wird danach gefragt, was ein Mitarbeiter an Wertschöpfung erbringt? In der Politik habe ich das jedenfalls nie erlebt. In der Wirtschaft ist das ein wichtiger Punkt, und dies nicht nur in den Vorstandsetagen. Das gleiche gilt für langfristige Planungen. In unserem Unternehmen planen wir bereits bis zum Jahre 2010. Entsprechende Perspektiven fehlen in der Politik nahezu völlig.

Oder: Qualifizierung der Mitarbeiter. BMW wendet dafür jährlich Mittel auf in der Größenordnung des Haushalts einer mittleren deutschen Universität. In der Politik sind mir entsprechende Qualifizierungsprogramme so gut wie gar nicht bekannt. Auch in Ihrem Haus, Herr Rüttgers, gibt es Mitarbeiter, die seit zwanzig oder dreißig Jahren immer dasselbe machen. Ob sie sich weiterqualifizieren, ist weitgehend ihre eigene Sache, selten daß ein Vorgesetzter sich dafür einsetzt.

Ein weiteres Beispiel: Personalauswahl. Die Unternehmen haben in der Regel eine langfristige Personalplanung und wählen ihre Leute sorgfältig aus. Eine entsprechende Personalplanung fehlt in der Politik. Wir wissen beispielsweise sehr genau, daß in der nächsten Legislaturperiode diverse Experten gebraucht werden; Steuerpolitik, Gesundheitspolitik, Rentenreform sind nur drei Bereiche, die ich nenne. Warum sorgen die Parteien nicht dafür, daß auf den Landeslisten einige Fachleute für solche Themen aufgestellt werden? Auf diese Weise ließe sich die Qualität des Parlaments erheblich steigern. Aber kein Gedanke daran, daß derartiges geschieht. Der Grund ist klar.

Dabei nehmen in den öffentlichen Verwaltungen und in der Politik Kompetenzdefizite dramatisch zu. Die Qualität der Informationen, die den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung zur Entscheidungsvorbereitung zur Verfügung gestellt werden, ist in vielen Fällen mehr als dürftig. Ich denke etwa an die Weltraumpolitik, wo ich den Bundeskanzler schon Anfang der achtziger Jahre auf bedenkliche Defizite hingewiesen habe. Wir sind in der Bundesrepublik auch nicht in der Lage, uns - wie es in den USA geschieht Experten für eine begrenzte Zeit in die Regierung zu holen, die das erforderliche Fachwissen besitzen. Ein entscheidendes Hindernis dafür ist bei uns das Personalvertretungsgesetz. Aber keine Partei faßt dieses heiße Eisen an, weil sofort DAG, Beamtenbund und ÖTV dagegen Sturm laufen würden.

Herr Gansel hat auf die Zahl der Beiräte, Arbeitsgruppen und so weiter hingewiesen, die ihn in seiner Arbeit lahmen. Die Industrie arbeitet in solchen Fällen mit einem sogenannten "Grünwieseansatz". Das heißt, man beauftragt qualifizierte Mitarbeiter oder auch Externe, einmal ganz neu an eine Sache heranzugehen, so als ob noch nichts vorhanden wäre. Einen solchen Ansatz werden Sie in der Politik kaum je erleben.

Herr Steinkühler hat zu Recht gesagt, die Politiker müssen die Bürger mitnehmen. Dazu muß man ganz deutlich sagen: Die Bürger erwarten meist gar keine fertigen Antworten. Die wissen doch auch, daß man in 90 Sekunden keinen komplexen Sachverhalt darlegen kann. Mein Eindruck ist vielmehr, daß viele Politiker immerzu abschließende Antworten geben wollen, die für den normalen Zuhörer keineswegs glaubwürdig sind. Der Bürger läßt sich aber nur dann mitnehmen, Herr Steinkühler, wenn er das Gefühl hat, daß der Politiker ein Ziel vor Augen hat und dafür kämpft.

Ich frage mich zum Beispiel bei der Steuerdebatte: Warum legen die Parteien nicht ihre Konzepte auf den Tisch und lassen die Wähler darüber abstimmen, wenn man sich im Bundesrat oder wo immer nicht durchsetzen kann? Dieser aller kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich heute zu einigen versucht, führt dazu, daß kein Bürger mehr weiß, was CDU oder SPD wirklich wollen. Warum legen sie nicht das aus ihrer Sicht jeweils optimale Programm vor und lassen die Wähler entscheiden? Dann geht es bei Wahlen vielleicht endlich mal wieder um Inhalte und nicht nur um Personen. Mitunter habe ich den Eindruck, die Politiker haben das Bewußtsein verloren, daß in der Demokratie Macht zeitlich begrenzt ist und man sie auch wieder verlieren kann.

Ich wollte übrigens nicht sagen, Herr von Weizsäcker, daß die Wirtschaft alles soviel besser handhabt. Das Ausmaß an politischer Naivität unter Wirtschaftsführern, das ich feststelle, ist schon erschreckend. Aber wir können die Probleme nicht gegeneinander, sondern nur miteinander lösen. Deshalb ist der weithin fehlende Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften so bedenklich, und wo er überhaupt stattfindet, ist er so sehr ritualisiert, daß man kaum noch aufeinander hört. Doch ich sehe hier auch eine Bringschuld der Wirtschaft; denn die Politik kann unmöglich in allen Fragen kompetent sein. Deshalb muß die Wirtschaft ihre Kompetenz miteinbringen, damit wir zu richtigen Entscheidungen kommen. Das jedoch praktiziert die Wirtschaft nur sehr marginal.

Korte

Daß die Wirtschaft in allem soviel besser dasteht, wie Sie das hier schildern, Herr Teltschik, würde ich doch ein wenig einschränken. Sie tun geradezu so, als ob es in der Wirtschaft keine gravierenden Fehlentscheidungen gäbe. Die Zahl der Konkurse hierzulande ist auch kein Ruhmesblatt.

Gansel

Was Herr Teltschik kritisiert, ist dennoch richtig. Ich glaube indes, das hat er nicht erst erfahren, seit er von der Politik in die Wirtschaft gewechselt ist, sondern das dürfte vermutlich der eigentliche Grund für seinen Wechsel gewesen sein.

Leysen

In Belgien sind die Autobahnen nachts erleuchtet, und die Belgier sind sehr stolz darauf, weil man das - wie die Chinesische Mauer während des Tages - vom Mond aus sehen kann. Die Holländer, die sparsame Leute sind, fragen uns oft, warum wir das tun, und man merkt ihnen an, daß sie uns eigentlich für nicht recht gescheit halten. Ich antworte gewöhnlich: Wir sind halt nicht so brillant wie Ihr, wir brauchen mehr Licht. Deshalb will ich hier auch nicht auf ein Hochplateau steigen, von dem ich möglicherweise herunterfalle, sondern mit den Füßen auf der Erde bleiben.

Herr Dahrendorf hat die ungeheuren neuen Chancen erwähnt. Das heißt, wir sollten uns bemühen, die positiven Dinge zu sehen. Nun bin ich ein geborener Optimist und halte es mit Arnold Toynbee, der einmal gesagt hat, die Geschichte sei wie ein Karren, dessen Räder sich drehen. Sicher, die halbe Zeit geht die Bewegung nach unten, aber danach geht es wieder hoch. Ich meine, auf diese Aufwärtsbewegung sollten wir sehen.

Europa hat enorme Chancen. Wir haben 250 Jahre unsere Energie verbraucht, um einander zu bekämpfen. Wenn diese Energie jetzt frei wird, um gemeinsam aktiv zu werden, müßten wir wahre Wunder vollbringen können. Dabei ist die Einheit in der Diversität unsere große Stärke für die Zukunft. Was ich nicht verstehen kann, ist, daß dieses Potential so wenig gesehen wird und es an jeglicher Begeisterung zu fehlen scheint. Für die Wirtschaft ist Europa zwar eine Notwendigkeit; aber jedes Land versucht, daraus die eigenen Vorteile gewissermaßen à la carte wahrzunehmen und sich jeweils die Filetstücke auszusuchen. In dem einen Land locken günstige Steuergesetze; in dem anderen werden die Umweltgesetze laxer gehandhabt. Auf diese Weise versucht man, die Länder gegeneinander auszuspielen. Dabei bevorzugen wir die kurzfristige Perspektive und meinen, eigentlich sei der gegenwärtige Zustand doch ganz angenehm und könnte ruhig unverändert bleiben.

Bei dieser Sicht kommen jedoch der Staat und auch die Gewerkschaften zu kurz, deren Organisationen noch weitgehend den nationalen Grenzen verhaftet sind. Daraus entstehen Lücken in der Gesetzgebung, die nur Schritt für Schritt gestopft werden können. Deshalb brauchen wir eine europäische Gesetzgebung. Die Konkurrenten von Agfa-Gevaert, Kodak und Fuji etwa, verkaufen 70 Prozent ihrer Produkte im eigenen Land; wir nur zwanzig Prozent, wenn man Belgien und Deutschland zusammen nimmt. Auf dem gemeinsamen europäischen Markt würden wir ebenfalls 70 Prozent erreichen, die wir auch behaupten könnten, zumal der Euro sich außerordentlich positiv auf die Preisstabilität und die Inflationsbekämpfung auswirken wird.

Mein Eindruck ist, daß die Diskussion über den Euro zur Zeit in Deutschland falsch läuft. Ich halte das für sehr wichtig; denn wenn die gemeinsame Währung einmal eingeführt ist, läßt sich dies nicht wieder zurückdrehen. Dabei müßte das deutsche Interesse am Euro besonders groß sein. Denn scheitert der Euro, würde die D-Mark gewaltig unter einen Aufwertungsdruck geraten mit allen damit verbundenen negativen Folgen für die deutsche Wirtschaft. Die europäische Perspektive sollte also nicht vernachlässigt werden, und die deutschen Ängste in bezug auf die gemeinsame Währung sollten ein wenig unterdrückt werden.

Ich meine, alle europäischen Länder dürften ihre geschichtlichen Lektionen gelernt haben. Deutschland hat in diesem Jahrhundert zwei Hyperinflationen erlebt, und auch wir anderen haben nach dem Zweiten Weltkrieg gelernt, daß wir eine stabile Währung brauchen. Die Erfolge sind nicht zu übersehen. Italien, Frankreich und Spanien haben in dieser Hinsicht Enormes geleistet. Deshalb sollte man Vertrauen in eine stabile europäische Währung haben. Das deutsche Mißtrauen, wie es zum Beispiel von den vier Landesfürsten geäußert wird, wirkt auf die Dauer ein wenig beleidigend, weil es unterstellt, wir anderen seien nicht in der Lage, Währungsstabilität zu garantieren. Wenn man zudem erkennt, daß die meisten Bedenken aus innenpolitischen Gründen erfolgen, ist das für die europäische Einheit, die wir alle dringend brauchen, eine betrübliche Angelegenheit.

Pfeiffer

Ich will einen anderen Aspekt behandeln als jemand, der die Fieberkurven der Gesellschaft in Form der Jugendkriminalität analysiert. Da nimmt sich die These vom Hochplateau anders aus. Jedenfalls gilt für junge Menschen, daß 90 Prozent von ihnen ein sie selber befriedigendes Plateau nicht erreicht haben.

Ich habe gerade eine Analyse für die Europäische Union abgeschlossen, die zu dem Ergebnis kommt, daß sich in fast allen europäischen Ländern die jungen Menschen einer zunehmenden Winner-Loser-Kultur gegenübersehen. In keiner Gruppe wächst die Armut derart rasch wie bei den Jugendlichen. In Hamburg beispielsweise hat sich die Jugendarmut seit 1987 etwa verdoppelt. Inzwischen lebt in Deutschland jeder sechste bis siebte Jugendliche zumindest zeitweise von Sozialhilfe. Auf der anderen Seite hat sich die Zahl der Haushalte, die mindestens 10 000 DM netto im Monat verdienen, seit 1987 verdreifacht. Das heißt, wir erleben mehr und mehr eine Spaltung der Gesellschaft.

Das Ganze ist so lange kein Problem, wie die von Armut Betroffenen der Überzeugung sind, die mir als Flüchtlingsjunge in Bayern Anfang der fünfziger Jahre von meinen Lehrern vermittelt wurde: "In diesem Land ist jeder seines Glückes Schmied", war die Botschaft. "Wenn ihr das begreift, werdet ihr es packen." Damals stimmte das. Aber heute gilt das für viele junge Aussiedler, junge Ausländer und Jugendliche aus den neuen Bundesländern eben nicht, daß sie es aus eigener Kraft schaffen können, aus ihrer Misere herauszukommen.

Was vor allem fehlt, sind geeignete Bildungsangebote für solche Gruppen. Ich halte es für alarmierend, daß nur sechs Prozent der Aussiedlerkinder gegenwärtig das Gymnasium besuchen, während es bei den Altdeutschen dreißig Prozent und bei den Ausländern fast zehn Prozent sind.

Ein anderes Beispiel: In Sachsen lagen kürzlich die Durchfallquoten bei fast 60 Prozent. Viele Jugendliche haben eben nicht das Glück, auf die Leistungsgesellschaft in der Schule optimal vorbereitet zu werden. Da fehlt es an der nötigen Chancengleichheit.

Eine Folge der beschriebenen Entwicklung ist die zunehmende Jugendgewalt. Sie hat sich in Westdeutschland seit 1989 etwa verdreifacht. In Ostdeutschland ist sie noch weit stärker angestiegen und lag 1996 fast doppelt so hoch wie im Westen.

Wenn man diese Fieberkurve ernst nimmt, brauchen wir mit Sicherheit eine nachhaltige Bildungsoffensive, um die Schulqualität zu steigern. Wir beklagen lauthals, daß wir mit all den Problemen nicht mehr fertig werden. Dann sollten wir wenigstens der jungen Generation durch eine optimale Schulausbildung die Chance bieten, selber aktiv zu werden. Doch daran fehlt es bei uns. Herr Rüttgers hat vor kurzem öffentlich Klage darüber geführt, daß die Länder hier ihre Hausaufgaben nicht machen. Die Zahl der Lehrer wird reduziert, während gleichzeitig die Schülerzahlen zunehmen und die Mißerfolge eklatant werden. Die Hauptschulen - das wissen wir längst - sind zu Verliererschulen in diesem Winner-Loser-Spiel geworden. Wer nur einen Hauptschulabschluß vorweist, kann beim Wettbewerb um Lehrstellen nicht mehr mithalten; vom Sonderschüler ganz zu schweigen.

Von daher meine ich, müßten die Bundesländer ihre Ausgabenprioritäten neu durchdenken. Gegenwärtig lassen wir die Schulen geradezu verlottern; die Lehrerschaft ist überaltert, und nirgendwo wird deutlich, daß die Probleme mutig und kraftvoll angegangen werden.

Ein weiteres Thema betrifft das Freizeitverhalten von Jugendlichen. Untersuchungen zeigen, daß viele Jugendliche mehr Zeit vor dem Fernseher verbringen als in der Schule. Auch das ist ein Alarmsignal, weil beim passiven Glotzen soziales Lernen nicht mehr stattfindet. Hier sind natürlich die Familien in erster Linie gefordert. Mit Recht ist heute soviel vom gelebten Kommunitarismus die Rede, ohne den unsere Gesellschaft nicht auskommt. Etzions Forderungen dürften aber nicht nur in klugen Gesprächsrunden theoretisch erörtert werden, sondern müßten besonders in der Jugendkultur in praktisches Handeln umgesetzt werden.

Warum haben die Länder gerade eine so halbherzige Hochschulreform beschlossen? Offenbar hatten einige Bundesländer die Befürchtung, Hochschuleingangsprüfungen würden offenbaren, daß das Leistungsniveau der Schulen von Land zu Land große Unterschiede aufweist. Die Abiturergebnisse zeigen jedenfalls, daß das Ausbildungsniveau der Gymnasien in Ostdeutschland nicht dem in Westdeutschland entspricht. Vielleicht würde ein fairer Leistungsvergleich dazu führen, an diese Frage offensiv heranzugehen, statt nur den Tatbestand analytisch festzustellen.

The Lord Dahrendorf

Dabei sollte man nicht ganz übersehen, was die jungen Leute mit den wie auch immer gearteten Bildungsangeboten später anfangen können.

Pfeiffer

Natürlich ist das ein Problem. Aber wir sollten die Jugendlichen wenigstens befähigen, durch eine optimale Ausbildung besser aktiv werden zu können. Daran fehlt es. Eine gute Ausbildung ist nie umsonst.

Miegel

Ich will verdeutlichen, was ich mit dem Begriff "Plateau" gemeint habe. Die Mehrheit der Bevölkerung - und in einer demokratischen Gesellschaft zählt nun einmal die Mehrheit mehr als die Minderheit - sieht keinen Anlaß, ihren gegenwärtigen Status zu verändern. Sie meint: So wie es ist, ist es gut. Daran ändern auch wenig die steigende Jugendkriminalität und andere Sachverhalte, auf die Herr Pfeiffer hingewiesen hat. Die Mehrheit fühlt sich trotz aller Erschütterungen noch immer gut aufgehoben. Ein Indikator: Während in den Vereinigten Staaten die Hälfte der Erwerbsbevölkerung meint, sie könne in den nächsten 12 Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren, ist es in Deutschland gerade ein Fünftel. Die Folge dieser Befindlichkeit ist, daß die Mehrheit - wiederum demoskopisch untermauert - Veränderungen eher negativ apostrophiert. Sie werden mit Verschlechterungen und nicht mit Verbesserungen assoziiert.

Das heißt nun nicht, daß die Gesellschaft objektiv sicher eingerichtet wäre. Die Verhältnisse haben sich vielmehr so sehr verändert, daß nach einer neuen Balance gesucht werden muß. Ich möchte jedoch deutlich machen, daß diejenigen, die auf Veränderungen drängen, einen schweren Stand haben.

Beispiel Erwerbsarbeit. Hätten wir heute eine Arbeitslosenquote von 2,8 oder 3,1 Prozent und zugleich solide finanzierte soziale Sicherungssysteme, wären Veränderungen wahrscheinlich kein Thema. Doch die Arbeitslosenquote liegt bei über 10 Prozent, und was nicht weniger bedeutsam ist: Die Erwerbsarbeit ist heute quantitativ und qualitativ anders als vor 20 oder 40 Jahren. Quantitativ liegt die Beschäftigungsquote in der Bundesrepublik West heute bei reichlich 41, in der Bundesrepublik Ost bei knapp 42 Prozent. In der Phase der Voll- und Überbeschäftigung lag sie in Westdeutschland bei bis zu 47 Prozent.

Doch hat sich nicht nur die Beschäftigungsquote vermindert, zugleich ist der Anteil Erwerbstätiger, vor allem aber die Erwerbsbeteiligung der Erwerbsfähigen gestiegen. Letzteres ist auf die veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft zurückzuführen. Das zeigt: Nicht nur die Wirtschaft, auch die Gesellschaft hat sich tiefgreifend verändert. Deshalb sollte der Arbeitsmarkt auch nicht nur ökonomisch, sondern ebenso sozio-kulturell durchleuchtet werden.

Verändert hat sich aber auch die Qualität der Erwerbsarbeit. Während in den sechziger Jahren nur ein Zehntel der abhängig Beschäftigten keine dauerhafte Vollzeitarbeit hatte, war dies in den siebziger Jahren bereits bei einem Fünftel, in den achtziger Jahren bei einem Viertel und in den neunziger Jahren bei einem Drittel der Fall. Im nächsten Jahrzehnt wird voraussichtlich die Hälfte der abhängig Beschäftigten keine dauerhafte Vollzeitarbeit mehr haben. Alle diese Veränderungen, sowohl die quantitativen als auch die qualitativen, machen in der Tat strukturelle Veränderungen auf unserem Plateau unabweislich.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß seit Mitte der fünfziger Jahre das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland auffallend gradlinig verlief. Im Jahresmittel wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung und im Geldwert von heute um sehr genau 820 DM im Jahr. Die Wohlstandsmehrung war also nicht nur kontinuierlich, sondern auch steil.

Dieser Anstieg des Wohlstands ging mit immer weniger Arbeitsvolumen einher. Heute wird pro Stunde real doppelt soviel erwirtschaftet wie vor 25 Jahren. Pro Kopf der Wohnbevölkerung hat sich in den zurückliegenden 45 Jahren das Bruttoinlandsprodukt real verviereinhalbfacht und gleichzeitig das Arbeitsvolumen - gemessen in effektiv geleisteten Arbeitsstunden - um 40 Prozent verringert. Das Ganze nennt sich: Produktivitätssteigerungen.

Was hat diese Steigerungen ermöglicht? Ich verweise auf das, was Herr Leysen zu Beginn sagte: Der Produktionsprozeß wurde immer Wissens- und kapitalintensiver. Ein Arbeitsplatz in Westdeutschland repräsentiert heute einen Wert von durchschnittlich 473.000 DM - fast eine halbe Million. In dieser Berechnung sind sämtliche Arbeitsplätze enthalten, also auch solche, in denen fast kein Kapital steckt wie die von Straßenfegern und ähnlichen Berufsgruppen. Das bedeutet, Millionen von Arbeitsplätzen ruhen auf Kapitalsockeln von weit über einer Million DM.

Nun haben sich viele in dieser Gesellschaft lange Zeit dem Trugschluß hingegeben, die Steigerung der Arbeitsproduktivität sei die Folge einer immer tüchtigeren Erwerbsbevölkerung. Was wirklich produktiver wurde, war jedoch weniger die Erwerbsbevölkerung als vielmehr deren Arbeitsplätze. Das

jedoch wurde nicht erkannt. Weil die Beschäftigten jedes Jahr mehr verdienten, glaubten sie, sie hätten auch mehr geleistet.

Heute sind wir an einem Punkt angelangt, an dem - ganz im marxischen oder hegelschen Sinne - ein qualitativer Sprung stattfindet. Die immer Wissens- und kapitalintensiveren Arbeitsplätze benötigen immer weniger Arbeit. Oder anders gewendet: In allen frühindustrialisierten Ländern erzeugt ein ständig schrumpfender Teil der Erwerbsbevölkerung einen immer größeren Teil des Bruttoinlandsprodukts. Wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, erwirtschaften inzwischen 10 Prozent der Erwerbsbevölkerung die Hälfte und die übrigen 90 Prozent die andere Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. In immer größeren Segmenten der Volkswirtschaft ist die Verbindung von Kapital und Wissen produktiver als die Verbindung von Kapital und Arbeit. Die Folge davon ist, daß die Erwerbsarbeit in weniger produktive Bereiche der Volkswirtschaft abgeschoben oder ganz aus dem Produktionsprozeß gedrängt wird. Das heißt, ein wachsender Teil der Erwerbsbevölkerung wird in den frühindustrialisierten Ländern entweder im niedrigproduktiven Bereich oder gar nicht beschäftigt.

Gansel

Was diese Entwicklung noch dramatischer macht, ist, daß die zehn Prozent Beschäftigten in den Bereichen von Wissen und Kapital im Zeitalter der Globalisierung auch die beweglichsten sind.

Miegel

Vollkommen richtig. Diese 10 Prozent sind oft Repräsentanten des Wissens und in der Tat sehr beweglich. Das Kapital ist ohnehin beweglich.

Was folgt aus alledem? Erstens, die Produktivität wird weiter steigen. Zweitens, in den höher produktiven Segmenten der Volkswirtschaft wird immer weniger Erwerbsarbeit benötigt, und Beschäftigung wird zunehmend in niedriger produktiven Segmenten angesiedelt werden. Hiergegen sträubt sich in Deutschland und anderen Ländern die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung. Sie will diese Arbeitsplätze nicht. Das unterscheidet unsere Erwerbsbevölkerung deutlich von der in den Vereinigten Staaten und zum Teil auch Großbritanniens. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand.

Wenn Herr Dettling für die Zukunft zwei Gesellschaftstypen ausmacht: die globalisierte und die lokalisierte, dann entspricht dies weitgehend meiner Feststellung, daß sich neben einer Wissens- und kapitalnahen eine wissens- und kapitalferne Gesellschaft entwickelt. Dabei ist die wissens- und kapitalnahe zugleich die globalisierte Gesellschaft.

Das leitet über zur Frage, wie die Beteiligung der Bevölkerung am Kapital verbessert werden kann. Der Versuch, es denen wegzunehmen, die darüber verfügen, ist müßig. Denn das Kapital kann sich solchen Zugriffen leicht entziehen. Deshalb muß aus meiner Sicht sowohl der Zugang zum Wissen als auch der zum Kapital neu organisiert werden.

In der Vergangenheit konnte sich die Gesellschaft im großen und ganzen darauf verlassen, daß derjenige, der eine Erwerbsarbeit ausübte, dadurch an der Wertschöpfung teilhatte. Erwerbsarbeit trug nicht nur zur Wertschöpfung bei, sie sorgte auch für deren Verteilung. Heute stehen wir vor dem Problem, daß mit dem Verfall der Erwerbsarbeit als Produktivfaktor auch ihre Funktion als Verteilungsschlüssel verfällt.

Wie läßt sich letztere Funktion substituieren? Ähnlich wie zu Beginn der Agrargesellschaft möglichst vielen Menschen Zugang zum Boden verschafft werden mußte, muß heute möglichst vielen Menschen Zugang zu Wissen und Kapital verschafft werden. Wenn das nicht gelingt, werden die Einkommens- und Vermögensspreizungen immer größer werden und möglicherweise eines Tages politisch nicht mehr zu handhaben sein. Wenn aber der Zugang zu Wissen, vor allem aber Kapital, nicht durch Umverteilung möglich ist, muß ein anderer Weg gesucht werden. Für mich ist dies die Neuorganisation der sozialen Sicherungssysteme. Sie müssen kapitalintensiver organisiert werden, wenn die Bevölkerung wie bisher an der Wohlstandsmehrung teilhaben soll.

The Lord Dahrendorf

Ich möchte einen Satz hinzufügen, der das, was Sie ausgeführt haben, Herr Miegel, mit dem verbindet, was Herr Pfeiffer erwähnt hat. Nach dem Wegfall anderer Methoden ist die Erwerbsarbeit das letzte Instrument der sozialen Kontrolle gewesen. Wenn jetzt die Erwerbsarbeit dafür ausfällt, wissen wir im Grunde nicht, was wir den jungen Leuten empfehlen sollen. Warum sollen die sich gut ausbilden lassen, wo sie doch genau wissen, daß nur jeder zweite oder jeder dritte Aussicht auf eine Stellung hat, die sie selber als Instrument der Verhaltenskontrolle akzeptieren.

Korte

Ich frage mich immer mehr - besonders nach den Ausführungen von Herrn Miegel;- , ob wir uns tatsächlich auf einem Hochplateau befinden. Wahrscheinlich werden wir es noch stärker mit Gewinnern und Verlierern zu tun bekommen, und wir sollten schon eingehender darüber nachdenken, wie wir verhindern können, daß beide Gruppierungen immer mehr auseinanderrücken und damit der Zusammenhalt unserer Gesellschaft brüchig wird.

Nun ist unser Sozialstaat ja nicht nur eine Angelegenheit der sozial Schwachen - der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger;- , also derjenigen, von denen Johano Strasser gesagt hat, sie würden sich nur noch an den Klippen des Hochplateaus festkrallen und für die Veränderung gleichbedeutend mit Absturz ist. Mir geht es um jene Umverteilungen, die im Mittelstand zur Einkommenssicherung ganzer Berufsgruppen beigetragen haben. Das heißt, Deregulierung darf nicht dazu führen, daß die sozialen Brüche, die wir hier zu Recht beklagen, noch verstärkt werden. Ich meine also nicht Dinge wie den Mißbrauch von Sozialhilfe, den wir auf diese Weise abstellen wollen, sondern die Organisation unseres Gemeinwesens insgesamt.

Was wir hier diskutieren, hat eine Perspektive von zehn bis fünfzehn Jahren; wir müssen aber Wege finden, wie wir die nächsten fünf Jahre ohne große Katastrophen überstehen.

In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung angekündigt, ein Drittel der Gemeinden sollte für einen Probezeitraum von fünf Jahren die Richtlinien beispielsweise zur Vergabe von Kindergartenplätzen selber festlegen, also nicht mehr an die Landesrichtlinien gebunden sein. Das heißt, man will damit eben jene lokale Autonomie, die Warnfried Dettling einfordert, stärken. Sofort hat die katholische Kirche - aber nicht nur diese - gedroht, sie werde das Land Nordrhein-Westfalen beim Bundesverfassungsgericht verklagen; denn eine solche Maßnahme verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Rüttgers

Herr Korte, Sie berichten über ein Artikelgesetz, das mehrere Sachverhalte regelt. Es regelt unter anderem - was sinnvoll ist - die Abschaffung der Standards. Es regelt aber gleichzeitig, daß alle Kindergärten, egal welcher Couleur, in Zukunft nach einem Pro-Kopf-Schlüssel finanziert werden sollen. Die Folge dieses Vorschlags wäre, daß sehr viele Kindergärten eingestellt werden müßten.

Korte

Mag sein, daß dies die Konsequenz wäre. Was ich an diesem Beispiel deutlich machen möchte, ist, daß jeder Vorschlag, die Freiheitsspielräume in unserer überregulierten Gesellschaft zu erweitern, sofort zu geharnischten Protesten führt. Solche Probierfelder brauchen wir aber, um die Ängste in der Bevölkerung vor Neuerungen im sozialen Bereich abzubauen zu helfen. Ich meine, hier müßten wir uns sehr viel mehr zutrauen.

Ein weiteres Stichwort ist für mich Leadership, Führungsfähigkeit. Ich denke jetzt nicht an die großen Staatsmänner, die ihre Parteien hinter sich bringen müssen. Ich gehe eine Stufe tiefer, etwa in meinem Bereich, die Universitäten. Um Reformen im Hochschulbereich durchzuführen, dazu brauchte es nicht erst eines neuen Hochschulrahmengesetzes, sondern vieles ließe sich bewirken mit ein wenig mehr Mut und Zivilcourage der dort Handelnden. Ich habe mich gerade mit einem Universitätspräsidenten angelegt, weil er zugelassen hat, daß der akademische Senat einen Beschluß faßt, demzufolge künftig auch Studenten Vizepräsidenten der Universität werden dürfen. Dabei weiß er selbst, daß dies totaler Unfug ist.

Im Alltag neigen mehr Verantwortungsträger, als sie selbst wahrhaben wollen, dazu, ängstlich die Meinungen bestimmter Gremien - des Aufsichtsrates, des Verwaltungsrates - zu erforschen, statt selbst eine Entscheidung zu treffen. Kein Kultusminister und kein Universitätspräsident spricht offen aus, was alle wissen, daß sich etwa ein Drittel der Studenten aus sozialpolitischen und nicht aus bildungspolitischen Gründen an den Universitäten aufhalten. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren.

Mit Leadership meine ich also, daß diejenigen, die in diesem Lande Verantwortung tragen - auf allen Hierarchieebenen;- , den Mut haben, die Dinge beim Namen zu nennen und nicht immer nur um den heißen Brei herumzureden. Dann würde sich schon einiges ändern.

Mit anderen Worten: Wir können nicht daraufwarten, daß die großen Konzepte in zehn oder fünfzehn Jahren irgendwie zum Tragen kommen, weil die Globalisierung das unausweichlich macht, sondern wir müssen selber aktiv werden und nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen.

Strasser

Was Herr Leysen gesagt hat, weist daraufhin: Deregulierung führt dazu, daß einseitig Interessen bedient werden und die Komplexität des Zusammenspiels nicht wirklich berücksichtigt wird. Im Grunde brauchen wir eine intelligente Neuregulierung. Unter der Flagge "Deregulierung" segeln all diejenigen, die hoffen, in einer Übergangsphase ihren Schnitt zu machen. Die denken nur sehr kurzfristig. Wir sollten also den Begriff Deregulierung mit aller Vorsicht benutzen. Er ist sicher nützlich, um das Denken von Blockaden zu befreien, aber dann brauchen wir neue Regeln, die möglichst intelligenter sind als die alten. Ob das immer so ausgehen wird, das ist eine andere Frage.

Hier scheint Einigkeit darüber zu bestehen, daß Vollbeschäftigung alten Typs kein Ziel mehr sein kann. Ich würde das auch so sehen. Wir müssen uns aber klar darüber werden, was das bedeutet. Wenn Vollbeschäftigung heißt, von der Ausbildung bis zur Rente ununterbrochen eine existenzsichernde Erwerbsarbeit zu haben, dann ist klar: Dies kann niemand für alle in Aussicht stellen. Wohl aber, denke ich, muß es nach wie vor Ziel sein für eine Gesellschaft, der es auch auf den sozialen Zusammenhalt ankommt, daß möglichst alle, die arbeiten können und wollen, die Chance erhalten, am Erwerbsarbeitssystem in irgendeiner Form teilzunehmen. Schon deshalb wird es notwendig sein, die Arbeit anders als heute zu verteilen, und ich bin etwas erstaunt, Herr Steinkühler, daß in diesem Zusammenhang die Frage der Arbeitszeitverkürzung keine Rolle mehr spielen soll.

Steinkühler

Ich habe mich nur gegen die Forderung nach einer weltweiten Halbierung der Arbeitszeit gewandt.

Strasser

Halbierung sicher nicht, aber die Arbeitszeitverkürzung als solche bleibt Thema. Auch zu einer Zeit, als wir noch Vollbeschäftigung hatten, war diese nur zu realisieren durch eine Kombination von Wachstum und Arbeitszeitverkürzung. Seit Beginn der industriellen Revolution haben dramatische und kontinuierliche Arbeitszeitverkürzungen stattgefunden, lediglich unterbrochen durch Kriegszeiten.

Arbeitszeitverkürzung war jedenfalls ein mitentscheidender Faktor für eine gerechtere Verteilung des Arbeitsvolumens. Und wenn, wie Herr Miegel sagt, in allen wichtigen Produktionsbereichen die Rationalisierung greift - das trifft im übrigen auch für die Dienstleistungsbereiche zu;- , wird die Frage nach einer gerechteren Verteilung des schrumpfenden Arbeitsvolumens mit Sicherheit eine erhebliche Rolle spielen. Dabei wird man bezüglich der Lebensarbeitszeit ganz unterschiedliche Strategien finden müssen. Daß es gelingen wird, ausreichend Arbeitsplätze in anderen Bereichen zu schaffen, um den Wegfall der industriellen Arbeitsplätze zu kompensieren, halte ich kaum für möglich. Möglichst viele niedrig bezahlte Jobs zu kreieren und - anders als in den USA - unter sozialen Gesichtspunkten staatlich zu subventionieren, sehe ich auch nicht als vernünftige Alternative an.

Welchen Sinn macht es eigentlich, daß wir die Produktivität immer mehr steigern mit der Folge eines ständig schrumpfenden Arbeitsvolumens? Gleichzeitig versuchen wir die Abhängigkeit der Menschen von Fremdleistungen künstlich weiter zu erhöhen, indem wir den Umfang an Diensten, die man ihnen zur Verfügung stellt, noch mehr erweitern. Sollte man statt dessen die Menschen nicht anregen, ihre Eigentätigkeit außerhalb der Marktstrukturen zu erhöhen? Ich meine, dies wäre eine viel humanere Perspektive, als beispielsweise die Vermarktung der Freizeit oder der Gesundheit gradenlos voranzutreiben. Wir schaffen lauter Strukturen, in denen die Menschen nicht selbst verantwortlich tätig sind, sondern immer stärker von Fremdleistungen abhängig werden. So stelle ich mir jedenfalls eine humane Arbeitsgesellschaft der Zukunft nicht vor.

Arbeitszeitverkürzung und Tätigkeiten außerhalb des Marktsektors sind also für mich wesentliche Momente, die die Gesellschaft der Zukunft mitprägen sollten. Was ich zum Thema "Zeitwohlstand" gesagt habe, dürfte in den Ohren von Arbeitslosen heute sicher zynisch klingen; dennoch halte ich daran fest, daß dieser Faktor mitberücksichtigt werden sollte.

Es mag sehr utopisch klingen, wenn ich sage: Wir leben nicht nur für die Ökonomie und nicht nur von der Ökonomie. Ich würde es zum Beispiel für ungemein wichtig für unser Gemeinwesen halten, die Mitwirkungsmöglichkeiten in der Demokratie zu intensivieren. Wenn die frei verfügbare Zeit sich erhöht, könnte auch die Vision von Hannah Arendt vielleicht in Erfüllung gehen, daß die Menschen die Politik wieder sehr viel mehr zu ihrer eigenen Sache machen. Ich halte das für erstrebenswerter, als einseitig nur auf wirtschaftliches Wachstum und Expansion der Dienstleistungen zu setzen.

Mein Eindruck ist, daß wir die Frage der Ziele, die wir erreichen wollen, immer sehr elegant ausklammern. Das gilt für die Zielsetzungen der Ökonomie genauso wie der wissenschaftlich-

technischen Entwicklung, insbesondere jener Großprojekte, von denen es vor kurzem noch hieß, sie hätten endgültig abgewirtschaftet, was aber offensichtlich nicht der Fall ist.

Frei verfügbare Zeit könnte im übrigen ebenso in der Form genutzt werden, daß sie auch eine Einkommensfunktion hat. Ich denke an die vorerwähnte Eigenarbeit, die sich volkswirtschaftlich deshalb nicht erfassen läßt, weil sie nicht monetarisiert ist. Damit könnten aber diejenigen, die in der Erwerbsarbeit nicht mehr eine Vollbeschäftigung finden können, ihre materielle Existenz zumindest etwas aufbessern.

Sie sagen, Herr Miegel, mehr Menschen müßten Zugang zum Kapital erhalten. Meinen Sie damit eine Beteiligung am Produktivkapital? Wie soll das organisiert werden, und zwar in einer Weise, daß unsere globalen Wettbewerbsbedingungen nicht verzerrt werden? Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter würde unter heutigen Bedingungen wahrscheinlich die Wettbewerbsfähigkeit erschweren. Eine Beteiligung am Produktivvermögen dagegen, die ich sehr begrüßen würde, wäre wettbewerbsneutral, wenn die Rationalisierungsfortschritte sich mehr in freier Zeit statt in höheren Einkommen niederschlagen. Eine solche Strategie halte ich in der Tat für sinnvoll.

Rüttgers

Ich meine, Herr Strasser, das, was Sie ausgeführt haben, müßte man intensiver diskutieren. Ich habe jedenfalls nicht den Eindruck, daß Arbeitszeitverkürzungen - zumal bei vollem Lohnausgleich - die Menschen glücklicher gemacht hat, weil sie jetzt mehr Freizeit haben. Ich kann auch nicht sehen, daß dadurch mehr Menschen Arbeit bekommen haben. Vielmehr hat sich der Rationalisierungsdruck erhöht mit der Folge, daß noch mehr Menschen freigesetzt worden sind. Das ist im übrigen auch die entscheidende Weichenstellung in der Debatte. Die Menschen entsprechen nun einmal nicht der Vorstellung, wie wir sie gern hätten. Sie sind eben nicht nur Individual-, sondern auch Sozialwesen. Und als soziale Wesen werden sie sich ganz sicher nicht beliebig auf einen völlig selbstbestimmten Sektor abdrängen lassen.

Herr Korte hat eine Art Anfrage an die Eliten dieses Landes formuliert, die ich sehr begrüße. Wer wie ich das Vergnügen hat, an vielen Festveranstaltungen teilzunehmen nur nebenbei bemerkt: dadurch geht mehr Arbeitszeit verloren als durch Streiks;-, der weiß, daß Festreden sich meist dadurch auszeichnen, daß sie bestimmte Sachverhalte unter verschiedenen Aspekten ständig wiederholen. Ich will das gar nicht kritisieren; es kann einem ja nicht immer etwas Neues einfallen. Was ich aber kritisiere, ist, daß es dabei bleibt, nur die Probleme anzusprechen, statt zumindest Lösungsansätze aufzuzeigen. Das müßte eigentlich durchaus im eigenen Interesse liegen, wird aber von den Eliten kaum je geleistet.

Mein Eindruck ist, daß wir inzwischen zu einem Land der organisierten Unverantwortlichkeit geworden sind. Alle Verfahren sind bis ins Detail geregelt, und niemand kann am Ende mehr nachvollziehen, wer für eine Entscheidung letztlich verantwortlich ist. Ministervorlagen zum Beispiel mit bis zu zehn Paragraphen sind reine Gesamtkunstwerke, aber wer für welchen Gedanken oder für das Papier insgesamt die Verantwortung trägt, ist nicht mehr auszumachen. Das dürfte nicht nur für meinen Bereich, sondern generell zutreffen.

Worauf es also ankäme, wäre, Entscheidung und Verantwortung wieder zusammenzubringen. Statt nur freischwebende Ideen in die Welt zu setzen, müßten die Betroffenen selbst Verantwortung übernehmen und in die Entscheidungen mit einbezogen werden. Das paßt vielen nicht, wäre aber gewiß hilfreich im Sinne der Sache.

Herr Miegel meint, die Mehrheit unserer Bevölkerung sei der Auffassung: So, wie es ist, ist es gut; Veränderung ist gleichbedeutend mit Verschlechterung. Nun, so erstaunlich finde ich diese Ansicht nicht. Frau Dahn hat zu Recht darauf hingewiesen, in welchem Ausmaß die Menschen in den letzten sieben, acht Jahren - besonders in Ostdeutschland mit Veränderungen konfrontiert worden sind. Dann ist eine solche Reaktion so überraschend nicht. Irgendwann verlieren die Menschen den Überblick und fordern klare Verhältnisse, um ihr Leben planen zu können.

Und jetzt kommt seitens der Politik, der Ökonomie und anderen die Botschaft: Es muß sich noch viel mehr verändern - aber die Richtung und die Zielsetzung können wir euch auch nicht genau angeben. Daß das die Akzeptanz nicht gerade fördert, dürfte einsichtig sein.

Ich beschäftige mich immer wieder mit der Frage: Welche Botschaft könnte ich denn vermitteln und aufweiche Weise, damit Veränderungen positiv aufgenommen werden? Und hier nehme ich die Forderung von Herrn Pfeiffer auf: Intensivierung von Bildung und Ausbildung, und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen und unter Globalisierungsaspekten.

Jeder von uns erinnert sich wohl noch an den elterlichen Erziehungsgrundsatz: Wenn du etwas lernst, kann dir nichts passieren. Ich weiß natürlich, daß dies heute so generell nicht mehr stimmt, zu einer Zeit, wo auch hochqualifizierte Ingenieure oder Chemiker auf der Straße stehen. Dennoch meine ich - ganz im Sinne von Frau Stephan;-, daß obige Erkenntnis immer noch ihre Berechtigung hat.

Welche Konsequenzen sollten wir daraus ziehen? Die Bildungsreform der 60-er und 70-er Jahre hatte eine Bildungsexpansion ausgelöst, die notwendig war - auch wenn meine Partei dies lange Zeit nicht eingesehen hat. Was wir jedoch versäumt haben, war, die Bildungssysteme entsprechend auszugestalten.

In den nächsten Jahren kommt eine Entwicklung auf unsere Gesellschaft zu, die überhaupt noch nicht begriffen worden ist: Es werden sehr viel mehr junge Menschen Bildung nachfragen. Die Zahl der Schüler wird von zwölf auf dreizehn Millionen zunehmen. Statt 630.000 Lehrstellen werden wir im Jahr 2005 705.000 Lehrstellen benötigen. Die Anzahl der Studenten wird vermutlich von heute 1,9 Millionen auf 2,3 Millionen steigen. Um diesen Anstieg zu bewältigen, werden wir jedoch kaum zusätzliche Geldmittel zur Verfügung haben. Wir können also nicht davon ausgehen, daß die Lösung in einem weiteren Ausbau der Bildungseinrichtungen liegen könnte, sondern es bedarf eines qualitativen Umbaus des gesamten Bildungssystems.

Zwanzig Jahre lang haben wir versucht, alle neuen Erkenntnisse in bezug auf Wissen, technologischen Fortschritt und so weiter in das Bildungssystem aufzunehmen, teilweise bis hin zum Detailwissen. Immer neue Aufgaben haben wir den herkömmlichen Institutionen übertragen, auch solche, die früher andere Institutionen der Gesellschaft erfüllt haben. So haben wir etwa der Hauptschule die Integration ausländischer Kinder übertragen, die sie überhaupt nicht leisten kann. Allen Beteiligten hätte klar sein müssen, daß dies scheitern muß. Mit anderen Worten: Wir müssen uns darüber verständigen, was Schulen und Universitäten leisten sollen, was Lehrern abverlangt werden kann.

Eisenbart

Bevor man zu Ergebnissen kommt, die umsetzbar sind, wird man sehr viel Zeit brauchen.

Rüttgers

Dennoch müssen wir diese Debatte führen, die im übrigen nicht auf Deutschland beschränkt ist. Auch in Frankreich, Großbritannien oder den USA ist dieses Thema in der Diskussion, die bei uns noch nicht einmal richtig begonnen hat.

Herr Daxner hat in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hingewiesen, daß wir den Fehler gemacht haben, die ganze Thematik zu entpolitisieren, weil wir der ideologischen Kämpfe in den siebziger Jahren müde geworden waren. Bildung wurde zum reinen Fachthema erklärt und den Parlamenten entzogen. Mit der Folge übrigens, daß sich die Beteiligten sehr allein gelassen fühlten und zum Teil resigniert haben, nach dem Motto: Es hat ja doch keinen Zweck.

Sie sagen, Frau Eisenbart, es dauert sehr lange, bis sich hier etwas ändern wird. Der Umweltschutz hat auch fast zwanzig Jahre gebraucht, bis er sich politisch und gesellschaftlich durchsetzen konnte. Denken Sie an Willy Brandts Forderung nach dem blauen Himmel über der Ruhr von 1961. Und ich bin aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahre durchaus optimistisch, daß es uns gelingen wird, die Erneuerung des Bildungssystems in kürzester Zeit zu einem "Megathema" zu machen, wie es der Bundespräsident formuliert hat.

The Lord Dahrendorf

Wenn ich unsere bisherige Diskussion überblicke und insbesondere die letzten Äußerungen von Herrn Miegel und von Herrn Rüttgers berücksichtige, dann scheint mir eine Frage besonders wichtig, auf die es offensichtlich gar nicht leicht ist, eine Antwort zu finden: Warum sind die Veränderungen, von denen immer die Rede ist, tatsächlich nötig? Ein Argument lautet: Es ziehen schwarze Wolken auf, Gewitter droht, wie Herr Dettling sagte. Vor solchen Bedrohungen will man sich schützen und die Besitzstände wahren, was unter veränderten Umständen schwierig ist.

Mir fällt auf, daß die deutsche Diskussion sehr stark in diesem Lichte stattfindet. Es heißt: Veränderungen sind nötig angesichts von Entwicklungen, die sich unserer Kontrolle entziehen und die sich dahingehend auswirken, daß das, was uns lieb und teuer ist, so nicht erhalten werden kann. Als Motiv für Veränderung stimmt mich solche Argumentation, die hier mehrfach anklang, nicht gerade froh. Das Motiv der Bedrohung führt fast zwangsläufig dazu, daß man versucht, Schutzmaßnahmen

zu ergreifen. Für jemanden, dem es vornehmlich um die Erhaltung der Freiheit geht, ist dies nicht eben wünschenswert.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß Protektionismus im Vormarsch ist, auch wenn dieser sich in der globalisierten Welt auf längere Sicht nicht wird durchhalten lassen. Aber für eine gewisse Zeit kann Protektionismus eine erstaunlich große - auch zerstörerische Rolle spielen und sogar zu der Illusion verführen, daß es gelingt, sich bis zu einem gewissen Grade vor den rauhen Winden der Außenwelt zu schützen. Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß nationale, aber auch internationale Institutionen - nicht zuletzt die Europäische Union - dazu benutzt werden, um Schutzzäune zu ziehen und zu versuchen, wenigstens eine Zeitlang die Wirkungen der Globalisierung hinauszuzögern und an dem, was man hat, festzuhalten.

Ich bin der Meinung, daß es ein äußerst schwerwiegender Tatbestand wäre, wenn die deutsche Politik das Hauptmotiv für notwendige Veränderung im Auftauchen neuer Bedrohungen sieht. Das könnte dazu führen, daß sich die Politik - und solche Anzeichen gibt es in allen deutschen Parteien - vorzugsweise Verlierern zuwendet, um deren Verluste möglichst gering zu halten.

Das andere Szenario der Hoffnung, der Chancen ist hier viel weniger vertreten worden. Nun komme ich aus dem Lande, in dem zumindest in den letzten 150 Tagen der Regierungschef das genaue Gegenteil vertritt, also die Vorstellung repräsentiert, es gäbe Hoffnung und es bestünden großartige Chancen. Dabei bleibt durchaus offen, wer diese fabelhaften Möglichkeiten eigentlich wahrnehmen kann. Denn in Großbritannien und auch in den Vereinigten Staaten findet eine Entwicklung statt, die für Deutschland zwar immer behauptet wird, aber noch gar nicht eingetreten ist, nämlich die Auseinanderentwicklung der Einkommen oben und unten.

In Großbritannien kann man sicher davon ausgehen, daß zwanzig Prozent eine beträchtliche Chance haben, ihre Einkommenslage wesentlich zu verbessern, geradezu in qualitativen Sprüngen. Weitere mindestens zehn Prozent hoffen, sie würden ebenfalls noch in den Genuß dieser Segnungen kommen. Auf einer solchen Stimmungslage läßt sich schon eine optimistische Weltsicht aufbauen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß sowohl in Großbritannien wie in den Vereinigten Staaten am anderen Ende der Einkommens- und Lebenschancenskala zwanzig Prozent stehen, deren Lage sich eindeutig verschlechtert hat. Das ist ein ernst zu nehmender Tatbestand. Und die Gewinner und Verlierer kann man relativ eindeutig identifizieren.

Ein anderes Moment vermag ich in seiner Bedeutung nicht recht einzuschätzen. Was Tony Blair jedenfalls ausstrahlt, ist eine Art von Lebenslust. Wahrscheinlich ist er der erste Regierungschef in Europa, der der Rockgeneration angehört und Rock, Filme und die ganze Medienkultur für eine großartige Sache hält, die Spaß macht. Solche Leute holt er auch in die Downing Street Nr. 10. Und damit entspricht er dem Lebensgefühl gerade vieler Jüngerer.

Ich gehöre ja einer Generation an, für die Rock im wesentlichen ein lästiges Geräusch ist. Aber das ist in der Tat eine Generationenfrage. Wenn ich daran denke, was meine Eltern über meine Aktivitäten als Student im Hamburger Hot-Club gesagt haben, dann kann ich keinen Unterschied feststellen.

Was ich bei Blair wahrnehme, ist, daß er auf der einen Seite um diejenigen wirbt, die materielle Chancen haben, und auf der anderen Seite diejenigen anspricht, die Spaß am Leben haben und auch ihre Gefühle offen äußern wollen.

Die Schlüsselfrage für die Perspektiven einer Gesellschaft sehe ich also darin, ob sie sich vornehmlich gegen vermeintliche - oder tatsächliche - Bedrohungen wehren zu müssen glaubt oder ob sie neue Möglichkeiten sieht, die Chancen eröffnen. In diesem Zusammenhang steht dann auch die Frage von Herrn Rüttgers, was Bildung eigentlich zu leisten vermag. Was können sich junge Leute davon erhoffen? Und sind unsere Bildungseinrichtungen von Kindergärten bis hin zu den Hochschulen auf die neuen Herausforderungen entsprechend vorbereitet?

Fahning

Offensichtlich besteht in diesem Kreis Konsens, daß sich Vollbeschäftigung so, wie sie bisher definiert wurde, nicht wiederherstellen läßt. Wir brauchen also einen anderen Beschäftigungsbegriff und müssen diesen dann auch dem Bürger vermitteln. Denn die Mehrheit unserer Bevölkerung geht nach wie vor davon aus, daß Vollbeschäftigung irgendwann wiederkommen wird. Das ist jedoch nicht der Fall, wie Herr Miegel eindringlich nachgewiesen hat. Denn sowohl im industriellen wie im Dienstleistungsbereich gehen immer mehr Arbeitsplätze verloren, ein Prozeß, der sich durch die Globalisierung weiter verschärfen wird. Dem können wir nur durch andere Arbeitszeitmodelle, auch Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensausgleich, Lohnsplitting oder Lohnkostenzuschüsse gegensteuern.

Ich meine, wir sollten nicht unterschätzen, was es für die Betroffenen bedeutet, arbeitslos zu sein. Deshalb sind wir alle aufgerufen, uns alternative Beschäftigungsmodelle zu überlegen, die sich auch realisieren lassen. Im übrigen sollte die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer nicht überschätzt werden; denn durch die Globalisierung entstehen zwar auch neue Arbeitsplätze, jedoch nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auf dem Weltmarkt. Aber nur wenige Arbeitnehmer sind bereit, sich über die Grenzen ihres Landes hinaus zu orientieren.

Was mich immer wieder erstaunt, ist, wie lange die Politik braucht, um auf bestimmte Entwicklungen zu reagieren. Ich denke etwa an die Staatsquote, die 1960 noch bei 35 Prozent lag, während sie heute über 50 Prozent ausmacht. Auf der anderen Seite sind die gewinnabhängigen Steuern im gleichen Zeitraum von 35 Prozent auf rund zwölf Prozent gesunken. Irgendwann hätte doch die Erkenntnis reifen müssen, daß diese Entwicklung zu einem strukturellen Defizit in den öffentlichen Haushalten führen muß. Reagiert hat man aber erst, als die Situation für alle sichtbar außerordentlich kritisch geworden war; und durch die Euro-Kriterien sind die Eingriffe jetzt noch entsprechend härter ausgefallen.

Ein anderes Phänomen ist die Schwarzarbeit. Anfang der 70-er Jahre betrug der Anteil der Schwarzarbeit etwa sechs Prozent am Bruttosozialprodukt; heute liegt er schätzungsweise bei fünfzehn Prozent. Natürlich ist die Versuchung groß, angesichts der hohen Steuerbelastung vermehrt in die Schwarzarbeit auszuweichen. Die Folgen sind verminderte Steuer- und Abgabeneinnahmen. Ich kann nicht verstehen, daß die Politik hier nicht entschiedener reagiert.

Ein weiteres Thema sind die Subventionen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat errechnet, daß die direkten und indirekten Subventionen sich zu einem Betrag von 286 Milliarden DM addieren. Wenn man diese Summe vergleicht mit den durch die Steuerreform in Aussicht gestellten Einsparungen in Höhe von 30 Milliarden DM, wie es zunächst hieß -jetzt ist nur noch von 15 Milliarden DM die Rede;- , dann sieht man, daß hier die Dimensionen vorn und hinten nicht stimmen. Wir hätten also bei den Subventionen schon lange umsteuern müssen - das Stichwort Kohle ist hier verschiedentlich gefallen - und neben generellen Kürzungen andere, zukunftssträchtige Bereiche berücksichtigen müssen.

Die Politik vermittelt dem Bürger heute das Gefühl, die Dinge würden einfach laufen gelassen. Früher konnte man hoffen, die Probleme würden sich über das Wirtschaftswachstum quasi von selbst lösen. Diese Hoffnung hat jetzt niemand mehr. Deshalb sind schmerzhaft Eingriffe unausweichlich geworden, vor denen sich die Politik natürlich möglichst drücken möchte. Die Diskussionen um Steuer-, Gesundheits- oder Rentenreform zeigen jedenfalls deutlich, daß nur an den Symptomen herumkuriert wird und wir in Kürze wiederum eingreifen und nachbessern müssen. All das erhöht nicht gerade die Glaubwürdigkeit beim Bürger.

Aber wir sollten keineswegs nur die Politik anklagen; denn mitverantwortlich für diese Entwicklungen sind letztlich wir alle. Gewiß, das Anspruchsdenken muß wieder einer gewissen Solidarität Platz machen, und es wäre auch zu wünschen, wenn die oftmals geschmähten preußischen Tugenden ihren alten Stellenwert zurückgewinnen würden.

Nagel

Herr Rüttgers hat am Anfang vom Bild der Politik im Volk gesprochen. Ich repräsentiere in diesem Kreis des massierten Sachverständes sozusagen das Volk. Herr Rüttgers kritisierte das Bild von der blockierten Gesellschaft als zu pessimistisch und beklagte sich auch darüber, daß die Gesellschaft, das Volk, ein zu negatives Bild von der Politik habe. Nun, jede Regierung ist irritiert, wenn ihre durchaus beachtlichen Leistungen nicht genügend gewürdigt oder sogar geringgeschätzt werden.

Aber diese pessimistische Grundstimmung kommt ja nicht von ungefähr. Immerhin verstärken der jetzige Bundespräsident und sein Vorgänger in letzter Zeit ihre Warnungen, und beiden kann man sicher nicht vorwerfen, ihnen sei daran gelegen, daß das Volk (oder: die Gesellschaft) in Deutschland die Lage dunkler sieht, als sie tatsächlich ist. Dafür sorgen eher die Massenmedien mit ihren Katastrophenmeldungen auf Seite eins, während glücklichere Ereignisse wenig Resonanz finden. Die tägliche Schwarzmalerei ist sicher auch keine Attitüde nur von Linksintellektuellen; denn ein Blatt wie die Bildzeitung dürfte in der Richtung eher unverdächtig sein. Weiterhin scheint die Industrie bei uns seit ein, zwei Jahren daran Interesse zu haben, die wirtschaftliche Lage - Stichwort Globalisierung möglichst negativ darzustellen, wobei man sicher nicht fehlgeht, ihr egoistische Motive zu unterstellen.

Was ich bei uns wahrnehme, ist indes weniger eine Schwarzmalerei der herrschenden Zustände als vielmehr eine Politikmüdigkeit großer Teile unserer Bevölkerung und ein abgrundtiefes Mißtrauen gegenüber den Politikern. Diese Haltung geht nicht in erster Linie von den Intellektuellen aus, sondern vom mittleren und kleineren Bürgertum, das politisch eher Mitte rechts orientiert ist. Das scheint mir

eine relativ neue Entwicklung zu sein, zu der auch gehört, was Herr Körte und Herr Pfeiffer über die zu kurz kommenden rebellischen Jugendlichen gesagt haben, die nicht wie vor 20 Jahren unter den linksradikalen Studenten zu finden sind, sondern in den unteren bis mittleren Jugendschichten, die empfinden, daß ihre Interessen weder in der Gesellschaft noch von der Politik vertreten werden.

Als jahrzehntelanger Spiegel-Leser habe ich mir stets mit Interesse die Popularitätsskala der Politiker angesehen. Was mich immer wieder gefreut hat, war, daß selten die reinen Pragmatiker und Machtmenschen oben an standen, sondern zum Beispiel ein Bundespräsident, der sich lieber fünf Minuten Zeit nahm, um sich zu einer Sache zu äußern, und dem es ersichtlich mehr um die Wahrheit als um taktisches politisches Rollenspiel ging. Ich meine, im Volk ist durchaus ein Gespür vorhanden, wer nur groß heruntönt, und wer tatsächlich das meint, was er sagt.

Mein Eindruck ist, daß die Politik seit Mitte der siebziger Jahre an einem Glaubwürdigkeitsdefizit leidet. Das begann nicht erst mit der Regierung Kohl, sondern war schon bei Helmut Schmidt zu erkennen, der damals offensichtlich mehr Leute aus seiner eigenen Partei, wie Norbert Gansei, fürchtete als den Oppositionsführer Helmut Kohl, bei dem er eine ähnliche Wellenlänge in der politischen Praxis antraf und mit dessen Polemiken er umgehen konnte. Ein Herr Gansei dagegen forderte ganz andere Dinge ein und war zu pragmatischen Kompromissen nur bedingt bereit.

Herr Strasser sprach von einer Vision, die uns heute fehlt. Visionäre - ich zähle mich im übrigen nicht zu dieser Kategorie - haben leicht etwas Halluzinierendes und scheinen mitunter an einem nervösen Fieber zu leiden. Aber sie sind offen für die Zukunft. Die realistischen Pragmatiker dagegen, die seit Mitte der siebziger Jahre die politische Bühne beherrschen, und zwar in beiden großen Parteien, halte ich für besonders depressionsanfällig.

Eindringlich in Erinnerung ist mir dafür ein Fernsehauftritt von Helmut Schmidt nach seinem Wahlsieg über Franz-Josef Strauß geblieben. Da trat kein Sieger vor die Kameras, sondern ein Mann, der die Haltung eines Verlierers hatte. Der Pragmatiker stürzte ab in die Depression.

Gegen solche Depressionen helfen letztlich nur Ideen oder eine "Vision". Es zeigt sich doch sehr deutlich, daß weder die deutsche Vereinigung noch die Europapolitik mit rein wirtschaftlicher Argumentation durchkommen und "die Menschen", wie Herr Steinkühler sagte, "mitnehmen". Ohne eine übergreifende Idee von diesem Europa wird es nicht gehen. Die Phantasie der Menschen muß angesprochen werden, zumal wenn es, wie im Falle Europas, um das Wahrnehmen von Vielfalt und Andersartigkeit geht. Aber auch wie wir an die deutsche Vereinigung herangegangen sind, hat gezeigt, daß ökonomische Argumente nicht ausreichen. Vielleicht ist dieser Befund heute in Deutschland ausgeprägter als beispielsweise in England: der Preis für eine Politik, die sich seit über zwanzig Jahren einzig dem Pragmatismus auf der Suche nach dem Machbaren verschrieben hat.

Gansel

Sie werden sich erinnern, Herr Nagel, daß Helmut Schmidt seinen Wahlkampf 1976 noch unter das Motto gestellt hatte: Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Vier Jahre später, 1980, mußte er mit beidem leben, insbesondere mit struktureller Arbeitslosigkeit. Hinzu kam ein Anstieg der öffentlichen Verschuldung, die sich immer katastrophaler auszuwirken begann. Und schließlich hatte Helmut Schmidt gerade zu dem Zeitpunkt das Rauchen aufgegeben. Das ist scherzhaft gemeint von einem aktuellen Raucher.

Herr Dahrendorf hat die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien angesprochen. Wenn ich 1965 mit meiner englischen Frau ihre Heimat besuchte, habe ich gestaunt über das phantastische Konsumangebot. Wenn ich heute dort hinkomme, sieht es, verglichen mit Deutschland, eher ärmlich aus, nicht zuletzt eine Folge der relativen Verarmung des englischen Mittelstandes. Besonders in den Großstädten, aber auch in den ländlichen Regionen hat eine soziale Marginalisierung stattgefunden.

Der Thatcherismus war ökonomisch sehr erfolgreich, aber verteilungspolitisch, sozial geradezu verhängnisvoll. In Deutschland würde man sicher schwer verstehen, warum eine wirtschaftlich erfolgreiche Regierung abgewählt wird. Aber man wollte in England den Wechsel, und Tony Blair hat es auch leichter mit einer Alternative des "Neuen", weil unter anderen das britische Arbeits- und Sozialrecht ihm Möglichkeiten eröffnet, die wir in Deutschland nicht haben.

Zudem ist die Lage in Deutschland immer noch eine völlig andere. Auch wenn die SPD als Oppositionspartei in Bonn die soziale Demontage anprangert, kommen wir nicht umhin festzustellen, daß es uns im Vergleich zu anderen Ländern immer noch verdammt gutgeht. Vielleicht erklärt das hohe Niveau, daß wir auf bestimmte Abwärtsbewegungen leicht depressiv reagieren und nicht aktiv dagegen angehen.

Zweifellos hat die deutsche Gesellschaft in den letzten fünfzehn, zwanzig Jahren einen erheblichen Wandel erlebt. Ich denke nur an die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft durch technologischen Fortschritt und Rationalisierung in den 70er und 80er Jahren. Nach 1989 der tiefe Einschnitt durch die Reduzierung der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie. Das hat sich vor allem in bestimmten Regionen negativ ausgewirkt. Hinzu kam die Krise bei der Kohle und im Schiffbau, nicht zu vergessen die ökologische Herausforderung und der Ölchock in den 70-er Jahren. Jetzt bedrängt uns zunehmend die Globalisierung der Wirtschaft, und die Probleme aus der deutschen Vereinigung sind auch nicht von Pappe.

Ein weiteres Moment sind die teilweise dramatischen soziokulturellen Veränderungen, die Herr Miegel erwähnt hat. Dazu gehört insbesondere die zunehmende Berufstätigkeit der Frau, die sich - das dürfte jedermann klar sein - auch nicht wieder zurückdrehen läßt. Auf der anderen Seite konnten nicht im gleichen Maße neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wie sie jetzt zusätzlich nachgefragt werden.

Was den Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit angeht, sollten wir nicht außer acht lassen, in welchem Ausmaß das westdeutsche Sozialversicherungssystem das ostdeutsche subventioniert hat, nicht zuletzt infolge der sehr viel höheren Berufstätigkeit der Frauen in der DDR, die sich jetzt in den Rentenzahlungen niederschlägt, mit dem Ergebnis, daß in der Regel ein DDR-Ehepaar ein höheres Renteneinkommen hat als ein westdeutsches Ehepaar.

Miegel

110 Prozent.

Gansel

All diese Veränderungen, die ich stichwortartig genannt habe, treffen uns auf hohem Niveau, sicher ein wichtiger Aspekt, um die Blockade zu erklären.

Amerikanische Freunde wundem sich immer über die enorme Kontinuität der politischen Elite in der Bundesrepublik. Wir kennen uns in der politischen Klasse in der Tat meist zwanzig Jahre und länger. Das hat sicher manchen Vorteil, allerdings zumindest einen großen Nachteil: Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse sich ändern, fällt es vielen ausgesprochen schwer umzudenken. Da hat man so viele Kämpfe miteinander ausgefochten, auch innerparteilich, als daß man sich schnell neu orientieren könnte. Ich denke nur daran, welche Einstellung Johano Strasser und ich Anfang der 70-er Jahre zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen hatten. Heute haben wir eine ganz andere Situation und müßten an die Dinge neu herangehen. Sind wir dazu tatsächlich bereit, und wird uns das von den anderen auch abgenommen oder nur als taktische Anpassung abgetan?

Herr Dahrendorf hat uns vorhin - beim Thema Arbeitsgesellschaft - Italien als löbliches Vorbild hingestellt. Er hätte auch Brasilien erwähnen können, wo der informelle Sektor noch größer ist. Und was er über die Erwerbsethnographie an seinem deutschen Heimatort gesagt hat, ist zwar interessant, aber auch eine Romantisierung von Schwarzarbeit. Frau Stephan hat zu Recht darauf verwiesen, daß man nicht mehr von der männlichen Erwerbsbiographie ausgehen darf. Ich nenne das einmal das Dogma des Sozialversicherungspflichtigen, möglichst unkündbaren Arbeitsplatzes.

Arbeit hat ja verschiedene Funktionen für den einzelnen. Es dient vor allem dem Erwerb von Einkommen; aber es vermittelt auch ein Selbstwertgefühl, und es bedeutet bei uns soziale Absicherung. So sehr ich mir beispielsweise im öffentlichen Dienst mehr Flexibilität und Leistungsdenken wünschen würde, kann unser Leitbild sicher nicht die bekannte Schriftstellerin sein, die wahrscheinlich ein Haus hat, das ihr zur Alterssicherung zur Verfügung steht. Die meisten Menschen brauchen eine reguläre Arbeit, auch für ihre Alterssicherung.

Anders wäre es, wenn wir eine soziale Grundsicherung schaffen würden, die wir über die Sozialhilfe bei uns faktisch haben. Dies müßte jedoch mit einem anderen Status versehen werden. Dann würde sich auch die Diskussion um die 610-Mark-Jobs grundlegend verändern. Bestimmte Mindestsicherungen bei Krankheit, Arbeitsunfällen und so weiter, also bei den individuellen Risiken im Rahmen von regulären, aber deregulierten Arbeitsverhältnissen zu schaffen, wäre der richtige Weg. Was nicht mehr möglich ist, sind Arbeitsplätze zu gewährleisten, die gewissermaßen eine Vollkaskosicherheit gegen alle Fährnisse des Lebens geben. Das ist aber noch immer das Leitbild nicht nur der Arbeitnehmer selbst und der Gewerkschaften, sondern auch der staatlichen Arbeitsmarktpolitik. Das funktioniert nicht mehr. Aber ich warne vor einer Romantisierung der Schattenwirtschaft oder des informellen Sektors. Das kann keine Lösung für uns sein.

Im übrigen gibt es in unseren Ländern ungeheuer viel zu tun. Ich nenne nur den Umweltschutz, aber auch Tätigkeiten, die der sozialen Integration bestimmter Gruppen dienen. Was mich bei all den

Zahlen, die ich vorhin genannt habe, am meisten besorgt macht, sind jene tausend jungen Leute, die nach der Schule sofort in die Sozialhilfe gehen, mitunter schon in der zweiten Generation. Bei denen wird das Beziehen von Sozialhilfe sozusagen zu einem Lebensstil, während sie die Integration in das Arbeitsleben mit den sozialen Kontrollen einerseits, aber auch den Erfolgserlebnissen andererseits überhaupt nicht erfahren.

Pohl

Ich habe 1975 zum erstenmal an einer Tagung teilgenommen, bei der es um Wege aus der Arbeitslosigkeit ging. Damals hatten wir 500.000 Arbeitslose. Solche Tagungen haben sich dann im Abstand von zwei, drei Jahren immer wiederholt. Das Thema war jeweils das gleiche, nur die Arbeitslosenzahl befand sich jedes Mal auf einem höheren Niveau. Die Vorschläge, was man dagegen tun könne, waren im Grunde auch stets die gleichen. Allerdings fand in den 80-er Jahren ein beachtlicher Anstieg der Beschäftigung statt.

Mit anderen Worten: Es sind immer die gleichen Rezepte, die als Heilmittel verkündet werden - ich kann mich jedenfalls nicht entsinnen, daß wir vor zehn Jahren zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit irgend etwas anderes gesagt hätten als heute. Da das Problem auf diese Weise offensichtlich nicht gelöst wird - ganz im Gegenteil;- , daraus aber kein großer gesellschaftlicher Konflikt entsteht, läßt dies nur den Schluß zu, daß die Menschen diesen Tatbestand als nicht so gravierend empfinden - allenfalls individuell.

Ist unsere Gesellschaft eigentlich blockiert, wie es im Thema unterstellt wird? Ich vermag jedenfalls nicht zu erkennen, daß wir so furchtbar immobil geworden sind. Die Gesellschaft erweist sich als hochgradig anpassungsfähig, gerade im Bereich der individuellen Verhaltensweisen. Ein Unternehmer, der aus Kostengründen Arbeitsplätze nach Tschechien oder in die Niederlande verlagert, paßt sich den veränderten Gegebenheiten auf dem Weltmarkt zweifellos an und hat keinen Grund, darüber negativ zu denken.

Und alle, die versuchen, Steuerzahlungen zu vermeiden - ich will nicht von hinterziehen sprechen; es gibt ja auch legale Formen der Steuervermeidung;- , verspüren sicher ein gesteigertes individuelles Wohlbefinden und sind alles andere als blockiert. Dazu dürfte im übrigen auch die Schwarzarbeit gehören; denn auch dort versuchen Leute, die Rahmenbedingungen, die sie als Belastung empfinden, aktiv zu umgehen. Unser Problem ist, daß diese Formen der Anpassung - die das Gegenteil von einer unbeweglichen Gesellschaft sind - auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu Instabilitäten führen.

Wenn Unternehmen Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, ist beispielsweise die Refinanzierung in der Rentenversicherung gefährdet. Statt aber auf diesen Sachverhalt zu reagieren und an der Stelle das System zu ändern, lassen wir alles beim alten. Das heißt, die Krise entsteht, weil keine Reformen durchgeführt werden. Da kann man in der Tat von Blockierung sprechen.

Ich erwähnte die Steuervermeidung, durch die unerwünschte Verteilungseffekte entstehen. Das Steueraufkommen wird in immer stärkerem Maße von der Lohnsteuer bestimmt, während die veranlagte Einkommens- und Körperschaftssteuer drastisch zurückgeht. Die individuell durchaus rationalen Anpassungsprozesse führen somit in der Summe zu einem ausgewachsenen Verteilungskonflikt, der nicht gelöst wird, weil die Politik in Sachen Steuerreform blockiert ist.

Wir sollten hier genau unterscheiden: Die Individuen verhalten sich meist äußerst flexibel und reagieren auf die Herausforderungen. Eben damit verursachen sie aber im Gesamtsystem Instabilitäten, auf die wir politisch nicht reagieren. Wenn ich mir anhöre, was in dieser Hinsicht hier vorgeschlagen wurde, dann reichte das von besserer Ausbildung bis zu einer Grundsicherung. Für die vielen Punkte, die genannt wurden, dürfte eine Doppelseite der FAZ nicht ausreichen.

Was wir damit der Bevölkerung vermitteln, ist, daß kein Stein mehr auf dem anderen bleibt - alles muß geändert werden. Kein Wunder, daß die Menschen darauf negativ reagieren und lieber alles so lassen wollen wie bisher. Deshalb käme es darauf an, bei den Reformüberlegungen Prioritäten zu setzen und nach Möglichkeit - was mir auch in unserer Diskussion fehlt - für diese Reformvorschläge einen gemeinsamen Nenner zu finden. Wir können doch nicht über alle möglichen Änderungen reden in der Hoffnung, einige davon werden schon die richtigen Ergebnisse bringen. Was wir brauchen, ist eine Art Leitidee, an der wir uns mit unseren Reformvorschlägen orientieren.

Eine solche Leitidee ist hier verschiedentlich angeklungen, nämlich eine Art Rückzugsgesellschaft. Da Arbeitsplätze im globalisierten Wettbewerb verlorengehen, brauchen wir eine Umverteilung der Arbeit. Auf diese Weise weichen wir aber vor dem Problem zurück, was im übrigen überhaupt keine Lösung bringen würde, weil wir international immer mehr unter Druck geraten.

Ich denke, eine Priorität für uns müßte sein, die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft zu erhalten, um zu verhindern, daß Menschen durch das soziale Netz fallen. Was die Menschen brauchen, ist "Zeitsicherheit". Das heißt, sie müssen sich darauf verlassen können, daß die Sicherheitssysteme, auf die sie sich einlassen, auch morgen noch verlässlich sind.

Der andere Punkt ist, daß es darauf ankommt, Produktion und Wertschöpfung in Deutschland rentabel zu halten. Und unter diesem Gesichtspunkt ist zu fragen, welche Änderungen im Steuersystem oder im sozialen Sicherungssystem geeignet sind, die Rentabilität des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu gewährleisten. Alles andere sind Rückzugseffekte, die uns auf die Dauer nicht helfen werden.

Vor der Wiedervereinigung hat es bei uns durchaus positive Ansatzpunkte gegeben. Das Staatsdefizit war erheblich zurückgegangen, und die Staatsquote begann zu sinken.

Gansel

Es gab aber eine erhebliche Neuverschuldung.

Pohl

Ich will noch einmal betonen, daß wir ohne eine Leitidee mit all den angedachten Reformen nichts werden erreichen können. Dann werden wir in fünf Jahren wiederum hier zusammensitzen und die Wege aus der Beschäftigungsmisere diskutieren, wie wir das schon seit zwanzig Jahren machen.

Mein Eindruck ist, daß Tony Blair eben dies für England begriffen hat, auch wenn er auf dem aufbaut, was seine Vorgänger, vor allem Frau Thatcher, in die Wege geleitet hatten.

Daxner

Ich habe bei manchen der hier geäußerten pragmatischen Vorstellungen das Gefühl, wir sind auf dem besten Weg zu einer Art "Singapurisierung" unserer Gesellschaft. Es ist dies eine Verbindung von sozialer Absicherung und ökonomischer Effizienz, ohne die Attribute, die für eine Zivilgesellschaft auch wichtig sind, irgendwie zu berücksichtigen. Von daher ist mir sehr sympathisch, wenn Herr Nagel auf die depressiven Konsequenzen rein pragmatischer Konzepte verweist. Natürlich müssen wir pragmatisch handeln; aber dies muß im Rahmen einer Leitidee, wie Herr Pohl eben sagte, einer idée directrice, geschehen.

Wenn Abstiegsängste und Aufstiegshoffnungen individualisierte Sublimierungen einer realen Situation sind, dann dürfte richtig sein, daß ein relativer Abstieg - von welchem Niveau auch immer - leichter zu ertragen ist, wenn es parallel dazu Freiheitszuwächse, eine verlässliche Grundsicherung und ein tragfähiges kommunitaristisches Element gibt, wie das Herr Pfeiffer dargestellt hat. Relativer Aufstieg wäre somit denkbar im Rahmen lokaler Problemlösungen und weniger durch generelle sozialökonomische Gesamtlösungen. Ich füge in Parenthese hinzu: Zwar sind die ernsthaften Probleme heute alle globaler Natur; aber ihre Lösungen können niemals global erfolgen.

Wichtig erscheint mir zweitens, daß unbedingt konkurrierende Strategien zugelassen werden, was in unserer Gesellschaft nicht der Fall ist. Herr Rüttgers und ich haben bei all unseren langjährigen Differenzen eine gemeinsame Überzeugung: Die Blockierungen in der Politik werden nicht zuletzt dadurch verursacht, daß man meint, es gäbe entweder ein homogenes System oder gar keines. Deshalb sind unsere Hochschulen so schlecht; sie könnten viel besser sein.

Und drittens hat Herr Gansel eine sehr wichtige Forderung angesprochen: Erfolgreiche Prozesse benötigen Nachhaltigkeit und Intensität, und das erreichen wir nur durch eine gewisse Verlangsamung der Abläufe.

Aus all dem leite ich für unsere politische Kultur vier Befunde ab. Erstens haben wir es in Deutschland - verglichen mit England und anderen Ländern - mit einer hochproblematischen Nähe von Staat und Gesellschaft zu tun. Die Hegeische Idee, daß sich die Vernunft im Staat manifestiere, hat dieses Land in der Vergangenheit nicht nur in höchst prekäre Situationen gebracht, sondern geradezu die Vorstellung von einem anthropomorphen Staat entstehen lassen, der in der Tat mit seinen Subjekten wie ein Privateigentümer umgeht.

Mein zweiter Befund ist: Ich glaube, die optimistische und die pessimistische Grundhaltung führen, wenn sie konsequent durchgehalten werden, zum gleichen Ergebnis. Das, was in dieser Gesellschaft unerträglich ist, zeigt sich besonders, wenn in jedweder Festrede unvermeidlich die Floskel kommt: Chancen, aber auch Risiken. Ob es um neue Techniken geht, etwa den Transrapid oder die Glühkohlenlampe oder was sonst, stets ist die Rede: Es gibt Chancen, aber auch Risiken. Das ist entweder trivial, oder es drückt sich darin ein völlig verfehelter Denkansatz aus, so als ob es Wirkungen

ohne Nebenwirkungen geben könnte - nach dem Motto: Ich kaufe mir Tabletten in der Apotheke, und wenn mir bei der Einnahme schlecht wird, verklage ich die Pharmafirma auf Kunstfehler.

Der dritte Befund betrifft die Herausforderungen, die in dem Statement von Herrn Miegel deutlich wurden. Ich vertrete die Bundesrepublik in der Wissenschaftskommission des Europarates. Allen Aufträgen, die wir von Herrn Rüttgers erhalten, liegt immer ein Paradigma zugrunde, daß nämlich ganz Europa zu einer hochqualifizierten Gesellschaft wird mit einem Akademikeranteil von mindestens 51 Prozent, wobei innerhalb einer einzigen Erwerbsbiographie mehrere gleichwertige, aber unterschiedlich ausgerichtete Tätigkeiten ausgeübt werden. Das dichotome Modell, das Herr Miegel entwickelt hat, entspricht dieser Vorstellung in keiner Weise. Nun ist aber unsere gesamte Bildungsplanung auf dieses Teichler-Paradigma, wie wir das nennen, ausgerichtet. Mir geht es nicht darum, ob der eine oder der andere recht hat - nur, der Kompromiß geht nicht.

Mein vierter Befund schließlich ist: Es fehlt an einer vertragsstiftenden Kultur durch intellektuelle Intervention. Was bei uns stattfindet, ist, daß die unterschiedlichen Interessen immer unmittelbar aufeinanderknallen. Es gibt noch nicht einmal die Idee der sogenannten "buffer institutions"; und auch an antizipierender Vermittlung, bevor tatsächlich gehandelt wird, fehlt es weitgehend. Statt dessen sprechen wir von Handlungsbedarf, der bei uns immer vor dem Vermittlungsbedarf steht.

Die vier Befunde halte ich deshalb für so wichtig, weil es bestimmte Überzeugungen und auch Verkehrsformen braucht, wenn Leute handlungsaktiv werden wollen, um beispielsweise in der Ökonomie erfolgreich umzusteuern. Daran scheint es aber bei uns zu fehlen.

Stephan

Um es in aller Schärfe zu formulieren: Wir operieren auch hier wieder mit Mystifikationen. Das gilt zum einen für den Arbeitsbegriff, der eine reine Mystifikation ist. Zum anderen gehen wir bei allen Diskussionen, sei es über die Rentenreform, die Gesundheitsreform und so weiter, von falschen Kalkulationsgrundlagen aus.

Die Erwerbsarbeit ist nicht nur kein geeigneter Verteilungsschlüssel, sondern dahinter verbergen sich ganz andere Phänomene von Arbeit. Auch Vollbeschäftigung ist so ein mystifizierender Begriff, und ich stimme Herrn Steinkühler zu: Es wird keine Vollbeschäftigung mehr geben - und es hat sie im übrigen auch nie gegeben. In den 60er Jahren basierte Vollbeschäftigung wesentlich auf der Hausfrauenehe. Das heißt, ein am Arbeitsmarkt erwirtschaftetes Einkommen wurde mit einer oder mehreren Personen geteilt. Es trifft zu, daß wir heute nicht weniger, sondern mehr Arbeitsplätze haben; was sich aber verändert hat, ist die sogenannte Erwerbsneigung der Frauen - auch so eine mystifizierende Kategorie. Worauf ist diese veränderte Einstellung der Frauen zurückzuführen? Offenkundig auf die Tatsache, daß Arbeit Spaß macht und auch für Lebenssinn steht.

Ich habe schon daraufhingewiesen, daß Teilzeitarbeit nur denkbar ist, wenn das Einkommen einer weiteren Person zur Verfügung steht; denn nur so läßt sich das Anspruchsniveau, auf dem sich das Leben in der Bundesrepublik abspielt, realisieren. Ich behaupte also nicht, daß die Ehe im Sinne einer privaten Umverteilungsinstanz nicht mehr existiert. Das funktioniert sehr wohl noch, ob nun in Form der Ehe oder in anderen privaten Bündnissen. Nur: damit kann man nicht mehr, wie noch zur Zeit der Hausfrauenehe, rechnen.

Nach der Vereinigung habe ich prophezeit, daß in Ostdeutschland die Ernährerehe wieder auflebt, und das war in der Tat der Fall. Die Erwerbstätigkeit der Frau nahm gravierend ab, und die Empörung darüber war keineswegs so groß, wie man es hätte erwarten können. Obwohl die DDR mit die höchste Scheidungsrate der Welt hatte, standen trotzdem noch genügend private Bündnisse zur Verfügung, die die arbeitslos gewordenen Frauen auffangen konnten. Dennoch wage ich die These, daß diese privaten Bündnisse auf die Dauer keine Kalkulationsgrundlage mehr abgeben werden.

Das heißt, wir können uns weder darauf verlassen, daß sich mit Erwerbsarbeit genügend Anteile an den sozialen Sicherungssystemen begründen lassen, noch, daß die Ehe als lebenslange Absicherung auf privater Ebene eine Ressource bleibt, die generell zur Verfügung steht. Von daher frage ich: Worüber reden wir eigentlich, wenn die Kalkulationsgrundlagen unserer sozialen Sicherungssysteme nicht mehr stimmen?

Dettling

Lord Dahrendorf hat dem Szenario der Hoffnung das Bedrohungszenario gegenübergestellt; Wahrnehmen von Lebenschancen oder Staatsschutz gegen Bedrohungsängste. Ich denke, die Gewinner und die Verlierer der gesellschaftlichen Veränderungen lassen sich relativ klar benennen.

Zu den Gewinnern werden nicht zuletzt die qualifizierten jungen Frauen gehören, deren Lebenschancen in einem Maße ansteigen, wie es sich selbst der Feminismus nicht erträumt hat. An formaler Bildung werden die Frauen mit den Männern gleichziehen, und mit Veränderungen gehen Frauen ohnehin kreativer um als die eher eindimensional sozialisierten Männer. Hinzu kommt, daß die zukünftigen Wachstumsbranchen auf Gebieten liegen, nämlich den personenbezogenen Dienstleistungen, wo die Frauen immer stärker waren.

Die Verlierer werden sich vor allem aus all den männlichen Heerscharen rekrutieren, die aus den alten Industriebranchen freigesetzt werden: Bergbau, Stahl, Bau und so weiter. Die Frage ist, ob diese Gruppen irgendwo anders arbeitsmäßig wieder eingebunden werden können. Der Economist hat vor einiger Zeit eine Titelgeschichte überschrieben mit: "The Trouble With Men"; der Ärger mit Männern, die unbeschäftigt, ungebildet und unverheiratet als soziale Zeitbombe durch die Gesellschaft vagabundieren und schließlich nur noch in den Statistiken von Herrn Pfeiffer auftauchen.

Nun schlägt Herr Miegel als Ausweg aus dieser Situation vor, den Menschen Zugang zu Wissen und zu Kapital zu verschaffen. Meine bescheidene Frage ist: Wird das in hinreichendem Maße möglich sein angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen, die auf uns zukommen? Und hat das auch von den subjektiven Voraussetzungen der Mehrheit der Menschen her Aussicht auf Erfolg? Sind die alle für die anspruchsvollen Arbeitsplätze der Zukunft qualifizierbar?

Eine weitere Begrenzung hat der Soziologe Fred Hirsch unter dem Stichwort "Social Limits of Growth" dargelegt. Man könne zwar Diplome und dergleichen vermehren, sagt er, aber nicht irgendwelche interessanten Führungspositionen.

Hinzu kommt: Wenn Wissen und Kapital die entscheidenden Faktoren sind, dann gilt auch, daß immer weniger immer mehr schaffen können. Ich bin also außerordentlich skeptisch, ob es gelingen wird, der Mehrheit der Arbeitnehmer Wissen und Kapital in einer Weise zu erschließen, daß dies ein Weg aus der Krise ist.

Müssen wir uns nicht von zwei Hoffnungen verabschieden: zum einen von der Hoffnung auf Gleichheit und zum anderen von der Hoffnung auf die segensreichen Folgen von Bildung? Der amerikanische Publizist Mickey Kaus hat ein Buch über "The End of Equality" veröffentlicht. Seine Theorie ist, daß in der künftigen Produktionsgesellschaft die Intelligenten, die Smarten, die Mobilen im Vorteil sein und sich dadurch die Ungleichheiten in der Gesellschaft noch verschärfen werden. Dem sei auch nicht mit den klassischen Formen der Gleichheitspolitik, mit progressiver Besteuerung, Umverteilung oder Gewinnbeteiligung beizukommen.

Und wie steht es mit der Hoffnung auf die segensreichen Folgen der Bildung? Wenn alle sich um eine qualifizierte Bildung und Ausbildung bemühen, ändert sich für den einzelnen im Hinblick auf bessere Arbeitsplatzchancen wenig, wenngleich alle sich dann auf einem höheren Niveau befinden.

Es dürfte also schwerfallen, den jungen Menschen solche Botschaften überzeugend zu vermitteln. Was ich meinen drei Söhnen sage: Strengt euch an; denn ohne eine gute Schul- und Universitätsbildung habt ihr keine aussichtsreichen Zukunftschancen. Aber auch wenn ihr euch anstrengt, gibt es für euch - anders als zu meiner Generation - keine Garantie, daß ihr es schaffen werdet, interessante Positionen zu erlangen.

Und an dem Punkt plädiere ich für den dritten Sektor oder die Wiederentdeckung der Bürgergesellschaft. Meine Forderung ist, Räume freizugeben für unterschiedliche gesellschaftliche Aktivitäten und dafür optimale Bedingungen zu schaffen. Also nicht nur die Bedingungen für die Mitwirkung in der Erwerbsgesellschaft zu optimieren oder für die Beteiligung am politischen Spiel, sondern auch für eine aktive Bürgergesellschaft. Da sind viele Dinge denkbar, die auch Herr Gansei vorgeschlagen hat. Worauf es mir ankommt, ist, den gesellschaftlichen Horizont zu erweitern, damit auch diejenigen dabei sein können, die zwar in der Erwerbsgesellschaft nicht so gut abschneiden, dafür aber als Sozialbürger etwas Sinnvolles tun können und auf diese Weise vielleicht auch wieder ins andere Spiel zurückkommen.

Im Sinne von Herrn Dahrendorf frage ich also: Wie können wir die Lebenschancen jener vermehren, die im alten Erwerbsspiel nicht mehr recht mithalten und die auch nicht so leicht an Wissen und Kapital angeschlossen werden können oder für die hochproduktiven Arbeitsplätze des Herrn Miegel nicht in Frage kommen? Noch radikaler und zugespitzter gefragt: Wie können wir in einer Gesellschaft der wachsenden Ungleichheiten trotzdem einigermaßen zivilisiert als Bürger miteinander umgehen? Das ist kein Rückzugsmodell, Herr Pohl, sondern eher eine Flucht nach vorn. Wenn wir die Bürgergesellschaft wollen, dann müssen wir die nichtproduktiven, eher reproduktiven Bereiche ideell, politisch und finanziell aufwerten.

Eisenbart

Ihre These, Herr Dettling, wir müßten uns von der Hoffnung auf Gleichheit und von der Hoffnung auf die Segnungen der Bildung verabschieden, erscheint mir etwas zu plakativ. Wenn Sie Gleichheit ausschließlich als Chancengleichheit für einen lebenslangen Vollerwerbsberuf definieren, dann haben Sie sicher recht. Aber das wäre für verantwortliche Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat zu kurz gegriffen. So einfach kann man es sich nicht machen - auch wenn wir uns hier weitgehend darin einig sind, daß sowohl "Arbeit" als auch "Beruf neu definiert werden müssen.

Und was die Hoffnung auf die "Segnungen der Bildung" angeht: Bildung ist doch nicht nur dazu da, einen Berechtigungsschein für beruflichen Aufstieg zu liefern! Im Gegenteil: Heute scheint es mir wichtiger denn je zu sein, Bildung und Berechtigungswesen zu entkoppeln. In der traditionellen, von calvinistischem Ethos geprägten Industriegesellschaft haben sich die Menschen daran gewöhnt, sich fast nur noch über ihren Beruf und ihr davon abhängiges finanzielles Einkommen zu definieren.

Aber das war, selbst als es erfolgreich war, ein soziales und anthropologisches Klischee, das nicht gestimmt hat. Menschen agieren nicht nur auf dem Felde der Erwerbsarbeit, sie leben in Politik, Kultur und Gesellschaft. Diese Bereiche sind besonders wichtig, wenn keine Berufsarbeit mehr ausgeübt werden kann. Das gilt nicht nur für Arbeitslosigkeit, sondern auch für den Ruhestand und für Invalidität. Auf das aktive Partizipieren in solchen Bereichen müssen sie vorbereitet werden und sich selbst vorbereiten - und das geschieht durch Bildung und lebenslange Weiterbildung. Wahrscheinlich ist das nicht die Bildung, die unser schematisches und dysfunktional gewordenes Bildungssystem heute vermittelt. Deshalb muß nicht nur über Arbeit, sondern auch über Bildung in unserer Kommunikations- und Informationsgesellschaft, in der weder kommuniziert noch wirklich informiert wird, sehr viel grundsätzlicher nachgedacht werden.

Dettling

Es ist sicher wünschenswert, Frau Eisenbart, wenn ein Arbeitsloser Platon im Original lesen kann; aber nicht jeder, der Platon im Original lesen kann, wird sein Leben lang Griechischlehrer sein können.

Pfeiffer

Ich kann Herrn Dettling zustimmen, wenn er sagt: Die Verlierer sind die Männer. Beispielsweise zeigen die mir vorliegenden Zahlen, daß der Anstieg der Gewaltkriminalität zu 95 Prozent Männerfcriminalität ist. Noch nie war der Abstand von Männern und Frauen in dieser Hinsicht so groß. Eine Erklärung ist: Frauen sind krisenfester und reagieren viel flexibler auf neue Anforderungen.

Leichten Widerspruch möchte ich dagegen zu Herrn Dettlings Einschätzung anmelden, Bildung sei für die Arbeitsbiographie nicht mehr von der Bedeutung wie früher. Es ist sicher richtig, daß eine gute Bildung nicht mehr die schöne Berufskarriere garantiert. Aber nach wie vor muß sie am Ideal der Chancengleichheit gemessen werden. Wir können doch nicht darauf verzichten, gegen den Mißstand anzugehen, daß beispielsweise junge AusSiedler dem Schulunterricht nur folgen können, wenn sie einen älteren Schüler, der Deutsch und Russisch spricht, neben sich haben, und der ihnen im Flüsterton erzählt, was der Lehrer auf deutsch vorträgt. Leider sind die Gelder für Sprachunterricht drastisch reduziert worden, so daß diese Jugendlichen statt wie bisher ein Jahr jetzt nur noch ein halbes Jahr speziellen Deutschunterricht erhalten. Damit wird das Ziel, solche Gruppen integrationsfähig zu machen, total verfehlt.

Die Quittung für diese Politik belegen meine Zahlen: In niedersächsischen Landkreisen mit hoher Aussiedlerzuwanderung stieg die Gewaltkriminalität seit 1990 um 53 Prozent; in Landkreisen ohne Zuwanderung nur um acht Prozent. Was sich in solchen Zahlen ausdrückt, ist die Hoffnungslosigkeit, in die junge Leute hineingeraten, und primär sind es die jungen Männer, die auf diese Weise ihren Frust ausleben.

Ich kann also nur dringend warnen zu meinen, Bildung sei nicht mehr so wichtig. Ganz im Gegenteil.

Im übrigen will ich nur kurz hinzufügen: Der Sozialbürger kostet ebenfalls Geld, auch wenn er kein Spitzenverdiener ist. In den USA werden Sozialbürger, also Personen, die im dritten Sektor tätig sind, durch Community Foundations und andere Einrichtungen eines aktiven Kommunitarismus finanziert. Derartige Quellen sind in Deutschland erst ansatzweise vorhanden.

Leysen

Als ich noch bei der Treuhand war, bin ich einmal bei einer Kanzlerrunde zu spät gekommen und habe mich entschuldigt mit den Worten: Die Wolke von Pessimismus, die mir an der Grenze entgegengeschlagen sei, wäre dichter gewesen als sonst, deshalb hätte ich nicht so schnell fahren können.

Es ist für mich fast unverständlich, wie pessimistisch die Atmosphäre auch in unserem Gespräch ist. Wenn man in Amerika ist, dann hört man fast nur, wie über opportunities, über Chancen und Möglichkeiten gesprochen wird. Die Franzosen sind zwar auch keine geborenen Optimisten, aber sie finden in ihren Diskussionen irgendeine intellektuelle Konstruktion, gehen anschließend gut essen, und dann ist die Sache geregelt. In Deutschland dagegen habe ich immer den Eindruck, es gibt kein Problem, das nicht zum major problem hochstilisiert wird. Deutschland sieht sich im Grunde seit 40 Jahren in der Krise und ist von Krise zu Krise reicher und wohlhabender geworden. Ich hoffe, daß es Ihnen nie wirklich schlechtgehen möge.

Zum Thema Vollbeschäftigung - was immer dieser Begriff meint - will ich nur anmerken, daß man einmal den Mut haben sollte, statistisch zu erfassen, welche Leute wirklich arbeiten wollen und welche nicht. Nach dem Kriege hat man - ich auch - jede Arbeit angenommen, die angeboten wurde. Wenn heute Arbeit nachgefragt wird, dann darf sie nicht zu schwer oder zu schmutzig sein, und sie soll auch dem Ausbildungsniveau entsprechen und was dergleichen Bedingungen mehr sind.

Arbeit gibt es im Grund genug; sie wird aber in mancher Hinsicht bei uns unbezahlbar. Niemand kann einen Gärtner für 45 DM die Stunde beschäftigen. Die Folge ist, daß solche Tätigkeit schwarz ausgeführt wird. Darüber spricht jedoch niemand, keine Regierung oder andere öffentliche Instanz wagt sich an dieses Thema heran. Dazu sollte einmal eine gründliche Studie erstellt werden; das würde auch den Arbeitslosen helfen.

Korte

Warum ist die Stimmung bei uns so pessimistisch, wie Herr Leysen mit einiger Verwunderung feststellt? Vielleicht ist das ja tatsächlich ein typisch deutsches Phänomen. Ob dies mit der Unbeweglichkeit und der geringen Fluktuation unserer Eliten zusammenhängt, wie Herr Gansei meint, weiß ich nicht. Daß die ältere Generation die Dinge ohnehin immer pessimistischer sieht als die jüngere, ist schließlich auch keine so neue Erscheinung, wenngleich ich nicht leugnen will, daß diejenigen, die den Krieg noch bewußt mitbekommen haben, sich durchaus vorstellen können, daß die ganze Veranstaltung doch scheitert. Dafür sind wir unserer Vergangenheit zu sehr verhaftet.

Herr Dahrendorf hat in den 60er Jahren die Gesellschaft mit dem Slogan wachgerüttelt: Bildung ist Bürgerrecht. Aber selbst wenn uns heute eine ähnliche zündende Formel einfallen würde, die das aufnimmt, was Herr Miegel analysiert hat, würde dies vermutlich wenig nützen und jedenfalls keine Konsequenzen etwa in Sachen Renten- oder Steuerreform bringen.

Wenn ich mit meinen Studierenden darüber rede, vermitteln die mir unisono den Eindruck, daß unsere Generation die Dinge falsch angepackt hat, zumindest fehlt es uns an jeglicher Vorbildfunktion, zumal der Abstand zwischen den Generationen immer größer wird.

Ich bin also wenig zuversichtlich, daß wir in Deutschland unseren Pessimismus tatsächlich ablegen können, Herr Leysen.

Groebe

Es ist sicher nur mit Einschränkung möglich, Erfahrungen aus den Niederlanden auf Deutschland zu übertragen. Dennoch will ich einige Beobachtungen wiedergeben. Holland ist ein flaches Land; deshalb haben die Niederländer wohl auch keine Angst vor dem Absturz, schon eher vor dem Meer, wenn es über die steinkühlerschen Ufer treten sollte. Der Vorteil des flachen Landes ist sicher, daß man seine Mitmenschen besser wahrnehmen kann.

Im Anschluß an das, was Herr Leysen eben gesagt hat, möchte ich drei Dinge nennen, die mir in den Niederlanden immer wieder auffallen.

Zum einen haben die Niederländer offensichtlich ein ganz anderes Identitätsbewußtsein, das sich weit weniger an der Arbeit festmacht als bei den Deutschen. Das heißt, Arbeitslosigkeit löst bei unseren Nachbarn nicht eine derartige Identitätskrise aus. Man geht mit diesem Phänomen sehr viel entspannter um - worauf das auch immer zurückzuführen ist. Ich glaube, es hat unter anderem damit zu tun, daß die Niederlande, völlig anders als Deutschland, jahrhundertlang keine interne Identitätskrise hatten. Von daher wird Arbeitslosigkeit auch nicht als so bedrohlich empfunden. Wenn man heute keine Arbeit hat, morgen wird man schon wieder eine finden.

Es gibt in Holland also andere Dinge, an denen sich die Identität des einzelnen festmacht. Mag sein, daß dies auch für die Engländer gilt, zumal sie mit Tony Blair jetzt zusätzlich eine starke Identitäts- und Integrationsfigur gewonnen haben. Dergleichen fehlt den Deutschen offenkundig, Leitfiguren, die die unterschiedlichen Facetten gesellschaftlicher Entwicklung zu repräsentieren wissen.

Das zweite, was die Niederländer auszeichnet, ist, daß sie sehr viel beherzter außerhalb der festgefügtten politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen und Strukturen viele Fragen und Probleme informell regeln, statt ständig in eher symbolischen Konfliktformen zu agieren. Arbeitgeber und Gewerkschaften zum Beispiel regeln im Vorfeld sehr viele Fragen, ohne sie an die große Glocke zu hängen und ohne darüber in den Medien hochstilisierte Auseinandersetzungen zu führen. Das ist für deutsche Verhältnisse geradezu sensationell.

Als dritten Punkt will ich erwähnen, daß in den Niederlanden ganz andere Möglichkeiten der Teilzeitarbeit bestehen, und zwar in dem Sinne, daß jemand mehrere Jobs übernimmt, also nicht nur geringfügig beschäftigt ist und den Rest des Tages freihat.

Was ich im übrigen auch als sehr wohltuend empfinde, ist, daß es in den Niederlanden sehr viel weniger diese fürchterlichen Universitätskarrieren gibt als in Deutschland. Dort ist es völlig normal, nur die Hälfte seiner Zeit an der Universität zu verbringen und ansonsten irgendwelche anderen Tätigkeiten zu übernehmen oder auch von der Hochschule zeitweise in ganz andere Bereiche überzuwechseln.

Soziale Sicherheit ist in den Niederlanden durchaus gewährleistet, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als heute in Deutschland. Auffällig ist die größere Flexibilität der Leute, die sich nicht nur auf eine formelle Ausbildung abstützen und von daher auch neue Aufgaben offener angehen, eine Fähigkeit, die wir in Zukunft sicher verstärkt benötigen werden.

Wieweit sich diese - auch persönlich - sehr faszinierenden Erfahrungen auf Deutschland übertragen lassen, will ich jetzt nicht näher untersuchen.

Wehmeier

Mehr Mut zu informellen Regelungen, das ist ein gutes Stichwort für mich, Herr Groebel. Ich vertrete die Branche der Garten- und Landschaftsgärtner, zehntausend ganz überwiegend mittelständische Betriebe und circa einhunderttausend Beschäftigte, also im Durchschnitt zehn Arbeiter pro Betrieb. Mut zu Veränderungen, den Herr Dahrendorf gefordert hat, ist in dieser Branche - aber auch in vielen anderen Handwerksberufen - durchaus vorhanden. Ich füge hinzu: nicht immer zur Freude der Interessenvertretungen.

Wie also steht es mit mehr Mut zur informellen Regelung? Ein Beispiel: Ein holländischer Landschaftsgärtner kann einen Golfplatz zu rund einem Drittel billiger bauen als ein deutscher, weil wir in Deutschland die festgefügtten Regelungen im Rahmen einer VOB nicht überschreiten dürfen, die die Qualität sichern sollen. Der holländische Mitbewerber garantiert die gleiche Qualität, aber dadurch, daß er die deutschen formellen Regelungen umgehen kann, verschafft er sich Wettbewerbsvorteile.

Diese mittelständischen Unternehmen, die sich vorzugsweise auf einem lokalen und regionalen Markt bewegen, treffen hier Rahmenbedingungen an, die teilweise geradezu existenzbedrohend sind. So gibt es im Garten- und Landschaftsbau einen zweiten Arbeitsmarkt, der etwa zu einem Drittel der Zehn-Milliarden-DM-Subventionen im Grünbereich stattfindet - und das bei 100.000 Arbeitskräften im ersten Arbeitsmarkt; ihnen stehen über 120.000 Menschen im zweiten Arbeitsmarkt gegenüber.

Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Privatisierung beziehungsweise Scheinprivatisierung von öffentlichen Einrichtungen, nämlich der Gartenbauämter. Hier entstehen eigenbetriebsähnliche Einrichtungen ohne spezifische gesellschaftsrechtliche Form, die den privaten Anbietern Konkurrenz machen. Es besteht die Gefahr, daß mit Absegnung des Landes Nordrhein-Westfalen die Gemeindeordnung so geändert wird, daß in Zukunft auch öffentliche eigenbetriebsähnliche Einrichtungen private Aufträge abwickeln können. Wir prozessieren dagegen; der Ausgang des Verfahrens ist offen.

Drittes Beispiel: Der Garten- und Landschaftsbau ist eine baunahe Branche. Wie beim Bau haben wir eine - allerdings inhaltlich völlig andere - Schlichtwettergeldregelung eingeführt, die wesentlich dazu beigetragen hat, daß in den letzten beiden Wintern, die extrem hart waren, keine nennenswerten betriebsbedingten Kündigungen erfolgt sind. Der Grund lag vor allem in einer Arbeitszeitflexibilisierung in der Form, daß durch Voroder Nacharbeit 150 Stunden in ein Jahresarbeitszeitkonto eingestellt werden konnten. Zugleich war es uns gelungen, mit unseren Tarifvertragspartnern eine

Insolvenzabsicherung festzulegen, das heißt, Mitarbeiter, die vorgearbeitet haben, abzusichern für den Fall, daß sein Betrieb in den Konkurs gehen sollte.

Wir waren recht stolz auf diese Regelung, bis zu dem Tag, als das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen Einspruch erhob. Dazu hieß es: Da es sich hier um eine Versicherungsleistung handele, müßten wir entweder eine Versicherungs-AG oder eine Gesellschaft auf Gegenseitigkeit gründen. Beides haben wir abgelehnt, um den gesamten Kostenaufwand so gering wie möglich zu halten, der in unserem Modell unter 0,2 Prozent der Bruttolohnsumme liegt. Ich bin mittlerweile alle sechs bis acht Wochen beim Bundesaufsichtsamt in Berlin, um die dortige Bürokratie davon zu überzeugen, daß wir gemeinsam mit dem Arbeitsminister eine Lösung finden. Bisher kann ich leider keinen Erfolg vermelden.

Ich möchte noch einmal betonen: Unsere Unternehmer wollen sich durchaus an die bestehenden Rahmenbedingungen halten; es geht nicht um Dinge außerhalb der Legalität. Auf der anderen Seite kann etwas nicht stimmen, wenn heute über fünfzig Prozent der Betriebe in dieser Branche negative Betriebsergebnisse ausweisen, und das über mehrere Jahre. Mit der geringen Eigenkapitaldecke halten viele Betriebe dies natürlich nicht lange aus. Und wenn hier vorhin ein Betrag von 45 DM Stundenlohn für einen Gärtner genannt wurde, dann sind es bei uns inzwischen offiziell 69 bis 72 DM. Sie können sich vorstellen, daß solche Beträge kaum in die Landschaft passen.

Mein Fazit ist: Die mittelständischen Betriebe, gerade die kleinen und mittleren des Garten- und Landschaftsbaus - im übrigen auch ein Ausbildungsberuf;-, wünschen nur etwas mehr Handlungsfreiheit, um auch individuelle Lösungen möglich zu machen. Aber in der Hinsicht ist der Staat bei uns immer noch absolut unbeweglich.

Fritz

Wenn wir hier über die blockierte Gesellschaft reden, dann sollten wir die Wahrnehmungsblockaden nicht unterschätzen. Viele Veränderungen werden als solche gar nicht wahrgenommen. Deshalb ist es auch falsch zu meinen, man muß nur einen Bremshebel lösen, damit die Gesellschaft wieder aktiv wird. Gerade in der Politik wird das immer wieder deutlich: Da werden in Pressekonferenzen oder in Interviews oft Forderungen gestellt, die im Grunde längst erfüllt sind.

Ich denke etwa daran, wie viele Einstellungs- und Ausbildungshemmnisse inzwischen abgebaut worden sind. Das hindert aber viele Leute nicht daran, das schon Geschehene immer wieder nachdrücklich zu fordern. Auf diese Weise entsteht in der Öffentlichkeit das Bild eines Immobilismus, der in Wahrheit so nicht existiert. Deshalb sollten diejenigen, die an Veränderungen interessiert sind, auch die positiven Entwicklungen hervorheben, statt nur die Schwächen zu betonen (die ja gar nicht geleugnet werden sollen) und auf diese Weise zur allgemeinen Larmoyanz beizutragen.

Ich will unterstreichen, was hier mehrfach angeklungen ist: In unserer Gesellschaft hat man es allenthalben verlernt, Verantwortung wahrzunehmen. Wir alle haben uns an eine Art goldenen Käfig gewöhnt - von allen möglichen Sozialtransfers angefangen bis hin zu den Subventionen der Wirtschaft;-, so daß wir es uns fast abgewöhnt haben, uns als eigenständige, selbstverantwortliche Menschen zu verstehen. Freiheit beinhaltet nicht nur ein Gewährenlassen, sondern auch die Forderung, die damit verbundenen Pflichten wahrzunehmen.

Wenn hier immer wieder Deregulierung eingefordert wird, so kann dies ja keineswegs bedeuten, daß rechtsfreie Räume entstehen sollen. Deregulierung kann nicht so verstanden werden, daß jeglicher Gemeinschaftsbezug unterbleibt. Vielmehr kommt es darauf an, wer reguliert. Ich halte sehr viel vom Subsidiaritätsgedanken, demzufolge der Staat erst dann eingreift, wenn ein Problem auf den unteren Ebenen nicht zu lösen ist. Doch in vielen Fällen sehen wir, daß die Betroffenen gar nicht bereit sind, handlungsaktiv zu werden. Das heißt, sie geben Freiheit zurück. Wenn etwa Tarifparteien beim kleinsten Anlaß nach dem Schlichter rufen oder zu gar keinem Konsens finden, dann ist dies Ausdruck dafür, die Übernahme von Verantwortung zu verweigern. Ich habe mitunter den Eindruck, daß man sich über das Notwendige nur auf der Ebene hoher Abstraktion schnell einig wird, weil man sich dann über konkrete Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten nicht mehr zu verständigen braucht.

Es gibt zwei problematische Denkschulen: Die einen wollen gewissermaßen ökonomische Gesetze als Regulationsmechanismen auf die ganze Gesellschaft übertragen, während die anderen diese Mechanismen ganz ausschalten wollen. Beides ist aber gleichermaßen falsch. Ich meine, es käme darauf an, die Verantwortung derer, die in unserer Gesellschaft handeln - ob als Politiker, als Unternehmer oder wer sonst;-, für das Gemeinwesen zu stärken. Freiheit ohne Verantwortung reicht nicht.

Escher

Ich kann Ihrer Begründung nicht ganz zustimmen, Herr Fritz, warum wir trotz aller Aktivitäten und tatsächlichen Veränderungen stets den Eindruck von Immobilismus vermitteln. Ich meine, wir führen bei uns jetzt zeitlich verspätet eine Debatte, die sich immer noch um die Tagesordnungspunkte für eine Reformagenda dreht. Diese Auseinandersetzung ist in England, in den USA und in vielen anderen Staaten längst abgeschlossen. Wenn es bei uns heißen würde: Wir müssen das Sozialversicherungssystem umbauen, würden die diskutierten Maßnahmen eher als Bewegung erscheinen. Statt dessen lautet die Formulierung: Die Rente ist sicher; und dabei soll es auch bleiben. Statt unsere Schiffe mit Radarsystemen auszurüsten, wollen wir die Eisberge verbieten.

Ich widerspreche auch Ihrer Bemerkung, wir dürften uns keine rechtsfreien Räume erlauben. Natürlich müssen wir das. Denn Recht ist nicht identisch mit Ordnung, sondern ein Instrument, um Ordnung zu schaffen; aber nicht das einzige. Es gibt auch andere Mechanismen, um Ordnung zu gewährleisten. Ich kann beispielsweise nicht nachvollziehen, warum man das Ladenschlußgesetz ändert; man hätte es aufheben müssen. Die jetzige Neuregelung führt nur zu einer Verschlimmbesserung.

Herr Dahrendorf fragt: Bedrohung oder Aufbruch? Und warum überhaupt Veränderung? Ich würde Politik definieren als Handeln unter Bewahrung von Gestaltungsspielräumen. Meine Befürchtung ist, daß wir letzteres derzeit nicht genügend berücksichtigen. Die Gestaltungsspielräume werden bei uns immer enger, und deswegen ist Veränderung notwendig. Die akkumulierten Rentenanwartschaften etwa entsprechen derzeit 142 Prozent des Bruttoinlandsproduktes von 1995. Dem ist nichts hinzuzufügen, um Veränderungsbedarf zu begründen. Bei der Staatsverschuldung verhält es sich ähnlich, und durch Überregulierung wird Verantwortungsbereitschaft immer mehr eingeengt.

Aber auch dort, wo wir Gestaltungsspielräume offenhalten, können wir den zukünftigen Generationen überhaupt keine Gewähr dafür bieten, daß die demographischen und ökonomischen Faktoren so bleiben, wie sie heute sind. Das heißt, die vordringliche Aufgabe der Politik ist es nicht nur, einzelne Reformprojekte durchzuführen, sondern zugleich die Reformfähigkeit der Systeme für die Zukunft zu erhalten.

Von daher habe ich fünf operative Fragen.

Erstens: Wie schafft man es, den "Sorgenhorizont" der Politik zu erweitern? Es ist katastrophal, daß wir nur in Vierjahresrhythmen denken und behaupten, die Rente sei erst ab 2010 unsicher. Das ist offenbar kein Thema für heute. Ich meine, wir brauchen eine Art Generationenrechnung, um die Belastungsgerechtigkeiten über die Generationen verteilt zu ermitteln.

Zweite Frage: Müssen wir nicht, entsprechend dem, was das Bundesbankgesetz für die Stabilität der Währung vorsieht, auch andere Ziele objektivieren und sie dem politischen Prozeß quasi entziehen? Ich weiß, diese Frage ist sehr provokant. Ich stelle sie aber vor den Hintergrund der aktuellen Staatsverschuldung.

Dritte Frage, um Herrn Teltschiks Anregungen aufzugreifen: Wer ist eigentlich die Controlling-Abteilung der Politik? Das heißt, wer kontrolliert und greift ein, wenn etwa gefordert wird, die Lohnnebenkosten zu begrenzen, sie aber tatsächlich weiter steigen? Wenn Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinanderfallen, dann weist dies bei BMW oder anderen Unternehmen die Controlling-Abteilung nach. Daß zwei plus zwei vier ergibt, sollte auch in Zukunft bei uns mehrheitsfähig sein.

Vierter Punkt: Müßte nicht der Wahlbenachrichtigung zur Bundestagswahl eine Art Geschäftsbericht beigefügt werden, in dem die Bundesbank oder andere Institutionen die Kennzahlen der Republik für die Wählerinnen und Wähler aufbereiten?

Und fünftens: Wäre es zu revolutionär, wenn man, einem Beispiel der englischen Tories folgend, vor die Urwahl im Wahlkreis eine Art assessment center für Abgeordnete schalten würde mit dem Ziel, die Qualifikation der Bewerber, die für die Politik rekrutiert werden sollen, zu überprüfen?

Gansel

Der Diplom-Abgeordnete?

Escher

Daß solche Überlegungen nur ironisch kommentiert werden, gehört sicher mit zur Melancholie der Politik, Herr Gansel.

Miegel

Ich meine, unsere Diskussion dreht sich um ein ganz zentrales Problem, das etwas grundlegender behandelt werden sollte.

Für die Jäger-und-Sammler-Gesellschaft war charakteristisch, daß die Menschen im großen und ganzen gleich vermögend waren. Die Sammel- und Jagdkapazität der Beteiligten war recht ähnlich, und sofern Unterschiede bestanden, wurden sie weitgehend ausgeglichen.

Das änderte sich, als der Boden als Ressource entdeckt und bearbeitet wurde. Diejenigen, die sich Boden zu eigen machten - und das oft mit Gewalt - wurden relativ wohlhabend, während die anderen faktisch zu Knechten wurden - die Phase von Sklaverei und Feudalismus.

Eine zweite fundamentale Veränderung trat ein, als im Produktionsprozeß erstmals in erheblichem Maße extramuskuläre Energie zum Einsatz kam - im Frühkapitalismus. Was das für die Verteilung bedeutete, zeigt ein Beispiel aus Cornwall. Wer dort in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts 25 Pfund in eine Zinkmine investierte, erhielt eine jährliche Dividende von ebenfalls 25 Pfund. Wiederum 25 Pfund betrug das Jahreseinkommen eines Bergmannes, der dort unter unsäglichen Bedingungen arbeitete. Das heißt, wenn es einem Bergmann gelang - was natürlich fast unmöglich war;-, das Arbeitseinkommen eines Jahres auf die hohe Kante zu legen, dann konnte er für den Rest seines Lebens von den Dividenden leben. Da ist es nur einsichtig, daß in dieser Phase der Kampf um die gerechte Verteilung des Kapitals als Wertschöpfungsfaktor einsetzt.

Nunmehr sind wir in eine dritte Phase eingetreten, in der immer mehr Wissen zur Wertschöpfung beiträgt. Dabei ist es uns bisher nicht überzeugend gelungen, die Wertschöpfung aus Wissen - in der Regel in Verbindung mit Kapital - gesellschaftlich akzeptabel zu verteilen. Ich möchte diese Wertschöpfung aus Wissen mit einem einfachen Beispiel illustrieren. In vielen Hotels gibt es heute kleine Schuhputzautomaten. So ein Ding kostet ungefähr 300 DM; der Materialwert ist äußerst gering. Die Wertschöpfung, die dieser Apparat innerhalb von drei Jahren erbringt, beträgt jedoch etwa 27.000 DM. Das heißt, mit minimalem Kapitaleinsatz verbunden mit ein wenig elektrischer Energie, aber einer äußerst gewinnträchtigen Idee - Wissen - wird eine unglaubliche Rendite erwirtschaftet. Mit 300 DM wird auf Jahre hinaus ein Schuhputzer ersetzt.

Was unsere Volkswirtschaften in zunehmendem Maße auszeichnet, ist ihre steigende Wissensintensität. Doch ähnlich wie die landwirtschaftliche Nutzung von Boden oder die Nutzung extramuskulärer Energie, die Einkommen und Vermögen auseinanderdriften ließ, läßt jetzt die steigende Wissensintensität Unterschiede immer größer werden. Wie lösen wir dieses Problem?

Nach meinen Kenntnissen hat noch kein einziges Land eine gesellschaftlich akzeptable Antwort auf diese Frage gefunden. In Ländern, in denen die Beschäftigungssituation deutlich besser ist als in Deutschland, wird einer von drei Wegen gegangen: Entweder werden für den größten Teil der Beschäftigten die Arbeitseinkommen vermindert - das ist weitgehend das amerikanische und teilweise auch das britische Modell. Oder die Arbeitszeit wird ohne Lohnausgleich verkürzt - das niederländische Modell; da ist die durchschnittliche Arbeitszeit pro Beschäftigten innerhalb von drei Jahren von rund 1500 auf 1300 Stunden jährlich zurückgegangen. Die dritte Möglichkeit ist, niedrig produktive Tätigkeiten zu erschließen, die - Johano Strasser hat darauf hingewiesen - bisher nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind.

Dabei läßt sich in allen frühindustrialisierten Ländern feststellen, daß Investitionen, Wachstum und Beschäftigung, wenn überhaupt, nur noch lose miteinander verbunden sind. Zwar führen Investitionen in der Regel noch immer zu Wachstum. Aber welche Konsequenzen dies für die Beschäftigung hat, ist oft erst im nachhinein erkennbar. Sie können positiv, neutral oder auch negativ sein. Alles hängt davon ab, ob die Investition zu einer wissens- und kapitalintensiveren oder einer arbeitsintensiveren Produktion führt. Investitionen allein helfen uns in der Beschäftigungsfrage nicht weiter.

Nun haben Herr Dettling und andere gefragt: Können Menschen in großem Umfang unmittelbar an Wissen partizipieren? Meine Antwort lautet: Nein. Es ist eine Illusion anzunehmen, man müsse nur wollen und dann könnten alle oder doch fast alle wissensintensiv Werte schaffen. Abgesehen davon ist das Wissen, von dem ich hier spreche, nur noch in recht geringem Maße personengebunden. Es ist frei verfügbar, kann also auf unterschiedlichste Weise zum Einsatz kommen.

Wenn jedoch die Bevölkerung nicht in großer Zahl unmittelbar an Wissen teilhaben kann, muß ein Substitut für Wissen geschaffen werden. Für mich ist das Kapital. Aus meiner Sicht kommt es darauf an, sehr viel größere Teile der Bevölkerung intensiver als bisher an Kapital zu beteiligen. Wie ich bereits angedeutet habe, ist dies am ehesten durch eine Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme möglich.

Aus den bisherigen Überlegungen folgt jedoch auch: Wenn Wertschöpfung in immer größerem Maße nicht mehr an tradierte Erwerbsarbeit gebunden ist, was geschieht dann mit den freigesetzten Arbeitskräften? Denn der Rückgang des Arbeitsvolumens beeinträchtigt ja offensichtlich nicht den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Meine Antwort ist, die freigesetzten Arbeitskräfte müssen - sofern sie das wollen - in neuen Bereichen engagiert werden. Dazu zählen bestimmte Dienstleistungen ebenso wie die Eigenarbeit. Beide Wege müssen verfolgt werden. Bei mehr Dienstleistungen denke ich zum Beispiel daran, daß in unserer Bevölkerung der Anteil alter Menschen stark zunimmt und infolgedessen auch der Bedarf an personenbezogenen Diensten. Auch die Kinderbetreuung gehört dazu.

Die Chancen dieser Veränderungen sind unübersehbar: Jahrhunderttausendlang haben die Menschen gehungert. Heute sind sie in allen frühindustrialisierten Ländern satt. Sie sind auch bestens versorgt mit industriellen Gütern und mit standardisierbaren Diensten. Jetzt sind sie erstmals in der Geschichte in der Lage, sich satt und mit industriellen Gütern wohlversorgt den Mitmenschen zuzuwenden. Das ist für mich ein immenser Fortschritt. Voraussetzung für die Teilhabe an diesem Fortschritt ist allerdings, daß die Bevölkerung besser als bisher an der Wertschöpfung von Wissen beteiligt wird. Gelingt uns das nicht, könnten unsere Gesellschaften ins Schleudern geraten.

Vielleicht zum Trost für Sie, Herr Leysen: Vor einigen Jahren warb Audi in den angelsächsischen Ländern mit dem Slogan: Vorsprung durch Technik, und zwar auf deutsch. Die Amerikaner lernten von uns also nicht nur die Worte "Ersatz" und "Weltschmerz", sondern auch "Vorsprung". Und jetzt titelte eine amerikanische Wochenzeitschrift: Das Geheimnis der Deutschen ist "Vorsprung durch Panik". Vielleicht sollten wir diese deutsche "Panik" nicht allzu ernst nehmen.

The Lord Dahrendorf

In sieben Minuten eine Universalgeschichte der Arbeit - mein Kompliment, Herr Miegel.

Wo stehen wir in unserem Gespräch? Wir befinden uns immer noch auf dem Plateau, auch wenn sich der Aufenthalt dort mittlerweile zum Teil beträchtlich kompliziert hat. Herr Dettling hat unsichtbare Gletscherspalten ausgemacht; und von Ufern war die Rede, die wir mit Ungewissem Ziel verlassen. Aber wir haben auch den Schlüssel unter der falschen Laterne gesucht, ein Problem, das auf den belgischen Autobahnen gelöst ist, die durchgehend beleuchtet sind. Und Herr Körte hat ein Stimmungsbild seiner Generation gemalt; aber Stimmungen unterliegen Konjunkturen; man kann schließlich nicht ständig in öffentlicher Depression herumlaufen.

Soweit ich sehe, läßt sich aus der bisherigen Diskussion keine gemeinsame Position ableiten, weder in der Diagnose noch in der Therapie. Darum geht es auch nicht; nur ist diese Feststellung für sich gesehen nicht uninteressant. Einige hier sehen in Gesellschaft und Wirtschaft viel Bewegung, vielleicht mehr als zuvor. Andere nehmen eher eine gewisse Verharzung und Blockierung wahr. Manche halten die Institutionen für potentiell flexibler und meinen, es ließe sich vieles verändern, wenn man es nur anpacken würde. Diese Position hat jedenfalls Herr Rüttgers vertreten, während andere da eher skeptisch sind. Es gibt diejenigen, die die Errungenschaften der Nachkriegsjahrzehnte bedroht sehen und deshalb empfehlen, vorsichtig voranzugehen und nicht das aufs Spiel zu setzen, was vielen Menschen zu einem lebenswerten Leben verhelfen hat. Andere meinen dagegen, man könne nur bewahren, wenn man relativ rasch Veränderungen vornimmt. Es werden auch durchaus vielfältige Chancen ausgemacht, die es wahrzunehmen gelte.

Weitgehende Übereinstimmung herrscht indes, daß wir in einer Zeit des Wandels leben, der notwendigerweise Veränderungen bedingt. Ansatzpunkte werden vor allem in der Wirtschaft als der treibenden Kraft gesehen; aber auch der technische Fortschritt oder sogar soziale und kulturelle Einflüsse wurden als dominierend hervorgehoben.

Zugespitzt hat sich unsere Diskussion bei der Frage nach der zukünftigen Rolle der Arbeit. Dieser Aspekt des Wandels ist besonders eindringlich, weil er viele Menschen unmittelbar betrifft. Und Kritik setzt nicht zuletzt bei den bestehenden Institutionen an, daß sie die Zeichen der Zeit nicht aufnehmen und statt dessen die Debatten von gestern weiterführen, und zwar sowohl was die Inhalte angeht - zumindest in den formulierten Zielsetzungen - als auch bezüglich des Handlungsrahmens, der den Veränderungen nur unzulänglich Rechnung trägt.

Ein besonderer Punkt in diesem Zusammenhang ist die Frage, ob sich Vollbeschäftigung wieder herstellen läßt. Das haben die meisten hier verneint. Jedenfalls nicht in dem Sinne, wie dieser Begriff in den sechziger und siebziger Jahren verstanden wurde, als die meisten Menschen damit eine lebenslange Vollzeitbeschäftigung verbanden. Hier ist ein Beispiel für die Inkompatibilität von tatsächlichen Entwicklungen und institutionellen Grundannahmen; denn die Veränderungen in der

Welt der Arbeit schaffen ja auch enorme neue Möglichkeiten, die aber in den vorhandenen Institutionen immer wieder auf Hindernisse stoßen. Das gilt wohl besonders für die institutionelle Zwischenebene von Kammern und Verbänden, wie in mehreren Beiträgen dargelegt wurde, die es dem Menschen schwermachen, tatsächlich neue Wege zu gehen.

Das, was Herr Miegel aus zwei verschiedenen Perspektiven resümierte, hat natürlich enorme Folgen für die Finanzierung des Systems sozialer Sicherung und im übrigen auch für das ganze Steuersystem. Dazu gehört beispielsweise, daß bestimmte Anrechte vom Arbeitsplatz abgelöst und gewissermaßen privatisiert werden, damit der einzelne Arbeitnehmer diese Anrechte behält, wenn die Arbeitswelt angesichts der ständigen Veränderungen sich dazu nicht mehr wie bisher eignet. Hier kündigen sich Notwendigkeiten institutionellen Wandels an, die noch keineswegs im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehen. Offenbar zögern Politiker auch, dies in aller Härte zu formulieren.

In dieser für viele Menschen durchaus problematischen Situation - das war meine These zeigen die Leute nun teilweise eine große Flexibilität und passen sich den veränderten Verhältnissen auf ihre Weise an. Sie nehmen auch Einschränkungen in Kauf, indem sie etwa nicht mehr so häufig in den Urlaub fahren oder auf andere Dinge verzichten, die sie vordem geradezu für selbstverständlich gehalten haben. Da aber die Institutionen starr sind, bleibt vielen nur die Möglichkeit, dies am Rande der gesetzlichen Regeln, zum Teil auch jenseits derselben, zu tun. Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung sind zwei Beispiele dafür.

Ich will dazu klar sagen, daß ich diesen Tatbestand überhaupt nicht romantisiere, sondern im Gegenteil für weit problematischer halte als die viel beschworene Politikverdrossenheit, die eine Stimmung zum Ausdruck bringt, die sich auch wieder ändern kann. Aber wenn Institutionen und Regeln ernsthaft in Zweifel gezogen und entsprechend ignoriert werden, dann gerät die gesellschaftliche Ordnung in Gefahr, weil Recht und Gesetz durch solch massenhaft vollzogenes Verhalten außer Kraft gesetzt werden.

von Weizsäcker

Dann leben wir in der Mitte zwischen den Engländern und den Italienern.

The Lord Dahrendorf

Ich würde das anders sehen, Herr von Weizsäcker. Während es Italien gegenwärtig schafft, gewisse Minimalregeln im Lande durchzusetzen, bürgern sich in Deutschland Verhältnisse ein, die wir früher als italienisch bezeichnet haben und die gefährlich in die Nähe dessen führen, was Herr Pfeiffer hier eindringlich geschildert hat. Jedenfalls dürfte es schwerfällige Leute zur Beachtung der Gesetze anzuhalten, wenn sie wahrnehmen, daß die anderen Generationen die Gesetze ihrerseits vorsätzlich mißachten. In solchen Zeiten nimmt dann auch die Gewaltbereitschaft zu.

Ich will damit nur klarstellen, daß ich hier nicht die Schwarzarbeit preisen wollte. Ich habe jedoch den Eindruck, daß dies die deutsche Form der Flexibilität ist; aber die hat einen hohen Preis. Von daher würde ich den öffentlichen Instanzen dringend empfehlen, die Regeln wieder in Einklang zu bringen mit dem, was Menschen tatsächlich tun und wollen.

Dann die Frage nach den Gewinnern und den Verlierern, die das Klima der öffentlichen Diskussion, auch in der Politik, entscheidend prägt. Was geschieht vor allem mit den Verlierern? In diesem Zusammenhang sehe ich die Frage von Frau Dann: Sind die Menschen in den neuen Bundesländern quasi dazu verdammt, insgesamt zu den Verlierern zu gehören? Hatten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Vereinigung schon so sehr verändert, daß dort keine blühenden Landschaften mehr entstehen konnten, oder war es schlichtweg nicht mehr nötig, die Ostdeutschen auf die Gewinnerseite zu bringen und an den happy few der Wohlstandsgewinner zu beteiligen?

Eine andere Frage ist, ob in unserer Situation institutionelle Veränderungen weiterhelfen können. Ich glaube, über die Einführung des Mehrheitswahlrechts in Deutschland brauchen wir hier nicht zu diskutieren - obwohl ich das sehr begrüßen würde. Aber die Verhältnisse, sie sind nicht so, daß sich in der Hinsicht etwas bewegen könnte. Interessanterweise hat aber in Deutschland eine Diskussion über den Föderalismus begonnen, in der es darum geht, wo eigentlich die Grenzen der Bundeswirksamkeit von Beschlüssen der Länderregierungen liegen sollten, die sich zunehmend als Hürde für Veränderungen erweisen.

Ich komme zurück auf die Frage: Wer organisiert die Verlierer? Oder um es anders zu formulieren: Wer macht seine politischen Geschäfte mit den Verlierern? In Italien gibt es in diesem Zusammenhang eine interessante politische Konstellation, wo in der Koalition die PDS, zumal in der

Person von Veltroni, zum Repräsentanten der Chancen von morgen geworden ist und die Regierung insgesamt eine eher optimistische Stimmung vertritt, aber im Parlament abhängig ist von Rifondazione Comunista, also der kleinen, aber starken Links-außen-Gruppierung, die die Verlierer vertritt. Das funktioniert im Augenblick offenbar besser als erwartet.

Interessanterweise trägt sich Tony Blair mit ganz ähnlichen Absichten für England. Er legt es offensichtlich darauf an, in der Labour Party eine Linksabspaltung zu provozieren - er drängt geradezu manche Abgeordnete und auch die Gewerkschaften in diese Position;- , die dann die Interessen der Verlierer vertreten, während sein Bild von der Zukunft von einer anderen Blickrichtung geprägt ist. Auf diese Weise hofft er, während er auf der einen Seite zehn Prozent verliert, auf der anderen zwanzig Prozent hinzuzugewinnen.

Ich nenne diese Beispiele vor allem auch deshalb, weil ich Abspaltungen am linken Rand für wesentlich weniger problematisch halte, als wenn die Verlierer von der Rechten organisiert werden, was ebensogut möglich ist. Jedenfalls können wir nicht darüber hinwegsehen, daß es in unseren Gesellschaften anders als in den letzten Jahrzehnten Gruppen gibt, die eindeutig auf der Verliererseite stehen und die irgendwelchen Schutz suchen.

Kann Europa bei alledem eine Hoffnungsperspektive sein, wie es Herr Leysen zum Ausdruck gebracht hat? Das ist zweifellos ein weites Feld, zumal es auch diejenigen gibt, die in Europa eher Schutz vor Veränderung suchen als einen Motor der Veränderung sehen.

Ich möchte Ihnen jedoch vorschlagen, daß wir uns zunächst einem anderen Thema zuwenden, nämlich der Frage nach dem sogenannten dritten Sektor, die hier verschiedentlich aufgeworfen wurde.

Manche von Ihnen kennen sicher das Buch des amerikanischen Sozialökonomen Jeremy Rifkin "The end of work", in dem der Autor im letzten Abschnitt die These vertritt: Das Beschäftigungsproblem könnte durch eben diesen dritten Sektor gelöst werden. Dies ist ein Bereich, der weder öffentlich noch privat ist, weder dem Staat noch dem Markt überlassen bleibt und in dem sich Menschen für wohltätige Zwecke engagieren, vielfach ohne besonderes Entgelt. In diesem Sektor gibt es eine geradezu chaotische Fülle von Organisationen. Rifkin scheint nun anzunehmen, daß dieser Bereich, zumindest im Sinne der individuellen Lebensgestaltung, aber auch der Bewältigung bestimmter gesellschaftlicher Aufgaben, zunehmend unentbehrlich wird - wenn er sich auch nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung niederschlägt.

Picht

In der Tat, Herr Dahrendorf, stellen sich die herkömmlichen Formen von Arbeit und die noch ungenauen Vorstellungen von sozialer Beschäftigung mehr und mehr in einem Kontinuum fließender Übergänge dar. Wenn es beispielsweise heißt: "Arbeit statt Sozialhilfe", was bedeutet das dann für soziale Tätigkeiten? Wie läßt sich dort das ganze Feld der Nachbarschaftshilfe und der freiwilligen Aktivitäten integrieren?

In der derzeitigen stark angelsächsisch geprägten deutschen Diskussion wird die Forderung nach Community Foundations laut. Ein Problem unserer Gesellschaft ist aber gerade, daß die alten "communities" zerfallen und neue bisher, abgesehen von einigen Clubs der Nachbarschaftshilfe, nicht entstanden sind. Auch das gehört in diesen Zusammenhang.

Hinzu kommt, daß für die Arbeit, die statt der Sozialhilfe geleistet werden soll, ein Markt geschaffen werden muß, und der kann nicht von Sozialhelfern organisiert werden, sondern daraus muß eine sich selbst tragende Organisation werden. In diesem eher nebulösen Gebilde, genannt dritter Sektor, geht es doch gerade darum, die zerfallenen lokalen Märkte durch örtliche Entwicklungsprogramme wiederherzustellen.

In Brüssel spricht man - die EU-Kommission ist ja sehr kreativ in diesem Bereich - von der sogenannten aktiven Gesellschaft. Wenn wir aber diese aktive Gesellschaft wollen, dann stellen sich sofort Fragen nach Ausbildung und auch nach Bildung, um die Verlierer, die ja eher zu den Schwachen in dieser Gesellschaft zählen, in die Lage zu versetzen, im Sinne von sozialer Aktivierung, Selbständigkeit, Informations- und Handlungsfähigkeit, tätig zu werden.

Worauf es eben ankäme, ist zu versuchen, gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und vor allem auch kulturelle Fragestellungen in ein ganzheitliches Konzept einzubinden Bereiche, die in unserer arbeitsteiligen, verbürokratisierten Gesellschaft auseinandergerissen worden sind. Wenn man sich bei uns beispielsweise um gefährdete Jugendliche kümmern will, dann ist eines der großen Probleme, daß für den gleichen Jugendlichen oft diverse Ämter in unterschiedlicher Weise zuständig sind und gegensätzliche Regeln und Strategien befolgen.

Ganzheitliche Ansätze gibt es etwa in Italien mit den sogenannten "Cooperativi Sociali". Das sind Unternehmen, die wirtschaftlich arbeiten und Steuervorteile erhalten, wenn sie sozial Gefährdete beschäftigen. Das begann mit der Betreuung von Drogenabhängigen und geistig Behinderten. Inzwischen gehören alle möglichen Risikogruppen und auch die Langzeitarbeitslosen dazu. Die Gewinne, die diese Kooperativen machen, werden in das Unternehmen reinvestiert. Auf diese Weise arbeiten bis zu 30 Prozent Angehörige von Risikogruppen mit 70 Prozent Normalarbeitnehmern zusammen, und das funktioniert.

Natürlich spielt die Finanzierung dabei eine große Rolle. In Italien geht man jetzt daran, die öffentlich-rechtlichen Sparkassensysteme in Stiftungen umzuwandeln, die die Finanzierung solcher Experimente übernehmen. Was dort entsteht, sind Laboratorien sozialer Innovation, die langfristig tragfähig sind. In Deutschland dagegen leidet das ABM-System entschieden daran, daß die Betroffenen in dem Moment, wo sie wieder integrationsfähig, aktiv und produktiv werden, aufhören müssen. Ähnliche Versuche wie in Italien gibt es auch in Frankreich.

Der entscheidende Punkt ist, daß solche Aktivitäten des dritten Sektors nicht allein gelassen, sondern mit den Instrumenten des Staates und der Wirtschaft vernetzt werden. In Frankreich hat die jetzige Arbeitsministerin, die Tochter von Jacques Delors, Martine Aubry, eine Stiftung gegründet mit dem Namen F.A.C.E., an der starke französische Wirtschaftsunternehmen beteiligt sind, die die Stiftung bei Entwicklungsprojekten in den Vorstädten von Marseille professionell beraten. Der Staat richtet in diesen Risikovorstädten quasi steuerfreie Zonen ein mit dem Ziel, die Schaffung und Ansiedlung von Unternehmen und insbesondere von Kleinbetrieben zu ermöglichen. Zugleich werden hier besonders geförderte schulische und ausbildungsmäßige Schwerpunkte gebildet. Worauf es also ankommt, sind Initiativen, bei denen verschiedene Dinge ineinandergreifen. Es kann nichts dabei herauskommen, wenn man den dritten Sektor nur sich selbst überläßt.

Derartige Ansätze gibt es auch in Deutschland, wo Stiftungen eine Art Katalysatorfunktion übernehmen und finanzielle Unterstützung für Initiativen geben, die in die geschilderte Richtung gehen. Dazu dürfte etwa das gehören, was Herr Pfeiffer mit der Stadtstiftung Hannover angesprochen hat. Auch in den neuen Bundesländern gibt es solche Ansätze, die allerdings durch administrative Fragmentierungen unglaublich behindert werden, so daß gerade die aktivsten und kreativsten Leute allmählich zu resignieren beginnen, weil sie der Hemmnisse aus der Verwaltung und der Widerstände gewohnheitsmäßigen Klienteldenkens leid werden. Kommunale Ämter wachen eigensüchtig über ihre Mittel und sind kaum zu bewegen, etwas in einen gemeinsamen Topf abzugeben. Dabei geht es dann immer auch um Machtfragen.

Deshalb sind Überlegungen, wie wir sie hier anstellen, nicht zuletzt ein Test dafür, ob wir im Reich schöner Phantasie verbleiben oder tatsächlich konkrete Handlungsansätze zustande bringen.

Riedmüller

Die Bedeutung dieses informellen oder dritten Sektors wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit in unserer Gesellschaft unterschiedliche individuelle Lebensentwürfe und Lebensstrategien zugelassen werden. Was Sie für Deutschland schildern, Herr Picht, deutet eher darauf hin, daß solche alternativen Entwürfe von einer immer noch an der Erwerbsarbeit orientierten Verwaltung nach wie vor ausgegrenzt werden.

Nun hat Herr Dahrendorfja zu Recht daraufhingewiesen, daß viele Menschen inzwischen anders leben, als Politik und Administration zulassen. Das zeigt sich etwa an der teilweise grundlegend veränderten Familiensituation. Die Lebensentwürfe von Frauen machen jedenfalls deutlich, daß die einen mehr zur Erwerbsarbeit drängen, während die anderen sich gern stärker in diesem dritten Sektor engagieren wollen. Dazu gehört das Ende des Ernährermodells genauso wie die Schwarzarbeit und des weiteren die Tendenz, sich zunehmend der Versicherungspflicht zu entziehen.

Während also größere Gruppen bereits eigene Strategien verfolgen, hinken Politik und Verwaltung hinterher und denken immer noch in den alten Kategorien. Ein Sozialhilfeempfänger wird also - und das ist besonders fatal - danach eingestuft, wie viele Stunden er einer Erwerbsarbeit nachgehen kann. Das ist der Maßstab für Rehabilitationsleistungen. Die Politik erweist sich in dieser Hinsicht als nachgerade reformunfähig, und daran könnten alle gutgemeinten Versuche im dritten Sektor scheitern.

Wie hoch ist eigentlich der dritte Sektor in der Bundesrepublik quantitativ einzuschätzen? Wenn man sich empirische Untersuchungen anschaut, ist die Erwerbsarbeitsidentität immer noch absolut dominant.

Picht

Der dritte Sektor macht in der Bundesrepublik vier Prozent des gesamten Arbeitsvolumens aus.

Riedmüller

Ich kenne auch andere Zahlen, Herr Picht. Aber die Erwerbsarbeit gilt in der Tat nach wie vor als dominanter Sozialisationsfaktor, und an ihr sind auch die sozialen Sicherungssysteme orientiert.

Wenn es bei uns also darauf ankommt, konkurrierenden Lebensentwürfen Raum zu geben, dann frage ich mich, ob wir in unserem Lande tatsächlich zu solchem Pluralismus bereit sind. Das sehe ich noch nicht.

Strasser

Erstaunlicherweise rechnet der von Herrn Dahrendorf erwähnte Jeremy Rifkin die Eigenarbeit, die ja ein beträchtliches Volumen hat - wobei der größte Posten die Familienarbeit ist;- , nicht zum dritten Sektor und berücksichtigt entsprechend auch nicht die Einkommenswirkungen bei diesem Typus von Arbeit. Er vernachlässigt auch die Möglichkeiten der Sinn-Stiftung in diesem Bereich, etwas, das durch die Dominanz der Erwerbsarbeit völlig aus dem Blick geraten ist. Ich sehe jedenfalls ähnlich wie Herr Picht in dieser Richtung beträchtliche Chancen, insbesondere im Hinblick darauf, wie Menschen ihre Persönlichkeit bei dieser "konkreten Arbeit" im Sinne von Karl Marx einbringen können. Wenn nicht alles täuscht, läßt die Prägung durch die Erwerbsarbeit nach.

Eine optimale Aufteilung auf die verschiedenen Arbeitstypen ist sicher nicht so einfach auszumachen. Aber soviel ist festzuhalten: Der Anteil an Erwerbsarbeit wird sich generell verringern, während Eigenarbeit und Gemeinwesenarbeit zunehmen werden. Um die gesellschaftliche Integration zu befördern, sollte man möglichst alle Erwerbsfähigen und Arbeitswilligen an den unterschiedlichen Arbeitstypen teilhaben lassen, obwohl das wahrscheinlich auf Anhieb nicht gelingen wird.

Von daher stellt sich die Frage: Wie unterstützt man diejenigen, die kaum oder gar nicht mehr an der Erwerbsarbeit teilhaben? Rifkin entwickelt dafür ein Alimentierungsmodell, ohne aber die Finanzierungsquellen genauer zu benennen. Ich denke, die Finanzierung wird man nicht in der Weise vornehmen können, daß man über Steuern allein die Erwerbsarbeit damit belastet, sondern dafür muß auch die Wertschöpfung direkt mit herangezogen werden. Anders jedenfalls wäre ein solches Modell unrealistisch, abgesehen von den bürokratischen Hemmnissen, die erschwerend hinzukämen. Das heißt, es müssen Formen von Transfereinkommen geschaffen werden, die ganz wesentlich durch die Wertschöpfung selbst zu alimentieren sind. Denn anderenfalls entziehen sich die hochrationalisierten, fortschrittlichsten Bereiche der Produktion völlig der Mitfinanzierung, was ja schon heute ein Problem ist.

Aber auch die öffentliche Hand ist hier gefordert. Denn die Tätigkeiten im dritten Sektor bedürfen erheblicher infrastruktureller Unterstützung, ähnlich wie die Erwerbsarbeit: vom Verkehrswesen bis zur Telekommunikation. Insbesondere in der Kommunalpolitik, beispielsweise bei der Städteplanung, muß man den Blick dafür schärfen, daß diese anderen Arbeitstypen zukünftig an Bedeutung gewinnen werden und entsprechend infrastruktureller Unterstützung bedürfen. Das geht wiederum nicht ohne öffentliche Finanzierung. Das heißt, der Staat kann sich hier nicht einfach seiner Verantwortung entziehen, sondern staatliche Intervention muß darauf abzielen, daß diese Arbeitstypen ihre volle soziale Produktivität entfalten können.

Pfeiffer

Der dritte Sektor hat in Deutschland nur dann eine faire Chance, wenn zweierlei gewährleistet ist. Das erste ist die soziale Absicherung der dort Tätigen. Dafür haben Herr Miegel und Herr Biedenkopf ein tragfähiges Modell entwickelt. Nur mit einer Absicherung durch eine Grundrente können Menschen auf die übliche Erwerbstätigkeit verzichten, ohne befürchten zu müssen, im Alter mit leeren Händen dazustehen. Es muß sichergestellt sein, daß zum Beispiel Hausfrauen, die sich sehr sinnvoll betätigen, und Menschen, die im dritten Sektor nur teilfinanziert tätig sind, anders abgesichert werden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Sonst verkümmert dieser Bereich.

Das zweite ist: Der dritte Sektor braucht Kapital. In den USA wirkt in dieser Hinsicht beispielsweise "The United Way". Die Mitglieder dieser Bewegung gehen in Firmen und stellen den Belegschaften verschiedene Förderprojekte vor. Jeder Mitarbeiter kann auf einem Handzettel ankreuzen, wie viele Dollar pro Monat er für welches Projekt spenden will, was von seinem Gehaltskonto eingezogen wird, und der Arbeitgeber verdoppelt die Summen in die von den Mitarbeitern gewünschten Projekte. Allein

in Chicago kommen auf diese Weise jährlich an die 105 Millionen US-Dollar zusammen, die für gemeinnützige Zwecke ausgegeben werden.

Daneben gibt es in Chicago eine Community Foundation, die aus ganz kleinen Anfängen entstanden ist und heute über ein Vermögen von 800 Millionen Dollar verfügt. In den USA gibt es mittlerweile über 400 solcher Gemeinschaftsstiftungen. Die schnelle Verbreitung der Community Foundations hängt auch damit zusammen, daß dahinter zwei große Stiftungen stehen: die Kellogg und die Mott Foundation. Diese fördern jedes der zarten Stiftungspflänzchen in der Gründungsphase der ersten drei bis fünf Jahre, indem sie die Gelder für einen Geschäftsführer, eine Sekretärin und den Betrieb eines kleinen Büros zur Verfügung stellen. Danach müssen die Community Foundations es aus eigener Kraft schaffen und unter Beweis gestellt haben, daß die Bürger der Stadt hinter der Stiftung stehen.

Derartige Ansätze fehlen bei uns bisher. Die Gründung der Bürgerstiftung Hannover bedeutete für mich ein Jahr Klinkenputzen, fast ohne Erfolg. Ich wollte schon resignieren, weil die Finanzierung einer Geschäftsstelle nicht gelang. Keine Institution in Deutschland leistet für so etwas eine Risikofinanzierung. Nur der Verkettung mehrerer glücklicher Umstände ist es zu verdanken, daß es uns vor zwei Wochen gelungen ist, nun doch die Förderungsmittel einzuwerben, die wir während der ersten drei bis vier Jahre für den Betrieb der Bürgerstiftung benötigen.

Was uns in Deutschland ferner behindert, ist einerseits die zu hohe Staatsquote und andererseits ein wenig förderliches Stiftungssteuerrecht. Die Folge ist, daß der Stiftungsgedanke bei uns - im Vergleich zu den USA - viel zu wenig gefördert wird. Als bei unserem Start in Hannover sich vierzig Bürger bereit erklärten, jeweils mindestens 3000 DM einzuzahlen und sich gewissermaßen als Stifter zu betätigen, die unter anderem das Recht haben sollten, über die Besetzung eines Stiftungsrates mitzuentcheiden, wurde mir seitens der für Stiftungen zuständigen Behörde zunächst sofort entgegengehalten: das sei ein Verein, auf den das Stiftungsrecht keine Anwendung finden könne. Es fehlt bei uns die Flexibilität, um neue Möglichkeiten kreativ zu erproben. Von daher ist sicher Skepsis angebracht, ob eine solche Idee in Deutschland rasch Aussicht auf Erfolg haben wird. Auf längere Sicht glaube ich allerdings schon daran, daß es gelingen wird.

Ein Sonderfall ist in dieser Hinsicht Ostdeutschland, wo es nach vierzig Jahren Sozialismus noch an einem leistungsorientierten, selbstbewußten Bürgertum fehlt, um dieser Idee Nachdruck zu verleihen. Hier müßte der Westen unterstützend eingreifen, um zumindest bescheidene Grundlagen in Form von Startkapital zu ermöglichen und den dritten Sektor dort entsprechend zu beleben.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir die Probleme der sozialen Integration und der steigenden Kriminalität, die ich erwähnt habe, in den Griff bekommen werden, wenn wir den dritten Sektor ausbauen. Mit der bisherigen Einstellung zu meinen, es reiche aus, Steuern zu bezahlen und die Antwort auf soziale Probleme den Sozialarbeitern, der Polizei und der Politik zu überlassen, werden wir scheitern. Wir müssen begreifen, daß soziale Integration Bürgersache ist. In dieser Richtung gilt es, Kristallisationskerne zu schaffen und zu fördern. Dann wird es auch gelingen, mit der Krise, in die wir hineingeraten sind, fertig zu werden.

Korte

Zu den Forschungsthemen, die ich insbesondere in Hamburg in den letzten Jahren bearbeitet habe, gehört der Bereich der Obdachlosigkeit. Vor anderthalb Jahren haben wir ein Projekt angeschoben, bei dem Studierende eine Zählung der Obdachlosen in Hamburg durchführen sollten.

Das Ganze ist an drei Fronten gescheitert. Die eine Gruppierung, die sich mit diesem Tatbestand beschäftigt, hat uns gar nicht erst Einblick nehmen lassen. Das sind Organisationen, die keine öffentlichen Mittel in Anspruch nehmen und sich um jugendliche Prostituierte, Drogenabhängige und so weiter kümmern. Diese lehnten eine solche Untersuchung von vornherein ab, weil sie eine Einflußnahme von außen befürchten, die ihre Arbeit einschränken könnte.

Das zweite waren die organisierten Wohlfahrtsverbände und die halborganisierten Initiativen. Diese waren daran interessiert, daß wir möglichst viele Fälle von Obdachlosigkeit feststellten. Und das dritte war der Leiter des Landessozialamtes, dem es darum zu tun war, daß wir möglichst wenig fanden.

Ein Problem, das dabei deutlich wurde, war, daß die Institutionen nicht nach Aufgaben, sondern nach Fallzahlen bezahlt werden. Das heißt, der dritte Sektor ist bei uns sehr stark von Institutionen geprägt. Jede ehrenamtliche Tätigkeit hat die Tendenz, sich zu professionalisieren und dann zu institutionalisieren. Gerade die Wohlfahrtsverbände sind darauf bedacht, alles, was im dritten Sektor passiert, mit Argusaugen zu verfolgen, damit ihnen die Pfründe nicht verlorengehen.

Mein kleiner Disput mit Herrn Rüttgers ging darum, daß die Kirchen furchten, ihre Kindergartenplätze gehen verloren; das gilt nicht für die Kindergartenplätze insgesamt.

Es ist also reichlich Kapital im dritten Sektor vorhanden, aber bisher fast ausschließlich an Institutionen gebunden. Meine Empfehlung an die politischen Entscheidungsträger ist deshalb stets: Ihr solltet nicht die Träger, sondern Aufgaben subventionieren. Das wird aufgrund des Binnenprotektionismus der Beteiligten auf allen Ebenen verhindert. Das Beispiel von Herrn Wehmeier ist in dieser Hinsicht symptomatisch.

Wenn die Gelder nur noch aufgabenbezogen vergeben würden, wären die Trägerinstitutionen gezwungen, sich auch mit freien Initiativen zusammenzusetzen, um konzeptionell deutlich zu machen, wie bestimmte soziale Probleme organisatorisch angegangen werden können. Dann könnten die vorhandenen Gelder sehr viel gezielter eingesetzt werden.

Bisher läuft es immer nach dem gleichen Schema ab: Kaum hat sich eine Freiwilligeninitiative eines Problems angenommen, versuchen die etablierten Organisationen - Diakonie, Arbeiterwohlfahrt, Arbeiter-Samariter-Bund und so weiter;- die Aufgabe zu übernehmen, um ihren Bereich weiter zu arrondieren und dafür auch die entsprechenden finanziellen Zuweisungen des Staates zu erhalten. Oder aber - und damit sehen sich kleine und mittlere Stiftungen konfrontiert - es treten Steuer- und andere Probleme auf, die ein sinnvolles Engagement ungemein erschweren, wenn nicht unmöglich machen.

Fazit: Der dritte Sektor, den es bei uns durchaus gibt, ist völlig durchorganisiert und institutionalisiert. Die verantwortlichen politischen Träger, die über die Mittelvergabe entscheiden, müßten die Gelder von der Träger- auf die Aufgabensubventionierung umlenken. Dann würde sich das ganze Feld von heute auf morgen radikal verändern.

Thoben

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Pfeiffer fragen: Gehen Ihre Vorstellungen in die Richtung, die bestehenden Organisationen im dritten Sektor zu ersetzen, oder denken Sie an ergänzende Formen? Im letzten Falle würde ich erheblichen Widerspruch anmelden. Das, was sich bei uns historisch entwickelt hat, unterscheidet sich zweifellos erheblich von dem, was Sie etwa in Chikago festgestellt haben. Das erklärt zumindest teilweise, warum es bei uns so schwer ist, private Mittel für diese Aufgaben einzuwerben.

Wenn Sie also argumentieren, wir könnten von den USA etwas lernen, weil wir mit unserem System und der Art der Finanzierung und des Selbstverständnisses objektiv an Grenzen stoßen, dann wäre das ein Anstoß, die Dinge bei uns generell neu zu organisieren und dafür zu sorgen, daß unsere verkrusteten Institutionen aufgebrochen werden, die ja teilweise geradezu ideologisch überhöht werden. Ein Punkt, zu dem auch unsere Parteien maßgeblich beigetragen haben. Wenn wir das ändern wollen und beispielsweise, wie Herr Körte vorschlägt, zukünftig Aufgaben statt Träger subventionieren, dann sollten wir eine Art Wettbewerb veranstalten und die Gelder dorthin geben, wo die besten Erfolgsaussichten bestehen. Gegen ein Additivum würde ich mich verwahren.

Voswinkel

Als Stiftung sind wir im Hinblick auf den dritten Sektor natürlich direkt angesprochen. Gerade der Punkt, den Frau Thoben erwähnt, dürfte in der Tat ein heißes Eisen sein. Ich möchte jedoch hinzufügen, daß die Wohlfahrtsverbände und die freien Träger bei uns vielfach durchaus aufgabenorientiert vom Staat finanziert werden. Deshalb sollte man schon genauer hinsehen und eine Schwarzweißzeichnung vermeiden.

Die Körber-Stiftung sieht es als eine wichtige Aufgabe an, den Stiftungsgedanken in unserem Lande nachhaltig zu fördern. Dabei stehen wir seit längerem auch für ein Projekt im engen Kontakt mit Herrn Pfeiffer, der sich dieser Zielsetzung ja mit großem persönlichen Engagement widmet.

Wir werden in Zukunft viel mehr Raum dem bürgerschaftlichen Engagement überlassen müssen. Private Ressourcen gibt es dafür bekanntlich in beträchtlichem Umfang. Diese stärker für gemeinnützige Zwecke zu mobilisieren, ist meines Erachtens vorrangig eine gesellschaftspolitische beziehungsweise kulturelle Aufgabe. Es geht mehr noch um notwendige Änderungen der Einstellung als um zusätzliche steuerliche Anreize. Die bestehenden steuerlichen Möglichkeiten werden im Zusammenhang mit Stiftungen bisher kaum ausgeschöpft - und auch unser Stiftungsrecht schneidet im internationalen Vergleich keineswegs schlecht ab. Natürlich müssen wir uns für weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen einsetzen, dürfen davon allein aber keine einschneidenden Veränderungen in den Verhaltensweisen erwarten.

von Weizsäcker

Herr Pfeiffer hat erwähnt, daß die Lage in den östlichen Bundesländern in bezug auf Stiftungsinitiativen besonders unterentwickelt ist. Ich weiß aber, daß nicht nur die KörberStiftung, sondern auch die Bosch-Stiftung - wo ich es noch besser übersehen kann - in den letzten Jahren projektbezogene Finanzierung in Ostdeutschland betrieben haben.

Deshalb würde mich interessieren, Frau Dahn, ob sie den Eindruck haben, daß solche Aktivitäten bisher weitgehend wirkungslos geblieben sind, oder ob dies hier und da auch auf positive Resonanz gestoßen ist. Denn Notsituationen eröffnen ja immer zugleich auch Chancen für einen Neubeginn, und in den östlichen Bundesländern haben sich die Institutionen und Interessenlagen bisher nicht so verfestigt wie in der alten Bundesrepublik. Läßt sich also das, was Herr Pfeiffer anstoßen möchte, in Ostdeutschland weiter ausbauen und vielleicht auch leichter in Bewegung bringen?

Dahn

Ich muß ehrlich zugeben, mir ist nicht bekannt, daß solche Stiftungsinitiativen in Ostdeutschland einen nennenswerten Einfluß hätten. Aber ich habe mich mit diesem Thema auch nicht näher befaßt.

So wie ich es wahrnehme, sehen die Menschen dort nicht, daß ein sich selbst tragender wirtschaftlicher Aufschwung in absehbarer Zeit in Gang kommt. Im Gegenteil, besonders im mittleren Gewerbe sind weitere Bankrotte zu erwarten, und selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht davon, daß die neuen Bundesländer noch für lange Zeit wirtschaftliches Notstandsgebiet bleiben werden.

Reuther

Ich will kurz von einem Programm der Körber-Stiftung berichten, das sich an die rund 4500 deutschen Mitarbeiter der Körber-Gruppe richtet. Für diesen Personenkreis haben wir einen Fonds eingerichtet und mit 250.000 D-Mark ausgestattet, der denjenigen Mitarbeitern offensteht, die sich persönlich und nachhaltig gemeinnützig in bestimmten Bereichen engagieren. Die Resonanz, die wir bisher zu verzeichnen haben, ist nicht gerade erhehend - trotz der großen Nähe zur Körber-Stiftung.

Mein Eindruck ist, daß die Arbeitsplatzinhaber kaum daran interessiert sind, sich im dritten Sektor zu betätigen. Das ändert sich erst, wenn sie aus der Erwerbsarbeit herausfallen und sich nach einem Rettungsanker umsehen. Hier wäre es zweifellos eine Aufgabe, die Menschen auf sinnvolle Tätigkeiten im dritten Sektor vorzubereiten - ein Thema, dem sich auch die Gewerkschaften stärker annehmen müßten.

Strasser

Ihre Aussage, Herr Reuther, ist in dieser Allgemeinheit keineswegs zutreffend. In allen Gruppen, die gemeinnützig tätig sind, treffen Sie auch Erwerbstätige an: Lehrer, Angestellte, Freiberufler, ohne deren organisatorische Fähigkeiten viele Dinge gar nicht laufen würden. Ich will Ihre spezifischen Erfahrungen nicht in Zweifel ziehen; aber es sollte nicht der Eindruck entstehen, der dritte Sektor könnte ohne das Engagement von Erwerbstätigen erfolgreiche Arbeit leisten.

Steinkühler

Mich beschleicht bei dieser Diskussion immer mehr das Gefühl, daß viele den dritten Sektor so als eine Art "Rote-Kreuz-Koffer" ansehen, der für diejenigen dient, die aus der Leistungsgesellschaft herausgefallen sind. Das ist zweifellos der falsche Ansatz, weil er völlig von den Ursachen absieht, die es zu beheben gilt. Mit dem Rote-Kreuz-Koffer haben wir auch in der Vergangenheit durchweg keine positiven Erfahrungen gemacht.

Als seinerzeit im Saarland erstmals 55jährige aus dem Produktionsprozeß ausscheiden mußten - damals finanziell noch sehr gut ausgestattet gegenüber heute;-, zeigte sich, daß die Betroffenen in den ersten drei, vier Monaten meist ausgesprochen happy waren. Sie waren den ständigen Leistungsdruck los, unter dem viele gerade der über Fünfzigjährigen litten, und konnten jetzt aufatmen. Dieser Zustand hielt aber nur kurze Zeit an, und dann setzte ein Stimmungsumschwung ein. Sie nahmen nämlich wahr, daß sie aus ihrem bisherigen sozialen Kontext herausgefallen waren. Freundschaften gingen in die Brüche, die Verbindungen zu den alten Kumpeln lösten sich auf, und plötzlich standen sie allein da und wußten nicht mehr recht, was sie mit sich anfangen sollten. Ein Grund dafür war sicher, daß in einer Gesellschaft, die sich primär über Leistung definiert, sich auch das Selbstbewußtsein des einzelnen an der verwertbaren Arbeit orientiert. Wer in dem Sinne nichts mehr leistet, gilt als zweitrangig.

Ein anderes Beispiel. Nach der Wiedervereinigung stieg die Zahl der Mitglieder in der IG Metall Ost sprunghaft an. Gleichzeitig wurden wir dort jedoch mit einer Arbeitslosigkeit konfrontiert, die unvorstellbare Ausmaße annahm. Das Problem, dem wir uns gegenübersehen, war: Wie betreut man arbeitslose Mitglieder? Was macht man mit diesen Leuten, von denen tausend in einem Häuserblock wohnen und die von uns ungeheuer viel erwarten?

Wir haben beispielsweise Vertrauensleute in den Blocks gewählt, womit wir uns den Vorwurf einhandelten, das seien die neuen Blockwarte. Wir haben Sozialarbeiter und Psychotherapeuten engagiert, um zu verhindern, daß die Leute aus dem Fenster sprangen. Wir sind aber mit all diesen Maßnahmen gescheitert, weil die Leute nicht betreut werden wollten. Das hatte für sie den Geruch des Rote-Kreuz-Koffers. Sie wollten Arbeit und waren enttäuscht, weil wir ihnen damit nicht dienen konnten.

Diskussionen über den dritten Sektor haben bei mir also einen recht unangenehmen Beigeschmack. Ich meine, aus dieser Rote-Kreuz-Mentalität müssen wir heraus und sollten statt dessen die Frage ernsthaft angehen, wie sich der Arbeits- und Leistungsbegriff anders definieren läßt. Ich bin wie Herr Dahrendorf davon überzeugt, daß es Vollbeschäftigung im Stile der 50er und 60er Jahre nicht mehr geben wird. Deshalb sollten wir uns beispielsweise Gedanken darüber machen, wie wir dazu stehen, wenn jemand in Zukunft zwei oder drei Jobs gleichzeitig ausübt.

Ich kann mir also durchaus vorstellen, daß jemand fünf Stunden bei BMW am Fließband arbeitet - sicher keine vergnügungssteuerpflichtige Angelegenheit. Und bei einem Arbeitsplatz, der eine Million und mehr kostet, kommt es auf zwei oder drei DM mehr Entlohnung pro Stunde gewiß nicht an, füge ich deutlich hinzu. Dann kann er eine weitere Arbeit zusätzlich in einem anderen Bereich übernehmen, zum Beispiel im dritten Sektor. Das hätte in dem Fall eine ganz andere Perspektive, eben nicht als Alternative gesehen.

Solange wir aber in dieser Leistungsgesellschaft den Wert des Menschen aus seiner verwertbaren Leistung ableiten, sehe ich nicht, daß wir mit einer Neuorientierung im Beschäftigungsbereich mit entsprechenden sinnstiftenden Wirkungen Erfolg haben werden. Das ist eine große Aufgabe, zu der auch die Verbände, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, und die Politik ihren Beitrag leisten müssen. Natürlich wird sich manch einer auch von lieb gewonnenen Vorstellungen verabschieden müssen. Den hochflexiblen Arbeitnehmer mit fünfundzwanzigjähriger Betriebszugehörigkeit wird es dann nicht mehr geben. Ebenso wäre ein Tarifvertragssystem unsinnig, das Betriebszugehörigkeit als Leistungskriterium gelten läßt, wie das heute noch durchgängig der Fall ist. Da müßte noch eine ganze Menge aufgearbeitet werden.

Gansel

Ich will nur daraufhinweisen, daß es auch im Westen Einheitsverlierer gibt. Ich nehme das Beispiel meiner Stadt Kiel: Hervorragender Standort an der Ostsee, eine große Universität und verschiedene Fachhochschulen, eine ausgeprägte Facharbeiterkultur und so weiter.

Durch die Einheit entsteht die Konkurrenz der Häfen und Werftstandorte in Mecklenburg-Vorpommern; als Ergebnis des Endes des kalten Krieges findet eine drastische Reduzierung der Bundeswehr statt, und gleichzeitig werden die Grenzen für Zuwanderer geöffnet. So haben wir im Bereich der Bundeswehr plus Zulieferer insgesamt zwischen 8000 und 10.000 Arbeitsplätze verloren.

Ich habe nur ein paar Dinge herausgegriffen; ich könnte weitere nennen. Das Ergebnis sind jedenfalls 15 Prozent Arbeitslosigkeit in Kiel. Ich weiß, es gibt vielerorts noch mehr Arbeitslose, auch viele Menschen, die in AB-Maßnahmen stecken - haben wir ebenfalls. Ich sage das alles nicht, um zu klagen, sondern um auf das Problem hinzuweisen.

Was folgt daraus für den dritten Sektor? Beim Kieler Arbeitsamt sind 20.000 Arbeitslose gemeldet, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz Arbeitslosengeld beziehungsweise Arbeitslosenhilfe bekommen. Des weiteren haben wir 18.000 Sozialhilfeempfänger, von denen ungefähr 6000 vermittlungsfähig wären, wenn es Arbeitsplätze geben würde. Von den anderen scheiden viele aus Altersgründen aus, zudem junge Frauen mit Kindern. Ungefähr 3000 hatten nie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, und auf die müßten wir uns im dritten Sektor konzentrieren.

Natürlich läßt der Staat alternative Lebensentwürfe zu - was hier vorhin bezweifelt wurde;- , die Frage ist nur, wer sie finanziert und wie dieselben ausgestattet werden. Sollen das sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten sein? Sollen Tariflöhne gezahlt werden? Soll Kündigungsschutz entstehen, vergleichbar dem im öffentlichen Dienst? Denn die Träger haben meist arbeitsrechtliche Bedingungen wie im öffentlichen Dienst.

In dem Zusammenhang will ich daraufhinweisen, daß bei uns fast nur Projekte und nicht die Träger bezuschußt werden. Das schließt Klienteldenken bei den Trägern nicht aus. Mit den Kirchen wird es sogar einen heftigen Verteilungskampf geben; denn durch die Steuerreform - wie immer sie laufen wird - werden die Kirchen finanziell spürbar unter Druck geraten.

Wir überlegen jetzt, ob wir die Gewährung von Sozialhilfe mit einem verpflichtenden Angebot zur gemeinnützigen Arbeit verbinden sollen, für die dann eine zusätzliche Aufwandsentschädigung gezahlt werden müßte. Ich habe mir die Zahlen einmal ausrechnen lassen: Um 250 Sozialhilfeempfänger mit Mehraufwandsentschädigung zu beschäftigen das macht etwa 180 DM im Monat aus;- , sind im Verhältnis ungefähr 1:10 Betreuer nötig, insbesondere dann, wenn die Betroffenen nicht nur die Straße fegen, sondern tatsächlich in den sozialen Kontext von Arbeit integriert werden sollen. Die Gesamtkosten einer solchen Maßnahme für 250 Sozialhilfeempfänger würden sich auf ungefähr drei Millionen DM pro Jahr belaufen, wobei die Sozialhilfe natürlich dauerhaft weiterlaufen würde.

Nun bedienen sich viele Kommunen eines Tricks, indem sie Sozialhilfeempfänger über gemeinnützige städtische Projekte oder auch über freie Träger in Sozialversicherungspflichtige Arbeit bringen und sie nach einem Jahr wieder auf die Straße setzen; dann zahlt nämlich erneut das Arbeitsamt, und die Kommune spart die Sozialhilfe. Das würde bedeuten, daß wir im ersten Jahr für 250 Arbeitsplätze ungefähr acht Millionen DM ausgeben müßten. Der Vorteil wäre, daß wir auf diese Weise ein "revolving system" schaffen würden, indem wir die Kosten von der Stadt auf die Arbeitsförderung verschieben, was natürlich die Probleme in keiner Weise löst. Herr Wehmeier bekommt dadurch allerdings zusätzliche Probleme, weil ein Großteil dieser Menschen im Bereich Garten- und Landschaftsschutz eingesetzt werden.

Dennoch überlege ich, ob wir nicht über Mehraufwandsentschädigung vorgehen sollten. Der Grund liegt darin, daß wir mit dem Weg über Sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten die Sozialhilfeempfänger gegenüber den Arbeitslosen de facto privilegieren. Denn die Arbeitslosen haben ja bereits ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und so weiter eingezahlt und suchen ebenfalls eine Sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, die sie nicht bekommen, weil diese in dem Fall den Sozialhilfeempfängern vorbehalten bleiben. Das ist sicher kaum zu vertreten.

Eigentlich müßte ich allen 3000 Sozialhilfeempfängern, die in Frage kämen, solche Arbeitsplätze anbieten, um sicherzugehen, daß Sozialhilfe nicht mißbraucht wird. Über Sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten würde das 150 Millionen DM im Jahr bedeuten. Dabei hat die Stadt Kiel ein strukturelles Defizit von 50 Millionen DM bei einem Haushaltsvolumen von ungefähr 1,2 Milliarden DM. Für Sozialhilfe geben wir etwa 160 Millionen DM als städtischen Anteil im Jahr aus und noch einmal 50 Millionen DM für freiwillige Leistungen. Wenn ich die streichen würde, hätte ich derzeit einen ausgeglichenen Haushalt; aber der soziale Frieden in der Stadt wäre zum Teufel, und die Folgekosten würden auf andere Bereiche abgewälzt.

Was macht man in einer solchen Situation? Vielleicht kann mir jemand mit Ratschlägen helfen. Ich neige dazu, bei den jungen Menschen anzusetzen, die sich erstmalig zum Bezug von Sozialhilfe melden, und sie zu gemeinnützigen Arbeiten gegen Mehraufwandsersatz zu verpflichten, wenn sie Sozialhilfe beziehen wollen, damit sie überhaupt ein Verhältnis zur Arbeit bekommen.

Das setzt natürlich voraus, daß diese Jugendlichen bereit sind, einfache, auch weniger angenehme, körperliche Arbeiten auszuführen. Dies wiederum funktioniert nur, wenn es gelingt, solche Arbeiten bei uns gesellschaftlich aufzuwerten. Auf der anderen Seite brauchten wir vielleicht so etwas wie einen Pflichtenkatalog, der gerade jüngeren Leuten vermittelt: Du kannst von der Gesellschaft nur etwas verlangen, wenn du selber bereit bist, für die Gesellschaft etwas zu leisten. Das würde in diesen Kontext mit hineingehören.

Ein Beispiel ganz anderer Art: An den Grenzen unserer Stadt beginnen sich - ähnlich wie in Südamerika - allmählich Slums zu entwickeln, in denen Menschen leben, die größtenteils gar keine Sozialhilfe beziehen, die sich aber Hütten ohne Baugenehmigung errichten, ordnungsrechtliche und umweltschützende Bestimmungen gröblich mißachten, die "normale" Nachbarschaft strapazieren. Der einzige Vorteil ist, daß sie der Öffentlichkeit finanziell nicht zur Last fallen. Dort bildet sich jedoch ein Milieu heraus - wenn Sie so wollen ein "autonomer dritter Sektor", den wir gewiß so nicht haben wollen;- , mit dem wir überhaupt nicht fertig werden.

Eisenbart

All diese Erfahrungsberichte und Details über Möglichkeiten und Gefahren sind natürlich sehr eindrucksvoll. Wenn es aber um die Gestaltung der Zukunft geht - und das ist hier ja unser Thema;- ,

dann frage ich mich, inwieweit wir es mit quasi naturwüchsigen Entwicklungen zu tun haben oder nur mehr oder weniger billigend hinnehmen, was da geschieht, und damit unserer Verantwortung nicht gerecht werden. Was müssen wir beispielsweise tun, um in unserer überregulierten Gesellschaft Spielräume zu schaffen, in denen Dinge ausprobiert werden können? Und wo sind die Grenzen solcher Spielräume? Denn überall da, wo öffentliche Finanzierung stattfindet, bedarf es auch der Kontrolle, also neuer Regulierungen.

Leysen

Natürlich muß auch der dritte Sektor finanziert werden. Das setzt nicht zuletzt Verhaltensänderungen bei den Sozialpartnern voraus. Meine widersprüchliche These dazu lautet: Wenn der Sozialstaat zu sozial wird, wird er unsozial. Da wir Belgier seit langem und sehr nachhaltig gegen diesen Grundsatz gesündigt haben, verfügen wir bereits über einige Erfahrungen in dieser Hinsicht.

Wann beginnt das Soziale unsozial zu werden? Wenn soziale Leistungen beispielsweise durch Schuldenmachen finanziert werden. Vielleicht hat Maastricht dem eine Grenze gesetzt. Einen weiteren Wechsel auf die Zukunft ziehen wir mit unserem Rentensystem. Wir entlassen die Menschen großzügig in die Frührente, während gleichzeitig das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt. Das Rentensystem in Belgien ist finanziell auf elf Jahre berechnet. Wenn jemand mit 52 Jahren frühpensioniert wird - was bei uns im Augenblick die Regel ist;-, beträgt die restliche Lebenszeit 31 Jahre. Das heißt, das System wird irgendwann todsicher zusammenbrechen.

Was sich derzeit feststellen läßt, ist ein stillschweigender Konsens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, Einigkeit dort zu erzielen, wo es auf Kosten des abwesenden Dritten, nämlich des Staates geht. Das reicht von der Frühverrentung bis zur Teilzeitarbeit, wobei der Betreffende eine Vollkasko-Sozialversicherung verlangt. Das wird auf die Dauer nicht funktionieren.

Ein stillschweigender Konsens zwischen Kapital und Arbeit besteht aber auch dahingehend, daß man sich das gegenseitige Mogeln nachsieht. Die einen mogeln sozial und die anderen finanziell, etwa mit Hilfe von Abschreibungsmodellen, die überhaupt nichts bringen, aber irgendwelche Branchen erfreuen. Statt dessen brauchen wir einen Konsens, solche Vorteilsnahmen künftig zu unterbinden. Sonst bleibt nur weiteres Schuldenmachen übrig.

Der dritte Sektor bietet zweifellos gute Möglichkeiten. Aber man muß die Sache anders angehen. Statt in die Schwarzarbeit auszuweichen, sollte man die Leute motivieren, den legalen Weg zu beschreiten. In Belgien versucht man jetzt beispielsweise, ein System einzuführen, bei dem die Kosten für solche Arbeiten steuerlich abzugsfähig sind. Auf diese Weise wird man die Leute veranlassen, nicht mehr schwarzzuarbeiten. Ich halte diesen Weg für vernünftig; denn mit Verboten und Reglementierungen allein wird man nicht weit kommen.

Eine weitere Überlegung betrifft die Verpflichtung zur Sozialarbeit für junge Leute. Dieser Gedanke weckt in Deutschland sicher negative Erinnerungen. Aber ich würde ein soziales Pflichtjahr sehr begrüßen. Zum einen ist das soziale Element an sich schon sehr wichtig; zum anderen besteht gerade im sozialen Bereich ein erheblicher Bedarf an Dienstleistungen, der nicht befriedigt wird. Ich weiß allerdings nicht, ob so etwas in Deutschland überhaupt diskutierbar ist.

Miegel

Bei der Diskussion um die Gestaltung des dritten Sektors geht es um ganz unterschiedliche Sachverhalte. So hat die Entwicklung hin zur Industriegesellschaft einen bestimmten Typus von Erwerbsarbeit mit hohem gesellschaftlichen Ansehen ausgezeichnet. Andere Formen von Erwerbsarbeit sanken hingegen in der gesellschaftlichen Wertschätzung ab. Die heutige Sicht von Erwerbsarbeit ist also keineswegs naturgegeben, sondern das Ergebnis einer bestimmten kulturellen Entwicklung. Die gesellschaftliche Geringschätzung von nicht erwerbstätigen Frauen ist beispielsweise erst die Folge einer verhältnismäßig jungen Entwicklung.

Wie sich die Einstellung der Bevölkerung zur Erwerbsarbeit beeinflussen läßt, zeigt nicht zuletzt ein Vergleich zwischen der früheren Bundesrepublik und der DDR. Bis 1955 war in beiden Teilen Deutschlands die Erwerbsbeteiligung völlig gleich. Dann aber mühte sich die DDR darum, möglichst die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung in den Erwerbsprozeß zu integrieren. Nur er alleine verlieh Würde. Die Menschwerdung - ich überspitze begann erst mit der Erwerbsarbeit. Das muß nicht so bleiben. Mittel- und langfristig können auch wieder die Führung eines Haushaltes oder die Erziehung von Kindern ähnliches Ansehen genießen wie eine Erwerbstätigkeit. Aber auch sonstige gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten wie Nachbarschaftshilfe, Krankenpflege, Kinderbeaufsichtigung

und dergleichen können im gesellschaftlichen Ansehen aufsteigen. Ähnliches gilt für einen dritten Bereich: der ehrenamtlichen Tätigkeit.

Wie sich letztere Bereiche entwickeln, hängt allerdings erheblich davon ab, in welcher Gesellschaft wir uns befinden. Ich möchte zwei Typen unterscheiden. Bei Typ 1 hat der Staat etwa die Hälfte des gesellschaftlich erwirtschafteten in seiner Regie. Bei Typ 2 ist es etwa ein Drittel. Die Bundesrepublik gehört zu Typ 1, die USA zu Typ 2. Gehörte die Bundesrepublik zu Typ 2, dann würde die Bevölkerung etwa 560 Milliarden DM zusätzlich in der Tasche haben und nach Gutdünken für personenbezogene Dienste, gemeinnützige Tätigkeiten, Mäzenatentum und ähnliches ausgeben können.

Solange die Deutschen jedoch zu Typ 1 gehören, werden sie dazu neigen, viele Aufgaben in Wissenschaft, Kultur oder im Sozialbereich dem Staat zu überlassen. Die Ausgangssituation von Ländern, die dem Typ 1, und Ländern, die dem Typ 2 angehören, ist mithin völlig verschieden. Dies muß man bei allen Vergleichen im Blick auf soziales Engagement und ähnliches berücksichtigen.

The Lord Dahrendorf

Das ist ein wichtiges Thema, wobei es wohl weniger um eine Annäherung geht, weil solche Unterschiede historisch gewachsen sind. In Amerika mußte der Staat von Anfang an der Gesellschaft abgerungen werden. In den "Federalist Papers" wurde argumentiert:

Wir brauchen aber ein bißchen Zentralregierung, was den damaligen Abgeordneten nur äußerst schwer zu vermitteln war. Das reicht bis in unsere Zeit hinein. In Deutschland und Frankreich dagegen mußte die Gesellschaft stets dem Staat etwas abringen. Wenn beispielsweise die Universitäten ein wenig mehr Autonomie fordern, dann soll dies nicht zuviel sein; denn das Geld wollen sie ja nach wie vor vom Staat haben.

Diese so ganz andere Blickrichtung ist von enormer Bedeutung für den dritten Sektor. Zu dem, was Herr Gansei schildert, sagt Tony Blair klipp und klar: Ich bringe, sagen wir, 300.000 junge Leute in Brot und Arbeit, die nur dann Sozialhilfe weiter bekommen, wenn sie in bestimmte Bildungseinrichtungen oder Ausbildungsberufe gehen oder sich im dritten Sektor engagieren. Wenn sie dies nicht tun, zahlt der Staat keinen Penny mehr.

Gansel

Die werden weit unter Tarif bezahlt, was in Deutschland nicht möglich ist.

Korte

Wenn es bei uns die Zivildienstleistenden nicht gäbe, brähe alles zusammen.

The Lord Dahrendorf

Ohne die Wehrpflicht würden in Deutschland wahrscheinlich die sozialen Dienste in manchen Bereichen in der Tat zusammenbrechen. Das dürfte ein wesentlicher Punkt für die Beibehaltung der Wehrpflicht sein.

Picht

Bei den vielfältigen Bereichen des dritten Sektors sollten wir die Frage des "Marktes" nicht außen vor lassen. Denn je mehr sich dabei marktähnliche Interaktionen bilden, um so besser funktionieren diese Bereiche. In Antwerpen - das wissen Sie sicher, Herr Leysen - gibt es sehr erfolgreiche Versuche, die im dritten Sektor begonnen haben und inzwischen in Richtung Stadt- und Wirtschaftsentwicklung weitergegangen sind. Die Wirtschaftswissenschaften haben bisher nicht genügend beachtet, was sich in diesem Sektor tut und sich in Geld oder anderen Werten niederschlägt.

Daxner

Ich habe mich in den letzten Jahren immer wieder gefragt, warum der Kommunitarismus bei uns eher eine Seminarveranstaltung für Intellektuelle ist und so wenig umgesetzt werden kann. Was bedeutet eigentlich "new community" bei uns?

Erstens: Das Verhältnis der beiden großen Kirchen zum Staat ist bei uns in dieser Hinsicht außerordentlich blockiert und negativ besetzt. Das ist in den Vereinigten Staaten von Tradition und Verfassung her ganz anders. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften müssen in der

amerikanischen Gesellschaft sehr viel härter kämpfen, und zwar nicht nur auf der Ebene der Sinnstiftung, sondern auch durch ihr Engagement im dritten Sektor und darüber hinaus. Das haben die Kirchen in Deutschland überhaupt nicht nötig. Sie treten auf wie Eigentümer eines Lehens, das aber vom Grundgesetz so überhaupt nicht gedeckt ist.

Zweitens: Die Diskussion zwischen Freiheit und Gleichheit, die wir hier führen, ist irgendwie schief. "Community" in Amerika gründet weder in der Freiheit noch in der Gleichheit, sondern in erster Linie in einer primär religiös fundierten Gerechtigkeit, die keineswegs ein Synonym für Gleichheit darstellt. Michael Walzer drückt dies ganz explizit aus, indem er sagt: Die Politik kann nur den Zusammenhalt zwischen relativ kontingenten gesellschaftlichen Bereichen gewährleisten, deren interne Regelungen ihnen selbst überlassen bleiben.

Drittens: Hier war verschiedentlich von "Verantwortung" die Rede. Ähnlich wie das Verhältnis von Gleichheit zu Gerechtigkeit sehe ich das Verhältnis von Verantwortung zu Haßung. Die Bundesregierung und die Opposition sind sich in weiten Teilen völlig darin einig, daß die Werthierarchie der Gesellschaft nicht angetastet werden darf. In dieser Hierarchie rangieren Erziehung und Bildung unter ferner liefen; das heißt, sie spielen für die Biographie eines Menschen, was seine Wertschätzung in der Öffentlichkeit angeht, so gut wie überhaupt keine Rolle.

Dazu gehört das, was Herr Steinkühler in bezug auf die Arbeit gesagt hat. Wir leben in einem Land, in dem die Tierliebe vor der Kinderliebe rangiert und das Ausleben des persönlichen Erlebnishorizontes wichtiger ist als die Bekämpfung von erwerbsarbeitsbedingten Deformationen. Dies traut sich niemand anzutasten, weil er sich damit sofort in der Ecke der Bedenkenträger und Miesmacher wiederfindet, die wir - darin ist sich die politische Klasse einig - ablehnen.

Wenn wir daran etwas ändern wollen, kommen wir nicht darum herum, mit dem Prinzip der Subsidiarität wirklich ernst zu machen. Im Hochschulbereich würde dies bedeuten, daß endlich die Kommunen und Gebietskörperschaften irgendeine Verantwortung für ihre Hochschulen übernehmen. Wir nennen zwar Vechta oder Oldenburg Universitätsstädte, aber für die Hochschule und die Menschen, die dort tätig sind und großenteils ihr Einkommen beziehen, sieht sich die Stadt in keinerlei Verantwortung. Das gilt für viele andere Bereiche genauso.

The Lord Dahrendorf

Als ich seinerzeit in Tübingen zum Gemeinderat kandidierte - und mit mir vier weitere Professoren;- sind wir alle sang- und klanglos durchgefallen.

Stephan

Es gibt viele Probleme in dieser Gesellschaft, und ich bewundere all die Menschen, die Privatinitiative ergreifen. Aber ich will Ihnen ein Erfolgsrezept meiner Generation, die in den 70-er Jahren aufgewachsen ist, nicht verheimlichen: Wir waren Meister im Erfinden von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im dritten Sektor. Was haben wir nicht alles an dringenden sozialen Problemen erfunden, für die wir dann Selbsthilfegruppen gründeten, um öffentliche Gelder in unsere Taschen zu lenken. Ich kann mich an diese Debatten jedenfalls noch sehr gut erinnern. Im Grande sind doch alle Frauen als Kinder sexuell mißbraucht worden. Mit solchen Hochrechnungen wurde erst jene Betroffenheit mobilisiert, die die Geldquellen zum Fließen brachte.

Das war auch eine Form von sozialer Phantasie; das sollten wir nicht vergessen. Einige sind damals sogar so weit gegangen, eine eigene Partei zu gründen. Das war nicht zuletzt eine sehr erfolgreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Zu Herrn Gansei will ich nur anmerken, daß Sozialfürsorge für junge Leute womöglich nur eine vorübergehende Erscheinung ist. Sie wissen sicher, daß es sogar bei Drogenabhängigen eine sehr hohe Selbstheilungsquote gibt. Daß sich manche Dinge gewissermaßen von selbst erledigen, darüber redet man nicht gern, es könnte einem ja ein lieb gewonnenes Problem abhanden kommen.

Zum Thema "soziale Phantasie" erwähne ich als Beispiel noch die von Daniel Cohn-Bendit seinerzeit in Frankfurt gegründete Zeitschrift "Pflasterstrand", deren Angestellte sich überaus phantasievoll aus unterschiedlichen öffentlichen Quellen finanzierten. Sicher ist damals damit auch die Arbeitslosenstatistik ein bißchen hochgetrieben worden. Immerhin sind der "Pflasterstrand" und auch die "taz" auf diese Weise zur Kadenschmiede eines jungen Journalismus geworden. Viele von diesen Leuten, die sich mit, höflich gesagt, phantasievollen Mitteln damals einen Arbeitsplatz organisierten, haben später bei wohlhabenden bürgerlichen Presseorganen, über die wir in den 70er Jahren so gern gehetzt haben, ihr gutes Geld verdient. Ich will damit die wirklich wichtigen Dinge nicht

kleinreden, über die wir hier debattieren, aber wir sollten diese durchaus positive Seite sozialer Phantasie nicht vergessen.

Gansel

Wir haben in Kiel über 20.000 Arbeitslose. Wie viele Zeitungen müßten die gründen?

The Lord Dahrendorf

Wir sollten jetzt noch in einer Runde über die Verlierer und Gewinner sprechen - insonderheit in den nicht mehr ganz neuen Ländern. Frau Dahn.

Dahn

Dieses schwierige und komplexe Thema kann ich hier natürlich nicht in fünf Minuten abhandeln. Es wäre sicher zu einfach, wollte ich behaupten, die Gewinner säßen alle im Westen, und im Osten gäbe es nur Verlierer.

Auf die Frage: Geht es Ihnen heute - materiell - besser als früher? antworten in Ostdeutschland je ein Drittel: Es geht schlechter, gleich gut und besser; also zwei Drittel sagen besser oder gleich gut. Interessanterweise empfindet sich aber trotzdem nur eine verschwindende Minderheit Ostdeutscher als vollwertige Bundesbürger. Die materielle Situation ist also gar nicht das Hauptauschlaggebende für den Frust der Menschen. Zu jenem Drittel, denen es besser geht, gehören übrigens viele Rentner; das heißt, diejenigen mit den eigentlichen Problemen finden sich vorzugsweise in den jüngeren Jahrgängen.

Dieses Gefühl, nicht gleichwertig zu sein, verbindet sich mit verschiedenen Erfahrungen. Zum einen damit, wie die Vereinigung gelaufen ist. Offensichtlich sind wir dem bundesrepublikanischen System in einem Moment beigetreten, als sich seine Vorzüge bereits zu verlieren begannen. Das haben viele Menschen bei uns nicht bedacht, als sie den Beitritt wünschten. Hinzu kamen jedoch schwerwiegende Fehlentscheidungen bei der Art und Weise, wie die Einheit organisiert wurde. Was viele im Osten ärgert, ist, daß das von westlicher Seite immer noch nicht zugegeben wird.

Ich nenne an erster Stelle den Staatsvertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion, dessen Konditionen verheerende Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft hatten. Der Kolumnist des "Guardian" hat von einer ökonomischen Atombombe gesprochen. Über Nacht wurde der gesamte Kapitalstock der DDR-Industrie total entwertet. Obwohl alle Fachleute wußten, was geschehen würde, wurde von den verantwortlichen Politikern so getan, als werden mit der D-Mark "blühende Landschaften" entstehen.

So enthielt der erste Staatsvertrag Versprechungen, von denen die Experten genau wußten, daß sie überhaupt nicht einzuhalten waren. Da hieß es etwa, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der DDR werde gestärkt; den Sparern werde nach Möglichkeit ein Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt. Es wurde ein hoher Beschäftigungsstand garantiert bei angemessenem Wirtschaftswachstum. Die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Ländern des RGW sollten erfüllt und ausgebaut werden und so weiter und so fort.

Als ich dem seinerzeitigen Bundesbankpräsidenten, Karl Otto Pöhl, diese Passagen vorlas, meinte er betroffen: Steht dieser Schwachsinn da wirklich drin? Er habe das alles damals gar nicht mehr gelesen, weil er so frustriert gewesen sei. Man war also nicht nur im Osten, sondern zum Teil auch im Westen entsetzt darüber, wie die Einheit geregelt wurde. Und Pöhl fügte hinzu: Die Einigung ist nicht ökonomisch vernünftig vollzogen worden, sondern unter rein machtpolitischen Gesichtspunkten. Es war ökonomischer Wahnsinn, hieß es, aber es gab keine politische Alternative. Ich kann immer noch nicht nachvollziehen, daß es zu Wahnsinn keine Alternativen gegeben haben soll.

Auch die Behauptung, es sei ökonomisch falsch, aber politisch richtig gewesen, leuchtet nicht ein. Denn spätestens heute merken wir, daß das, was ökonomisch falsch ist, auf die Dauer auch politisch nicht richtig sein kann.

Als der erste Staatsvertrag dem Bundesrat vorlag, wurde in einem internen Protokoll vermerkt: Wenn sich zeigen sollte, daß die neuen Bundesländer auf Dauer zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet werden, muß nachverhandelt werden. Nun kann man darüber streiten, wann dieser Zustand erreicht war, fest steht jedenfalls, daß nicht nachverhandelt worden ist.

Die zweite große Fehlentscheidung im Einigungsvertrag betrifft die Regelung der Vermögensfrage, also Rückgabe vor Entschädigung. Heute bestreitet kaum noch jemand, daß das ein Riesenhindernis auf dem Einigungsweg darstellt. Ich kann das jetzt nicht vertiefen. Aber es wurden 2,2 Millionen

Anträge auf Rückgabe gestellt, und zwar auf Privatgrundstücke und Häuser. Die gewerbliche Seite, die Sache der Treuhand war, ist darin nicht mitgerechnet. Dabei beziehen sich manche Anträge nicht nur auf ein Haus, sondern mitunter auf eine ganze Straße. In Tel tow/Seehof beispielsweise geht es in einem Antrag um 800, in Schulzendorf um 3000 Grundstücke. Das sind meist noch jüdische Erbgemeinschaften, was zusätzliche Probleme bereitet. Und Sie kennen den Antrag des Herrn von Putbus, der sich auf eine halbe Insel bezieht.

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung vielleicht etwas anschaulicher machen, wie viele Menschen davon verunsichert sind - grob geschätzt dürfte ungefähr die Hälfte der ostdeutschen Familien damit konfrontiert sein. Auch wenn sie nicht alle etwas zurückgeben müssen, sind sie doch juristisch und existentiell davon betroffen.

Ich selbst wohne in einer kleinen Reihenhaussiedlung der GAGFAH, im Süden Berlins. Die GAGFAH hat in der Nazizeit die Häuser an die Reichsversicherungsanstalt verkauft warum, weiß man nicht so genau;- , die wiederum im Rahmen der sogenannten Arisierungspolitik alle jüdischen Mieter hinauswarf. Das war auch der Grund, warum die Russen die Siedlung enteigneten und zu Volkseigentum erklärten, so daß man in der DDR die Häuser zu den üblichen Preisen erwerben konnte.

Nach der Wende meldete sich plötzlich ein Alteigentümer - in diesem Falle kein privater, sondern, was gar nicht so selten ist, einer des öffentlichen Rechts, nämlich die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, und behauptete, die Siedlung gehöre ihr. Alle waren sehr überrascht, den die BfA stand nicht im Grundbuch. Daraufhin haben sich die circa 1000 Betroffenen, die in dieser Siedlung wohnen, in einer Bürgerinitiative organisiert. Obwohl es ziemlich aussichtslos schien, gegen die versierten Anwälte der BfA etwas zu erreichen, haben wir über zwei Jahre lang recht mühselig die Rechtslage recherchiert, sind an die Öffentlichkeit gegangen, haben eine Straße besetzt, sind also sehr aktiv geworden. Nach fast drei Jahren stellte sich dann heraus: Die BfA wußte genau, daß sie nicht Rechtsnachfolgerin war, sondern sie hatte nur geblufft nach dem Motto: Man weiß nie, wie die Rechtsprechung hierzulande entscheidet.

Damit hatten wir zunächst ein halbes Jahr Ruhe in der Siedlung. Dann eröffnete uns der Bundesgerichtshof: Die Kaufverträge könnten nicht anerkannt werden, weil darin "Magistrat von Berlin" stehe, der aber im Mai 1990 angeblich untergegangen war. Dieser Formfehler stellte somit wieder alles in Frage und bereitete den Menschen ein weiteres Jahr Unsicherheit, bis schließlich der Berliner Senat das Politikum erkannte und Abhilfe schaffte.

Doch wer glaubte, damit habe es sein Bewenden, sah sich erneut getäuscht. Neuerdings meldet die Gewerkschaft Ansprüche an. Dabei geht es nicht mehr um Rückgabe, aber um Anteile. Mit anderen Worten: Die Menschen wissen nach sieben Jahren immer noch nicht: Gehört uns das Häuschen nun eigentlich oder nicht oder zu welchem Anteil? Folglich können sie keine Kredite aufnehmen und leben weiterhin in Unsicherheit - abgesehen davon, was auf diese Weise ökonomisch blockiert wird.

Die Treuhandpraxis ist Ihnen bekannt; ich brauche wohl nicht zu erläutern, wie die empfunden wird. Egon Bahr hat kürzlich daraufhingewiesen, daß das einstige Produktivvermögen der DDR zu 95 Prozent an westliche Kunden verkauft wurde, während gan/e fünf Prozent den "Eingeborenen" verblieben sind. Über solche feudalen Strukturen habe er sich vor vierzig Jahren in Äthiopien aufgeregt; jetzt stelle er fest, in Ostdeutschland sei es nicht anders.

Zu diesen materiellen Hintergründen kommt ein psychologischer Aspekt hinzu. Östliche Kompetenzen und Erfahrungen haben eine fast völlige Entwertung erfahren, was die Menschen hier als Demütigung empfunden haben. Daß große Teile der staatstragenden Elite, der Funktionärsschicht, ausgewechselt werden mußten, ist keine Frage; die hatten wir schon lange satt, und darüber waren wir alle erleichtert. Aber daß so undifferenziert und flächendeckend abgeräumt wurde, ist empörend. Entsprechend sieht der Anteil Ostdeutscher an den heutigen Führungseliten in Ostdeutschland aus: Wirtschaft ein Prozent; Militär null Prozent; Wissenschaft drei Prozent; Gewerkschaften drei Prozent. Ähnlich ist die Situation in der Kultur und den Medien. Ein Gefühl der Chancengleichheit kann so unmöglich aufkommen, und auch die Frage der Deutungsmacht ist angesichts dieser Umstände so gut wie endgültig entschieden. Daß Ostdeutsche in westdeutschen Hierarchien gegen null tendieren, brauche ich wohl nicht eigens zu erwähnen.

Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, wie die Evaluierungen hier teilweise liefen. Dazu nur ein Beispiel, das mir Kollegen aus dem Rundfunk berichtet haben. Viele hundert Leute - nicht nur politische Redakteure, sondern auch qualifizierte Techniker, Hörspielregisseure, Sportreporter und so weiter - hatten zunächst ein kurzes, sehr oberflächliches Gespräch mit einem westlich besetzten Tisch. Im weiteren wurden im wesentlichen Akten zu Rate gezogen. Dann wurden die Leute an einem

bestimmten Tag vorgeladen. Sie mußten sich in einer Reihe vor einem Raum anstellen, in dem sich lediglich ein Telefon befand. Die Leute gingen einzeln in den Raum und hatten einen Mitarbeiter von Herrn Mühlfenzel anzurufen. Man nannte seinen Namen und erfuhr, ob man entlassen war oder weiterarbeiten konnte. Ich denke, die da in der Schlange anstanden, werden es sich nie verzeihen, daß sie sich nicht zusammengetan und das Telefon einfach an die Wand geschmissen haben. Natürlich ist solches Verhalten auch Kennzeichen neuer Anpassungszwänge, die die Menschen disziplinieren. Es ist also keine Frage, daß sich die meisten Leute im Osten als Verlierer fühlen, wobei ich gar nicht bestreiten will, daß es auch im Westen Verlierer gibt. Hier wie dort sind dies die Schwächeren.

Herr Pöhl hat mir auch gesagt, es sei die teuerstmögliche Art der Vereinigung gewesen. Wenn man langsamer und behutsamer vorgegangen wäre, hätte der ganze Prozeß wesentlich kostengünstiger ablaufen können. Und diese Kosten müssen heute die Menschen im Westen genauso tragen wie im Osten; das soll gar nicht in Abrede gestellt werden.

Es ist aber nicht zu übersehen, wo die Gewinner sitzen. Um nur eine Adresse zu nennen: Die Deutsche Bank hatte bereits ein Jahr nach dem Fall der Mauer 230 Geschäftsstellen im Osten; heute sind es an die 400. Das Jahr der Vereinigung war das beste Geschäftsjahr der Deutschen Bank in ihrer hundertjährigen Geschichte. Mit etwa 8000 Mitarbeitern in Ostdeutschland ist sie wahrscheinlich der größte Arbeitgeber in den neuen Bundesländern.

Korte

Vergessen Sie nicht die Deutsche Bundespost.

Dahn

Gut; die mag noch mehr Mitarbeiter haben. Die Gewinner sind also die Finanzstarken.

Gansel

Die geben Kredite zu Konditionen, die erheblich günstiger sind als im Westen.

Dahn

So wie die Einheit gelaufen ist, haben sich im Osten Bedingungen etabliert, die die Menschen dort eindeutig benachteiligen. Da reicht es mir auch nicht, wenn Herr Dettling sagt, es komme darauf an, wie man bei wachsender Ungleichheit noch einigermaßen zivilisiert leben könne. Das ist mir ein etwas zu bescheidener Anspruch. Meine Sorge ist, daß die Demokratie unter den wachsenden Ungleichheiten leiden wird. Deshalb meine zentrale Frage: Wieviel Gleichheit - ich bleibe bei diesem Wort, weil mir Gerechtigkeit als ein zu sehr vom Zeitgeist abhängiger Begriff erscheint;- , wieviel Gleichheit und wieviel Selbstwertgefühl braucht die Demokratie?

Pohl

Wer Verlierer und wer Gewinner im Osten ist, das ist natürlich eine Frage des Maßstabs. Ich behaupte, die DDR ist an ihren wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten gescheitert; der endgültige Zusammenbruch wurde durch die Wiedervereinigung nur verschleiert. Daran gemessen sind alle Gewinner. Mißt man die ostdeutschen Verhältnisse an anderen Transformationsökonomien - etwa an Polen oder Tschechien;- , dann zeigt sich in diesen Ländern eine ungeheure Aufbruchsstimmung, obwohl die wirtschaftliche Situation dort sehr viel schlechter ist und kein großer Bruder bereitsteht, der Geld gibt. Auch die Privatisierungen laufen in den Ländern Ostmitteleuropas viel schleppender, als dies in Ostdeutschland der Fall war. Auch dieser Maßstab zeigt die Ostdeutschen auf der Gewinnerseite.

Nimmt man natürlich den westdeutschen Einkommens- und Lebensstandard als Maßstab, dann müssen sich die Ostdeutschen als Verlierer vorkommen. Genau das ist aber der falsche Maßstab. Denn wie sähen die Alternativen aus?

Zweifellos sind im Vereinigungsprozeß Fehler gemacht worden. Ich habe im Jahre 1990 verschiedenen Gremien angehört, beispielsweise dem Sachverständigenrat für die Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben damals den Bundeskanzler in einem Brief auf die fatalen Folgen der Währungsunion hingewiesen. In unserem Gutachten stand, daß eine Lohnpolitik, die Lohnsteigerungen von 30 Prozent durchsetzt, bei Produktivitätssteigerungen, die nur einen Bruchteil davon ausmachen, nicht gutgehen kann. Aber niemand hat diesen Warnungen Gehör geschenkt - im Westen genausowenig wie im Osten. Ich entsinne mich noch gut, daß ich im März 1990 in einer

Ostberliner Zeitung einen Artikel gegen die Währungsunion schrieb, der überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde, weil die Stimmung im Lande eine ganz andere war.

Dennoch können wir es uns nicht so einfach machen, nur von Fehlern zu reden. Was geschehen wäre, wenn man anders entschieden hätte, wissen wir nicht. Jedenfalls sind seit der Wende 1,7 Millionen Menschen aus Ostdeutschland in den Westen abgewandert. Das sind zehn Prozent der ostdeutschen Bevölkerung, und zwar die Mobilen, nicht die Fußkranken. Ohne die Währungsunion und ohne die weitgehende Lohnanpassung wäre die Abwanderung vermutlich noch viel größer gewesen.

Obwohl ich damals also auf der Seite der Kritiker stand, halte ich es für unzulässig, heute zu behaupten, man hätte es besser anders machen sollen. Was dann geschehen wäre, wissen wir nicht.

Wo stehen wir heute, und wie geht es weiter? Das sind für mich die entscheidenden Fragen, die mir im Osten viel zu wenig angegangen werden. Wer steht in der Handlungsverantwortung und sorgt dafür, daß der Prozeß sich weiter dynamisch entwickelt und die Integrationskraft der ostdeutschen Wirtschaft sich erhöht? Es macht wenig Sinn, im Osten immer nur zu fragen: Wann werden wir Westdeutschland erreichen? Das ist doch kein Selbstläufer, sondern dafür muß etwas getan werden. Diese Diskussion vermisse ich im Osten, obwohl sich beispielsweise in der Tarifpolitik in den letzten zwei, drei Jahren durchaus Änderungen vollzogen haben, die mehr Flexibilität und Anpassung an die wirtschaftlichen Gegebenheiten ermöglichen. Ob das reicht, ist eine andere Frage.

Was mir im Augenblick allerdings größere Sorgen bereitet - das habe ich erst im Laufe der Zeit begriffen;- , ist, daß die Transformation nicht in erster Linie ein ökonomisches, sondern ein mentales, psychologisches Problem ist. Was ich feststelle, ist, daß in den Köpfen der Menschen immer noch der Staat für alles verantwortlich gemacht wird; an ihn richten sich alle Wünsche und Forderungen, während etwa die Unternehmer völlig unterbewertet und weithin nur kritisch beurteilt werden.

In den Medien kommen die Unternehmer nur als Steuer- und Subventionsbetrüger vor. Das Unternehmerbild ist denkbar negativ besetzt, und die Unternehmer selbst - ich meine jetzt nicht die westdeutschen Filialleiter, sondern die typisch ostdeutschen Unternehmer präsentieren sich in der Öffentlichkeit nicht, sondern ziehen sich in irgendwelche Industrie- und Marketingclubs zurück, wo sie dann unter sich sind. Damit bleibt diese für die Marktwirtschaft so entscheidend wichtige Position im öffentlichen Bewußtsein so gut wie unbesetzt, was ich für ein ganz großes Problem halte.

Hinzu kommt, daß die Bevölkerung durch Falschinformationen - wie etwa die von Egon Bahr über die Vermögensverteilung in Ostdeutschland - fehlgeleitet wird. Der Anteil von Ostdeutschen am Produktivvermögen ist sehr viel höher. Die meisten Unternehmen sind eben nicht privatisierte Treuhandunternehmen, sondern Unternehmensneugründungen, und zwar von Ostdeutschen.

Eine letzte Bemerkung: Viele Aktivitäten in Ostdeutschland richten sich weniger auf die Schaffung von Arbeitsplätzen als an anderen Interessen aus. So gibt es etwa in Sachsen-Anhalt ein Landesentwicklungsprogramm, in dem kaum noch von Arbeitsplätzen, sondern fast ausschließlich von Ökologie die Rede ist, also von Dingen, die zu Lasten der wirtschaftlichen Dynamik gehen.

Nagel

Ich war zu Beginn unseres Gesprächs doch einigermaßen verwundert - aber das ging wohl nicht mir allein so;- , als Herr Leysen feststellte, die deutsche Vereinigung sei im Grunde ganz hervorragend gelaufen. Er präzierte sich allerdings später, indem er hinzufügte: Ich meine es wirtschaftlich, nicht geistig.

Ich halte es schon für äußerst merkwürdig, daß bei einer so ungeheuren Aufgabe, wie sie die deutsche Vereinigung darstellt - das gilt im übrigen nicht weniger für die europäische Einigung;- , der Geist immer hinter die Wirtschaft zurücktritt. Meine große Hoffnung war und ist, daß das Umgekehrte der Fall sein möge und der geistige Wille und Impetus den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Zielsetzungen vorausseilt. Daß dies gerade in Deutschland so wenig der Fall ist, halte ich für eine Katastrophe.

Warum gilt uns das Geistige eigentlich vornehmlich als das Kritisch-Miesmacherische? Herr Leysen meint, im Lichte der wirtschaftlichen Realität nehme sich doch alles soviel besser aus. Das gleiche hören wir immer wieder in bezug auf Europa. Daß Europa in unser aller unmittelbarem wirtschaftlichem Interesse liegt, dafür treten viele Leute vielfältige Beweise an. Warum hört man so gut wie nie etwas davon, daß dieses vereinte Europa auch in unser aller geistigem Interesse liegt? Warum ist es nicht möglich, dies den Bevölkerungen klarzumachen? Umfragen zeigen eine eher schrumpfende Zustimmung zu Europa.

Müssen wir nicht die westdeutsche Politik der letzten 15 oder 20 Jahre revidieren und darauf verweisen, daß auf eine ganz sträfliche Weise Hoffnungen als Ideologie diffamiert und Ideen als etwas Hinderliches beiseite geschoben wurden? Allem Anschein nach hat die Vereinigung Westdeutschland gerade im Augenblick der größten geistigen Trägheit getroffen. Wer von uns hatte noch an die Vereinigung wirklich geglaubt? Wir hatten uns weitgehend mit einem erstaunlichen Zivilisierungsprozeß in Westdeutschland zufrieden gegeben.

Wie anders als früher wurde einem in einer Polizeistube oder auf dem Zollamt begegnet. Da half mir ein langhaariger Zollbeamter, ein wertvolles altes Buch aus Frankreich ohne große Formalitäten einzuführen, indem er es auf die Waage legte und sagte: "200 Gramm; macht zwanzig DM." Das heißt, er war sogar bereit, den Staat ein bißchen zu bemogeln. Solche urbanen Formen auch im Umgang mit dem Staat hatten allerdings noch keinen wirklichen Härtetest zu bestehen. Wir wissen nicht, ob sie in krisenhaften Situationen Bestand haben würden. Wie es scheint, haben Ideen und wirkliche Generosität in unserem Lande nur eine geringe Chance.

Die deutsche Lösung: Rückgabe vor Entschädigung ist ein Schulbeispiel dafür. Nicht einmal die französische Restauration unter den Bourbonen - von der man gewiß nicht behaupten kann, daß sie sanft vorgegangen ist in dem Bestreben, Napoleon und die Französische Revolution vergessen zu machen - ist so rigide vorgegangen. Sicher, der alte Adel wurde generös entschädigt; aber das, was sich an Industrie und gesellschaftlichen Veränderungen entwickelt hatte, wurde nicht wieder rückgängig gemacht. Das heißt, man hat darauf verzichtet, einen großen Teil des Volkes zu verschrecken. Nicht einmal diese Art von Nüchternheit, die von den zurückkehrenden Bourbonen kaum zu erwarten gewesen war, hat unser Staat aufgebracht.

Sie sagen, Herr Pohl: Schauen wir doch nach vorn und fragen, was jetzt zu tun ist. Das ist sicher richtig. Wenn wir jedoch darauf verzichten, die Fehler, die gemacht wurden, beim Namen zu nennen, nehmen wir lediglich eine weitere Anpassung vor, ohne uns über die Bundesrepublikanisierung von ganz Deutschland, die stattgefunden hat, klarzuwerden und über eine mögliche Revision auch nur nachzudenken. Ich meine, diese Fehlentwicklungen bedürfen der Aufarbeitung, wenn es gelingen soll, die offenen Wunden, die sich keineswegs schließen, sondern in geistiger Hinsicht eher immer tiefer werden, zu heilen.

Reuther

Die Körber AG hat in den neuen Bundesländern in Chemnitz, Grevesmühlen, Leipzig, Berlin-Marzahn und Hartmannsdorf bei Chemnitz eine Reihe typisch mittelständischer Maschinenbauunternehmen. In Chemnitz steht ein Sachse an der Spitze; in Leipzig zwei Westdeutsche; in Berlin ist der Alleingeschäftsführer, ein Ingenieur, Ostberliner. In unserem Unternehmen in Stuttgart kommen der Konstruktions- und der Produktionsleiter aus Thüringen. Und bei unserem größten Unternehmen, der Hauni AG in Hamburg, sitzt im vierköpfigen Vorstand ein 39jähriger Mecklenburger, der in Rostock studiert hat und während der Wende zu uns gekommen ist. Ihre Aussage, Frau Dann, es finden sich in der Wirtschaft keine Führungskräfte aus dem Osten, erweist sich zumindest an unserem Beispiel nicht als richtig.

Teltschik

Wenn ich mich gelegentlich über die Betroffenheitskultur, die in Deutschland Konjunktur hat, lustig mache, so muß ich zugeben, daß mich Ausführungen wie die von Ihnen, Frau Dann, persönlich sehr betroffen machen. Das mag daran liegen, daß ich einer der Mitakteure bei der Wiedervereinigung war.

Ein Grund hängt jedoch mit dem zusammen, was Herr Nagel eben gesagt hat: Das Geistige kommt in dieser Auseinandersetzung zu kurz. Ich meine die Tatsache, daß rund 17 Millionen Ostdeutsche heute an den Grundwerten, wie sie in unserem Grundwertekatalog festgeschrieben sind, teilhaben. Ich habe seit den 50er Jahren Freunde in Ostberlin und in der DDR begleitet und erlebt, welchen seelischen und anderen Drangsalierungen sie ausgesetzt waren. Deshalb stimmen mich solche Ausführungen wie von Ihnen einfach traurig.

Auf der anderen Seite werde ich als früherer Mitakteur wiederholt zu Vorträgen in die neuen Bundesländer eingeladen. Dabei habe ich verschiedentlich erlebt, daß ostdeutsche Zuhörer sich entschieden dagegen verwahrten, die gegenwärtige Lage und zukünftige Entwicklung pessimistisch einzuschätzen. Da heißt es: "Sie brauchen uns nicht aufzufordern, uns auf dieses neue Deutschland einzulassen; wir sind längst dabei und unsere Kinder schon gar." Da werde ich dann gelegentlich sogar etwas skeptisch, wenn ich etwa an die zwei Millionen Mitglieder der SED denke, die natürlich Status und Privilegien verloren haben. Wenn die Kritik äußern, verstehe ich das ja.

Zum Thema Währungsunion will ich nur sagen: Die ist innerhalb von zwei Stunden in Bonn entschieden worden. Für diese rein politische Entscheidung waren drei Gründe maßgeblich. Erstens hatten wir hochgerechnet, daß die Zahl der Übersiedler aus der DDR in der Bundesrepublik bis Ende 1990 auf mindestens zwei bis zweieinhalb Millionen ansteigen würde. Herr Pohl hat darauf hingewiesen.

Dahn

Die Zahl der Übersiedler hat sich trotzdem weiter erhöht und ist heute größer, als sie es zur Zeit der Regierung de Maizière gewesen ist.

Teltschik

Ich nenne Ihnen nur die damaligen Gründe. Hinterher kann man alles besser wissen, was nicht heißt, daß wir alles richtig gemacht haben.

Vor allem stellten wir fest: Es waren junge Leute, die intellektuelle Elite der DDR, die kamen, und das, so meinten wir, hält weder die DDR aus noch wir.

Der zweite Grund war, daß die DDR schlicht zahlungsunfähig war. Das war nicht eine Behauptung von unserer Seite, sondern Herr Modrow hat das in Gesprächen mit uns und in aller Öffentlichkeit bekannt.

Und der dritte Grund: Die DDR war zu jenem Zeitpunkt politisch nicht handlungsfähig; es gab keine politische Autorität. Herr Modrow hat dem Bundeskanzler gesagt: Was ich auch entscheide, ich kann es nicht durchsetzen.

Diese drei Gründe haben uns damals bewogen, die Währungsunion sofort zu vollziehen. Natürlich haben uns alle Ökonomen gesagt, das sei wirtschaftlich ein Wahnsinn. Zuerst müßte eine Wirtschaftsunion stattfinden und dann die Währungsunion. Die gleiche Diskussion haben wir heute in Europa. Wir standen jedoch zeitlich derart unter Druck, daß wir keine Alternative sahen, als in der bekannten Weise vorzugehen.

Was die Frage des Wechselkurses anging, so wußten wir alle, daß wir mit 1:1 eine ökonomisch völlig verrückte Entscheidung getroffen hatten, die aber politisch gerade von den DDR-Bürgern, mit Begeisterung aufgenommen wurde und anders wohl auch nicht durchsetzbar gewesen wäre, auch nicht in der alten Bundesrepublik, schon gar nicht mit der SPD. Also 1:2 oder 1:3 wäre ökonomisch sicher sinnvoller gewesen, war politisch aber nicht zu machen.

Nur eine kleine Korrektur: Das Zitat des Bundeskanzlers von den "blühenden Landschaften" hat sich inzwischen verselbständigt. Wenn Sie seine Wahlkampfreden nachlesen, dann hat er stets hinzugefügt: Das bedeutet auch, die ;rmel aufzukrempeln und hart zu arbeiten. Er hat nicht gesagt, das komme alles von alleine.

Ich will aber auch nicht verschweigen, daß uns die Wirtschaft 1989/90 falsche Ratschläge gegeben hat. Von deren Seite hieß es: Wenn das westdeutsche Wirtschaftssystem auf Ostdeutschland übertragen werde, würden selbstverständlich Investitionen folgen. Das war zumindest ein Trugschluß.

Bei der Eigentumsfrage: Rückgabe vor Entschädigung, waren wir an einen Koalitionspartner in der Regierung gebunden, der das Eigentum geradezu zum Dogma erklärte. Und wie es halt in einer Koalitionsregierung ist, man muß Kompromisse schließen. Ich verhehle indes nicht, daß ich diese Entscheidung immer für falsch gehalten habe.

Ein letzter Punkt. Ich bin in der Tat davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung möglich war, weil es - wie die Amerikaner es nennen - ein "window of opportunity" gab. Wenn der Bundeskanzler und die Bundesregierung in dieser Phase nicht entschlossen gehandelt hätten, wären wir heute noch mit ganz anderen Problemen konfrontiert.

Ich behaupte, wenn der Golfkrieg statt am 3. August 1990 schon am 3. Mai oder am 3. Juni begonnen hätte, wäre die Unterstützung der Amerikaner in der Frage der Wiedervereinigung zumindest deutlich schwächer gewesen, da sie sich von da an fast ausschließlich auf den Golfkrieg konzentrierten. Und bei der Sowjetunion lagen die Dinge nicht viel anders. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß es mit Jelzin einfacher gewesen wäre als mit Gorbatschow.

Alles in allem: Ich bin wie Herr Leysen der Meinung, wir haben in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, versucht, das Bestmögliche zu erreichen. Daß dabei nicht alles hundertprozentig gelaufen ist, ist im nachhinein natürlich leicht festzustellen.

Zu Herrn Pöhl nur ein Wort. An dem Tag, als die Währungsunion beschlossen wurde, hat er abends im Fernsehen die Währungsunion so hervorragend begründet, daß ich am nächsten Morgen dem Bundeskanzler gesagt habe: Ernennen Sie ihn zum Regierungssprecher, besser kann man unsere Politik nicht erläutern. Sollte er heute anders reden, ändert das nichts an seinem damaligen Auftritt.

Leysen

Die Diskussion bestätigt meinen Eindruck, daß es zwischen Ost und West einen mentalen Bruch gibt. Was auch immer die Gründe sein mögen, der Bruch ist vorhanden. Das Hauptmißverständnis zwischen West- und Ostdeutschen bestand schon bei der Wiedervereinigung: Während die Ostdeutschen meinten: Wir haben gemeinsam den Krieg verloren und anschließend 45 Jahre lang gelitten; deshalb haben wir das Recht auf eine Kompensation, dachten die Westdeutschen: Uns hat man auch nichts geschenkt; wir haben 45 Jahre lang hart gearbeitet, damit solltet Ihr jetzt mal anfangen.

Es sagt sich leicht, daß die Dinge falsch gelaufen sind. Was hat man gemacht? Man hat zwischen zwei Gewässern die Schleuse brutal geöffnet, und es war klar, daß dies zur Überschwemmung des niedriger gelegenen Landes führen mußte. Hätte man die Schleuse nur einen Spalt weit öffnen sollen? Dann hätte man die Grenzen hermetisch abriegeln müssen, was unmögliche Konsequenzen für Ostdeutschland gehabt hätte. Anderenfalls wäre die Auswanderung derart angeschwollen, daß es kein Halten mehr gegeben hätte.

All die weisen Worte des Herrn Pöhl kann ich schon lange nicht mehr hören. Bei einem anderen Wechselkurs als 1:1 hätten die Menschen ihr Bündel geschnürt und wären in den Westen abgewandert.

Es wundert mich auch, daß hier mit keinem Wort die riesigen Transferzahlungen gewürdigt werden, die seit 1990 vom Westen in den Osten geflossen sind. In den ersten Jahren waren dies 250 Milliarden DM und jetzt sind es immerhin noch über 150 Milliarden, wovon der Teil Sozialtransfers zwischen 80 und 100 Milliarden ausmachen. Ich finde, das ist eine große Leistung, Und was die Treuhand angeht: Wenn die Privatisierung nicht so schnell wie möglich durchgesetzt worden wäre, hätte Deutschland an die vier Millionen Staatsbeschäftigte mehr gehabt. Dann wäre dieses Land finanziell unter Druck geraten, und wir hätten dem Euro wohl ade sagen müssen.

Miegel

Ich kann nur bestätigen, was Herr Teltschik sagte: Die große Mehrheit der Ostdeutschen sieht ihre Lage deutlich besser als in der Vergangenheit. Gleichzeitig beobachte ich eine gefährliche Legendenbildung, die das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands zunehmend erschwert. Dieser Legendenbildung sollten wir entgegentreten, damit sich nicht Dinge in den Köpfen der Menschen festsetzen, die schwer wieder herauszubringen sind.

Dazu gehört vor allem der ökonomische Zustand der DDR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Wenn Frau Dann sagt, die DDR sei lediglich mit 30 Milliarden DM im Ausland verschuldet gewesen, dann erwidere ich: Die DDR war total pleite. 1991 haben wir ich glaube es war in einem Bergedorfer Gespräch in Dresden - festgestellt, daß in Ostdeutschland 2,2 Billionen DM investiert werden müßten, um diesen Raum international wettbewerbsfähig werden zu lassen. Eine singuläre Größe.

Dahn

Eine ganz neue Rechnung.

Miegel

Das läßt sich gut belegen, Frau Dahn.

Ich habe 1988 gesagt, Deutschland werde vor Ende der neunziger Jahre wiedervereinigt sein. Da diese Aussage veröffentlicht wurde, kann sie nachgelesen werden. Zu dieser Einschätzung kam ich nach Auswertung des Statistischen Jahrbuchs der Deutschen Demokratischen Republik von Beginn der achtziger Jahre an. Selbst aus den hochgradig manipulierten Zahlen ging hervor, daß die Investitionsquote niedriger war als die Bestandserhaltungsquote. Das heißt, seit Beginn der achtziger Jahre lebte die DDR von der Substanz.

Im Jahre 1988 - das wird Sie interessieren, Herr Teltschik - wurde das IWG vom IMEMO in Moskau eingeladen. Nach unserer Ankunft schlug das IMEMO drei zu diskutierende Themen vor: Erstens das sowjetisch-amerikanische Verhältnis; zweitens das "Haus Europa" und drittens die deutsch-deutsche

Frage. Zum dritten Punkt wurde vom IMEMO immerhin dem beratenden Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei dezidiert die Frage gestellt: Was soll aus der DDR werden? Dabei wurde uns vorgerechnet, was die DDR die Sowjetunion kostete. Wie läßt sich dieses Problem lösen? war die Frage. Allein die ökonomischen Fakten - von den politischen und kulturellen ganz zu schweigen - ließen mich damals zum Schluß kommen, daß die DDR keine Überlebenschance hat.

1991 habe ich ebenfalls auf dem Bergedorfer Gesprächskreis in Dresden gesagt, Deutschland werde durch die Vereinigung nicht gestärkt, sondern auf mindestens 15 Jahre ökonomisch geschwächt werden. Diese Einschätzung zwar zweifellos richtig. Die Transferzahlungen, Herr Leysen, dienen in der Tat im wesentlichen dazu, ein gewaltiges Loch zu füllen. Denn statt eines Kapitalstocks, von dem Frau Dann offensichtlich ausgeht, hinterließ die DDR total veraltete Infrastrukturen, zum Teil verwüstete Landschaften und anderes mehr. Es wird Jahre dauern, bis die Schäden beseitigt sind. Doch dies ist Voraussetzung, um Ostdeutschland international wettbewerbsfähig werden zu lassen.

Hätten die Bürger in den neuen Bundesländern die von ihnen erzeugten Produkte gekauft und die von ihnen angebotenen Dienste angenommen, wäre die Wirtschaft nicht zusammengebrochen. Aber sie haben es nicht getan. Sie haben sich geweigert, beispielsweise ihre Automobile oder Motorräder zu erwerben. Sie haben genauso wie Polen, Russen und andere auf Westprodukte gesetzt, so daß ihre eigenen Produktionseinrichtungen verschwanden.

Ich meine, wir sollten mit diesen Fakten nüchtern und seriös umgehen. Natürlich gibt es Gewinner und Verlierer. Aber Herr Leysen hat völlig recht: Unter dem Strich ist Ostdeutschland im Vergleich zu Polen, Tschechien, Ungarn oder der Slowakei eine ausgesprochene Erfolgsstory. Dabei beschränke ich mich bewußt auf den ökonomischen Bereich. Daß die mentalen und kulturellen Anpassungen ungemein schwierig sind, steht für mich völlig außer Frage.

The Lord Dahrendorf

Zu dieser Story gehören zweifellos jene 1,7 Millionen ostdeutscher Bürger, die nach der Wende in den Westen abgewandert sind. Anders als Polen und Tschechen mußten sie nicht emigrieren, wenn ihnen die Entwicklung nicht schnell genug ging. Polen, Tschechen und Ungarn dagegen müssen sich darauf einstellen, daß es unter Umständen eine Generation und länger dauert, bevor sie viele der Segnungen genießen können, die ihnen ein entwickeltes marktwirtschaftliches System bietet. Motivierte Ostdeutsche haben eine andere Alternative und können, wenn sie wollen, unmittelbar an diesen Segnungen teilhaben.

Gansel

Entweder kommt die D-Mark, oder wir kommen zur D-Mark, hieß die Losung.

The Lord Dahrendorf

Daß die Leute hart arbeiten müssen, soll nicht verschwiegen werden. Deshalb sind sie auch als Arbeitskräfte inzwischen sehr beliebt, wenn ich richtig unterrichtet bin.

Die Schwierigkeiten, die wir in Ostdeutschland wahrnehmen, haben mich gelegentlich veranlaßt, hier einen Vergleich mit Irland - nicht Nordirland - zu ziehen. Die Hochmotivierten gingen nach New York oder Boston; die etwas weniger motivierten arbeiteten in Glasgow oder Liverpool und kehrten dann irgendwann im Alter wehmütig in die Heimat zurück.

Irland selbst war sehr lange Zeit ein wirtschaftlich rückständiges Gebiet, nicht zuletzt weil diese Alternativen für die Menschen bestanden. Erst in den letzten zehn, fünfzehn Jahren hat sich die Stimmung geändert, was auch auf den Anschluß an Europa zurückzuführen sein dürfte. Heute weist Irland wahrscheinlich im Durchschnitt ein höheres Bruttosozialprodukt pro Kopf auf als große Teile von Großbritannien, auch wenn die Iren das nicht wahrhaben wollen, um ihre Ansprüche auf Mittel aus den europäischen Fonds nicht zu gefährden.

von Weizsäcker

Ich stimme Herrn Teltschik uneingeschränkt zu, daß die außenpolitische Konstellation im Jahre 1990 und wie sie seitens der politisch Verantwortlichen genutzt wurde, entscheidend für die deutsche Vereinigung war. Die drohende Gefahr des Golfkrieges und die allmähliche Entmachtung von Gorbatschow haben Sie zu Recht erwähnt. Kohl und Genscher, der amerikanische Präsident Bush und nicht zuletzt Gorbatschow, aber auch, allen Vorwürfen zum Trotz, Mitterrand, haben gespürt, daß hier eine Lawine losgetreten war. Wie diese geschichtliche Chance wahrgenommen und gemeistert wurde, gehört für mich zu den großartigsten geschichtlichen Leistungen.

Was dagegen die innere Vereinigung angeht, finde ich die Darlegungen hier doch, mit Verlaub gesagt, ein wenig einseitig. Sicher, es gab die vielen Übersiedler aus Ostdeutschland, und Herr Pohl hat zu Recht gesagt, niemand von uns weiß, wie sich ein anderer ökonomischer Kurs bei der Vereinigung ausgewirkt hätte. Und schon im Sommer 1990 begann sich in der DDR herumzusprechen, wie schwierig es sein würde, einfach alle Wurzeln abzuschneiden und ins gelobte Land nach Westdeutschland zu gehen.

Dennoch hätte es - ich habe es oft gesagt - andere Möglichkeiten zur Finanzierung der Transferleistungen gegeben, was aber aus wahltaktischen Gründen überhaupt nicht erwogen wurde. Statt dessen hat man unseren Bürgern eingeredet: Es kostet Euch nichts; das zahlen wir aus den zusätzlichen Einnahmen. Besonders die FDP hat sich in dieser Hinsicht hervorgetan. Mit meinem Vorschlag eines zweiten Lastenausgleichs bin ich natürlich in alle Messer der FAZ, der FDP und anderer hineingerannt, ohne daß ich das jetzt noch einmal wiederholen will. Deshalb sollte man hier auch nicht dauernd nur einen ehemaligen Bundesbankpräsidenten zitieren. Darüber ist in unserem Lande überall handfest gestritten worden.

Zu Herrn Miegel möchte ich nur sagen: So interessant und richtig ich Ihre Ausführungen finde, es reicht indes nicht aus, wenn wir uns nur auf die ökonomische Sicht der Dinge beschränken. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Kurt Biedenkopf und Vaclav Klaus in Dresden, wohl im März 1992. Als Biedenkopf sagte, es lief alles in allem recht gut, aber an die 30 Prozent des sächsischen Haushaltes stammten immer noch von Transferleistungen aus Bonn, brach Vaclav Klaus in schallendes Gelächter aus und meinte: Diese Möglichkeiten haben wir in der Tschechischen Republik nicht. Wir müssen uns aus eigener Kraft hocharbeiten. Ihr dagegen schiebt die Probleme nur vor Euch her, ohne sie wirklich anzupacken. Deshalb werden wir in Böhmen im Jahr 2000 weiter sein als Ihr in Sachsen.

The Lord Dahrendorf

Werden sie sicher nicht.

von Weizsäcker

Das mag ja sein. Aber mit ökonomischen Rückschlüssen allein werden wir die Fragen, die sich aus der Vereinigung stellen, nicht beantworten. Deshalb sollten wir Frau Dahn nicht nur mit lauter richtigen Details zuschütten, sondern ihr trotz all unserer ökonomisch und außenpolitisch zutreffenden Erkenntnisse zuhören, wenn es darum geht zu erfahren, wo viele Ostdeutsche heute der Schuh drückt.

Hinter dem ganzen Thema, das wir hier verhandeln, steht letztlich die Frage, wie es um die Glaubwürdigkeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in unserer Gesellschaft bestellt ist. Nicht zuletzt davon wird es abhängen, ob es uns gelingt, mit den Problemen fertig zu werden, die wir hier besprochen haben, etwa im Hinblick auf die Möglichkeiten im dritten Sektor.

Miegel

Es liegt mir wirklich fern, Herr von Weizsäcker, die Probleme der deutschen Einigung auf das Ökonomische zu reduzieren. Das wäre in der Tat abwegig. Das heißt indes nicht, daß wir die ökonomischen Faktoren vernachlässigen, und schon gar nicht, daß wir etwaigen Legenden Vorschub leisten dürfen.

Teltschik

Ihr Vorwurf der Einseitigkeit trifft mich natürlich schon, Herr von Weizsäcker. Sie wissen selbst, wie komplex die Lage damals war. Ich bin ja bereit, Frau Dahn zuzuhören; aber das gilt umgekehrt auch. Ich meine, beide Seiten müssen zuhören.

von Weizsäcker

Was Sie damals geleistet haben, Herr Teltschik - das kann ich wirklich beurteilen;- , verdient bis zum heutigen Tage hohe Achtung und Anerkennung.

The Lord Dahrendorf

Außerdem gibt es historische Situationen, in denen es unvermeidlich ist, Fehler zu machen. Das entschuldigt die Fehler nicht völlig, aber es macht wenig Sinn, darüber zu diskutieren. Ich denke etwa

an die Eins-zu-eins-Regelung. Daß die ökonomisch falsch war, ist unbestritten; aber politisch gab es keine Alternative.

Pfeiffer

Ich möchte auf die geistige und mentale Lage und in dem Zusammenhang auf die Kinder und Jugenderziehung in der DDR eingehen, ein Thema, das in Ostdeutschland noch weitgehend tabuisiert ist. Die wissenschaftlichen Untersuchungen, die dazu angestellt wurden, zeigen übereinstimmend, daß die DDR-Jugendlichen auf die westliche Republik in keiner Weise vorbereitet waren. Es hat eine gewaltige Verunsicherung ausgelöst, daß man jetzt plötzlich sein Leben selber gestalten sollte.

Vorher war man es gewohnt, vom Staat angewiesen zu bekommen, was man zu tun und zu lassen hatte. Das hat das Verhalten des einzelnen mental tief geprägt. Das begann in den Kinderkrippen und Kindergärten. Ich kann Ihnen Fotografien zeigen, auf denen Kindergärten für vorbildliche Disziplin, Ordnung und Sauberkeit unter dem Zeichen von Hammer und Sichel ausgezeichnet wurden. Und in den Schulen wurde den Kindern und Jugendlichen der geistige Gleichschritt beigebracht, etwas, was die Individualität auch nicht gerade gefördert hat.

Wir haben Jugendliche etwa an Hand von Fallbeispielen gefragt: Wie würdest Du als Richter urteilen? Weit mehr als westdeutsche Jugendliche setzten Jugendliche im Osten auf harte Strafen bis hin zur Todesstrafe. Bei älteren Menschen gibt es diese Ost-West-Unterschiede interessanterweise nicht. Die Älteren hatten ihre Sozialisation ja auch meist im noch ungeteilten Deutschland. Je jünger die Befragten sind, desto auffälliger sind die Unterschiede.

Ein anderes Beispiel: Das Risiko, Opfer einer Raubtat zu werden, ist in West- und Ostdeutschland gleich hoch, aber im Osten gibt es fast doppelt so viele Täter wie im Westen. Der Grund ist, daß im Osten nach wie vor gilt: Gemeinsam sind wir stark. Die Gewaltdelikte Jugendlicher werden dort zu 80 bis 90 Prozent von Gruppen begangen, während es im Westen nur 40 bis 50 Prozent sind. Auch in diesem Extrembereich von Verhalten zeigt sich, daß die Individualität im Osten weniger gefördert worden ist als im Westen.

Mein Eindruck ist, daß die jungen Menschen in Ostdeutschland im Hinblick auf Schul und Berufsausbildung sowie die Universitätsabschlüsse gemessen an den üblichen Leistungsstandards hinter dem westdeutschen Niveau zurückbleiben. Das heißt, die Jugendlichen im Osten werden nach wie vor auf die gesellschaftlichen Erfordernisse nicht optimal vorbereitet. Individuelle Leistung wird nicht in dem erforderlichen Maße gefördert, wobei ich den Westen keineswegs verherrlichen will. Ich möchte nur auf ein Problem aufmerksam machen.

Eine Erklärung könnte darin liegen, daß bei den angesichts rückläufiger Zahlen von Kindern und Jugendlichen fälligen Personalentscheidungen meist die ältere Generation von Kindergärtnerinnen und Lehrern im Amt verblieben ist. Ihr Selbstbewußtsein und ihre Glaubwürdigkeit dürften aber durch die Wende erheblich gelitten haben. Die Jüngeren, die vermutlich flexibler gewesen wären, hat man weit häufiger aus sozialen Gründen entlassen müssen. Diese problematischen Sozialisationsbedingungen der Jugendlichen in Ostdeutschland werden meines Erachtens viel zu wenig thematisiert und deswegen auch nicht als pädagogisches Problem mit der nötigen Entschiedenheit in Angriff genommen.

Riedmüller

Ich war am Prozeß der deutschen Einheit im Bereich der Wissenschaft selbst aktiv beteiligt und habe im Alltag sehr viele Kontakte zu Ostdeutschen. Ich kann diese Einschätzung nicht teilen. Ich nehme die ostdeutsche Gesellschaft sehr viel differenzierter wahr mit eigenen Gewinnern und Verlierern.

Herr Nagel hat zu Recht gesagt, daß es um mentale und geistige Vorgänge geht. "Befindlichkeit" ist ein Wort, das in den letzten Jahren Konjunktur hatte. Und wenn hier von den Ostdeutschen die Rede ist, dann sind meist die alten ostdeutschen Eliten gemeint, die in der Tat erheblich an Privilegien und Selbstbewußtsein eingebüßt haben und die - im Vergleich zu den westdeutschen Eliten - nahezu mit einer Stimme sprechen und permanent ein Bild der Niederlage entwerfen. Natürlich wird da auch an Legenden gestrickt, Herr Miegel. Ich habe erst allmählich begriffen, warum zunehmend das Bild einer intakten DDR-Gesellschaft vermittelt wird. Das ist weniger eine Legende als vielmehr ein recht gut funktionierendes Deutungssystem.

Herr Pfeiffer hat die Lehrer und Erzieher angesprochen, die ja der jungen Generation eine Vorstellung von der Gesellschaft, in der sie leben, weitergeben. Wenn die den jungen Menschen das Gefühl vermitteln: Ihr seid nichts als Verlierer, dann ist es kaum verwunderlich, wenn sie kein eigenes

Selbstbewußtsein entwickeln können. Ich stelle jedenfalls fest, daß junge Ostdeutsche ständig danach fragen: Was würden die Wessis in dieser oder jener Situation machen?

Was ich vermisse, ist, daß wir mit den Ostdeutschen über positive Zukunftsentwürfe diskutieren. Dieser Aufgabe stellt sich im Westen so gut wie niemand. Die westdeutschen Parteien haben das Geschäft der PDS überlassen. SPD und CDU ducken sich ab; die FDP spielt keine Rolle. Bündnis 90/Die Grünen zeigen wenigstens Ansätze in dieser Richtung. Ich habe an einem Forum der SPD teilgenommen, wo zwei Tage lang über ostdeutsche Identität gesprochen wurde mit dem Tenor: Eine Loser-Identität kann eine gute Identität sein. Da ist der Vergleich mit Irland durchaus zutreffend, Herr Dahrendorf. Die Verlierer versuchen gewissermaßen im Verlust ihren Gemeinsinn zu entdecken.

Groebel

Ich würde als Erklärung für das Verhalten vieler Ostdeutscher von relativer Deprivation sprechen, und zwar sowohl im geographischen wie im zeitlichen Bezugsrahmen. Das ist nicht in erster Linie eine Frage der Fakten. Geographisch heißt: Man mißt sich mit den Westdeutschen und nicht mit den Verhältnissen in Ungarn oder Polen. Der zeitliche Rahmen meint: Wir hatten früher ein durchaus funktionierendes System, auch wenn es uns nicht so gut ging, aber das traf mehr oder weniger alle zusammen. Dieses Wir-System erzeugt heute so etwas wie Nostalgie.

Wie steht es um die Zukunftsentwürfe? fragt Frau Riedmüller. Ich meine, in der Politik ist so etwas wie eine Risikosättigung festzustellen. Der Einigungsprozeß hat unter großem Zeitdruck stattgefunden. Natürlich wurden Fehler gemacht, und hinterher ist man immer klüger. Ich will das nicht im Detail bewerten.

Jetzt sieht sich die Politik erneut einer Krisensituation gegenüber, und man fragt sich, inwieweit sie insbesondere gegenüber den Menschen in den neuen Bundesländern deutlich machen kann, aufweiche Weise sie in der Lage ist, die Abläufe positiv zu beeinflussen. Dabei stellt sich heraus, daß die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern ausgesprochen schlecht ist. Was fehlt, ist jeglicher Mut zum Risiko und zu Entscheidungen zu kommen, die natürlich auch Verlierer zur Folge haben. Das mag in dem einen oder anderen Fall ein negatives Image bewirken, dürfte aber die Authentizität der Politik erheblich stärken und die Bürger ermutigen und motivieren, Dinge auch selber aktiv in die Hände zu nehmen.

Wenn wir hier über ein Bildungskonzept für die Zukunft gesprochen haben, dann würde ich Bildung entschieden prozedural definieren. Es geht weniger um die Ansammlung von Wissen oder um Beherrschung neuer Techniken, beispielsweise im Hinblick auf die Medienentwicklung, sondern prozedurale Bildung meint zu lernen, wie man Probleme angeht. Das ist in der Tat eine Frage der Sozialisation. Dazu gehört auch, daß Aktivitäten im dritten Sektor geeignet wären, zu Erfolgserlebnissen zu verhelfen.

Um noch einmal auf die Niederlande zu kommen: Dort ist man viel weniger als in Deutschland auf einen ganz bestimmten Status fixiert. Es ist durchaus üblich, mehrere Tätigkeiten auszuüben, die jeweils ihren Wert in sich haben und eine eigene Identität begründen können. Das erhöht die Handlungsfähigkeit und Flexibilität des einzelnen, der lernt, sein Leben besser zu kontrollieren. Solche Flexibilität zu fördern, darin sehe ich eine wichtige Bildungsaufgabe. In der Hinsicht gilt es, eine Denkblockade zu durchbrechen, auch in den betreffenden Institutionen.

Stephan

Ich habe mich im Sommer 1990 einige Monate lang in Schwerin aufgehalten. Regine Marquardt, die heutige Kultusministerin, hatte seinerzeit eine Zeitung gegründet, den "Mecklenburger Aufbruch". Damals, kurz nach der Währungsunion, konnte man ungeheuer intensiv wahrnehmen, wie ein so hoffnungsvoll begonnener Prozeß immer mehr versandete und verkarstete.

So zeigte sich etwa in der Eigentumsfrage, wie insbesondere die Aktivitäten des kleinen Mittelstandes durch ungeklärte Eigentumsfragen geradezu blockiert wurden. Wir haben versucht, dieses Dilemma in der Zeitung deutlich zu machen. Wir haben als Konsequenz vorausgesehen, daß angesichts dieses Stillstandes die Innenstädte veröden und die grüne Wiese mit allen möglichen Großeinrichtungen besiedelt werden würde. Gleichzeitig waren wir aber davon überzeugt, daß die Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse nicht damit beginnen könne, die dubiosen Enteignungspraktiken der DDR zu sanktionieren.

Herr Groebel hat am Beispiel der Niederlande noch einmal den Unterschied zu den deutschen Verhältnissen deutlich gemacht. Der englische Historiker Harold James hat an den Deutschen kritisiert, ihre raison d'être sei die Arbeit. Sie seien stolz auf das, was sie wirtschaftlich erreicht hätten,

aber auf anderes nicht; insbesondere kennen sie keinen Stolz auf ihre Institutionen und auch nicht auf ihre Freiheit. Ich meine, wir Westdeutschen haben diesen Stolz auf unsere Institutionen und die Freiheit - so pathetisch das klingen mag viel zu wenig unseren ostdeutschen Landsleuten zu vermitteln versucht und statt dessen immer nur auf die "blühenden Landschaften" gesetzt.

Deshalb tun wir uns auch so schwer mit dem, was hier "Identität" genannt wurde. Um Himmels willen, nur keinen nationalen Überschwang!, das war unsere einzige Sorge - und den hat es ja auch tatsächlich nicht gegeben. Aber es fehlte auch jeder andere Schwung, der vielleicht wünschenswert gewesen wäre. Es würde uns allen sicher helfen, in etwas schwierigen Zeiten - so katastrophal sind sie ja nun wirklich nicht - eine gewisse entspannte Identität zu haben, damit wir etwas gelassener auf Gefährdungen und Risiken reagieren können.

Escher

Ich war 1989 zum Studium in England und habe den Fall der Mauer aus Sicht der BBC miterlebt. Die Bedenken, die dort vertreten wurden, waren nicht ökonomischer, sondern politischer Natur - nach dem Motto: Wie wird das größere Deutschland zukünftig außenpolitisch auftreten? Diese Bedenken haben sich jedenfalls als haltlos erwiesen.

Deshalb stören mich Kritiker, die inkonsistente Positionen vortragen. Da kritisieren Leute die Währungsunion mit dem Argument, Löhne und Produktivität müßten im Einklang stehen, die sonst wirtschaftspolitisch ganz andere Thesen vertreten. Auch den Begriff einer "Bundesrepublikanisierung" Ostdeutschlands vermag ich inhaltlich in keiner Weise nachzuvollziehen. Die Wiedervereinigung war doch kein punktuelles Ereignis, sondern bedeutete eine generelle Annäherung an Grundwerte und politische Auffassungen, die nicht nur für die Bundesrepublik gültig sind.

Was die Wirtschaftsverhältnisse angeht, so meine ich, daß eine Zeitbombe im Hinblick auf die extrem unterschiedliche Vermögenssituation zwischen West- und Ostdeutschen tickt. Wenn ich richtig informiert bin, entspricht allein der Zuwachs der Westvermögen seit 1989 dem Gesamtvermögen der Ostbewohner. Das ist eine Schiefelage, die ich für sehr problematisch halte.

Soweit ich aus der Arbeit eines Jugendverbandes beurteilen kann, läßt sich eine regionale Ausrichtung im Sinne der fünf neuen Länder überhaupt nicht mehr feststellen. Da finden mittlerweile ganz andere Koalitionen und Absprachen statt - daß Sachsen sich etwa mit Bayern treffen; daß Hessen oder Rheinland-Pfälzer sich mit Thüringern zusammentun und im Nordbereich eine ost-west-übergreifende regionale Orientierung stattfindet. Daß die fünf neuen Landesverbände sich um gemeinsame Positionen gegenüber den Westverbänden bemühen, kann ich jedenfalls nicht als dominierendes Motiv wahrnehmen.

Blockade oder Aufbruch. In seinem Buch "Die dritte Luft" hat Christoph Ransmayr eine Art Motto zur Überwindung der blockierten Gesellschaft geliefert. Die erste Luft brauchten wir unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tiefdurchatmen. Die zweite Luft setzt 1989 im Ansatz ungeheure Energien frei. Was wir jetzt brauchen, ist gewissermaßen eine dritte Luft, um die Blockade in unserer Gesellschaft zu überwinden und uns den externen Herausforderungen zu stellen, damit auch die innere Vereinigung durch engeres Zusammenrücken besser gelingen kann.

Was wir versäumt haben, war erstens eine Föderalismusdebatte, und zwar zum Zeitpunkt der verfassungsmäßigen Zusammenführung beider deutscher Staaten. Zweitens ist mir unverständlich, warum man die Gunst der Stunde nicht genutzt hat, um Reformen, die sich im Westen gestaut hatten - etwa Stichwort "Schulzeitverkürzung";-, zumindest dadurch anzuschieben, daß die Dinge in den neuen Bundesländern, die ja eine andere Regelung hatten, belassen wurden. Drittens schließlich hätte ich mir gewünscht, daß man den Aufbruch im Sinne der Deregulierung zu einer eigenständigeren Entwicklung in Ostdeutschland genutzt und nicht einfach eine Gemeindeordnung aus einem westlichen Bundesland im Osten übernommen hätte.

Thoben

Nun hat auch Frau Dahn nicht bestritten, daß es zwei Dritteln der Menschen in den neuen Bundesländern genauso gut oder besser geht als vorher. Das kann sich doch sehen lassen, angesichts des fundamentalen Umbruchs in Wirtschaft und Gesellschaft, der in Ostdeutschland stattgefunden hat. Die Frage, die wir uns jedoch in der Tat stellen sollten, betrifft das geistig-seelische Zusammenwachsen und die unterschiedlichen Wahrnehmungen auf beiden Seiten. Aber Herr Escher hat ja eben darauf hingewiesen, daß sich die junge Generation in der CDU gar nicht nach Ost-West-Kategorien sortiert. Die suchen sich unabhängig davon ihre Partner, wenn sie etwas durchsetzen wollen.

Ich kann das für den Bereich Wohnungsbau, den ich gut überblicke, genauso feststellen. In den ersten Jahren nach 1989 war es wegen der katastrophalen Wohnungssituation in den neuen Bundesländern üblich, daß sich die Wohnungsbauminister Ost vor den Ministertreffen auf ihre Interessen verständigten und diese dann geschlossen vortrugen - weil sie ganz andere Instrumente brauchten als die, an die wir uns in den alten Bundesländern gewöhnt hatten. Das ist lange vorbei. Inzwischen hat sich die Wohnungssituation bei zwei Dritteln der Leute tatsächlich verbessert, und die Wünsche gehen heute soweit auseinander, daß man sich jeweils nach geeigneten Partnern umsieht, um die regionalen Interessen besser durchsetzen zu können. Eine besondere Ostsolidarität ist da nicht mehr anzutreffen.

Nun hat Frau Dahn etwas gesagt, was uns intensiver beschäftigen sollte, nämlich: Eine Demokratie braucht mehr Gleichheit, als wir sie derzeit haben. Ich habe in der Umbruchszeit wiederholt die These vertreten: Wenn Ihr mehr Freiheit wollt, müßt Ihr ein wenig mehr Ungleichheit aushalten - auch wenn es Euch ungewohnt ist. Nur dann werden die Kräfte freigesetzt, die in den westlichen Demokratien Fortschritt und Wohlstand für sehr viele Menschen vorangebracht haben.

Das bedeutet auch, sich daran zu gewöhnen, daß verschiedenartige Fähigkeiten unterschiedlich entlohnt werden und dadurch Ungleichheit produziert wird. Das erfährt sicher eine besondere Akzentuierung, wenn es wie in diesem Gespräch um die "Zukunft der Arbeit" geht. Die Frage ist, ob wir in unserem Lande noch mehr an Lohnspreizung aushalten können, wie das in den Ländern der Fall ist, die zeigen, daß sich dies positiv auf die Beschäftigung auswirkt. Oder wir schaffen dies nicht und suchen dann das Selbstwertgefühl, von dem Frau Dahn zu Recht gesprochen hat, in anderen Tätigkeitsformen, wobei viele nicht so genau wissen, wie man davon leben kann.

Damit hat Frau Dahn jedenfalls einen Punkt angesprochen, bei dem die Frage "Gewinner und Verlierer" kein Ost-West-Thema ist; vielmehr führt ihre Forderung nach mehr Gleichheit in das Zentrum dieser Tagung.

Dahn

Ich möchte zunächst darum bitten, das Bild, das ich gezeichnet habe, nicht als Ausdruck einer frustrierten Elite zu sehen. Damit würde man es sich zu leicht machen. Ich bin seit 15 Jahren freie Schriftstellerin und war in gewisser Weise auch in der DDR eine Außenseiterin. Ich fühle mich keineswegs als Sprecherin von irgend jemandem. Was mir allerdings wichtig ist - früher genauso wie heute;-, ist der Blick von unten. Und wenn nur neun Prozent der Ostdeutschen sich als volle Bundesbürger fühlen, kann man das wirklich nicht auf irgendwelche Eliten beschränken.

Ich stimme sehr zu, Herr Miegel, daß man gegen Legendenbildung angehen sollte, aber das, was Herr Teltschik und zum Teil auch Sie selbst tun, ist aus meiner Sicht solche Legendenbildung. Herr Teltschik verkündete damals auf einer Pressekonferenz: "Die DDR ist zahlungsunfähig." Das hat im Februar 1990 unerhörtes Aufsehen erregt. Denn bis zu diesem Zeitpunkt hatte den Begriff nie jemand gehört. Der damalige Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Herr Roller, beeilte sich auf einer Gegenpressekonferenz, solch "durchsichtige Bankrottgerüchte" zurückzuweisen. Herr Pöhl sagte uns, Ihre Behauptung sei eine "Chuzpe" gewesen. Da wurden also auch Legenden aufgetischt, um Stimmung in eine bestimmte Richtung zu machen.

Teltschik

Ich habe Herrn Modrow zitiert.

Dahn

Von Zahlungsunfähigkeit hat Herr Modrow, wie er mir bestätigte, nie gesprochen. Seinen Wunsch nach einem Kredit hatte er mit den Schwierigkeiten begründet, die seit der Maueröffnung durch das Aufkaufen subventionierter Waren durch Westkunden auftraten.

Im übrigen habe Schalck-Golodkowski bei seinem Weggang acht Milliarden Westmark hinterlassen, über die nur Honecker und Mittag informiert waren und die - zumindest vorübergehend - alle Finanzierungsprobleme gelöst hätten.

Ich meine, es wäre wichtig, die Situation genau zu analysieren, was gegenwärtig weder im Osten noch im Westen geschieht.

Miegel

Aber das muß geschehen.

Dahn

Ja, das muß geschehen.

Deshalb sollten wir uns überlegen, wie man die Berichterstattung verbessern kann. Auch in anderen Ländern Osteuropas gibt es sicher erhebliche Probleme, aber eine siebzigprozentige Deindustrialisierung wie in Ostdeutschland hat in keinem dieser Länder stattgefunden.

Lassen Sie mich aber auch deutlich sagen: Die Fehler, die bei der Vereinigung gemacht wurden, sind größtenteils nicht aus Unkenntnis geschehen. Dahinter steckt die konsequente Logik bestimmter Interessen. Demokratie ist eben auch organisierte Interessenvertretung, und wer besser organisiert ist, kann seine Interessen besser durchsetzen. Gerade in Umbruchzeiten besteht die Gefahr, daß die Demokratie von Lobbyinteressen dominiert wird, vor allem dann, wenn Stärkere sich mit Schwächeren vereinigen. Und das wird auch in Zukunft so bleiben.

The Lord Dahrendorf

Die Dinge geschehen aber in Wirklichkeit nie so logisch und systematisch, Frau Dahn, sondern eher so, wie es hier geschildert wurde, daß man nicht so genau wußte, was richtigerweise zu tun war. Gleichzeitig stand man unter starkem Druck - zeitlichem und politischem.

Korte

Nur eine Bemerkung am Schluß. Wie wäre es, wenn die Ergebnisse dieses Gespräches nachdem das Protokoll vorliegt - einmal in einem Kreis von 25- bis 30jährigen diskutiert würden. Das könnte etwa in Form eines Workshops mit ausgewählten Studenten geschehen. Ich meine, es wäre auch für unseren Kreis interessant zu erfahren, wie jüngere Leute auf dergleichen Überlegungen, wie wir sie hier angestellt haben, reagieren.

The Lord Dahrendorf

Ich bin am Ende dieses Gesprächs doch sehr nachdenklich und würde es für gewagt halten, Ihnen irgendwelche Schlußfolgerungen vorzutragen. Mein persönlicher Eindruck ist, daß es in diesem Kreis zumindest in den großen Fragen kein einvernehmliches Verständnis gibt, aber auch keine klaren Kontroversen zwischen unterschiedlichen Positionen. Es ist auch nicht recht sichtbar geworden, wer die neuen Entwicklungen, die eine Deblockierung bewirken könnten, tragen wird und was getan werden kann, um solche Gruppierungen zu ermutigen. Aber das mag eine übertrieben nachdenkliche Erwägung am Schluß sein. Im übrigen habe ich viel gelernt aus dieser Diskussion.

von Weizsäcker

Herr Dahrendorf hatte uns unter anderem aufgefordert, uns darüber klarzuwerden, ob wir, wenn wir hier über notwendige Reformen nachdenken, dies mehr aus einem Gefühl des Bedrohtseins oder in einer Art Aufbruchstimmung tun. Das hat unserem Gespräch wichtige Impulse gegeben, auch wenn wir seiner Anregung nicht immer gefolgt sind. Aber das reine Bedrohungsszenario haben wir doch sehr bald verlassen, was nicht heißt, daß durchweg Aufbruchstimmung spürbar wurde.

Aufbruch hat ja auch - zumal in der Politik - immer etwas mit Verführung zum Optimismus zu tun, worunter dann die Glaubwürdigkeit der Aussagen, die man zu hören bekommt, zu leiden beginnt. Und gerade eine glaubwürdige Behandlung der Probleme halte ich für so ungeheuer wichtig angesichts einer - gelinde gesagt - geistig etwas trägen Öffentlichkeit. Ich meine, da haben wir uns doch redlich bemüht. Es mag ja sein, daß wir vieles nicht wissen und über vieles nicht einer Meinung sind. Was mich aber dankbar sein läßt, ist, daß wir hier ein völlig offenes Gespräch führen konnten, bei dem jeder etwas lernt und sich nicht scheut, die kontroversen Positionen in zentralen Fragen beim Namen zu nennen.

Diese auf konzeptionelle Lösungen drängende Offenheit ist es, die den Bergedorfer Kreis immer wieder auszeichnet, ganz im Sinne seines Gründers Kurt Körber.